

Hitler: Eine Biographie

Adolf Hitler (1889 bis 1945) wurde am 20. April 1889 in Braunau am Inn geboren, einer Stadt an der Grenze zwischen dem österreichisch-ungarischen Reich und Deutschland, die heute zu Österreich gehört. Sein Vater war ein 52-jähriger in Linz dienender Zollbeamter, der einige Jahre zuvor seinen Namen von Alois Schickelgruber in Heidler oder Hitler geändert hatte. Seine Mutter war eine junge Kleinbäuerin namens Klara Pölzl. Hitler mochte seinen strengen und unnahbaren Vater nicht. Seine Mutter war fürsorglich und hatte ihn gern. Ihr Tod im Jahr 1908 war für ihn sehr schmerzvoll.

Der junge Hitler besuchte vier Jahre lang eine öffentliche Volksschule in Linz, bevor er auf eine Klosterschule in Lambach überwechselte. Sein dortiger Besuch war von kurzer Dauer, und er beendete seine Schulausbildung im Alter von 16 Jahren am „Gymnasium“ in Steyr. Er verließ die Schule ohne Abschluß, strebte aber danach, Graphikdesigner oder Architekt zu werden. Zu diesem Zweck zog er nach Wien und bemühte sich um Aufnahme in die Kunstakademie. Zwischen 1907 und 1910 versuchte er dreimal vergeblich, die Aufnahmebedingungen zu erfüllen, was ihn zutiefst verbitterte.

Während der Jahre 1907 und 1913 lebte Hitler von einer kleinen Erbschaft und einer Studienbeihilfe, die er erhielt, weil sein Vater Beamter gewesen war. Trotz dieser bescheidenen Geldmittel zog er anscheinend in Unterkünfte in immer ärmeren Teilen der Stadt ein und hielt sich sechs Monate lang in Männerwohnheimen in der Gesellschaft von Landstreichern auf. Aber er zeichnete und malte weiter und verdiente sich ein wenig Geld mit Postkarten und Postern. Im Mai 1913 siedelte er nach München über, um den Militärdienst in der österreich-ungarischen Armee zu umgehen. Obwohl er sogar von den Behörden nach Österreich zurückgeschickt wurde, unterließ er die ärztliche Untersuchung beim Militär. Im Sommer 1913 kehrte er nach München zurück und schlug sich weiterhin als unbedeutender Künstler mühsam durch.

Bei Kriegsausbruch im August 1914 meldete sich Hitler begeistert als Freiwilliger. Er zeichnete sich als Meldeläufer beim 16. Bayerischen Infanterieregiment aus. Dreimal wurde er verwundet, und ihm wurde das Eiserne Kreuz verliehen. Bei Kriegsende hielt er sich in München auf, um von den Folgen eines Gasangriffs zu genesen. Deutschlands Niederlage war ein Trauma. Es verschlimmerte sich im darauffolgenden Jahr durch das politische Chaos in Bayern, das er aus nächster Nähe miterlebte.

Im Februar 1919 wurde er aus der Armee entlassen, aber als politischer Agent erneut in den Dienst genommen und mit der Aufgabe betraut, subversive Gruppen in München zu bespitzeln. In dieser Eigenschaft kam er in Kontakt mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). In der Folge trat er ihr bei und ließ auf ihren Versammlungen ein Rednertalent erkennen. Bis um 1920 war er eine ihrer führenden Figuren.

Hitler lernte über Politik zuerst in Wien. Die Stadt wurde von dem aufwieglerischen und antisemitischen Bürgermeister Karl Lueger regiert, einem Wegbereiter der modernen Massenpropaganda und der Anwendung von Rassismus in der Wahlpolitik. Während seines Aufenthaltes in Wien las Hitler antisemitische Werke von Georg von Schönerer und Huston Stewart Chamberlain. Er bewegte sich in einem der in höchstem Maße antisemitischen und rassistischen Milieus in Europa, wo die Themen „Rasse“ und Eugenik „im Umlauf“ waren. Lueger repräsentierte ferner eine antidemokratische, antiliberalen und antimarxistische politische Linie, die Hitler später nachahmen sollte.

Nach dem Aufbau einer Machtbasis in Bayern beschloß Hitler, einen Putsch nach dem Muster von Mussolinis „Marsch auf Rom“ 1922 durchzuführen. Der „Putsch“ in München im November 1923 wurde durch Gewehrschüsse von einigen loyalen Polizisten vereitelt und Hitler zusammen mit den anderen Verschwörern verhaftet. Das Gerichtsverfahren war eine Farce. Die Richter, die offensichtlich mit den Angeklagten sympathisierten, ließen Hitler lange politische Erklärungen abgeben und verurteilten ihn dann zu einer lächerlichen Gefängnisstrafe.

Im Gefängnis legte Hitler seine Ideen in dem Buch „Mein Kampf“ ausführlich dar. Es ist zum Teil autobiographisch, zum Teil eine Geschichte der NSDAP, zum Teil Parteiprogramm und zum Teil eine Darstellung seiner Weltanschauung. Hitler sah die Welt vom rassenbiologischen Standpunkt aus. Die Arier waren die überlegene „Rasse“ und verantwortlich für die gesamte Zivilisation. Die Juden galten als dämonische Kraft und führten - als internationale Finanziere und Marxisten verkleidet - Krieg gegen die Menschheit. Hitler glaubte fest an die gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion“, in denen die Rede ist von einer jüdischen Verschwörung gegen die etablierte Ordnung.

Hitler war außerdem ein überzeugter Eugeniker. Er wollte die deutsche Gesellschaft, das „Volk“ nach rassenbiologischen Grundsätzen umformen, es von allen schwachen Elementen reinigen und in eine „Herrenrasse“ verwandeln, die über Europa herrschen sollte. Neben den gewöhnlichen nationalistischen Forderungen, den Versailler Vertrag zu widerrufen, die 1919 verlorenen Gebiete zurückzugewinnen, sich mit Österreich zu vereinigen und alle Deutschen in angrenzenden Ländern zusammenzurufen, verkündete Hitler, es wäre Deutschlands Bestimmung ebenso wie eine Sache der strategischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit, Land im „Osten“ zu erobern, womit Polen und Rußland gemeint waren. Dadurch würde Deutschland „Lebensraum“ erhalten und gleichzeitig der jüdische Bolschewismus vernichtet werden. „Mein Kampf“ war ein Manifest, das zu Krieg und Zerstörung aufrief.

Nach seiner Freilassung im Dezember 1924 ließ Hitler die NSDAP wiederaufleben und gab ihr eine neue Ausrichtung. Seine rhetorischen Fähigkeiten und Großtuerei bei dem Entwerfen von Flaggen, Uniformen und Symbolen waren wesentliche Faktoren für ihre erfolgreiche Wahlpropaganda. In den Jahren 1925 bis 1926 begründete Hitler seine unbestrittene Führerschaft und entwickelte das Führerprinzip.

Im Dezember 1929 schloß Hitler ein Bündnis mit dem nationalistischen Zeitungsmagnaten Alfred Hugenberg, dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Während einer gemeinsamen Aktion gegen den Young-Plan verschaffte Hugenberg Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit. Dies wurde durch den Erfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen 1930 und der Reichspräsidentenwahl im April/Mai 1932 bestätigt. Mittlerweise traf sich Hitler regelmäßig mit Geschäftsleuten und Industriellen, mit denen er durch Hjalmar Schacht und Fritz Thyssen bekannt gemacht wurde, beide Befürworter der Nationalsozialisten aus der Welt der Finanzen und der Industrie. Es stellte sich heraus, daß er bei diesen kleinen Zusammenkünften als Redner ebenso fesselnd und überzeugend war wie auf dem Podium vor einer großen Zuhörerschaft. Hitler wurde bekannt dafür, selbst die dickköpfigsten Geschäftsleute und Militärangehörigen zu seiner Denkweise zu verleiten.

Im Juli 1932 wurde die NSDAP die stärkste Partei im Reichstag, und Hitler verlangte, zum Kanzler aufgestellt zu werden. Während er die Hand nach dem Kanzleramt ausstreckte, mußte die NSDAP Stimmenverluste hinnehmen und die Seifenblase seiner eigenen Popularität schien zu platzen. Doch als

Folge politischer Intrigen im Regierungskreis wurde Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler berufen.

Hitler erwies sich als geschickter Politiker. Er verlangte neue Wahlen, die am 5. März stattfanden und die NSDAP außerordentlich stärkten und gleichzeitig ihre Rivalen schwächten. Der Reichstagsbrand diente ihm dazu, den Ausnahmezustand zu verhängen, dann bewegte er das Parlament dazu, ihm unbeschränkte Macht durch ein Ermächtigungsgesetz zu übertragen.

Von 1933 bis 1937 ging Hitler vorsichtig vor und überzeugte sich davon, daß er die konservativen Politiker im Kabinett auf seiner Seite behielt. Auf diese Weise wurde das Ausmaß der NS-Macht durch die Pseudolegalität eines jeden Schrittes und die Präsenz vertrauter Figuren in der Regierung verschleiert. Von 1937/38 an signalisierte Hitler eine Radikalisierung der Politik. Seine persönliche Kontrolle über die Armee wurde verschärft, als er 1938 Verteidigungsminister wurde. Die Macht seiner engsten Verbündeten Göring und Himmler wurde verstärkt.

Trotzdem schenkte Hitler der täglichen Regierungsroutine immer weniger Aufmerksamkeit. Von 1935 an war er selten in seinem Büro in der Reichskanzlei. Von 1937 an verzichtete er gänzlich auf Kabinettsitzungen. Seine Rolle im Staatsapparat war allmächtig, aber zugleich war seine Macht unbestimmt und un gelenkt. Die Folge war ein System persönlicher Herrschaft, das mit dem mittelalterlichen Feudalismus verglichen wurde, in dem „hohen Adeligen“ „Lehngüter“ zugesprochen wurden und es ihnen überlassen wurde, „Grabenkämpfe“ auszutragen, um zu entscheiden, wer was tun sollte.

Hitler fiel es schwer, wichtige Entscheidungen zu treffen. Seine Ausflüchte lähmten oft die Regierungsführung und später die Durchführung von Feldzügen. Er wurde in zunehmendem Maße ein nationales Aushängeschild und Symbol, ein mythischer Charakter, der die Tugenden des idealen Bürgers verkörperte, wie es von Goebbels Reichsministerium für Propaganda vermittelt wurde. Sein persönliches Auftreten wurde in hohem Grade einem Ritual unterworfen und in Film- oder Pressedarstellungen stark stilisiert.

Dennoch war Hitler ohne jeden Zweifel ein außergewöhnlicher Redner. Auf den Parteitag in Nürnberg ließ er die Massen von Zuhörern lange Zeit warten, bis er erschien, um dann bis zu fünf Minuten schweigend dazustehen. Dann begann er langsam und vernünftig zu reden, steigerte sich aber nach 40 bis 50 Minuten zu einem gut einstudierten, immer lauter werdenden Schwall von Behauptungen, Verurteilungen, Forderungen und Ermahnungen. Häufig stellte er seinen Zuhörern rhetorische Fragen, auf die sie wie aufs Stichwort Antworten brüllten. Sein Rapport mit diesen Massenveranstaltungen war elektrisierend. Ein Geheimnis war sein liturgischer Stil und seine Fähigkeit, die Sprache und die Bilder heranzuziehen, die durch den Gottesdienst geläufig waren. Er stellte sich als jemand hin, der zum Volk gehörte und seine Erfahrungen teilte, aber vom Schicksal zur Erfüllung einer göttlichen Mission ausgewählt war. Die Deutschen waren das auserwählte Volk, um sie mit ihm durchzuführen.

Hitlers Popularität erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1938 bis 1940 im Anschluß an die friedliche Einverleibung von Österreich und der Tschechei und die überwältigenden militärischen Siege in Polen 1939 und die Niederlage Frankreichs 1940. Aber der Einmarsch in Rußland 1941 rief tiefe Zweifel im deutschen Volk wach, und die Niederlage vor Moskau im Winter 1941/42 verursachte die ersten Risse im Image des Führers. Während Hitler die Generäle den Krieg 1939 bis 1941 führen ließ, war seine Rolle von Frühling 1942 an aufdringlicher. Das brachte ihn persönlich mit den

Niederlagen in Verbindung, die eine nach der anderen folgten und seiner Popularität noch mehr schadeten. Trotzdem gelang es Goebbels, Hitler als den Beschützer seines Volkes gegen die bolschewistischen asiatischen Horden darzustellen. Das war seine letzte Rolle.

Hitler zeigte sich nach der Niederlage in Stalingrad im Februar 1943 immer seltener in der Öffentlichkeit. Die anhaltenden Bombenangriffe der Alliierten schwächten ernstlich den Kampfgeist und verstärkten die allgemeine Unzufriedenheit mit der Partei. Während Hitler niemals für die Ineffizienz und Korruption in der Partei verantwortlich gemacht wurde, war er jetzt nicht mehr gegen diese Kritik geschützt.

Im Juli 1944 war er die Zielscheibe eines Mordanschlags, der knapp fehlschlug. Sein Überleben bestärkte ihn in seinem Sinn für das Schicksalhafte, obgleich er physisch ein gebrochener Mann war und auf einen Cocktail aus Medikamenten angewiesen war, die seine Konzentration beeinträchtigten und heftige Stimmungsumschwünge begünstigten. Die letzten acht Monate seiner Herrschaft verbrachte er zunehmend im verborgenen in seinem Bunker in Berlin. Diese Zeit war gekennzeichnet von einer manischen Weigerung, die Niederlage zu akzeptieren, die durchsetzt war mit Tiraden gegen seine Generäle, Soldaten und das deutsche Volk, ihn im Stich gelassen zu haben.

Am 29. April 1945 traf Hitler Vorbereitungen für seinen Tod. Er heiratete seine Geliebte Eva Braun und diktierte sein politisches Testament. Darin warf er den Deutschen vor, ihn im Stich gelassen zu haben, und gab den Juden die Schuld an dem Krieg. Am nächsten Tag verabschiedete er sich von seinem Mitarbeiterstab, hörte Meldungen von der Kampffront (jetzt fast über seinem Kopf) und zog sich mit seiner Frau in ein Zimmer zurück. Sie nahm Gift, während er sich erschoss. Ihre Leichname wurden im Garten der Reichskanzlei eingeäschert, und die später von der Roten Armee entdeckten Überreste ließ man an einem geheimen Platz in der Nähe von Magdeburg verschwinden, wo sie endgültig vernichtet wurden.

HITLERS DEUTSCHLAND

Der Aufstieg der Nazis

1919 wurde die Deutsche Arbeiterpartei von Agitatoren aus dem nationalistischen rechtsextremen Lager, das eine deutsche Politik vor 1914 vertrat, gegründet. Es waren gefährliche Antisemiten, die mit Hilfe des Rassismus die Arbeiter vom Marxismus weglocken und für eine nationalistische Version des Sozialismus zu gewinnen versuchten.

Zu dieser Zeit war Adolf Hitler ein entlassener Soldat, der nach dem Krieg vom Militärdienst zu einer Propagandatätigkeit für die Armee übergegangen war. Er trat der Deutschen Arbeiterpartei bei und wurde bald ihre dominierende Figur. Im April 1919 wurde die Partei in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) umbenannt. Bis um 1920 war Hitler als der Führer der NSDAP in Erscheinung getreten und begann, ihr seine politische Weltanschauung aufzuprägen. Im Januar 1921 hielt die NS-Partei ihren ersten Kongreß ab und nahm ein Programm an, das aus 25 Punkten bestand. Punkt 4 erklärte, daß „ein Jude kein Deutscher ist“, und Punkt 5 führte an, daß „Nichtdeutsche in Deutschland angemessenen Gesetzen unterliegen sollen“.

Zwischen 1920 und 1923 baute Hitler eine Machtbasis in München auf. Er war beeindruckt von Mussolinis faschistischem Staatsstreich in Italien 1922 und beschloß, einen „Putsch“ gegen die Weimarer Republik durchzuführen, indem er zuerst die Macht über Bayern an sich riß. Das Werkzeug dazu sollte die SA sein, die Miliz der NS-Partei, die im Oktober 1920 von ehemaligen Offizieren und Freikorpsangehörigen gegründet wurde.

Der sogenannte „Marsch auf die Feldherrnhalle“ im November 1923 schlug fehl. Hitler wurde festgenommen und zu einer kurzen Gefängnisstrafe verurteilt. In der Haft legte er seine Ideen in Mein Kampf dar. Für alle, die sich damit abgaben, es zu lesen, war „Mein Kampf“ ohne Zweifel ein Manifest, das zu Krieg und Zerstörung aufrief. Das Mißlingen des Putsches“ schadete Hitler nicht, obgleich die NSDAP zusammenbrach. Er benutzte das Gerichtsverfahren, um einen guten Eindruck zu machen, indem er seine Weltanschauung zur Sprache brachte und sich als Märtyrer hinstellte. Während die NSDAP zu spalterischen Streitereien herabsank, wahrte er im Gefängnis Distanz. Als er im Dezember 1924, nach weniger als einem Jahr, entlassen wurde, wendete er die Lektionen an, die er aus dem mißglückten Aufstand gelernt hatte.

Hitler machte sich daran, die NSDAP von einer hauptsächlich bayerischen Partei in eine nationale Kraft umzuwandeln. Er verlieh ihr eine politische Linie und ein Aussehen, wodurch sie sich von den anderen rechtsradikalen nationalistischen Gruppen unterschied. Er entschied, daß die Propaganda darauf hinzielen sollte, Menschenmassen auf ihre Seite zu ziehen. Die NSDAP konzentrierte sich nun darauf, Stimmen zu gewinnen und so die verschmähte Maschinerie der Demokratie in der Weimarer Republik mit ihren eigenen Mitteln zu vernichten. In den Jahren 1925/26 gelang es Hitler, seine Autorität der Partei aufzuprägen. Durch seine oberste Führung erhielt die Partei sowohl Disziplin als auch Flexibilität. Verschiedene Splittergruppen und Zweige konnten rivalisierende, sogar sich widersprechende Verfahrensweisen einschlagen, aber solange sie Hitlers Billigung hatten, blieben sie alle in der Partei und mußten nebeneinander bestehen.

Die nationalsozialistische Partei wurde am 27. Februar 1925 neu gegründet. Sie wurde nun zentral geführt mit einer mächtigen Bürokratie und einer Ideologie, die sich von anderen republikfeindlichen nationalistischen Bewegungen unterschied. Zunächst machte sie jedoch nur langsam

Fortschritte. Die Jahre zwischen 1924 und 1929 waren die „goldenen Jahre“ der Weimarer Republik. Relative politische Stabilität, internationale Sicherheit und wirtschaftlicher Aufschwung führten zu einer stärker werdenden Unterstützung der demokratischen Parteien und der liberalen Republik.

Trotzdem funktionierte die neue Taktik der Nationalsozialisten. Die Partei gründete „Hilfsgruppen“, die Personen aus den verschiedensten sozialen Schichten anziehen sollten: Studenten- und Lehrerverbände, Jugendgruppen, Fachverbände der Akademiker, Vereine für Arbeiter, Bauern und kleine Händler. Sie fühlten sich zu den Nationalsozialisten hingezogen, weil die Partei ihre Vorurteile, ihre Ängste und ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck brachte und einfache Lösungen versprach, vor allem durch Bestrafung der Juden. Dadurch, daß Hitler detaillierte politische Erklärungen vermied, konnte er alle Gruppen gleichzeitig zufriedenstellen.

Im Mai 1928 gewann die NSDAP bei den Reichstagswahlen 800.000 Stimmen beziehungsweise 2,6 Prozent der Stimmen. Obwohl sie in bezug auf Wahlen immer noch lediglich eine „Splitterpartei“ war, belief sich die Zahl ihrer Mitglieder inzwischen auf etwa 100.000, und sie wurde in zunehmendem Maße von jungen und gebildeten Menschen unterstützt. Im Dezember 1929 schlossen Hitler und der nationalistische Zeitungsmagnat Alfred Hugenberg, der die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) führte, ein Bündnis, um gemeinsam bei einer Volksbefragung gegen ein Abkommen zu kämpfen, durch welches Deutschland amerikanische Hilfe erhalten sollte als Gegenleistung dafür, weiterhin an seiner Kriegsschuld festzuhalten und Reparationen für Kriegsschäden zu zahlen. Hugenberg verhalf der NSDAP zu Bekanntheit und Ansehen. Mit nur 13,8 Prozent der Stimmen war die Aktion ein Mißerfolg, aber die Mitgliederzahl in der Partei stieg auf fast 200.000 an, einschließlich 20.000 in der SA.

Der Börsenkrach in Amerika im Oktober 1929 stürzte die deutsche Wirtschaft in eine Krise. Die Arbeitslosigkeit, die sich im September 1929 auf 1,3 Millionen belief, schnellte im September 1930 auf drei Millionen empor und erreichte ein Jahr später 4,3 Millionen. Die Stimmen für die Nationalsozialisten spiegelten die Atmosphäre der Katastrophe wider. Zwischen Oktober und Dezember 1929 nahmen die Stimmen für die Nationalsozialisten bei den Landtagswahlen stetig zu. Im Staat Thüringen gehörte die NSDAP sogar zum ersten Mal der Regierung an, was ihr zu noch größerem Ansehen verhalf. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 gelang Hitler schließlich der Durchbruch. Die NS-Partei gewann 6,4 Millionen Stimmen, 18,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, und die Zahl ihrer Abgeordneten im Reichstag schnellte von zwölf auf 107 empor. Sie war nun die zweitstärkste Partei im Reichstag nach der SDP (Sozialdemokratische Partei Deutschlands).

Warum schnitten die Nationalsozialisten so gut ab? Im Gegensatz zu anderen Parteien wendete sie sich an alle gesellschaftlichen Kreise. Die Sozialisten richteten ihren Appell an die Arbeiter, das Zentrum an die Katholiken, die DNVP an die Geschäftsleute und Nationalisten, die Liberalen an die höheren Berufsstände. Die Nationalsozialisten gewannen Stimmen aus der gesamten Gesellschaft, wobei der Anteil der Beamten und Angehörigen der Mittelschicht, insbesondere Ladeninhaber und Akademiker, höher lag als es dem der Gesamtgesellschaft entsprach. Neue Wähler, insbesondere junge Leute und Frauen, unterlagen der einfachen Anziehungskraft der NS-Propaganda. Die Partei ergatterte Stimmen von den anderen rechten Parteien, insbesondere der DNVP, weil sie aggressiver, radikaler und

jugendlicher war. Ferner hatten die Nationalsozialisten niemals Regierungsgewalt innegehabt, so daß kein Makel des Amtsversagens an ihnen haftete.

Hitler stellte sich einer traumatisierten Bevölkerung, die Rettung und Sündenböcke suchte, als eine messianische Figur, die den Feind genau bestimmen konnte. Er versprach, die unbeliebte Weimarer Republik zu stürzen und ihre offenbar ineffektive demokratische Maschinerie durch ein entschiedeneres Herrschaftssystem zu ersetzen. Er gelobte, Deutschlands Nationalehre wiederherzustellen und die durch den Friedensvertrag von 1919 verlorenen Gebiete zurückzugewinnen. Die Depression führte auch zu einer verstärkten Unterstützung der Kommunisten. Hitler machte Gebrauch vom Antimarxismus und nutzte schonungslos die Angst vor dem Kommunismus in den besitzenden Schichten aus. Während er detaillierte politische Erklärungen vermied, zeigte Hitler ausführlich die Vision einer Rassenutopie, eines für Arier geeigneten Landes auf.

Jetzt, da die NSDAP eine wichtige Kraft bei den Wahlen darstellte, zog sie die Aufmerksamkeit der Geschäftswelt und der etablierten Politiker auf sich. Hitler verdankte seinen Aufstieg zur Macht zum einen den Intrigen in Regierungskreisen und zum anderen dem Wahlerfolg. Die verbündeten Stimmen der republikfeindlichen Parteien im Reichstag machten eine stabile parlamentarische Regierung fast unmöglich. Die SPD-Regierung bat Reichspräsident Hindenburg um Erlaubnis, auf dem Verordnungsweg zu regieren, der sich jedoch weigerte, den Sozialisten diese Macht zu gewähren. Daraufhin trat die Koalitionsregierung der SPD zurück, und der Reichspräsident bestellte ein neues Kabinett, das sich auf seine Genehmigung allein gründete. Der neue Reichskanzler war Heinrich Brüning, Vorsitzender der katholischen Partei Zentrum.

Hitler verbesserte seinen Ruf weiter dadurch, daß er für die Reichspräsidentenwahl im April/Mai 1932 kandidierte. Er gewann 30 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang und über 36 Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang. Nach der Wiederwahl von Reichspräsident Hindenburg verbot Reichskanzler Brüning die SA und die SS in dem Versuch, der wachsenden Popularität der Nationalsozialisten Einhalt zu gebieten. Der Schuß ging nach hinten los, da die Reichswehr die NSDAP jetzt als eine potentielle Hilfsquelle für eine rechte Regierung betrachtete, die ihr mehr zusagte. Hindenburg ernannte einen neuen Reichskanzler, Franz von Papen. Er hob das Verbot von SA und SS auf und untersuchte die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit. Aber der Erfolg der Nationalsozialisten bei den darauffolgenden Wahlen regte Hitlers Machthunger zu seinen eigenen Bedingungen an.

Vor seinem Sturz hatte Brüning das Parlament aufgelöst und zu neuen Wahlen aufgerufen. Als diese im Juli 1932 stattfanden, gewann die NSDAP 13,7 Millionen Stimmen, 37,3 Prozent der abgegebenen Stimmen, und erhielt 230 Mandate. Jetzt war sie die stärkste Partei im Reichstag. Hitler forderte, zum Kanzler berufen zu werden, wurde aber durch von Papen und Hindenburg abgewiesen. Im September 1932 verlor von Papen ein Vertrauensvotum im Parlament und verlangte neue Wahlen. Diesmal verlor die NSDAP Stimmen. Sie gewann nur 11,7 Millionen Stimmen, 33,1 Prozent der abgegebenen Stimmen, und 196 Mandate. Es schien, daß Hitlers Popularität gesunken wäre. Aber Industrielle und Bankiers beeinflussten von Papen, Hitler das Amt zu geben, um die Regierung gegen die Kommunisten zu stützen, die ebenfalls stetige Stimmengewinne zu verzeichnen hatten. Hitler streckte die Hand nach dem Kanzleramt aus, und es hatte den Anschein, daß er sich übernommen hatte. Am 6. Dezember erzielten die Nationalsozialisten bei den Landtagswahlen in Thüringen einen Einbruch.

Doch hinter den Kulissen spielten Intrigen eine größere Rolle dabei, Hitler schließlich zum Erfolg zu verhelfen. Als von Papen keine parlamentarische Mehrheit erreichte, schlug er vor, mit Hilfe der

Reichswehr zu regieren. Der Reichspräsident weigerte sich, diesen Plan zu unterstützen, und ernannte Kurt von Schleicher, den Verteidigungsminister, zum Reichskanzler. Von Schleicher hatte es seit langem befürwortet, die Nationalsozialisten hinzuzuwählen, und stand hinter den Annäherungsversuchen, die von Papen unternommen hatte. Jetzt behauptete er, daß er eine regierende Mehrheit durch Fortlocken einiger der linken NS-Abgeordneten vereinigen könnte. Doch auch von Schleicher scheiterte. Er beunruhigte vielmehr die Geschäftsleute dadurch, daß er gleichzeitig Annäherungsversuche bei den Arbeitern unternahm. Unterdessen versuchte von Papen, sich an seinem ehemaligen Verteidigungsminister zu rächen. Er überredete Reichspräsident Hindenburg dazu, Hitler das Kanzleramt in einem Kabinett anzubieten, in dem er als Vizekanzler zusammen mit einigen anderen konservativen, nicht-nationalsozialistischen Politikern vertreten wäre. Hindenburg gab seine Zustimmung. Er entließ Schleicher und bot am 30. Januar 1933 Adolf Hitler das Amt des deutschen Reichskanzlers an.

Hitler nahm an und trat sein Amt mit drei NS-Kollegen in einem Kabinett an, das sich mehrheitlich aus Nicht-Nationalsozialisten zusammensetzte. Innerhalb von drei Monaten hatte Hitler sie alle überlistet und besaß die uneingeschränkte politische Macht.

HITLERS DEUTSCHLAND

Der Aufstieg der Nazis

Die Weimarer Republik

Die Nachricht vom militärischen Zusammenbruch Deutschlands im Oktober 1918 erreichte ein kriegsmüdes, aber immer noch patriotisches Volk wie ein Schock. Die oberste Heeresleitung wußte, daß Frieden nur von demokratischen Führern geschlossen werden konnte, und wollte auf jeden Fall, daß sie die Schuld an etwaigen folgenden Friedensverträgen auf sich nehmen sollten. Die Macht entglitt schnell den Händen des deutschen Kaisers und fiel in die von parlamentarischen Politikern. Aber bis November 1918 wurde das Land von einer revolutionären Strömung erfaßt, als desillusionierte Soldaten und Arbeiter sich gegen das alte Regime wendeten.

Die größte Massenpartei, die Sozialdemokratische Partei (SDP), gab sich damit zufrieden, daß verfassungsmäßige und soziale Reformen eingeführt wurden. Sie war beunruhigt über die wachsende Unterstützung für die „Arbeiter- und Soldatenräte“, die sich nach den Bolschewisten im revolutionären Rußland richteten. Deshalb ging die SDP-Führung einen Pakt mit dem Offizierskorps, dem Staatsdienst und Industriellen ein. Die alten bestehenden Kräfte des kaiserlichen Deutschlands stimmten der Gründung einer liberalen demokratischen Republik zu und erfüllten die angemessenen Forderungen der arbeitenden Bevölkerung. Sie wollten der eben flügge gewordenen demokratischen Regierung die Maschinerie des Staates und der Armee zur Verfügung stellen. Dafür versprachen die Sozialdemokraten, die Bolschewisten in Schach zu halten.

Im Januar 1919 wurde die Deutsche Kommunistische Partei gegründet. Ihre Anhänger versuchten, einen Aufstand in Berlin durchzuführen, der von rechten Offizieren und Soldaten des „Freikorps“ niedergeschlagen wurde. Diese halbunabhängigen Truppenverbände hatte die Armee der Regierung zur Verfügung gestellt, um Arbeiteraufstände zu unterdrücken. Sie waren der Nährboden für extreme, nationalistische und rassistische politische Einstellungen. Einen Monat später wurde die neugewählte Nationalversammlung in Weimar eröffnet und brachte somit die Weimarer Republik hervor. Doch von 1919 bis 1924 kämpfte sie ums Überleben gegen Angriffe von der extremen Linken und der extremen Rechten.

Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen, die von den siegreichen Alliierten auf der Konferenz zu Versailles aufgestellt wurden, trug dazu bei, die Haltung gegenüber der neuen Republik zu vergiften.

Der Vertrag zwang Deutschland zum Abtritt von Gebieten an seiner Ost- und Westgrenze. Es verlor 15 Prozent seiner landwirtschaftlichen Produktion, 20 Prozent seiner Produktion an Kohle, Eisen und Stahl und sieben Prozent seiner Fabrikationskapazität. Das Rheinland wurde entmilitarisiert, das Heer auf 100.000 Mann reduziert und die Marine auf 15.000 zusammengestrichen. Deutschland mußte die Schuld daran, den Krieg angefangen zu haben, anerkennen und wurde zur Zahlung von 8,6 Milliarden Dollar „Reparationen“ als Ausgleich für die Kriegsschäden verpflichtet.

Der Versailler Vertrag rief eine Welle der nationalistischen Entrüstung hervor und schürte den Glauben, daß Verräter, Revolutionäre und vor allem Juden Deutschland in den Rücken gefallen wären. Im März

1920 inszenierten Rechte einen Putsch in Berlin, der nur von einem Arbeiterstreik niedergeschlagen wurde. Gleichzeitig führten Arbeiter im Ruhrgebiet massive Streiks für politische Ziele durch. Die Reichstagswahlen im Juni 1920 offenbarten wenig allgemeine Zuneigung für das neue System. Ein allgemeiner Rückhalt wurde durch eine galoppierende Inflation weiterhin untergraben. Außer der Reparationsbürde trug die neue Republik eine schwere Schuldenlast aus den Kriegsjahren. Um mit Reparationen, Schulden und dem Leistungsbilanzdefizit fertig zu werden, ließ sie Geld drucken. Im Januar 1923 marschierten französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet ein, nachdem Deutschland seinen Reparationszahlungen nicht nachgekommen war. Die Arbeiter traten in den Streik, erhielten jedoch Unterstützung von der Regierung dadurch, daß diese noch mehr Geld drucken ließ. Bis Mitte 1923 hatten die Spar- und Bankguthaben der meisten Deutschen keinen Wert mehr. Tausende von Menschen, insbesondere Angehörige der Mittelschicht, waren ruiniert.

Im September 1923 fügte sich eine neue Regierung rechtsgültig den französischen Forderungen und nahm die Reparationszahlungen wieder auf. Im November 1923 wurde eine stabile Währung eingeführt. Trotzdem sorgten die letzten Monate des Jahres 1923 für die höchsten politischen Herausforderungen an die Republik. Im Rheinland mußten von Frankreich unterstützte Separatisten mit Gewalt überwältigt werden. Die Kommunisten inszenierten einen Aufstand in Sachsen, der von der Polizei niedergeschlagen wurde. Im November führten Hitlers Nationalsozialisten einen Putsch in München durch, der mit Gewalt unterdrückt werden mußte.

Trotzdem wurde die Regierung mit diesen Bedrohungen fertig und erreichte eine Art Stabilität. Die Jahre 1924 bis 1929 waren die „goldenen Jahre“ der Weimarer Republik. Internationale Sicherheit und wirtschaftlicher Aufschwung führten zu einer stärker werdenden Unterstützung für die demokratischen Parteien und die liberale Republik. Doch selbst dann war es fast unmöglich, eine stabile Regierungskoalition zu bilden, und eine Regierung nach der anderen kam und ging in beunruhigendem Ausmaß. Auch die wirtschaftliche Harmonie hielt nicht lange an. Sinkende Produktivität und niedriger werdende Gewinnspannen ließen die Industriellen sich gegen die Zugeständnisse wenden, die sie den Arbeitern 1919 eingeräumt hatten. Sie führten einen unablässigen Kampf gegen den Achtstundentag, Tarifverhandlungen und staatliche Unterstützungen wie der Arbeitslosenversicherung.

Die begrenzte soziale Harmonie und politische Stabilität in der Weimarer Republik fand 1929 ein Ende. Der Börsenkrach in Amerika im Oktober 1929 führte zur Kündigung von Anleihen amerikanischer Banken an deutsche Unternehmen. Als Folge waren Hunderte von Firmen zur Liquidation gezwungen, und die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an. Im September 1929 belief sich die Arbeitslosigkeit auf 1,3 Millionen. Im September 1930 schnellte sie auf drei Millionen hoch und erreichte ein Jahr später 4,3 Millionen. Im September 1932 stieg sie auf 5,1 Millionen, und bis Januar 1933 betrug sie sechs Millionen beziehungsweise 30 Prozent des gesamten Arbeitskräftepotentials. Diese Zahlen spiegeln nicht die Zwangslage der Teilzeitbeschäftigten oder der Frauen wider, die an den Herd zurückkehrten. Nicht eine Familie blieb von dem Trauma der Arbeitslosigkeit und der drohenden Armut unberührt.

Einer äußerst ängstlichen Bevölkerung auf der Suche nach einem starken Führer nach Jahren der Instabilität schien Hitler ein Geschenk des Himmels zu sein. Er nutzte die Ängste und Vorurteile von Menschenmassen geschickt aus und schlug Kapital aus ihrem verlorengegangenen Vertrauen zur Demokratie, zu den liberalen Parteien und zur Weimarer Republik. Er gelobte, das alte Regime hinwegzufegen, einer unschlüssigen Staatspolitik ein Ende zu machen, entschieden zu handeln und die

Ordnung wiederherzustellen. Aber die Weimarer Republik wurde nicht von den Nationalsozialisten gestürzt: Ihr Zusammenbruch erfolgte von innen heraus. 1929 machte der neue Reichskanzler Heinrich Brüning, Vorsitzender der katholischen Partei Zentrum, Gebrauch von Artikel 48 der Verfassung, der es dem Reichspräsidenten und seiner Regierung ermöglichte, ohne Zustimmung des Reichstags zu regieren. Brüning wollte den Einfluß des Reichstags vermindern und Deutschland zu einem konservativen, monarchischen und autoritären Regierungssystem hinführen. Auf kurze Sicht wollte er die Einstellung der Reparationszahlungen erreichen. Dazu ließ er die Arbeitslosigkeit verheerend ansteigen und trieb eine deflationäre Wirtschaftspolitik, die die Wirtschaftskrise verschärfte. Aber Brüning konnte seine Gesetzesvorlagen nicht durch den Reichstag bringen und machte immer mehr Gebrauch davon, auf dem Verordnungsweg zu regieren. Zwischen 1930 und 1932 tagte der deutsche Reichstag immer seltener, verabschiedete immer weniger Gesetze, während die Gesetzgebung in hohem Maße über den Reichspräsidenten erfolgte. Mittlerweile füllten die Reichswehr und der öffentliche Dienst das politische Vakuum. Die Weimarer Republik wurde lange vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten zerstört. Brüning stürzte im Mai 1932 als Folge von Intrigen der Reichswehr und einer veränderten Einstellung gegenüber den Nationalsozialisten. Hitlers nationalsozialistische Anhänger wurden zunehmend als der einzige Weg gesehen, um die Sozialisten oder - was noch schlimmer war - die Kommunisten von der Macht fernzuhalten. Als es einer Reihe von Reichskanzlern zwischen 1930 und 1932 nicht gelang, eine Mehrheit im zersplitterten Reichstag zu erhalten, wendete sich der Reichspräsident an die Nationalsozialisten wegen der Führung einer Koalitionsregierung. Hitler wurde zum Reichskanzler berufen. Jedoch bestand seine Aufgabe nicht darin, die Weimarer Republik zu retten, sondern sie zu begraben.

HITLERS DEUTSCHLAND

Der Aufstieg der Nazis

Die Juden im modernen Deutschland

Seit römischer Zeit hatten Juden in Deutschland gelebt. Einmal aus ihren Gettos heraus, wurden sie die größten Enthusiasten für die deutsche Kultur und leisteten bedeutsame Beiträge zu vielen Bereichen der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft. Viele Deutsche waren verstimmt über den Erfolg der Juden und stellten ihn übertrieben dar. In den schweren Jahren des Ersten Weltkrieges machten einige die Juden zum Sündenbock. Die Rolle der Juden in der russischen Revolution und in der deutschen sozialistischen Bewegung bestätigte die Überzeugung deutscher Konservative, die Juden seien eine destabilisierende Kraft in der Gesellschaft. Als Deutschland den Krieg verlor und in eine lange Zeit der politischen Unruhe und des wirtschaftlichen Chaos verfiel, machte man die Juden dafür verantwortlich.

In der Weimarer Zeit machte der jüdische Bevölkerungsanteil etwa 565.000 Personen beziehungsweise weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Doch aufgrund ihrer geographischen und beruflichen Verteilung kam es vielen Deutschen so vor, als wären bei weitem mehr Juden im Land. Trotz der hohen Mischehen- und Konversionsraten stützte die beachtliche Zahl orthodoxer osteuropäischer Juden in mehreren deutschen Städten die Behauptungen über das „sippenhafte“ Wesen der Juden.

Die deutschen Juden waren in einigen wenigen Städten konzentriert. Allein in Berlin lebte ein Drittel. Auch in bestimmten Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft waren sie besonders stark vertreten, was sie allgegenwärtig erscheinen ließ. Etwa 75 Prozent der Juden waren im Handel und Bankwesen tätig oder übten akademische Berufe aus, gegenüber 25 Prozent der beschäftigten Personen in der nichtjüdischen Bevölkerung. Sie repräsentierten 61 Prozent der im Handel Beschäftigten, darin eingeschlossen 75 Prozent der Kleinhändler, 40 Prozent aller Großhandels-Textilunternehmen, 60 Prozent der Einzelhandels-Bekleidungs-geschäfte und ein Viertel der landwirtschaftlichen Großhändler. 1932 waren fast 80 Prozent des Umsatzes aus Kettenläden in den Händen jüdischer Unternehmen. Die Juden waren in der Verlagsindustrie als Eigentümer und Journalisten vorherrschend. 1933 waren elf Prozent der Ärzte und 16 Prozent der Anwälte Juden. Verglichen damit waren die Juden in den großen deutschen Banken, der Schwerindustrie oder der Landwirtschaft kaum vertreten. Ungefähr 20 Prozent der jüdischen Bevölkerung waren arme neuere Einwanderer aus Osteuropa. Diese Juden wurden als kostspielige Last für die übrige Gemeinschaft angesehen.

Im Gegensatz zu der rechten Propaganda über die Juden und die Rolle von einigen wenigen hochprofilierten politischen Aktivisten wie Rosa Luxemburg und Kurt Eisner unterstützten die meisten Juden in den 20er Jahren gemäßigte bürgerliche Parteien. Erst nach dem Untergang dieser Parteien wandten sich jüdische Wähler den Sozialisten oder den Kommunisten zu, weil sie eisern anti-nationalsozialistisch blieben. Die NS-Propaganda behauptete auch, daß die Juden an der Spitze der modernistischen Kultur ständen, die sie als entartet bezeichneten. Aber auch hier wiederum hatten die

meisten Juden einen konservativen bürgerlichen Geschmack, und radikale jüdische kreative Persönlichkeiten gaben sich nicht unbedingt mit ihrer Gemeinde ab.

Der Antisemitismus in Deutschland in der Weimarer Zeit hatte bestimmte singuläre Züge. Die Nationalsozialisten beschuldigten die Juden, sich dem Militärdienst entzogen und an der Heimatfront Wuchergeschäfte gemacht zu haben. Sie wiesen auf das Hervortreten der Juden in den Reihen der SDP und unter den Gründern der Weimarer Republik hin als Beweis dafür, daß die Juden im November 1918 Deutschland verraten hatten. Außerdem erweiterten die Nationalsozialisten herkömmliche antisemitische Themen, indem sie die Juden beschuldigten, das Großkapital zu beherrschen und deutsche Arbeiter auszubeuten, während sie am anderen Ende der Gesellschaftsstufe die Einwanderung armer Juden aus dem Osten verurteilten. Sie griffen religiöse Themen wieder auf und bezichtigten die Juden offen des Ritualmordes. Studenten gehörten zu den ersten, die der nationalsozialistischen Anziehung erlagen, möglicherweise wegen der großen Anzahl und des großen Erfolges jüdischer Studenten an deutschen Universitäten.

Der Antisemitismus konnte sogar vor 1933 tödlich sein. Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und Walter Rathenau waren jüdische Politiker, die von rechtsextremen Aktivisten ermordet wurden. Dennoch waren antijüdische Gewalttätigkeiten relativ unbedeutend. Auch konnte der Antisemitismus nicht allein mit der extremen Rechten gleichgesetzt werden. Sozialisten und Kommunisten scheuten sich genauso wenig, antijüdische Themen in ihrer antikapitalistischen Propaganda zu verwenden. Dies trug zu einer Umgebung bei, in der der NS-Antisemitismus als unangenehm, aber nicht als untragbar betrachtet wurde. In einer derart tendenziell gewalttätigen nationalistischen und rassistischen Atmosphäre war es möglich, den nationalsozialistischen Judenhaß zu übersehen oder sogar als normal anzusehen. Das führte dazu, daß die Menschen gegenüber der wahren, radikalen Natur von Hitlers Weltanschauung unsensibel wurden.

Auch die Juden betrachteten den Antisemitismus als ein Ärgernis, mit dem sie leben mußten. Repräsentative jüdische Organisationen verfaßten anti-nationalsozialistische Propaganda und veröffentlichten Material, um Vorurteile zu bekämpfen. Obwohl manche zu dem Schluß gelangten, daß der Zionismus die Lösung der mißlichen Lage der Juden in Deutschland sei, wurde die zionistische Bewegung bis 1933 nur von einer kleinen Minderheit der deutschen Juden unterstützt. Die meisten hielten den Antisemitismus und das nationalsozialistische Phänomen für vorübergehende Züge der deutschen Gesellschaft und Politik. Sie verdoppelten ihre Bemühungen, um zu beweisen, daß sie gute Bürger, Liebhaber der deutschen Kultur und Patrioten waren. Folglich betrachteten die meisten die Zionisten und die Ostjuden als ein Ärgernis und eine Störung. Diese Feindseligkeit führte zu Spaltungen unter den deutschen Juden, wodurch die jüdische Reaktion auf den Nationalsozialismus ernstlich geschwächt wurde.

HITLERS DEUTSCHLAND

Der Aufstieg der Nazis

Die deutschen Wähler und die Nazis

Im Mai 1928 gewannen die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen 800.000 Stimmen beziehungsweise bloße 2,6 Prozent. Die NSDAP war nur eine rechte Splitterpartei von vielen. Doch die deutsche Wirtschaftskrise 1929 bis 1930 förderte die Stimmabgabe für die Nationalsozialisten. Zwischen Oktober und Dezember 1929 nahm sie bei den Landtagswahlen stetig zu. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 gewann die nationalsozialistische Partei 6,4 Millionen Stimmen, 18,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, und ihre Vertretung im Reichstag erhöhte sich drastisch von zwölf auf 107 Sitze.

Die Nationalsozialisten nahmen Angehörige aus allen Schichten der Gesellschaft für sich ein, obwohl sie beim Mittelstand besonders populär waren. Hitler wendete sich besonders energisch an junge Leute und Frauen, die zum ersten Mal wählten. Seine Popularität wurde durch die Reichspräsidentenwahl im April/Mai 1932 unterstrichen. Hitler gewann im ersten Wahlgang 30 Prozent der Stimmen und im zweiten Wahlgang über 36 Prozent der Stimmen. Bei den darauffolgenden Reichstagswahlen im Juli 1932 gewann die NSDAP 13,7 Millionen Stimmen, 37,3 Prozent der abgegebenen Stimmen, und errang 230 Sitze. Jetzt war sie die stärkste Partei im Reichstag.

Bei den Reichstagswahlen im September 1932 verloren die Nationalsozialisten zum ersten Mal seit 1928 an Boden. Die Partei konnte nur 11,7 Millionen Stimmen, 33,1 Prozent der abgegebenen Stimmen, und 196 Sitze für sich verbuchen. Aber dieses Ergebnis reichte völlig aus und brachte Hitler in die Verhandlungsposition, die er brauchte, um seinen Weg zur Macht auszubauen.

HITLERS DEUTSCHLAND

Das Dritte Reich

Als Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, dachten die konservativen Politiker, daß er leicht zu manipulieren sei. Doch innerhalb kurzer Zeit hatte Hitler sie alle überlistet und uneingeschränkte Macht gewonnen.

Zuerst saßen nur zwei weitere Nationalsozialisten im Kabinett: Reichsinnenminister Wilhelm Frick und Hermann Göring, Minister ohne Geschäftsbereich (und später Minister der Luftwaffe). Nach drei Monaten schloß sich ihnen Joseph Goebbels an der Spitze eines neuen Propagandaministeriums an. Die anderen Kabinettminister wie Vizekanzler von Papen, Alfred Hugenberg und Constantin von Neurath waren aristokratische und konservative Figuren. Ihre Präsenz verlieh der nationalsozialistischen Revolution, die im Begriff war, ausgelöst zu werden, den Schein der Kontinuität.

Hitler forderte unverzüglich neue Wahlen, die auch abgehalten wurden. Der zwischen dem 1. Februar und 5. März 1933 durchgeführte Wahlkampf fand in einer Atmosphäre der Gewalttätigkeit und des Terrors statt. Frick und Göring ordneten die Einstellung von 40.000 SA-"Schlägern" als Hilfspolizisten an. Sie griffen Sozialisten und Kommunisten an und schüchterten linke Wähler ein.

Der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 diente den Nationalsozialisten als Vorwand, zu behaupten, daß ein Putschversuch im Gange sei. Der Notstand wurde ausgerufen, unter dem das Recht der Redefreiheit, der Pressefreiheit und der freien Vereinsbildung auf unbestimmte Zeit aufgehoben wurden. Als die Wahlen schließlich stattfanden, hatten die Nationalsozialisten noch immer lediglich 44 Prozent der Stimmen, aber mit ihren rechten Verbündeten verfügten sie über eine Mehrheit im Reichstag. Dennoch hatte Hitler nicht die Absicht, demokratisch zu regieren. Am 23. März 1933 verabschiedete der Reichstag ein Ermächtigungsgesetz mit einer Zweidrittelmehrheit, das Hitler uneingeschränkte Macht zugestand.

Als nächstes machten sich die Nationalsozialisten daran, den Staatsdienst von politischen Gegnern zu säubern. Zwischen März und April 1933 brachte die Reichsregierung die Länderregierungen unter ihre Kontrolle. Das war der Beginn der sogenannten „Gleichschaltung“, durch die alle Bereiche der Regierung und der Gesellschaft unter die Kontrolle der NS-Funktionäre mit ihrer Zielsetzung der Nazifizierung gebracht wurden.

Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften aufgelöst und der NS-Deutschen Arbeitsfront einverleibt. Eine Reihe von NS-Berufs- und sozialen Verbänden „schaltete“ jetzt parallele Organisationen gleich, beziehungsweise verleibte sie sich ein. Berufsverbände, Studenten- und Lehrerorganisationen, Sportvereine, Frauen- und Jugendgruppen wurden nun alle nazifiziert, wodurch sich die Kontrolle der NSDAP auf die ganze Gesellschaft und auf Bereiche des Berufslebens und der Freizeit ausdehnte.

Im Juni und Juli 1933 waren alle politischen Parteien entweder dem NS-Block einverleibt worden oder aufgelöst. Die NSDAP unterstützte sogar die Gründung einer nationalsozialistischen christlichen Kirche, die nationalsozialistische Ideen und evangelischen Protestantismus in sich vereinigte. Hitler ernannte einen Bischof zum Oberhaupt dieser „Kirche“.

Im Juli 1934 unternahm Hitler Schritte, um seinen einzigen Rivalen um Macht in der NS-Bewegung zu beseitigen: Ernst Röhm, den Stabschef der SA. Bis Ende 1933 belief sich die der Braunhemden auf über 4,5 Millionen. Aber Röhm, der ebenfalls dem Reichskabinett und der bayerischen Regierung angehörte, war Hitler inzwischen ein Dorn im Auge. Röhm hielt an den frühen Idealen der NS-Bewegung fest und forderte radikale, sozialistische Wirtschaftsmaßnahmen. Ferner wollte er die Reichswehr durch seine eigenen SA-Streitkräfte ersetzen. Die Reichswehr war entsetzt über diese Aussicht und machte gemeinsame Sache mit Göring und Himmler, die Röhm vernichten wollten. Am 30. Juni 1933 wurde er von SS-Männern, von Hitler persönlich angeführt, festgenommen und zwei Tage später im Gefängnis ermordet. Zur gleichen Zeit liquidierten „Gestapo“ und SS in einer wohldurchdachten Operation über 70 Anhänger Röhm's. Die SA war entmachtet.

Am 2. August 1933 starb Reichspräsident von Hindenburg. Hitler übernahm auch das Amt des Reichspräsidenten und befahl Staatsbeamten und der Reichswehr, ihrem neuen Führer persönliche Treue zu schwören.

Mittlerweise bemächtigte sich Goebbels der Medien und säuberte Presse, Film und Rundfunk von NS-feindlichen Elementen. Am 10. Mai 1933 stellte er die Säuberung der deutschen Kultur durch die Organisierung der Verbrennung „entarteter“ Bücher im Zentrum Berlins symbolisch dar. Am 22. September 1933 wurde die Reichskulturkammer gegründet. Daraufhin mußten alle Schriftsteller, Künstler und Musiker nach der Pfeife der Nationalsozialisten tanzen.

Jedoch blieben konservative Politiker im Kabinett, und sowohl die Industrie als auch die Armee blieben von der Gleichschaltung“ relativ unangetastet. Das änderte sich 1937/38, als die Nationalsozialisten eine noch radikalere Überprüfung des politischen Systems in die Wege leiteten. 1936 leitete Göring einen Vierjahresplan ein, um die Wirtschaft auf den Krieg vorzubereiten und die durch schnelle Wiederaufrüstung verursachte wirtschaftliche Spannung zu lösen. Bald darauf legte Finanzminister Schacht sein Amt nieder und wurde durch den Nationalsozialisten Walther Funk ersetzt. Von dieser Zeit an kam das Kabinett nie wieder zusammen.

Zwischen den Nationalsozialisten und der Reichswehr hatte sich ein gespanntes Verhältnis über Hitlers zunehmend aggressive und gewagte Außenpolitik entwickelt. Um diese Opposition zu zerschlagen, hängten die Nationalsozialisten Anfang 1938 dem Reichskriegsminister Werner von Blomberg und Generaloberst von Fritsch, dem Oberbefehlshaber des Heeres, etwas an, so daß diese zum Rücktritt gezwungen waren. Hitler übernahm das Amt des Reichskriegsministers, und der leicht zu beeinflussende General Keitel wurde der neue Befehlshaber des Heeres. Der Reichsaußenminister wurde durch den Nationalsozialisten Joachim von Ribbentrop ersetzt.

Von 1936 an entfaltete sich auch die Macht von Himmler und der SS. In diesem Jahr wurde ihm die gesamte Polizei in Deutschland unterstellt. Das im Jahr 1939 gegründete Reichssicherheitsamt koordinierte alle Polizeibehörden sowie Sicherheits- und NSDAP-Geheimdienste. Damit war die Entwicklung eines „dualen Staates“ abgeschlossen, wobei die NSDAP-Institutionen denen des Staatsapparates genau entsprachen. Später wurden SS und andere NS-„Lehen“ sogar von der Partei unabhängig.

Dennoch war Hitlers Macht nicht absolut, und sie beruhte nicht auf der völligen Kontrolle der Gesellschaft. Bis 1936 mußte Hitler mit der alten politischen Führungsschicht, dem Big Business und der Armee abrechnen. Als die Macht seiner alten Freunde wie Frick, Himmler und Göring zunahm, sah er sich immer mehr als Richter in ihren Kontroversen. Da es keine Verfassung gab, die die Wirklichkeit

von Hitlers Macht widerspiegelte oder die Rolle der NS-Partei in bezug auf die bestehende Regierungsmaschinerie, bestand die Tendenz, daß die Macht auf lokale Parteifunktionäre, die Gauleiter, Dienststellenleiter im alten Staatsdienst und die Chefs der wichtigsten Organisationen wie Robert Ley, der der Deutschen Arbeitsfront vorstand, überging. Dieses System war ein Rezept für Chaos, und der nationalsozialistische Staat war genau genommen alles andere als monolithisch oder sogar gut organisiert. Hitler war ein schlechter Manager und Verwalter. Er zögerte, bevor er wichtige Entscheidungen traf, und zog es vor, die Einzelheiten der Staatsführung seinen Untergebenen zu überlassen. Seine Macht und sein Prestige hingen davon ab, über die Staatsführung erhaben zu bleiben. Hitler gab den Ton für die Regierungsform an, und seine Vision beschrieb, was erwünscht war, aber er erlaubte den Reichsministern, regionalen Bonzen und Vorständen von Organisationen, ihre Differenzen untereinander auszufechten, bevor ihm eine bestimmte Vorgehensweise vorgelegt wurde, die zu billigen oder abzulehnen war. Die Sieger bei solchen Kraftproben waren diejenigen, die Zugang zum Führer oder seinen engsten Verbündeten hatten. Seine Untergebenen führten eigentlich Hitlers Ideen weiter, um seine Gunst zu gewinnen. Das ganze chaotische System sollte zu noch aggressiveren und radikaleren politischen Initiativen führen.

HITLERS DEUTSCHLAND

Das Dritte Reich

Die Arbeitsweise des Nazistaates

Innerhalb weniger Monate nach ihrem Amtsantritt hatten die Nationalsozialisten einen Einparteiensstaat in Deutschland geschaffen. Im Laufe des folgenden Jahres errichteten sie erfolgreich ein totalitäres Regime. Das wurde durch den Prozeß der sogenannten „Gleichschaltung“ erreicht, wobei die NS-Partei alle autonomen Organisationen in der Gesellschaft zwang, mit ihren NSDAP-Schatten zu verschmelzen. So wurden zum Beispiel am 2. Mai 1933 die Gewerkschaften aufgelöst und der NS-Deutschen Arbeitsfront einverleibt. Selbst Sportvereine und Jugendgruppen wurden nazifiziert. Alle Teenager mußten der Hitlerjugend beitreten; rivalisierende Jugendorganisationen wurden verboten. Die Nationalsozialisten versuchten sogar, eine nationalsozialistische christliche Kirche zu gründen. Mittlerweise bemächtigte sich Goebbels der Presse, des Films und des Rundfunks und zwang alle Schriftsteller, Künstler und Musiker, den NS-Kulturverbänden beizutreten.

Von 1934 an waren alle Staatsdiener gezwungen, Hitler als Reichskanzler und Staatsoberhaupt Treue zu schwören. Anfang 1938 säuberten die Nationalsozialisten die Reichswehr, und Hitler wurde Reichskriegsminister. Auch die Soldaten mußten ihm den Treueeid leisten.

Im Juli 1934 zerschlug Hitler die Macht der SA, aber als Folge dessen nahm die Macht der SS enorm zu. Von 1936 an lag die gesamte Polizeigewalt in Deutschland in den Händen von Himmler und der SS. Das im Jahr 1939 gegründete Reichssicherheitsamt schaltete alle Polizeibehörden sowie Sicherheits- und Geheimdienste gleich. 1936 unternahmen die Nationalsozialisten ihren ersten Versuch, die Wirtschaft durch einen Vierjahresplan zu kontrollieren, dessen Beauftragter Göring war. Der nationalsozialistische Staat war ein „dualer Staat“, wobei die Institutionen der NSDAP jenen des Staatsapparates genau entsprachen. Abgesehen von feierlichen Anlässen kamen der Reichstag und das Kabinett allmählich außer Gebrauch. Die Macht wurde ausgeübt durch Parteiorganisationen wie Robert Leys Arbeitsfront und durch Parteifunktionäre im Staatsapparat wie Ribbentrop im Reichsaußenministerium. Auf regionaler und lokaler Ebene konzentrierte sich die Macht in den Händen lokaler Parteibonzen, der Gauleiter.

Dieses war ein Rezept für Verwirrung. Alle Entscheidungen mußten vom Führer genehmigt werden, da es keinen anderen verfassungsmäßigen Mechanismus gab, um Verfahrensweisen in die Wege zu leiten oder Konflikte zwischen den einzelnen staatlichen Behörden oder Parteifunktionären zu lösen. Als die SS und andere NS-Organisationen in zunehmendem Maße unabhängig wurden, waren ihre Führer gezwungen, miteinander um Hitlers Aufmerksamkeit und Gunst zu konkurrieren, insbesondere wenn ihre Interessen kollidierten. Trotzdem haßte Hitler es, wichtige Entscheidungen zu treffen, und überließ die Einzelheiten der Staatsführung und der Verwaltung seinen Untergebenen, wie Martin Bormann, der dadurch großen Einfluß gewann. Bis zur Kriegsmitte war die SS unter Himmler im Grunde ein Staat in

einem Staat. Aber derartige Organisationen wie die Hitlerjugend waren eine wichtige Machtquelle und übten eine enorme Kontrolle über das Leben der gewöhnlichen Deutschen aus.

SA

Die „Sturmabteilung“, auch als SA bekannt, wurde 1921 als Leibgarde und Ernst Röhm ins Leben gerufen. Die SA warb ehemalige Offiziere und Soldaten des „Freikorps“ an und bot den Arbeitslosen eine Heimat. Die SA half den Nationalsozialisten, die „Schlacht um die Straßen“ zu gewinnen, indem sie Kommunisten und Gegner des Nationalsozialismus übel zurichtete. Ihre Paraden waren ein wichtiger Bestandteil der NS-Propaganda und vermittelten ein Bild der Einheit und der Disziplin. Jedoch war Hitler die SA-Führung zu sehr auf Unabhängigkeit bedacht und zu radikal. Röhm wollte, daß die SA die Reichswehr übernahm und die Macht des Big Business eingeschränkt werden sollte. Zuerst beschwichtigte Hitler die SA mit Gesten, wie zum Beispiel der Boykott jüdischer Geschäfte im April. Später wurde er überredet, ihre Macht zu zerschlagen, und benutzte die SS als Werkzeug zu diesem Zweck. Die SA sank danach zu einem Chor auf NS-Kundgebungen herab, obwohl sie weiterhin antijüdische Maßnahmen mit Brutalität durchführte.

RSHA

Das Reichssicherheitshauptamt wurde 1939 gegründet, um die SD, die „Gestapo“, die KRIPO und die SIPO zu kontrollieren und gleichzuschalten. Sein erster Chef war Reinhard Heydrich. Das RSHA kontrollierte außerdem die Einsatzgruppen“. Das Referat IV B4 unter Adolf Eichmann war zuständig für jüdische Angelegenheiten, und von dort aus wurde die „Endlösung“ geplant und durchgeführt.

SS

Die SS, kurz für Schutz-Staffel, wurde 1925 als Teil der SA gegründet. Ursprünglich diente sie als Hitlers persönliche Leibgarde. Als Himmler im Januar 1929 Chef der SS wurde, erfuhr sie eine Umstrukturierung. 1933 erhöhte er ihre Zahl von 280 auf 50.000. Himmler formte die SS gemäß seiner rassistischen und mystischen Ideen und machte sie zum Vehikel, um die extremsten NS-Pläne für eine Rassenutopie durchzuführen. Sie spielte eine führende Rolle bei der Säuberung der SA und dem Mord an Ernst Röhm 1934. Die SS brachte 1934 die Totenkopfverbände hervor, die als Wachbataillone in den Konzentrationslagern eingesetzt wurden. Bewaffnete SS, „Verfügungstruppen“, wurden 1933 geschaffen, aus denen die SS-Einsatzdivisionen hervorgingen, die sogenannte Waffen-SS. Auf ihrem Höhepunkt zählte die Waffen-SS fast 600.000 Mann, von denen viele ethnische Deutsche außerhalb des Reiches und ausländische Freiwillige aus West- und Osteuropa waren.

Gestapo

Begründet auf der politischen und Geheimdienstabteilung der preußischen Staatspolizei wurde 1933 die Geheime Staatspolizei von Göring gegründet. Sie wurde schon bald vom Sicherheitsdienst der NSDAP, dem SD, und der SS übernommen. Ihre Zahl belief sich auf 45.000 als sie 1936 formell gegründet wurde. Während des Krieges erlangte die „Gestapo“ enorme und schreckliche Macht in den eroberten Gebieten und spielte eine Schlüsselrolle bei den „Einsatzgruppen“.

Jugend im Dritten Reich: Hitlerjugend

Von Dezember 1936 an war die Mitgliedschaft bei der HJ für Jungen zwischen 15 und 18 Jahren obligatorisch. Für mehrere Jahre war sie die einzige legale Jugendbewegung. In den frühen Jahren der NSDAP hatte die Jugendorganisation vom Ethos der Jugendkultur Gebrauch gemacht, etwa beim Wandern, um die Ideen und die Rassenideologie der Nationalsozialisten einzupflegen. Die HJ war sehr populär; 1934 zählte sie 3,5 Millionen Mitglieder, die die ihnen gebotene Freiheit genossen. Sie wurde in zunehmendem Maße militarisiert und sorgte für viele Freiwillige für die SS und die Waffen-SS. Einige junge Männer weigerten sich, der nach rassistischen Merkmalen aufgebauten Klischeevorstellung des arischen Mannes zu entsprechen. Die „Swing-Jugend“ waren Jugendliche aus der Mittelschicht, die heimlich Jazz hörten und spielten, den die Nationalsozialisten als entartete „Neger“musik verurteilten. Andere wichen der HJ, dem Arbeitsdienst und sogar der Wehrpflicht aus und versammelten sich in Gruppen, die als „Edelweißpiraten“ bekannt waren, weil sie an einer Blume im Knopfloch zu erkennen waren. Sie trieben sich auf Ruinengrundstücken herum oder wo immer sie NS-Funktionären entkommen konnten.

Frauen im Dritten Reich: Bund der Deutschen Mädel

Junge Frauen wurden in einer zur Hitlerjugend gehörenden Organisation aufgenommen. Sie wurden gelehrt, daß es ihre Aufgabe bei der Schaffung einer rassistisch reinen Herrenrasse sei, Kinder zur Welt zu bringen und zu Hause zu bleiben. Anfänglich wurden die Frauen dazu ermuntert, eine Hochschulausbildung aufzugeben und aus dem Arbeitsmarkt auszusteigen, um Mütter zu werden. Während des Krieges wurden sie zunehmend mobilisiert, den Mangel an Arbeitskräften auszugleichen.

Kraft durch Freude, KdF

Die von Robert Ley, dem Chef der Deutschen Arbeitsfront, ins Leben gerufene KdF stellte den Arbeitern Urlaub, Theaterbesuche, Sport- und Freizeiteinrichtungen zur Verfügung. Sie verleibte sich unabhängige Agenturen ein, wodurch die NS-Kontrolle über die Gesellschaft erhöht wurde und den Arbeitern nationalsozialistische Ideen auf subtile Weise eingepflanzt wurden.

HITLERS DEUTSCHLAND

Das Dritte Reich

Propaganda

Hitler hatte sich in „Mein Kampf“ umfassend über die Propaganda ausgelassen und betrachtete sie als eine wesentliche Waffe im Kampf um Macht. Er glaubte, daß die Massen für die nationalsozialistischen Ideen gewonnen werden müßten, aber dumm und schwach wären. Folglich mußte die NS-Ideologie im Grunde in einigen einfachen Schlagworten zusammengefaßt werden, die unendlich oft wiederholt werden konnten. Diese Schlagworte und die Themen, die sie zum Inhalt hatten, sollten nicht auf den Intellekt, sondern auf die Instinkte wirken. Bis 1933 hatte er seine Ideen über Propaganda mittels öffentlicher Reden, Massenkundgebungen, NS-kontrollierter Zeitungen wie „Völkischer Beobachter“ und „Der Stürmer“, Plakate und Handzettel verwirklicht. Nach der „Machtergreifung“ war er in der Lage, die Hilfsmittel des Staates zu benutzen. Am 28. Februar 1933, nach dem Reichstagsbrand, führten die Nationalsozialisten die Pressezensur ein. Am 13. März 1933 wurde Joseph Goebbels zum Chef des neuen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ ernannt. Goebbels teilte viele von Hitlers Ideen über Propagandatechniken. Aber seine erste Aufgabe bestand darin, alle Medien „gleichzuschalten“, eine Aufgabe, die er über das Propagandaministerium, das Propagandabüro der Partei und die Reichskulturkammer ausführte.

Es war nicht schwierig, sich des vom Staat betriebenen Rundfunks zu ermächtigen. Die Nationalsozialisten leiteten die Massenproduktion von billigen Radios in die Wege, so daß bis 1939 die deutsche Bevölkerung mehr Rundfunkgeräte besaß als jedes andere europäische Land außer Großbritannien. Wenn Hitler sprach, hörten ihn 56 Millionen Deutsche.

Die Presse wurde zunächst durch die Zensur im Zaum gehalten und von Juden und NS-Gegnern gesäubert. Die sozialistischen und kommunistischen Zeitungen wurden eingestellt und Zeitungseigentümer, Herausgeber und Journalisten gezwungen, NS-Verbänden beizutreten. Das Propagandaministerium kontrollierte sogar die Nachrichtenbeschaffung, indem sie die führenden Presseagenturen Deutschlands übernahm und detaillierte Instruktionen an die Tagespresse herausgab. Allmählich verdrängten die Nationalsozialisten andere Zeitungen vom Markt oder übernahmen sie. Bis um 1939 kontrollierte der Parteiverlag 60 Prozent der deutschen Presse.

Goebbels wußte die Wichtigkeit der Filmpropaganda zu schätzen und verabschiedete mehrere Gesetze, die Kinobesitzer, Produzenten und Regisseure unter staatliche Kontrolle stellten. Er stellte ein Kreditsystem zur Filmfinanzierung auf, sobald das Drehbuch von seinem Ministerium genehmigt worden war. Bis um 1942 hatte das Propagandaministerium die Filmindustrie praktisch übernommen. Goebbels konzentrierte sich auf die Herstellung von gut inszenierten Dokumentar- und Unterhaltungsfilmen, die eine nationalsozialistische Botschaft enthielten. Dabei war er so erfolgreich, daß sich die Zahl der Kinobesucher zwischen 1933 und 1943 vervierfachte. Ein umwerfendes Beispiel

für diese Technik war „Ich klage an“, die Schulze des Jahres 1941 über Euthanasie, den sich 18 Millionen Menschen ansahen.

Die NS-Propaganda nutzte mehrere miteinander verknüpfte Themen. Sie predigte die Existenz einer nach rassistischen Gesichtspunkten definierten „Volksgemeinschaft“, die die Loyalität eines jeden Individuums forderte und alle Teil- oder Klasseninteressen aufhob. Den Deutschen wurde zu verstehen gegeben, daß es unbedingt erforderlich sei, die rassistische Reinheit und somit die Stärke der Volksgemeinschaft zu schützen. Damit verbunden war insbesondere die Bekämpfung der Juden und der Bolschewiken. Hitler wurde als Heldenfigur dargestellt, die das Volk vereinte und seine Ambitionen verkörperte.

Der Antisemitismus war ein zentraler und beständiger Bestandteil der NS-Propaganda. Jedoch startete Goebbels in den Jahren 1933, 1935 und 1938 drei besondere antisemitische Aktionen. Die erste Aktion stand mit dem antijüdischen Boykott in Verbindung. Die zweite unterstützte die Nürnberger Gesetze. Die dritte folgte der „Kristallnacht“ und rechtfertigte sie. 1939 bis 1940 gab Goebbels mehrere wirkungsvolle antisemitische Filme in Auftrag und zur Aufführung frei: „Die Rothschilds“, „Jud Süß“ und „Der ewige Jude“. Die beiden ersten waren Kostümdramen, die das Klischee vom Juden als dem mächtigen internationalen Finanzier, der das arme deutsche Volk ausbeutet, auf hinterhältige Weise verstärkte. Beide Filme waren in Deutschland beliebt.

Der dritte war ein Dokumentarfilm, der die Juden ausdrücklich mit Ungeziefer in Verbindung brachte und dazu ermahnte, sie zu zertrampeln. Der Film brachte Ausschnitte von einer Rede, die Hitler im Januar 1939 gehalten hatte und in der er androhte, daß, wenn die Juden einen Weltkrieg anfangen würden, dies in ihrer Zerstörung gipfeln würde. „Der ewige Jude“ enthielt Filmmeter über das Warschauer Ghetto, wobei der deutschen Öffentlichkeit die Information vorenthalten wurde, daß diese elenden Bedingungen den Juden durch die deutschen Streitkräfte auferlegt wurden. Dennoch half dieser Film, die deutsche Meinung über die Deportationen der Juden zu mildern, die bald darauf folgen sollten. Er hatte mäßigen Erfolg in Deutschland, rief jedoch eine stärkere Reaktion hervor, als er in NS-besetzten Ländern gezeigt wurde.

Der Antisemitismus wurde als Thema im Krieg bagatellisiert, möglicherweise weil Goebbels erkannte, daß dadurch die Menschen gezwungenermaßen mit ihrem Wissen oder ihren Vermutungen darüber, was mit den Juden „im Osten“ geschah, konfrontiert worden wären. Die Rolle der NS-Propaganda wird auf jeden Fall übertrieben dargestellt. Hitler und Goebbels achteten darauf, bei der Vermittlung ihrer speziellen Botschaft bestehende Vorurteile und Hoffnungen zu verwenden. Die Popularität des Regimes war gleichermaßen auf ihren Erfolg bei der Senkung der Arbeitslosigkeit und der Erhöhung des Lebensstandards zurückzuführen. Als der Krieg einen ungünstigen Verlauf nahm, vermochte die Propaganda den sinkenden Kampfgeist oder Hitlers Prestigeverlust nicht aufzuhalten. Statt dessen führte Goebbels den Deutschen kühn die drohende Niederlage vor Augen und machte Gebrauch von Angst und Verzweiflung, damit sie weiterkämpften.

HITLERS DEUTSCHLAND

Das Dritte Reich

Die Ersten Lager

Eine der ersten Maßnahmen der NS-Regierung bestand darin, einen Expertenausschuß zur Bevölkerungs- und Rassenpolitik zu gründen und Gesetze zu verabschieden, die es ihr möglich machten, Maßnahmen zur „Fortpflanzung“ auf eugenischer Grundlage bei der Bevölkerung durchzuführen.

Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 ermöglichte es dem Staat, die Sterilisierung bei Personen anzuordnen, die laut Feststellung des Erbgesundheitsgerichts, das sich aus medizinischen und juristischen „Fachleuten“ zusammensetzte, an einem Erbkranken litten. Die Skala der Krankheiten war vage und kaum wissenschaftlich belegt. Dazu zählten sichtbar erblich bedingte körperliche Gebrechen wie Taubheit, aber ebenso Schizophrenie, manische Depression, körperliche Mißbildungen, chronischer Alkoholismus und sogar „Schwachsinn“. Krankenhäuser, Sanatorien und Pflegeanstalten mußten ihre Patienten registrieren lassen, so daß deren Fälle beurteilt werden konnten. Am 26. Juni 1935 wurde das Gesetz dahingehend ergänzt, daß Zwangsabtreibungen bis zum sechsten Schwangerschaftsmonat möglich waren. Nur wenige Ärzte oder Psychiater erhoben Einwände gegen diese Gesetze. Die meisten arbeiteten begeistert an ihrer Ausführung mit.

Das am 24. November 1933 erlassene Gesetz gegen Gewalttäter und Gewohnheitsverbrecher betrachtete Verbrechen unter rassistischen Gesichtspunkten. Kriminelle wurden als Angehörige einer erblich belasteten Gruppe oder unterprivilegierten Klasse angesehen, die daran gehindert werden mußte, sich fortzupflanzen. Der Staat war ermächtigt, männliche Kriminelle, denen man eine erblich bedingte Neigung nachsagte, durch Kastration zwangsweise sterilisieren zu lassen. Es herrschte kein Mangel an „Experten“ zur Durchführung dieser Maßnahmen. Im Mai 1933 stellte das Reichsinnenministerium einen Expertenausschuß zur Bevölkerungs- und Rassenpolitik zusammen. 1936 wurde ein Rassenhygiene- und Erbforschungszentrum von der Reichsgesundheitsbehörde gegründet, um die arische Bevölkerung in Deutschland zu erfassen und „rassische Ausländer“ zu bestimmen und zu isolieren. Ärzte, Psychiater, Juristen und Sozialarbeiter wollten unbedingt den Erbgesundheitsgerichten angehören. Es verhalf ihnen zu Status und Einkommen. Ärzte profitierten von der Sterilisierungspolitik.

Zwischen 1934 und 1945 wurden etwa 400.000 Deutsche, beziehungsweise ein Prozent der zeugungsfähigen Gesamtbevölkerung, zwangssterilisiert. Massenproduktionstechniken wie Sterilisierung durch Röntgenstrahlen wurden in diesem Programm eingeführt und später bei Juden in den Konzentrationslagern eingesetzt. Eine ähnliche Verbindung zwischen Rassenpolitik in der Friedenszeit und völkermörderischer Politik in den Kriegsjahren zeigt sich im sogenannten „Euthanasie“ programm.

HITLERS DEUTSCHLAND

Ein Rassenstaat

Die Rassentheorie hatte in Deutschland tiefe Wurzeln und geht auf das achtzehnte Jahrhundert zurück. Romantische Nationalisten verwendeten den Begriff der „Rasse“, um den deutschen Völkern eine theoretische Einheit zu geben, die sonst in vielen verschiedenen Staaten verstreut waren. Als 1871 das vereinigte Deutsche Reich von Bismarck gegründet wurde, waren dort viele Nichtdeutsche ansässig, während große ethnische deutsche Bevölkerungsgruppen außerhalb seiner Grenzen lebten. Auch in dieser Situation war „Rasse“ ein nützlicher Begriff. Blut und Abstammung dienten zur Definierung, wer ein Deutscher war, wobei Slawen ausgeschlossen wurden und ethnischen Deutschen in anderen Ländern die Tür offenstand.

Gleichzeitig griffen Deutsche sozialdarwinistische und eugenische Ideen auf. Mehrere führende Gesellschaftstheoretiker argumentierten, daß sich die deutsche Rasse im Kampf ums Dasein mit anderen Ländern oder Rassen befände. Sie traten für das Eingreifen des Staates ein, um die Gesundheit und das Wohl des deutschen Volkes zu verbessern. Bis um 1914 herrschte in weiten Kreisen die Auffassung, daß der Staat eine Rolle bei der „Rassenhygiene“ spielen und dabei das eugenische Wohl der Deutschen fördern und mit Ausländern oder degenerierten“ Elementen hart umgehen müsse.

Solche eugenischen Ideen waren Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten gebräuchlich. Aber in Deutschland vermischten sich diese Ideen mit dem Antisemitismus und brachten ein tödliches Gebräu hervor. In Hitlers Vorstellung waren die Juden der „Rassenfeind“, der besiegt werden mußte. Sie waren ein unreines Element, ein Krebsgeschwür, das den gesunden Staatskörper der Arier zerstörte. Hitler und seinesgleichen behandelten die Staatspolitik fast genauso, wie ein Gärtner seinen Garten behandelte. Starke, gesunde Züchtungen sollten unterstützt werden, während Unkraut und Ungeziefer zu vertilgen waren. Schon im Mai 1933 gründete das Reichsinnenministerium einen Expertenausschuß zur Bevölkerungs- und Rassenpolitik.

Die frühesten Rassengesetze befaßten sich mit den Juden. Im April 1933 wurden Gesetze verabschiedet, die die meisten Juden vom öffentlichen Dienst und den akademischen Berufen ausschlossen. Diesen Gesetzen folgten weitere Maßnahmen zur „Rassenhygiene“.

Der Wohlfahrtsstaat wurde darauf abgestimmt, die Fortpflanzung von „gesunden“ Ariern zu unterstützen. Am 1. Juni 1933 wurde das Gesetz zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit verkündet, das Ehedarlehen und Anreize, Kinder zu bekommen, anbot. Frauen wurden so ermuntert, sich vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen, aber das Darlehen wurde nur dann gewährt, wenn die Ehepartner „geeignet“ waren, sich für die „Volksgemeinschaft“ fortzupflanzen. Am 26. September 1935 wurde die Verordnung herausgegeben, daß Personen von „geringerem rassischen Wert“ bestimmte staatliche Beihilfen verweigert werden sollten. Das Einkommensteuergesetz vom 27. Februar 1939 räumte Familien mit der richtigen rassischen Vorgeschichte Steuervorteile ein.

Es mußte unbedingt festgelegt werden, wer „rassisch“ erwünscht war, um diese Strategie zu fördern. Vom 18. Oktober 1935 an mußten alle Deutschen ihre Rassenmerkmale registrieren lassen. Jetzt mußten sie mit einem Zertifikat beweisen, daß sie zur Eheschließung geeignet waren.

Gesundheitsexperten konnten einer Person ein Zertifikat verweigern, von der behauptet wurde, daß sie an einer „Erb“krankheit litt, die ein „Ausländer“ war oder eine Geschlechtskrankheit hatte. Maßnahmen wurden ergriffen, um die wachsende Zahl derer, die für den Staat „rassisch“ nicht nützlich waren, zu identifizieren, auszuschließen und einzugrenzen. Das am 14. Juli 1933 erlassene Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses machte es der Obrigkeit möglich, die Sterilisierung von Personen anzuordnen, bei denen ein Erbgesundheitsgericht, zusammengesetzt aus medizinischen und juristischen „Fachleuten“, feststellte, sie seien unheilbar krank und würden wahrscheinlich etwaigen Nachkommen ihre Krankheit weitergeben. Diese „Krankheiten“ umfaßten derart beliebige Leiden wie chronischen Alkoholismus, aber auch „Ausländer“ oder „Asoziale“ waren davon betroffen. Am 26. Juni 1935 wurde dieses Gesetz dahingehend ergänzt, daß Zwangsabtreibungen bis zum sechsten Schwangerschaftsmonat zulässig waren. Das am 24. November 1933 erlassene Gesetz gegen Gewalttäter und Gewohnheitsverbrecher erlaubte es der Regierung, den Arrest und die Zwangssterilisierung durch Kastration bei männlichen Kriminellen anzuordnen, die als Opfer einer erblich bedingten Neigung galten. Zwischen 1934 und 1945 wurden etwa 400.000 Menschen in Deutschland beziehungsweise ein Prozent der zeugungsfähigen Gesamtbevölkerung zwangssterilisiert. Die in dem Sterilisierungsprogramm angewandte Ideologie und die angewandten Verfahren bildeten das Fundament für die Radikalisierung der Judenpolitik und die Entwicklung des Holocaust. Die Judenverfolgung ergänzte den Aufbau des „Rassenstaates“ und verlief parallel zu ihr. Doch als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, hatten sie nur wenige konkrete Verfahrensweisen im Umgang mit den Juden. Es gab Druck von seiten der SA, Maßnahmen zu ergreifen, aber Hitler fühlte sich von seinen Koalitionspartnern und von Reichspräsident Hindenburg eingeengt. Außenminister von Neurath war wegen der Auswirkungen der antijüdischen Maßnahmen auf Deutschlands Image im Ausland und seiner Handelsbeziehungen beunruhigt. Die NS-Führung versuchte, die antijüdischen Gewalttätigkeiten durch einen Boykott der jüdischen Geschäfte zu zügeln und zu kanalisieren, der von der SA in ihrer neuen Rolle als Hilfspolizei durchgeführt wurde. Der für den 1. April 1933 festgelegte Boykott war ein Mißerfolg, weil viele Menschen dagegen Einwendungen machten, bei ihren Einkäufen behindert zu werden, und die Börse war wegen seiner Folgen beunruhigt. Er wurde bald aufgehoben. Die Nationalsozialisten erkannten, daß es nicht einfach sein würde, die Juden aus der deutschen Gesellschaft zu vertreiben. Statt dessen wandten sie sich der Gesetzgebung zu. Im April 1933 leiteten sie den Prozeß der Entmündigung und Isolierung der Juden ein, um mit ihnen zu einem späteren Zeitpunkt leichter fertig werden zu können. Die Juden wurden aus dem öffentlichen Dienst, den juristischen und medizinischen Berufen und dem Bildungswesen ausgeschlossen. Nach Gesuchen von jüdischen ehemaligen Militärangehörigen bestand Reichspräsident Hindenburg darauf, Kriegsveteranen und die Väter und Söhne der im Krieg Gefallenen davon auszunehmen. Dies entlarvte die Irreführungen der NS-Propaganda: es stellte sich heraus, daß 50 Prozent der jüdischen Richter, 70 Prozent der jüdischen Anwälte und 75 Prozent der jüdischen Ärzte in der Armee gedient hatten oder die Väter oder Söhne von gefallenen jüdischen Soldaten waren. Das Tempo der antijüdischen Gesetzgebung verringerte sich 1934 aufgrund interner Auseinandersetzungen der NS-Partei und der Volksabstimmung im Saarland darüber, ob dieses Gebiet sich dem Reich wieder anschließen sollte. Dies erforderte, daß die Nationalsozialisten solide und verantwortungsbewußt wirkten. Aber 1935 war diese Zurückhaltung nicht mehr nötig und Hindenburg tot. Wieder stieg Druck nach antijüdischen Maßnahmen von unten auf. Im Mai entbrannten antijüdische Aufstände in München, und im Juli 1935 überfielen SA-Männer vor der

Weltpresse Juden im Zentrum Berlins. Der Finanzminister teilte Hitler mit, daß es notwendig sei, der Weltmeinung zu versichern, daß die Juden, auch wenn sie ihren politischen Einfluß in Deutschland verlieren müßten, toleriert würden und in Frieden leben dürften. Hitler suchte folglich nach einem Weg, um einerseits die Radikalen durch Verfolgung der Juden zufriedenzustellen und andererseits gleichzeitig die Situation unter Kontrolle zu haben. Am Vorabend des jährlichen Parteitages in Nürnberg im September 1935 forderte er seine Reichsbeamten auf, ein Gesetz zu entwerfen, das die Stellung der Juden in Deutschland endgültig festlegen und ihre Beziehungen mit dem deutschen Volk regeln sollte. Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 bestanden aus dem Reichsbürgergesetz und dem Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre. Das erste Gesetz beschränkte die volle Staatsangehörigkeit auf Arier. Juden wurden zu „Reichsbürgern“ herabgesetzt. Das zweite verbot Eheschließungen zwischen Juden, Angehörigen von „Mischrassen“ und Ariern, stellte sexuelle Beziehungen zwischen Juden, „Mischlingen“ und Ariern unter Strafe und untersagte Juden, nichtjüdische weibliche Angestellte unter 45 Jahren zu beschäftigen. Verboten wurde den Juden ebenfalls das Hissen der Reichsflagge. Eine nachfolgende Verordnung definierte einen Juden als eine Person mit drei „reinen“ jüdischen Großeltern. 1936 wurde eine weitere Pause in antijüdischen Aktionen eingelegt, da ausländische Besucher wegen der Olympischen Spiele in Berlin nach Deutschland strömten und Hitler von heiklen diplomatischen Verhandlungen mit Italien ganz in Anspruch genommen war. 1937 nahm der Druck nach Maßnahmen gegen die Juden erneut zu. Konservative, zurückhaltende Kräfte wie Schacht und von Neurath wurden entfernt. Im Januar 1937 wurde die SS ausgewählt, jüdische Auswanderungsangelegenheiten abzuwickeln. Von November 1937 an wurden den Juden keine Reisepässe mehr ausgestellt. Im März 1938 entlud sich eine Welle des Terrors auf österreichische Juden, und Eichmann gründete in Wien ein Auswanderungsamt, das von der SS geleitet wurde. Jüdische Vereinigungen, die Rechtsfähigkeit und Kapital hatten, wurden am 28. März 1938 aufgelöst. Im August 1938 mußten die Juden die Vornamen Sara und Israel ihren Pässen und anderen amtlichen Dokumenten hinzufügen. Am 26. März 1938 bekundete Göring die Enttäuschung des Regimes mit der Tatsache, daß nur 150.000 bis 170.000 deutsche Juden ausgewandert waren und noch fast 40.000 jüdische Unternehmen existierten. Er ordnete die Beschleunigung der Arierisierung an, der Zwangsenteignung von Vermögen, Eigentum und Unternehmen der Juden. Innerhalb von sechs Monaten wurden 25.000 jüdische Firmen aufgelöst. Am 28. Oktober 1938 begann die Polizei, polnische Juden zusammenzutreiben und zu deportieren. Sie wurden in das Niemandsland an der deutsch-polnischen Grenze nahe der Stadt Zbaszyn abgeschoben. Aufgebracht über dieses Vorgehen verübte Herschel Grünspan, ein junger, in Paris lebender polnischer Jude, am 7. November 1938 ein Attentat auf einen Beamten der deutschen Botschaft. Dieses Ereignis verschaffte Goebbels die Rechtfertigung, einen massiven, landesweiten Pogrom in Szene zu setzen. Die Krawalle in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden „Kristallnacht“ genannt, wegen des Ausmaßes des Schadens an Synagogen und jüdischem Eigentum. Über 90 Juden wurden ermordet und 30.000 für kurze Zeit in Konzentrationslagern festgehalten. Im Laufe der folgenden sechs Monate flüchteten 50.000 Juden aus Deutschland. Genau das hatte sich das NS-Regime gewünscht. Eine Welle von Gesetzen mit noch bösseren Sanktionen gegen die Juden setzte ein, die zu ihrer Verarmung, ihrer Isolierung von der Bevölkerung und der Schwächung ihrer Widerstandsfähigkeit führten.

HITLERS DEUTSCHLAND

Ein Rassenstaat

Die Rassengesetze der Nazis

Die erste Maßnahme der Nationalsozialisten, um die Juden aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen und einen auf Rassentrennung begründeten Staat zu errichten, war das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Dieses am 7. April 1933 verkündete Gesetz entfernte alle Juden aus dem öffentlichen Dienst, mit Ausnahme derer, die in den Jahren 1914 bis 1918 in der deutschen Armee gedient oder in dem Krieg Söhne verloren hatten. Das am selben Tag ergangene Gesetz zur Zulassung in juristische Berufe legte eine Quote der Juden, die den juristischen Beruf ergreifen wollten, fest. Am 22. Juli 1934 wurden Juden von der juristischen Ausbildung gänzlich ausgeschlossen. Dies war nur das erste einer Reihe von Gesetzen, die darauf abzielten, Juden die Ausübung der akademischen Berufe zu verwehren. Dem folgte beispielsweise das am 22. April 1933 verabschiedete Gesetz zur Zulassung der Ärzte bei den Krankenkassen, das Juden untersagte, den Arztberuf im Gesundheitsdienst auszuüben. Am 17. Mai 1934 wurden die Juden gänzlich daran gehindert, die medizinische Laufbahn einzuschlagen.

Ferner wurden die Juden im Hinblick auf die Ausübung ihrer Religion diskriminiert. Das Gesetz zur Schlachtung von Tieren, vom 22. April 1933, verbot das Schlachten von Tieren gemäß des jüdischen religiösen Gesetzes. Diskriminierende Maßnahmen richteten sich auch gegen die jüdischen Kinder. Das am 25. April 1933 bekanntgemachte Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen begrenzte den jüdischen Anteil in staatlichen Schulen und Hochschulen. Obwohl nur wenige Juden auf dem Land arbeiteten oder landwirtschaftliche Betriebe besaßen, waren der Boden und die Kleinbauern Schlüsselbegriffe in der nationalsozialistischen Ideologie. So schloß das am 29. September 1933 erlassene Gesetz zum Recht auf Grundstückserwerb Juden vom Landbesitz aus. Bei weitem größere praktische Auswirkungen rührten von dem Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 her, das den Juden die Herausgabe von Zeitungen verbot. Da Juden im Zeitungswesen und Journalismus eine führende Stellung innehatten, war dieses Gesetz ein weiterer Schlag gegen den immer kleiner werdenden Kreis von Juden mit einer Beschäftigung.

Die Nationalsozialisten hatten einen besonderen Haß auf Juden aus Polen, die in früheren Jahren nach Deutschland eingewandert waren. Das am 14. Juli 1933 veröffentlichte Gesetz zur Annullierung der deutschen Staatsbürgerschaft ermächtigte das Deutsche Reich, jüdische Einwanderer aus Polen ihrer deutschen Staatsangehörigkeit zu entheben. Dieser Schritt ebnete ferner den Weg für ihre Deportation und läßt eine frühe Strategie erkennen, die Juden aus Deutschland zu vertreiben, um es nach rassistischen Grundsätzen zu reinigen.

Die offenkundigsten Rassengesetze, die faktisch einen Apartheidsstaat errichteten, waren das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, die Hitler auf dem NSDAP-Parteitag von Nürnberg am 15. September 1935 verkündete. Diese beiden Gesetze wurden zusammen als die Nürnberger Gesetze bekannt. Das erste Gesetz begrenzte die volle

Staatsbürgerschaft auf Arier; Juden wurden zu „Reichsbürgern“ herabgesetzt. Das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre definierte Juden, Arier und Angehörige von „Mischrassen“. Es verbot Eheschließungen zwischen Juden, „Mischlingen“ und Ariern, stellte sexuelle Beziehungen zwischen Juden, „Mischlingen“ und Ariern unter Strafe und untersagte den Juden, nichtjüdische weibliche Angestellte unter 45 Jahren zu beschäftigen. Außerdem wurde den Juden das Hissen der Reichsflagge verboten.

Jedoch bezogen sich die Rassengesetze nicht nur auf die Juden. Die Nationalsozialisten sahen viele Wege, die arische Rasse zu stärken und sie von unzulänglichen Mitgliedern zu reinigen. Das Gesetz zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, verkündet am 1. Juni 1933, bot Deutschen Ehedarlehen und Anreize, Kinder zu bekommen. Darlehen wurden nur gewährt, wenn die Ehepartner „geeignet“ waren, sich für die „Volksgemeinschaft“ fortzupflanzen. Dieser Tendenz folgend, verweigerte das am 26. September 1935 veröffentlichte Gesetz zur Unterstützung kinderreicher Familien. Personen von „geringerem rassischen Wert“ bestimmte staatliche Beihilfen. Ein Beispiel für „positive“ Rassenpolitik war das Einkommensteuergesetz vom 27. Februar 1939, das Familien mit der „richtigen“ rassischen Vorgeschichte Steuervorteile gewährte.

Die entsetzlichste Gesetzgebung zur Reinigung der arischen Rasse in Deutschland waren die Gesetze bezüglich Sterilisation, Abtreibung und Zwangseuthanasie. Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, vom 14. Juli 1933, ermöglichte es dem Staat, die Zwangssterilisation bei Personen anzuordnen, die nach Aussage eines Erbgesundheitsgerichts wahrscheinlich etwaigen Nachkommen ein genetisches „Gebrechen“ weitergeben würden. Das nachfolgende Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses das am 26. Juni 1935 erging, erlaubte dem Staat, Zwangsabtreibungen bis zum sechsten Schwangerschaftsmonat anzuordnen, wenn ein Erbgesundheitsgericht entschied, daß das Kind wahrscheinlich „Defekte“ erben würde.

Es lag in der Absicht der Nationalsozialisten, das ganze Land nach rassischen Grundsätzen zu erfassen und das Leben der Menschen aus rassischen Gründen zu kontrollieren. Das Gesetz zum Schutz des deutschen Volkes vor Erbkrankheiten vom 18. Oktober 1935 zwang alle Deutschen, ihre Rassenmerkmale registrieren zu lassen. Jetzt waren Zertifikate erforderlich, um zu beweisen, daß man für die Eheschließung „geeignet“ war. Ein Zertifikat konnte vorenthalten werden, wenn die Reichsgesundheitsbehörde der Meinung war, daß eine Person an einer „Erbkrankheit“ litt, „Ausländer“ war oder eine Geschlechtskrankheit hatte.

Auch Verbrechen wurden von den Nationalsozialisten unter rassischen Gesichtspunkten betrachtet. Für sie galt Kriminalität als eine Erbkrankheit, so daß der Staat ermächtigt war, entsprechend zu handeln. Das Gesetz gegen Gewalttäter und Gewohnheitsverbrecher vom 24. November 1933 erlaubte es der Obrigkeit, die Festnahme und Zwangssterilisierung durch Kastration bei männlichen Kriminellen anzuordnen, die man für Opfer einer angeborenen Neigung hielt. Mit der Zeit wurden derartige drakonische Maßnahmen auf Landstreicher, Bettler und die „Arbeitsscheuen“ ausgedehnt.

HITLERS DEUTSCHLAND

Ein Rassenstaat

Die 'Reinheit der Rasse'

Eine der ersten Maßnahmen der NS-Regierung bestand darin, einen Expertenausschuß zur Bevölkerungs- und Rassenpolitik zu gründen und Gesetze zu verabschieden, die es ihr möglich machten, Maßnahmen zur „Fortpflanzung“ auf eugenischer Grundlage bei der Bevölkerung durchzuführen.

Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.Juli 1933 ermöglichte es dem Staat, die Sterilisierung bei Personen anzuordnen, die laut Feststellung des Erbgesundheitsgerichts, das sich aus medizinischen und juristischen „Fachleuten“ zusammensetzte, an einem Erbkleiden litten. Die Skala der Krankheiten war vage und kaum wissenschaftlich belegt. Dazu zählten sichtbar erblich bedingte körperliche Gebrechen wie Taubheit, aber ebenso Schizophrenie, manische Depression, körperliche Mißbildungen, chronischer Alkoholismus und sogar „Schwachsinn“. Krankenhäuser, Sanatorien und Pflegeanstalten mußten ihre Patienten registrieren lassen, so daß deren Fälle beurteilt werden konnten. Am 26.Juni 1935 wurde das Gesetz dahingehend ergänzt, daß Zwangsabtreibungen bis zum sechsten Schwangerschaftsmonat möglich waren. Nur wenige Ärzte oder Psychiater erhoben Einwände gegen diese Gesetze. Die meisten arbeiteten begeistert an ihrer Ausführung mit.

Das am 24.November 1933 erlassene Gesetz gegen Gewalttäter und Gewohnheitsverbrecher betrachtete Verbrechen unter rassistischen Gesichtspunkten. Kriminelle wurden als Angehörige einer erblich belasteten Gruppe oder unterprivilegierten Klasse angesehen, die daran gehindert werden mußte, sich fortzupflanzen. Der Staat war ermächtigt, männliche Kriminelle, denen man eine erblich bedingte Neigung nachsagte, durch Kastration zwangsweise sterilisieren zu lassen. Es herrschte kein Mangel an „Experten“ zur Durchführung dieser Maßnahmen. Im Mai 1933 stellte das Reichsinnenministerium einen Expertenausschuß zur Bevölkerungs- und Rassenpolitik zusammen. 1936 wurde ein Rassenhygiene- und Erbforschungszentrum von der Reichsgesundheitsbehörde gegründet, um die arische Bevölkerung in Deutschland zu erfassen und „rassische Ausländer“ zu bestimmen und zu isolieren. Ärzte, Psychiater, Juristen und Sozialarbeiter wollten unbedingt den Erbgesundheitsgerichten angehören. Es verhalf ihnen zu Status und Einkommen. Ärzte profitierten von der Sterilisierungspolitik.

Zwischen 1934 und 1945 wurden etwa 400.000 Deutsche, beziehungsweise ein Prozent der zeugungsfähigen Gesamtbevölkerung, zwangssterilisiert. Massenproduktionstechniken wie Sterilisierung durch Röntgenstrahlen wurden in diesem Programm eingeführt und später bei Juden in den Konzentrationslagern eingesetzt. Eine ähnliche Verbindung zwischen Rassenpolitik in der Friedenszeit und völkermörderischer Politik in den Kriegsjahren zeigt sich im sogenannten „Euthanasie“programm.

HITLERS DEUTSCHLAND

Ein Rassenstaat

Die Nürnberger Gesetze

Die Nürnberger Gesetze hoben die Staatsangehörigkeit der deutschen Juden auf und führten das Prinzip der Trennung nach Grundsätzen der Rasse und des Blutes ein. Sie waren ein Grundstein des „Rassenstaates“ und betrafen auch bestimmte andere, nicht arische Gruppen.

Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 umfaßten das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre. Das erste schränkte die volle Staatsangehörigkeit auf Arier ein. Juden wurden zu Reichsbürgern herabgesetzt. Das zweite erklärte einleitend, daß „die Reinheit des deutschen Blutes eine wesentliche Bedingung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist“. Das war eine Kurzdarstellung der verdrehten Rassenlogik hinter dem „Rassenstaat“. Die Gesetzesartikel untersagten die Eheschließung zwischen Juden, Angehörigen von „Mischrasen“ und Ariern; sie stellten außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden, „Mischlingen“ und Ariern unter Strafe; und sie verboten den Juden, nichtjüdische weibliche Angestellte unter 45 Jahren zu beschäftigen.

Über Nacht wurden deutsche Juden entrechtet und in einen Sonderstatus gezwungen, der dem im Mittelalter vorherrschenden nicht unähnlich war. Juden wurden in ihre eigenen Gemeinden gedrängt und in zunehmendem Maße isoliert. In Deutschland wurde ein Apartheidsstaat mit Parkbänken und öffentlichen Einrichtungen mit der Aufschrift „Nur für Juden“ geschaffen.

Eine nachfolgende Verordnung vom 14. November 1935 definierte einen Juden als eine Person mit drei „reinen“ jüdischen Großeltern. Aber die deutsche Obrigkeit vermochte nie zufriedenstellend zu lösen, wer genau ein Jude war, und wurde von der Frage verwirrt, wie Konvertiten, die christlichen Nachkommen von Konvertiten, „halbe“ und „Viertel“-Juden zu behandeln seien.

HITLERS DEUTSCHLAND

Ein Rassenstaat

‘Reichskristallnacht’

Dieser organisierte Angriff auf die Juden in Deutschland und Österreich wurde „Kristallnacht“ genannt - wegen der nach antijüdischen Gewalttätigkeiten in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 überall in den Straßen von Hunderten von Städten im Reich umherliegenden Glasscherben.

Das NS-Regime schlug seit längerer Zeit eine immer radikaler werdende Judenpolitik ein. Anfang 1938 hatte Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan den Wunsch geäußert, die Arisierung zu beschleunigen. Himmler und Heydrich waren über die nur schleppend vorangehende Auswanderung der Juden frustriert. 17.000 Juden polnischer Abstammung wurden aufgrund dessen am 28. Oktober 1938 deportiert. Das Schicksal der nach Zbaszyn verschleppten Juden war der Auslöser für das Attentat auf Ernst von Rath durch Herschel Grünspan am 7. November. Von Rath war ein kleiner Beamter der deutschen Botschaft in Paris. Grünspan, ein polnischer Jude in Paris, dessen Eltern im Eilverfahren deportiert worden waren, verschaffte sich eine Pistole, ging in die Botschaft und schoß auf den ersten Beamten, den er sah. Die Nachricht von dem Mordanschlag löste am 8. November vereinzelt Unruhen in Deutschland aus. Von Rath starb am folgenden Tag. Goebbels sorgte dafür, daß das Attentat eine schauerliche Behandlung in der nationalsozialistischen Presse erhielt. Dann stachelte er NS-Parteifunktionäre sowie SA- und SS-Führer im ganzen Land an, eine „Aktion“ gegen die Juden zu inszenieren. Die Krawalle vom 9. auf den 10. November waren plump maskiert, und es herrschte Verwirrung darüber, ob sie offiziell waren oder nicht. Einige Parteifunktionäre versuchten sogar, ihnen Einhalt zu gebieten. An vielen Orten hielt sich die SS fern. Später distanzierte sich Himmler selbst von dem Unternehmen, das die deutsche Öffentlichkeit schockierte und die Weltmeinung befremdete.

Bei dem ersten großangelegten tödlichen Angriff auf die deutschen Juden wurden 91 ermordet, Hunderte zusammengeschlagen und 30.000 in „Schutzhaft“ in Konzentrationslagern genommen. Über 900 Synagogen wurden völlig zerstört oder schwer verwüstet. Tausende von jüdischen Geschäften wurden zertrümmert. Daraufhin wurde die jüdische Gemeinschaft als Sühne für das Attentat zu einer Geldstrafe von einer Milliarde Reichsmark „verurteilt“ und angewiesen, dem Reich die von den Versicherungen geleisteten Summen für die Schäden auszuhändigen.

In der Folgezeit wurde die Arisierung beschleunigt und die Auswanderungsrate stieg sprunghaft an. Präsident Roosevelt drückte die Bestürzung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten dadurch aus, daß er den US-Botschafter aus Berlin zurückzog. Wenige andere Proteste waren von diesem schwerwiegenden Ausmaß. Die NS-Führung zog daraus die entscheidenden Lektionen: erstens, daß die deutsche Bevölkerung drastische Maßnahmen gegen die Juden tolerieren würde, und zweitens, daß es die übrige Welt nicht allzusehr kümmerte, was mit ihnen geschah.

HITLERS DEUTSCHLAND

Ein Rassenstaat

Arisierung

Arisierung war der nationalsozialistische Begriff für die Verfahrensweise, Juden dazu zu nötigen, ihre Geschäfte zu verkaufen, oder sie unter dem Deckmantel einer gesetzlichen Fiktion zu enteignen. Die Arisierung wurde im Reich eingeleitet, aber auf das gesamte nationalsozialistische Einflußgebiet ausgedehnt. Sie begann als Rassenpolitik, war aber schon bald ein Vehikel der Habgier und Korruption. Am 1. und 2. April 1933 verhängte die SA einen Boykott über jüdische Geschäfte und Unternehmungen. Obwohl diese Aktion zunächst erfolglos war, zwang anhaltender Druck viele Juden zum Verkauf. 1933 gab es in Deutschland über 100.000 jüdische Betriebe, überwiegend Einzelhandelsgeschäfte zuzüglich einer breiten Palette von produzierenden Unternehmen. Dem eintägigen Boykott der SA folgte eine großangelegte Aktion, die Käufer daran hindern sollte, in jüdischen Geschäften einzukaufen. Öffentliche Aufträge wurden nur noch an nichtjüdische Lieferanten von Gütern und Dienstleistungen vergeben. Die Boykottaktion war eine wichtige Aufgabe der Partei und ihrer Aktivisten auf regionaler und lokaler Ebene. Zwischen 1933 und 1938 war der Druck auf jüdische Geschäftsleute so massiv, daß 41.000 von 50.000 jüdischen Einzelhandelsunternehmen in Deutschland „freiwillig“ verkauft wurden. Gleichzeitig verdrängte die Gesetzgebung Juden aus dem öffentlichen Dienst und erschwerte es ihnen immer mehr, die akademischen Berufe zu ergreifen oder auszuüben.

Große jüdische Fabriken und Finanzunternehmen durften länger in jüdischen Händen bleiben, da die Nationalsozialisten die Erfahrung ihrer Besitzer schätzten. Doch Ende 1937 ordnete Göring, dem als Beauftragter für den Vierjahresplan wirtschaftliche Verantwortlichkeiten oblagen, die Beschleunigung der Arisierung an. Alle verbleibenden jüdischen Geschäfte wurden im Juli 1938 bei einer Zählung registriert. Die Juden wurden systematisch schikaniert, damit sie ihre Unternehmen verkauften, während neue Gesetze es ihnen unmöglich machten, die akademischen Berufe auszuüben. Diese Maßnahmen befriedigten nicht nur den NS-Antisemitismus, sondern hatten auch eine eher zynische logische Grundlage. Sie ermöglichten es nationalsozialistischen Geschäftsleuten, den Wettbewerb auszuschalten und Konkurrenzunternehmen zu stark herabgesetzten Preisen zu erwerben. Während des ganzen Arisierungsprogramms war Korruption weit verbreitet. Ferner hoffte Göring, mit dem enteigneten jüdischen Vermögen die sich spiralförmig nach oben bewegenden Rüstungskosten bezahlen zu können. Der „Kristallnacht“-Pogrom diente als Vorwand für die endgültige Aktion, die Juden aus der deutschen Wirtschaft auszuschließen, aber alle diese Maßnahmen waren lange vor den Ereignissen vom 9. auf den 10. November 1938 geplant gewesen. Zum Beispiel wurden besondere Sperrkonten auf Order der SS von den deutschen Banken eingerichtet, um abgetretene jüdische Rechnungen zu empfangen. Nach der „Kristallnacht“ wurden die Juden gesetzlich gezwungen, ihre Geschäfte Treuhändern zu überschreiben, die im Namen der „Treuhänder“-Organisation tätig waren. Andere waren gezwungen, ihre Geschäfte aufzugeben, um die sogenannte „Fluchtsteuer“ bezahlen zu können, die den Juden bei ihrer Auswanderung auferlegt wurde.

HITLERS DEUTSCHLAND

Reaktionen auf die Verfolgung

Von 1933 bis 1938 waren die meisten westeuropäischen Regierungen fest entschlossen, Hitler zu beschwichtigen. Sie fühlten sich schuldig in bezug darauf, wie Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg behandelt worden war. Die meisten Politiker sympathisierten mit Hitlers Antikommunismus, seiner Sozialpolitik und seinen Zielen zur Stärkung Deutschlands. Seine Behandlung der Juden spielte keine große Rolle in ihrer politischen Linie.

Einige westliche Diplomaten, wie der britische Botschafter in Berlin, neigten dazu, den Juden die Schuld am Auftreten des Antisemitismus zu geben. 1933 berichtete er London, daß die Juden nicht die Zielscheibe für die Nationalsozialisten geworden wären, wenn sie wirtschaftlich nicht so erfolgreich gewesen wären oder nicht so viel mit dem Sozialismus zu tun gehabt hätten. Als 1933 die Juden anfangen, aus Deutschland zu emigrieren, hatten Länder wie Großbritannien und die USA strenge Einwanderungsbestimmungen. Sie weigerten sich, sie selbst für jüdische Flüchtlinge zu lockern. In diesen Ländern herrschte selbst hohe Arbeitslosigkeit und auch tiefer Antisemitismus. Die Aufnahme von Flüchtlingen in großer Zahl hätte die Sache nur verschlimmert.

Andere Länder wie Frankreich, Holland und die Tschechoslowakei betrieben zunächst eine offenere Politik. Aber die Meinung richtete sich gegen eine uneingeschränkte Einwanderung, als die Arbeitslosigkeit Mitte und Ende der 30er Jahre hoch blieb. Bis um 1937 verschärften Frankreich und Holland ihre Einwanderungsbestimmungen. Die mit dem „Anschluß“ verbundenen Ereignisse empörten die Weltmeinung und lösten eine Massenflucht von Juden aus Österreich aus. Präsident Roosevelt war über die Gewalttätigkeiten in Österreich derart entsetzt, daß er sich nach Möglichkeiten erkundigte, die Einwanderungsquote für Flüchtlinge aus diesem Land zu erhöhen. Er regte auch eine internationale Konferenz an, die in Evian, Frankreich, tagte. Sie gründete ein „Inter-Governmental Committee on Refugees“, erreichte aber ansonsten kaum etwas von konkretem Wert.

Der Versuch, das „Flüchtlingsproblem“ in Evian im April 1938 zu lösen, war ein nur oberflächliches Manöver. Insgeheim hatten die Amerikaner eingewilligt, die Briten nicht dazu aufzufordern, die Juden in Palästina - der von Großbritannien verwalteten nationalen Heimstatt der Juden - aufzunehmen, wenn die Briten nicht an sie appellieren würden, ihre Türen zu öffnen.

Trotzdem lockerte Großbritannien nach der Besetzung Österreichs und der „Kristallnacht“ seine Einwanderungsbestimmungen. Die öffentliche Meinung befürwortete vorübergehend mitfühlendes Handeln. Darum wurden außer den 11.000 Juden, die sich bereits im Land aufhielten, weitere 50.000 unter Notmaßnahmen aufgenommen. Im Vergleich dazu fanden zwischen 1933 und 1944 etwa 120.000 Flüchtlinge in den USA Zuflucht vor dem Nationalsozialismus.

Nach der „Kristallnacht“ tat Roosevelt sein Entsetzen kund, indem er den US-Botschafter aus Berlin zurückrief und die Maßnahmen in der Presse verurteilte. Er fragte außerdem nach Möglichkeiten, „Kolonien“ für jüdische Flüchtlinge zu gründen; aber er behielt die strengen Einwanderungsbestimmungen in den USA bei. Als der Kriegsausbruch drohte, wurden Flüchtlinge als potentielle „fünfte Kolonne“ empfunden und waren unbeliebter als je zuvor.

HITLERS DEUTSCHLAND

Reaktionen auf die Verfolgung

Jüdische Proteste und Ohnmacht

Die Juden in Deutschland hatten lange Zeit einen Verteidigungskampf gegen die Nationalsozialisten und andere antisemitische Gruppen unterstützt. Sie vertrauten auf die Vernunft und Rechtschaffenheit ihrer Mitbürger, die NS-Propaganda und antijüdische Verleumdungen zu durchschauen. Als die Nationalsozialisten schließlich an die Macht kamen, weigerten sie sich, den Glauben an das Deutschland, das sie liebten, zu verlieren, und versuchten, sich unerschrocken ihren neuen Verhältnissen anzupassen. Sie hofften aus gutem Grund, daß Hitler seine Politik mäßigen würde, sobald er an der Macht wäre und unter den Einfluß der Konservativen in der Regierung geraten würde. Sie wollten nicht treulos erscheinen, indem sie entweder in Panik gerieten und Deutschland verließen oder die verfassungsmäßige Regierung in Frage stellten. In Reaktion auf den Boykott vom 1. April 1933 verkündete die „Jüdische Rundschau“: „Tragt den gelben Stern mit Stolz“. Dies sollte eine Geste des Widerstandes sein und eine Weigerung, die Dämonisierung der Juden in der NS-Propaganda zu akzeptieren. Eine Zentralorganisation von Juden wurde gegründet, um Geld zu sammeln für diejenigen, die durch die nationalsozialistischen Rassengesetze ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Ihre Aufgabe war es ebenfalls, die Regierung zur Mäßigung ihrer Politik zu beeinflussen. In dieser Hinsicht hatte sie einen gewissen Erfolg. So wurden beispielsweise nach einem Gesuch an Reichspräsident von Hindenburg ehemalige Militärangehörige und die Väter oder Söhne der Gefallenen im Krieg 1914 bis 1918 von der ersten Welle der nationalsozialistischen antijüdischen Gesetzgebung ausgenommen. Der Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau stellte ferner Umschulungsprogramme für jene auf, denen die Ausübung ihres Berufes verboten wurde, gewährte ihnen Darlehen zur Gründung neuer Geschäfte und betrieb ein Stellenvermittlungsbüro. Mit landwirtschaftlichen Schulungen bereitete er junge Leute auf die Auswanderung nach Palästina oder anderen Ländern vor, wo entsprechende Kenntnisse benötigt wurden. Der Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau trug auch gerichtliche Kämpfe aus, um das Recht der Juden auf staatliche Beihilfen zu verteidigen. 1933 gelang es ihm sogar, Unterstützung für Juden aus der NS-Aktion „Winterhilfe“ zu beziehen. In dem Wissen, daß Finanzminister Schacht überseeische Handelsbeziehungen überaus schätzte, hob der Ausschuß die Rolle der Juden im Exportgeschäft und ihren wirtschaftlichen Beitrag zu Deutschland als Ganzes hervor. Die jüdische Kultur und Bildung erlebte eine beispiellose Zeit des Wachstums. Die „Jüdische Rundschau“ hatte eine Auflage von 40.000, die Berliner Jüdische Zeitung wurde von über 52.000 Menschen gelesen. Der Schocken Verlag brachte unzählige Bücher über die jüdische Kultur heraus. Diese Veröffentlichungen hielten die Moral der Juden aufrecht und halfen ihnen, sie für die ständige nationalsozialistische NS-Verleumdung der Juden und des Judentums zu entschädigen.

Das zentrale repräsentative Organ der Juden, die „Reichsvertretung der Deutschen Juden“, gegründet im September 1933 und geleitet von dem Rabbiner Leo Baeck und Otto Hirsch, organisierte Bildungsprogramme und Umschulungen. Jüdische Schulen nahmen zu, als die Juden aus den

staatlichen Schulen ausgeschlossen wurden. 1933/34 besuchten nur 22 Prozent der jüdischen Schulkinder jüdische Schulen. Diese Zahl stieg 1934/35 auf 43 Prozent an, 1935/36 auf 46 Prozent und 1936/37 auf 61 Prozent. Die Zahl der jüdischen Lehrer, die von der „Reichsvertretung“ eingestellt wurden, stieg in diesem Zeitraum von 766 auf 1.237.

Die Führer der deutschen Juden glaubten, daß die Nürnberger Gesetze in einer unbeständigen und gefährlichen Situation Stabilität bewirken würden. Die jüdische Auswanderungsrate, die sich zwischen 1934 und 1935 auf 50.000 belief, wurde sogar rückläufig, als Hunderte von Juden nach Deutschland zurückkehrten. Zuerst wurde die Emigration als treulose Geste angesehen, aber die „Reichsvertretung“ erkannte immer mehr, daß es für die Jugend und die Fähigen die einzige Möglichkeit war, ein annehmbares Leben zu führen. Sie unterstützte die Juden bei der Auswanderung und half, das Haavara-Abkommen 1933 auszuhandeln, durch das die Auswanderung nach Palästina erleichtert wurde.

Bis um 1937 waren etwa 130.000 aus Deutschland emigriert, aber das reichte den Nationalsozialisten nicht. Die schrecklichen Ereignisse vom März und November 1938 sowie der verstärkte Druck der Arisierung führten zu weiteren 115.000 Abreisen bis zum Kriegsbeginn. Weitere 25.000 flohen, bevor im Oktober 1941 die jüdische Emigration aus dem Reich verboten wurde.

Juden in anderen Ländern waren beunruhigt, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Es kam zu spontanen Protesten von Juden in Großbritannien und den USA, aber die führenden jüdischen Organisationen sträubten sich, offizielle Maßnahmen zu ergreifen. Der „Board of Deputies of British Jews“ in London folgte dem Rat der deutschen jüdischen Führer, nichts zu unternehmen, was die neue NS-Regierung verärgern würde. Er entschied, keine öffentliche Demonstration gegen die Nationalsozialisten zu organisieren und stellte sich dem Boykott deutscher Waren und Dienstleistungen entgegen, der sich in der jüdischen Gemeinde in East London ausbreitete. Doch gewöhnliche Juden organisierten antinationalsozialistische Versammlungen und gründeten eine Boykottbewegung. In den USA billigte der „American Jewish Congress“ unter dem Vorsitz des Rabbiners Stephen Wise den Boykott, während das etabliertere „American Jewish Committee“ ihm entgegentrat. Derartige Spaltungen aufgrund von Vorgehensweisen waren typisch für die jüdische Reaktion in der freien Welt. Antideutsche Boykotte gegen Deutschland wurden ebenfalls in Polen und Frankreich durchgeführt.

Die Juden waren von der Angst gelähmt, daß jegliches gemeinsames Vorgehen die Behauptung der Nationalsozialisten, es gäbe so etwas wie ein „Weltjudentum“, bestätigen würde. Jüdische Führer waren auch darum beunruhigt, daß eine antinationalsozialistische oder antifaschistische Politik dazu führen könne, sie in eine Reihe mit Sozialisten und Kommunisten zu stellen und folglich die NS-Behauptung, es gäbe eine Verbindung zwischen Juden und dem „Bolschewismus“, untermauern würde. Der hohe Grad an Antisemitismus in der ganzen westlichen Welt zwang die Juden, Vorsicht walten zu lassen. Sie wußten, daß ihre Regierungen Bedenken hätten, einen Aufruf zu Maßnahmen gegen Deutschland zu unterstützen; Politiker würden Juden nicht vor das öffentliche Interesse stellen und nicht den Anschein erwecken wollen, daß sie sich einer „jüdischen Lobby“ beugten. Die britische Regierung, die von 1935 bis 1939 eine Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler verfolgte, war unempfänglich für jüdische Proteste. Obgleich die US-Regierung unter Präsident F.D. Roosevelt Deutschland kritischer gegenüberstand, war der Präsident entschlossen, seinen Feinden keine Beweise zu liefern, daß er den Juden günstig gesonnen war. Er war beunruhigt, daß dadurch die von Erzkonservativen verbreitete Lüge untermauert werden könnte, der „New Deal“ wäre ein „Jew Deal“.

Jüdische repräsentative Organisationen waren schwach und gespalten. Die Dinge wurden verschlimmert durch das zwischen der Zionistischen Bewegung und dem Dritten Reich abgeschlossene Haavara-Abkommen, durch das es Juden, die aus Deutschland nach Palästina einwandern wollten, möglich war, einen Teil ihres Vermögens mitzunehmen. Befürworter des Boykotts betrachteten es als eine Verletzung der Sanktionen gegen Deutschland. Die Juden waren ferner in zionistische und nichtzionistische Splittergruppen gespalten wegen der Frage, wohin die Flüchtlinge gehen sollten. Zu diesem Zeitpunkt waren nicht alle Juden begeistert von der Aussicht einer starken jüdischen Gemeinschaft in Palästina und stellten sich dagegen, die nationale Heimstatt der Juden als einen Zufluchtsort für jüdische Flüchtlinge zu verwenden. Die jüdische Gemeinschaft in Palästina, der Yishuv, war sehr klein und in die harte Arbeit des Staatsaufbaus vertieft. Während der gesamten 30er Jahre waren die palästinensischen Juden mit politischen und militärischen Auseinandersetzungen mit den palästinensischen Arabern in Anspruch genommen. Bis 1936 fehlte ein internationaler Rahmen, mit Hilfe dessen die Juden in der ganzen Welt ihre Reaktion auf die Nationalsozialisten koordinieren konnten. Die Folge davon war eine fragmentarische und ziellose Reaktion.

Die jüdischen Gemeinden waren erfolgreicher bei der Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen, obwohl sie selbst dabei ohne Selbstvertrauen handelten. Jüdische Führer in Großbritannien waren sich mit der Regierung einig geworden, alle echten Flüchtlinge, die in das Land kamen, zu unterstützen. Dadurch war es Flüchtlingen möglich, das Land trotz der strengen Einwanderungsgesetze zu betreten, schränkte aber die Zahl auf die ein, die von jüdischen Fonds unterstützt werden konnten. Als Folge dessen ließen sich vor März 1938 nur 11.000 Flüchtlinge in Großbritannien nieder. Nach dem „Anschluß“ und der „Kristallnacht“ wurde das System der Selbstregulierung und des finanziellen Unterhalts durch die große Zahl der Juden, die aus Österreich und dann Deutschland flohen, überschwemmt. Obwohl britische Juden hohe Summen beisteuerten, um dringende Bitten zu erfüllen, waren sie weniger bereit, jüdische Flüchtlinge bei sich wohnen zu lassen. Als etwa 7.500 jüdische Kinder mit Hilfe der Kindertransporte Deutschland verlassen und in Großbritannien auf Zeit leben durften, konnten nicht für alle jüdische Pflegestellen gefunden werden. Die zentrale jüdische Flüchtlingsorganisation in London riet den Flüchtlingen, nicht deutsch zu sprechen oder sich in großer Zahl in der Öffentlichkeit zu versammeln. Sie befürchtete, daß das Auftreten großer Flüchtlingsgruppen die weitverbreitete Abneigung gegen die Einwanderung von Flüchtlingen schüren würde. Die Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen kam in Teilen der britischen Presse zum Ausdruck und wurde von der verarmten Faschistischen Bewegung Großbritanniens geschürt, die die „refujews“, also Flüchtlingsjuden, beschuldigte, den Briten die Arbeitsplätze wegzunehmen. Schließlich fanden über 60.000 jüdische Flüchtlinge in Großbritannien Zuflucht vor dem Nationalsozialismus. Die britischen Juden leisteten eine wundervolle Arbeit, sie zu beherbergen und zu ernähren, ihnen bei der Arbeitssuche zu helfen und sie in die britische Gesellschaft zu integrieren. Diese Arbeit wurde ungeachtet des Antisemitismus und der flüchtlingsfeindlichen Atmosphäre geleistet. Möglicherweise hätten die britischen Juden heftiger gegen die Nationalsozialisten protestieren oder die Regierung stärker dazu bedrängen können, die strengen Einwanderungsgesetze zu lockern, um mehr Flüchtlinge zu einem früheren Zeitpunkt aufzunehmen. Trotzdem nahm Großbritannien verhältnismäßig viel mehr Flüchtlinge auf als die Vereinigten Staaten es taten. Amerika ließ seine sehr engen Einwanderungsbeschränkungen in Kraft, und die amerikanischen Juden, die sich der hohen Arbeitslosigkeit und des ausgeprägten Antisemitismus in der Gesellschaft bewußt waren, griffen diese Politik kaum an.

HITLERS DEUTSCHLAND

Reaktionen auf die Verfolgung

Der Mißerfolg von Evian

Die Konferenz von Evian war ein Versuch, das „Flüchtlingsproblem“ durch Koordinierung einer internationalen Antwort zu lösen. Sie wurde von Präsident Roosevelt einberufen, den die Notlage jüdischer Flüchtlinge aus Österreich nach dem „Anschluß“ empört hatte. Die Vertreter von 32 Ländern kamen zwischen dem 6. und dem 15. Juli 1938 in Evian les Bains, Frankreich, zusammen. Jedoch war die Konferenz ein nur oberflächliches Manöver. Insgeheim hatten die Amerikaner den Teilnehmerstaaten versichert, daß niemand genötigt werden würde, seine Einwanderungsgesetze zu ändern und Flüchtlinge in großer Zahl aufzunehmen. Das Schicksal der Juden wurde in allgemeine Diskussionen über Flüchtlinge, einschließlich der Flüchtlinge aus dem spanischen Bürgerkrieg, eingeflochten. Den Ton gab die britische Delegation an, die bei der Eröffnung der Konferenz verkündete, daß Großbritannien keine weiteren Flüchtlinge mehr akzeptieren könne. Die Amerikaner hatten vorher eingewilligt, die Briten nicht dazu aufzufordern, die Juden in Palästina, der von Großbritannien verwalteten nationalen Heimstatt der Juden, aufzunehmen, wenn die Briten nicht an sie appellieren würden, ihre Türen zu öffnen.

Auf der Konferenz wurden Vorschläge unterbreitet, die Juden in Afrika und Südamerika anzusiedeln, aber bei näherer Untersuchung wurde keiner dieser Pläne für brauchbar erachtet. Die einzige nützliche Geste kam von der Dominikanischen Republik, die zusicherte, 100.000 Juden als Gegenleistung für finanzielle Hilfe aufzunehmen. Am Ende ließen sich bloße 500 Juden an einem Ort namens Sossua nieder. Außerdem wurde auf der Konferenz ein „InterGovernmental Committee on Refugees“ gebildet, das die Erforschung von Siedlungsplänen beaufsichtigen und Flüchtlingszüge unterstützen sollte. Aber das Komitee verfügte nie über angemessene Geldmittel und erreichte wenig. Die Konferenz von Evian symbolisierte das fehlende Interesse der Welt für das Leiden der Juden und ließ die Nationalsozialisten sich noch sicherer darin fühlen, sie sehr schlecht behandeln zu können.

DER HOLOCAUST

Tod in Europa

Belgien

Die jüdische Bevölkerung Belgiens betrug vor dem Zweiten Weltkrieg 66.000, bei einer Gesamtbevölkerung von 8,3 Millionen. Die Mehrheit der belgischen Juden war neu eingewandert, nur wenige waren bereits eingebürgert. Die jüdische Gemeinde konzentrierte sich vor allem auf Antwerpen und Brüssel.

Nach dem Überfall auf Belgien am 28. Mai 1940 wurde das Land unter deutsche Militärhoheit gestellt. Die Militärregierung widerstand anfangs den Forderungen der RSHA nach antijüdischen Maßnahmen, da sie die öffentliche Ruhe bewahren wollte und die kleine jüdische Gemeinde nicht als Bedrohung empfand.

Dennoch wurden im Oktober 1940 eine Reihe antijüdischer Anordnungen erlassen, die die Versorgung mit koscherem Essen verboten und die Nürnberger Gesetze anwandten. Im Mai 1941 wurden jüdische Geschäfte registriert. Im August 1941 wurden Juden in bestimmte Viertel von Brüssel, Antwerpen, Lige und Charleroi umgesiedelt. Am 25. November 1941, setzten die Nazis eine zentrale jüdische Gemeinde der belgischen Juden ein. Im Januar 1942 wurde allen Juden die Emigration verboten. Wie schon den Juden in Frankreich und Holland wurde auch den belgischen Juden am 27. Mai 1942 das Tragen des gelben Sterns befohlen. Die umfassendsten Deportationen von Juden, bekannt als „Die 100 Tage“ begannen am 4. August 1942 und endeten im Oktober 1942. Während dieser Zeit trieben deutsche Feldpolizisten - unterstützt von Royalisten und wallonischen Nazis - 17.000 Juden zusammen. Sie wurden in Lager bei Malines gebracht und von dort nach Auschwitz-Birkenau.

Weitere 8.000 Juden wurden zwischen Oktober 1942 und September 1943 gefangengenommen. Zuerst holte man Freiwillige für „Arbeitseinsätze“, 1943 wurden sie bei Razzien gefangengenommen. Dank der Mithilfe belgischer Amtspersonen sowie örtlicher Nazis gelang es der „Abteilung für Judenfragen“ der deutschen Verwaltung, 17.000 Juden mit nicht mehr als 20 deutschen Polizeioffizieren während der 100 Tage zu deportieren.

Die Juden in Belgien erwiderten die Verfolgung durch die Nazis zwischen 1940 bis 1941, indem sie Schulen und Sozialstationen organisierten. Eine neue Gruppe von Führern ersetzte jene, die im Mai 1940 fliehen konnten. Sie wurden unterstützt vom amerikanischen Joint Distribution Committee. 1942 entwickelte sich ein jüdischer Widerstand. Er veröffentlichte Flugblätter aus dem Untergrund und im Juli 1942 wurde ein jüdisches Widerstandskomitee gegründet.

Jüdischer Widerstand konzentrierte sich auf das Auffinden von Verstecken für Juden, vor allem für Kinder. 1943 und 1944 griff die Widerstandsbewegung das jüdische Gemeindebüro an, das sich an Deportationsvorbereitungen beteiligte. In einem Fall konnten jüdische Widerstandskämpfer einen Transportwaggon zum Entgleisen bringen und so mehr als 200 Juden befreien.

Der jüdische Widerstand wurde von einer starken belgischen Widerstandsbewegung unterstützt. Im Januar 1941 forderte die belgische Exil-Regierung loyale Belgier auf, die deutschen Verordnungen als illegal zu betrachten. Die belgische Bevölkerung reagierte mit Feindseligkeit auf die antijüdischen

Gesetze und die Deportationen. 25.000 Juden konnten erfolgreich versteckt werden. Die Rolle der Kommunisten im Untergrund, der Katholischen Kirche und des Belgischen Roten Kreuzes war dabei besonders bedeutsam.

Ohne Rücksicht auf das Zaudern der Militärregierung und die Befürchtungen der Bevölkerung wurden 34.801 Juden verschleppt oder in Arbeitslager eingezogen. 29.000 kamen dabei ums Leben.

Böhmen und Mähren: das „Protektorat“

Das Protektorat wurde am 16. März 1939 als Folge der Besetzung durch die deutsche Armee von Böhmen und Mähren und die Ausradierung der Tschechoslowakei gegründet. Die jüdische Bevölkerung zählte 118.300 Menschen. Es waren vor allem Händler und Geschäftsleute, nur 20 Prozent waren Handwerker und zehn Prozent Intellektuelle.

Eine Flut von antijüdischen Aktionen folgte sofort im Anschluß an die Ernennung von Konstantin von Neurath zum Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. Jüdische Exilanten und Flüchtlinge wurden in Haft genommen, wobei es in zahlreichen Fällen zu Gewalt und Zerstörung kam. Im Juni 1939 traf Eichmann in Prag ein und organisiert ein zentrales Büro für jüdische Emigranten. Bis Oktober 1941 hatten 27.000 Juden das Land verlassen.

Im Juni 1939 wurden Juden gezwungen, ihr Vermögen offenzulegen. Im September wurden sie aus den besetzten Gebieten vertrieben und zwei Monate später wurde jüdischen Kindern der Besuch jeglicher Schulen, mit Ausnahme jüdischer, verboten. Im November 1939 wurde ein jüdischer Rat eingerichtet. Er diente als Werkzeug der Deutschen.

Die Bestellung von Neurath durch Heydrich als Reichsprotektor Ende 1941 führte zu einer Radikalisierung der Politik. Hunderte von Juden waren bereits im Oktober 1939 aus den Grenzgebieten nach Nisko vertrieben worden. Aber im November 1941 nahm das Ausmaß der Deportationen rapide zu. Juden wurden nach Lodz, Minsk und Kaunas gebracht, wo sie nach einem kurzen schrecklichen Aufenthalt in einem überfüllten Getto umgebracht wurden. Die Deportationen fanden von November 1941 bis fast zum Ende des Krieges 1945 statt. Die Juden wurden anfangs in das „Vorzeige-Konzentrationslager“ Theresienstadt (Terezin), 50 Kilometer von Prag entfernt, gebracht. Es war zugleich Konzentrations- und Durchgangslager. Von den 73.608 Juden, die nach Theresienstadt kamen, wurden 60.400 später nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Nur 3.727 von ihnen überlebten.

Einige tausend Juden blieben in Prag, um der Verwaltung zu helfen und die Hinterlassenschaften der Deportierten zu sortieren. Von ihnen wurden noch im Februar 1945 eiligst 4.243 nach Theresienstadt geschickt. Bei der Befreiung Prags lebten noch 2.803 Juden in der Stadt, die meisten in Mischehen oder mit privilegiertem Status. Es wird geschätzt, daß 78.154 Juden aus Böhmen und Mähren umgebracht wurden oder an Schwäche starben. Wenig mehr als 14.000 überlebten den Krieg.

Bulgarien

1939 lebten ungefähr 48.400 Juden in Bulgarien. Sie stellten nur 0,8 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber zehn Prozent der Einwohner der Hauptstadt Sofia. Die Juden gehörten vor allem der Mittelschicht an und waren relativ wohlhabend. Es gab keinen offiziellen Antisemitismus in Bulgarien, aber eine Tradition jüdischer Diskriminierung. Geschäftliche Rivalitäten zwischen jüdischen Händlern und Händlern in den Städten nährten den Boden für die Propaganda kleiner fremdenfeindlicher nationalistischer Gruppen.

Während der 20er und 30er Jahre stand Bulgarien zunehmend unter deutschem Einfluß. 1939 kamen 65 Prozent des gesamten Imports aus Deutschland und 65 Prozent des Exports gingen ins Dritte Reich. Deutschland war Bulgariens größter Kreditgeber und Waffenlieferant. Im Gegenzug für diplomatische Unterstützung versprach Hitler territorialen Zugewinn. 1940 berief König Boris III. eine deutschfreundliche Regierung. Er machte den Deutschen-Freund Bogdan Filov zum Premierminister. Peter Gabrovski, der Gründer der Ratnitsi oder Legionäre, eine nazifreundliche paramilitärische Gruppierung, wurde Innenminister.

1939 befahl Boris die Vertreibung ausländischer Juden aus Bulgarien, viele von ihnen waren Flüchtlinge aus Zentraleuropa. Im Dezember 1940 wurde das „Gesetz zur Verteidigung der Nation“ erlassen, Bulgariens Version der Nürnberger Gesetze. Juden wurden vom politischen Leben ausgeschlossen, aus dem Staatsdienst entlassen, und ihnen wurde verboten, Grund zu besitzen oder zu pachten. Jüdischer Lebensraum war auf bestimmte Gebiete beschränkt und jüdische Kinder mußten eigene Schulen besuchen. Juden wurden gezwungen, jüdische Namen anzunehmen und die Eheschließung mit Bulgaren wurde ihnen verboten. Jüdischen Gemeinden wurden eine besondere Eigentumssteuer auferlegt, während Einzelpersonen zur Aufgabe ihres Vermögens gezwungen wurden. Dem Gesetz wurde von Mitgliedern der Nationalversammlung, Anwalts- und Ärztereinigungen, Studenten- und Arbeitergruppen und der mächtigen Synode der Bulgarischen Orthodoxen Kirche kritisiert. Konsequenterweise waren getaufte Juden und die Kinder aus „Mischehen“ von dieser Diskriminierung ausgenommen.

König Boris war bemüht, den siegreichen Nazis zu gefallen. 1941 wurde der „Wehrmacht“ erlaubt, von bulgarischen Stützpunkten aus Jugoslawien anzugreifen. Bulgarien wurde mit dem ehemals jugoslawischen Mazedonien und West-Thrazien, das ursprünglich griechisch war, belohnt. Rund 15.000 Juden kamen so unter bulgarische Herrschaft. Jüdische Gemeinden in Städten wie Skopje unterlagen nun allen diskriminierenden Gesetzen und wurden durch die Besteuerung ausgeplündert.

Auf der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 wurden die schätzungsweise 51.000 bulgarischen Juden als Zielobjekte miteinbezogen. Gabrovski sandte den nazifreundlichen und antisemitischen Alexander Belev nach Berlin, um dort zu erfahren, wie mit dem „jüdischen Problem“ umzugehen sei. Als er zurückkam, beschleunigte sich das Tempo der Judenverfolgung in Bulgarien.

Im Juni 1942 wurden unter der Regierung Belev harte antijüdische Maßnahmen verkündet und ein Kommissariat für jüdische Angelegenheiten eingerichtet. Männliche Juden zwischen 20 und 45 Jahren wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Die jüdischen Gemeinden wurden systematisch ihres Vermögens beraubt und gettoisiert. Versuche, die Juden zu zwingen, den gelben Stern zu tragen, scheiterten an den Protesten des Metropoliten von Sofia, Stefan. Aber die Regierung informierte die SS über die Wohnorte bulgarischer Juden im Ausland. Einige hundert von ihnen wurden festgenommen und in Vernichtungslager gebracht.

Im Februar 1943 schickte Himmler Theodor Dannecker nach Bulgarien, um hier die „Endlösung“ zu erreichen. Am 22. Februar unterzeichnete er ein Abkommen mit Belev über die Deportation von 20.000 Juden aus Mazedonien und Thrazien. Belev schien dies als erste Rate zu betrachten, nachdem er auch etwa 8.000 Juden aus dem „alten Bulgarien“ festgenommen und die Einrichtung von Konzentrationslagern angeordnet hatte.

Im März 1943 trieben bulgarische Truppen und Polizisten 11.000 Juden aus den besetzten Gebieten Jugoslawiens und Griechenlands zusammen. Sie wurden in bulgarische Lager gebracht und nach

Treblinka deportiert. Weniger als 200 kehrten zurück. Dennoch gab es heftigen Widerstand beim Versuch, bulgarische Juden zu deportieren. Bischof Kiril von Plovdiv verurteilte die drohenden Deportationen. Dimitur Peshev, der stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung, reagierte auf jüdische Gesuche und eilte nach Sofia, um eine Opposition zu organisieren. Bestärkt von verzweifelten jüdischen Interessenvertretern, überredete Peshev 40 Parlamentarier, ein Protestschreiben zu unterzeichnen.

Die Deportationen wurden zeitweise eingestellt, zweifellos mit dem Wissen und dem Einverständnis des Königs. Boris wußte von den inneren Unruhen, aber die Interventionen der neutralen Länder und der Alliierten und das Schicksal der deutschen Truppen in Rußland war für ihn vermutlich ausschlaggebend.

Im Mai 1943 versuchte Belev erneut die bulgarischen Juden zu deportieren. Nach weiteren Protesten der Kirche und einer Demonstration von Juden in der Hauptstadt waren Vertreibungen aufs Land der Ersatz für Deportationen nach Polen. Doch jetzt waren die Deutschen mit 48.000 Juden an anderer Stelle zu sehr in Anspruch genommen. Einige Monate später starb der König, aber die Niederlagen der Deutschen in Rußland und die Invasion in Italien ernüchterte das bulgarische Regime. Innerhalb eines Jahres wechselte Bulgarien die Seiten und hob die antijüdischen Gesetze wieder auf.

Dänemark

Seit dem frühen 17. Jahrhundert leben Juden in Dänemark. Ihre Zahl wuchs langsam bis 1933 auf etwa 6.000 an. Die nachfolgenden dänischen Regierungen befolgten eine restriktive Politik gegenüber der Einwanderung von aus Deutschland flüchtenden Juden. Entsprechend betrug die Zahl der jüdischen Bürger zum Zeitpunkt der deutschen Invasion im April 1940 nur rund 8.000. Die äußerste Rechte spielte nur eine untergeordnete Rolle in der dänischen Politik, doch einige tausend Dänen meldeten sich freiwillig zur Waffen-SS und dienten in einer kollaborierenden Polizei-Einheit.

Deutsches Recht wurde in Dänemark nur locker gehandhabt. Die deutsche Armee besetzte das Land unter dem Vorwand des „Schutzes“ vor einer Invasion der Alliierten. Die dänische Regierung erklärte sich schnell mit diesem „Schutz“ einverstanden, und bekam dafür in großem Ausmaß Autonomie zugestanden. Die sich anschließende Art und Weise der deutschen Machtausübung wurde entscheidend für das Schicksal der dänischen Juden. Aus Propagandagründen wollte das Nazi-Regime Dänemark zu einem „Modell-Protectorat“ machen. Ein Botschafter, ein Bevollmächtigter des „Reiches“ wurde ernannt, der dem deutschen Außenministerium unterstellt war. Die Zahl der Besatzungstreitkräfte war gering. Der dänischen sozialdemokratischen Regierung wurde erlaubt, im Amt zu bleiben. Berlin war bemüht, sich die dänische Bevölkerung nicht zum Feind zu machen, da die Bauern und Arbeiter große Mengen von Lebensmitteln für das Reich liefern sollten, ohne daß dazu eine starke Besatzungstreitmacht benötigt werde. Außerdem spielte die geringe Zahl von Juden in Dänemark keine große Rolle für die SS, die sich der Schwierigkeiten der Ausrottung bewußt war.

Himmler ordnete persönlich an, daß die dänischen Juden unangetastet blieben, so lange die örtlichen Verantwortlichen damit einverstanden waren. Aber die dänische Regierung hat nie antijüdische Gesetze verabschiedet oder dies auch nur erwogen.

Im August 1943 führte die Unzufriedenheit mit der deutschen Politik der rücksichtslosen Ausbeutung der dänischen Wirtschaft zum Widerstand. Die Nazis riefen am 29. August 1943 den Ausnahmezustand aus und gingen daran, die unmittelbare Herrschaft zu übernehmen. Daraus folgte, daß der Juden-

Deportation nichts mehr im Wege stand. Am 8. September 1943 schlug der „Reichs“bevollmächtigte Werner Best eine entsprechende Initiative dem Außenminister Joachim von Ribbentrop vor. Hitler hieß dieses Vorhaben gut, und Best wurde beauftragt, die entsprechenden Schritte zu planen. Warum auch immer, kurz darauf machte Best einen Rückzieher.

Im Einverständnis mit deutscher Polizei und Armee-Kommandanten in Dänemark ersuchte er darum, die Deportationen aufzuschieben. Am 22. September bat Ribbentrop Hitler persönlich, die Umsetzung des Befehls zurückzustellen.

Die Gründe für diesen Gesinnungswandel sind unklar, aber es mag daran gelegen haben, daß die Vorbereitungen für diese Aktionen große Schwierigkeiten bedeutet hätten. Es stellte sich heraus, daß die „Gestapo“ keine genaue Aufstellung über die Juden in Dänemark hatte, was die Nazis gezwungen hätte, die Büros der jüdischen Gemeinden zu stürmen. Diese Überfälle hätten ihnen womöglich lediglich unaktuelle Mitglieder-Listen beschert, aber Panik unter den Juden hervorgerufen, die auf das Schlimmste gefaßt waren. Best befürchtete, daß er mit den wenigen Streitkräften, die ihm zur Verfügung standen, ein ähnliches Resultat erzielt hätte wie bei den Razzien in Norwegen 1942 als 60 Prozent der Juden, ebenfalls vorgewarnt durch eine verpfuschte Operation, nach Schweden fliehen konnten.

Dennoch bestand Hitler darauf, daß die Razzien weitergehen sollten. Die Umsetzung des Vorhabens lag jedoch in Himmlers Hand, und er verfiel auf den alten Plan, die Juden so zu „verängstigen“, daß sie nach Schweden fliehen sollten, wo sie, wenn nötig, später gefangenommen werden konnten. Kanäle des Geheimdienstes wurden genutzt, um dänische und jüdische Führer über die bevorstehende „Aktion“ zu alarmieren, während die Schweden auf einen Strom jüdischer Flüchtlinge vorbereitet waren. Der Hafenmeister von Kopenhagen war über die Möglichkeit des Eintreffens von Juden, die über das Meer nach Schweden kommen sollten, informiert. Während der „Aktion“ der Nazis vom 1. bis 3. Oktober waren die meisten Juden bereits versteckt oder ausgeist. Die deutsche Polizei war angewiesen, nicht in Wohnungen einzubrechen, um nach ihnen zu suchen. Deutsche Küstenpolizei wurde zurückgezogen und dem dänischen Widerstand wurde erlaubt, die Juden sicher überzusetzen. Das Ergebnis war, daß 98 Prozent der jüdischen Bevölkerung Dänemarks gerettet wurden. Die 454 Juden, die gefangenommen wurden, waren vor allem Alleinstehende oder Familien in Außenbezirken, die nicht vorgewarnt werden konnten. Sie wurden als Geiseln nach Theresienstadt gebracht. Die meisten überlebten den Krieg, dank des Einsatzes dänischer Behörden und des dänischen Roten Kreuzes.

Tausende von Dänen beteiligten sich an der Evakuierung. Die Untergrundbewegung hatte keine Vorstellung davon, daß die Nazis bereit waren, die Juden entkommen zu lassen; sie bewerkstelligten die Fluchtaktionen unter nervenaufreibenden Bedingungen. Studenten, Dozenten und Kirchenmänner hatten sich in mutigen Protesten gegen die Razzien engagiert. Diese Proteste gaben den Anstoß für die große Anti-Nazi-Bewegung in Dänemark. Viel später wurde der ganzen dänischen Nation der Titel „Righteous Among the Nations (die Rechtschaffenen)“ zugesprochen, in Anerkennung ihrer Solidarität mit den dänischen Juden.

Deutschland

Im September 1939 wurde den 200.000 Juden, die noch im alten Reich lebten, ein Ausgehverbot auferlegt; außerdem mußten sie ihre Radios abgeben. Im Februar begannen die ersten großen Deportationen von Ostpreußen nach Nisko, in der Nähe von Lublin. Im Oktober 1940 wurden 7.500

Juden aus Baden und dem Saarland nach Frankreich gebracht, wo sie interniert wurden. Die meisten wurden anschließend von den Deutschen in Vernichtungslager gebracht.

Deutsche Juden wurden im September 1941 gezwungen, den gelben Stern zu tragen und unterlagen einer neuen Flut von Drangsalierungen. Ihnen wurde die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel verboten, sie wurden zu Arbeitseinsätzen herangezogen und in sogenannten „Judenhäuser“ einquartiert. Massendeportationen von Juden aus Deutschland direkt in die Gettos und Todeslager in Polen, Rußland oder dem Baltikum begannen im Oktober 1941. Zwischen 1942 und 1943 wurden 42.000 deutsche Juden nach Theresienstadt geschickt. Hier überlebten nur 5.000. Insgesamt wurden 137.000 Juden in Vernichtungslager deportiert, von denen nur 9.000 überlebten. Rund 15.000 Juden lebten noch bei Kriegsende in Berlin. Sie waren vor allem mit Nicht-Juden verheiratet oder konvertiert. Im Februar 1943 machte die SS einen Versuch, diese Gruppe zu verschicken. Mit der „Fabrik Aktion“ war beabsichtigt, die letzten jüdischen Facharbeiter in Berlin zu deportieren. Im Laufe der Aktion nahm die SS einige tausend Männer fest, die mit arischen Frauen verheiratet waren. Diese Frauen verlangten mutig die Freilassung ihrer Ehemänner. Nach einigen Tagen starken Protestes in der Rosenstraße, vor dem Gefängnis, in dem die Männer gefangen gehalten wurden, wurden rund 8.000 freigelassen.

Außerdem überlebten 3.000 bis 5.000 Juden in Berlin im „Untergund“. Ungeduldet und unerklärt Goebbels im Juli 1943 Berlin für judenfrei und die letzten Reste jüdischen Gemeindeleben wurden getilgt.

Estland

1939 lebten nur 4.500 Juden in Estland, vorrangig in der Hauptstadt Tallin. Sie machten 0,4 Prozent der Bevölkerung aus und waren gut integriert. Während der sowjetischen Besatzung wurden 500 Juden in Lager in der UdSSR deportiert. Als der Krieg ausbrach, wurden rund 250 Juden mobil gemacht und mehr als 2.000 flohen, bevor die Deutschen eintrafen.

Antijüdische Maßnahmen folgten, sobald die Okkupation durch die Nazis begann. Im Januar 1942 wurden 936 Juden getötet und der Kommandierende der „Einsatzgruppe“ meldete, daß Estland „judenfrei“ sei. In Wirklichkeit waren im ganzen Land verstreut Arbeitslager, in die Juden aus Lettland und Litauen gebracht wurden. Wenige überlebte den Krieg.

Finnland

Finnlands kleine jüdische Gemeinde, die 1933 aus rund 1.000 Mitgliedern bestand, war Erbe einer langen Tradition liberaler Umgangsformen und Assimilation. Obwohl es weder Antisemitismus noch rechte Strömungen während der Kriegsjahre gab, nahm das Land nur wenige hundert jüdische Flüchtlinge aus Deutschland auf. Einige Asylsuchende wurden sogar zurückgeschickt. Finnlands Juden waren sehr patriotisch und spielten ihre Rolle während des „Winter-Krieges“ in der Verteidigung des Landes gegen den sowjetischen Aggressor. Finnland unterstützte Deutschland bei seinem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 und in der Hoffnung auf Rückgewinn von Land, das es in einem früheren Konflikt verloren hatte. Finnische Truppen hatten eine so wichtige strategische Funktion, daß die Deutschen ihre Verbündeten nicht verprellen wollten, nur um 2.300 Juden auf finnischem Boden zu fassen.

Dennoch überredete die deutsche Polizei die Finnen jüdische Flüchtlinge aus Deutschland in Arbeitslager zu sperren. Eine Handvoll Juden, inhaftiert wegen verschiedener Verstöße, wurde nach

Auschwitz gebracht, wo die meisten starben. Dieser Schritt rief öffentlichen Protest hervor und wurde nicht wiederholt. Die finnische jüdische Gemeinde und jüdische Soldaten, die in der finnischen Armee dienten, unternahmen große Anstrengungen, um sowjetischen Juden zu helfen, die von den Deutschen gefangen genommen worden waren. Ergebnis war, daß jüdische Kriegsgefangene, die an den nördlichen Grenzen in Gefangenschaft gerieten, nicht von Einsatzkommandos hingerichtet wurden, wie anderswo. Dank der Hilfe der finnischen Juden überlebten sie in besserer Verfassung als nichtjüdische Kriegsgefangene der Roten Armee. Diese bemerkenswerte Rettung und herausragende Leistung wurde nie durch finnische Behörden behindert, was die einzigartige und tolerante Haltung der finnischen Regierung belegt.

Frankreich

Die 350.000 Juden, die in Frankreich (bei einer Gesamtbevölkerung von 42 Millionen) zur Zeit der Kapitulation im Mai 1940 lebten, waren größtenteils erst kürzlich eingereist. Aber die Geschichte der jüdischen Bevölkerung Frankreichs reicht bis in römische Zeit zurück. In der Moderne waren die Juden von Paris und Bordeaux die ersten Juden Europas, die die gleichen Rechte hatten wie christliche Einwohner. So wurde Frankreich zum Schauplatz linken wie rechten

Antisemitismus, der durch große jüdische Einwanderungen verschärft wurde.

In den Jahren 1890 bis 1900 wurde Frankreich durch die Dreyfus-Affäre erschüttert. In den 20er und 30er Jahren waren Juden die Zielscheibe rechter und faschistischer Gruppen. Ihre Führer agitierten besonders gegen den Zustrom osteuropäischer Juden, die offiziell, nach den

Verlusten des Ersten Weltkriegs, in Frankreich willkommen waren. Während der Kriegsjahre 1939 bis 1940 schwankte die Politik gegenüber Ausländern stark. In den kritischen Monaten Mai und Juni 1940 wurden Tausende von Flüchtlingen gefangengenommen, die meisten von ihnen Juden, weil man vermutete, sie könnten einen Umsturz herbeiführen. Die Fremdenfeindlichkeit der Vorkriegs- und Kriegsjahre lieferte einen fruchtbaren Boden für die antijüdische Politik, die das Vichy-Frankreich nach seinem eigenen Willen betrieb. Ausländische Juden, inklusive der aus Nazi-Deutschland geflohenen, waren die ersten Opfer der französischen Politik.

Im Mai 1940 verkündete Marschall Petain eine „nationale Revolution“ und eine „neue Ordnung“ für Frankreich. Die Verfolgung der Juden war wesentlich für diesen christlichen und nationalistischen Traum. Im Juli 1940 unternahm die Vichy-Regierung Schritte, um die Ausweisung von neu eingereisten Juden zu ermöglichen. Die Befreiung der algerischen Juden, die auf das Jahr 1860 zurückgeht, wurde widerrufen.

Auf eigene Initiative erließ die Regierung der Freien Zone im Oktober 1940 ein „Statut über die Juden“, das die Juden mit radikalen Ausdrücken belegte und die Entlassung Hunderter aus dem Staatsdienst ermöglichte. Bestimmungen über Zulassungsbeschränkungen auf verschiedensten Gebieten der Beschäftigung und wirtschaftlichen Aktivitäten folgten. An die 55.000 jüdische Flüchtlinge und ausländische Juden wurden in erbärmliche, von Franzosen geleitete Lager interniert, wie Gurs und Le Vernet. Rund 15.000 Gefangene lebten unter schrecklichen Bedingungen in französischen Lagern in Nord-Afrika.

Im März 1941 setzte das Regime ein zentrales Büro für jüdische Angelegenheiten ein. Versuche wurden unternommen, französische Juden zu einer festen Gruppe zu vereinen, aber sie erwiesen sich als zu ungeordnet und unterschiedlich. Dennoch wurde im Juli 1942 von Xavier Vallat, dem Kopf des Büros

für jüdische Angelegenheiten, ein Arierisierungsprogramm verabschiedet. Die französische Regierung, nun geführt von Pierre Laval, war bemüht, die gefangenen ausländischen Juden loszuwerden. Im Mai 1942 koordinierten die Repräsentanten der RSHA in Paris und sowie Rene Bousquet, der Polizeichef, die Vorbereitungen der Juden-Razzien. Am 7. Juni 1942 wurden die Juden in der von den Deutschen besetzten Zone gezwungen, den gelben Stern zu tragen. Die großen Razzien begannen im Juli 1942. Die umfangreichste am 16. und 17. Juli in Paris, führte zu vorübergehenden Inhaftierungen von 12.884 Juden in einem Radrenn-Stadion, dem „Velodrome d’Hiver“. Sie wurden dann nach Drancy gebracht, einem nicht fertiggestellten Bauwerk in einem nördlichen Vorort von Paris, das als Internierungslager diente, aber ein Durchgangslager wurde auf der Strecke nach Auschwitz-Birkenau.

Im Laufe des Jahres 1942 wurden 42.000 Juden aus Frankreich in „den Osten“ deportiert. Die Hälfte von ihnen kam aus der Freien Zone. In beiden Gebieten Frankreichs war französische Politik die entscheidende Aufgabe. Paradoxerweise verlangsamte sich die Zahl der Deportationen merklich, nachdem die deutsche Armee die Freie Zone im November 1942 besetzte. Das Vichy-Regime war bemüht, die Flüchtlinge und „Fremden“ loszuwerden, aber es war irritiert von der Tatsache, daß die Deportationen Massenmord zur Folge hatten. Es gab sogar Widerstand gegen die Ausweitung des gelben Sterns auf die Freie Zone. Uneinig war man sich in der Frage der Souveränität. Am 26. Juni 1942 drückte das Vichy-Kabinet seine Bedenken gegenüber den deutschen Forderungen nach Deportationen von jüdischen französischen Bürgern aus, wodurch sie ausländischen Juden gleichgestellt würden. Im August 1943 weigerte sich Laval, ein Gesetz zur Ausbürgerung aller französischen Juden einzubringen. Währenddessen neigte die französische Polizei dazu, die deutschen Gewalthaber bei der Festnahme von zur Deportation vorgesehenen französischen Juden zu unterstützen. Es war den Franzosen klar, daß sich der Kriegsverlauf zu Ungunsten Deutschlands entwickeln würde. Innerhalb Frankreichs wurde die Polizei bedrängt, die Partisanen als Kombattanten stärker zu unterstützen und sie verlor den Mut zu weiteren Deportationen. Dennoch wurden die Deportationen fortgesetzt und verstärkt auf den Süden Frankreichs ausgedehnt. 2.000 Juden wurden im Januar in Marseille festgenommen, 30.000 Juden flohen in die italienische Zone, die ihnen bis September 1943 Zuflucht gewährte. Die französische paramilitärische Polizei, die Miliz, beteiligte sich gemeinsam mit den deutschen Machthabern an den Menschenjagden, die bis zur Stunde der Befreiung im August 1944 anhielten. 22.000 Juden wurden 1943 gefangengenommen und nach Auschwitz-Birkenau deportiert, 1944 weitere 12.500 einschließlich 8.000 Kinder. Die Einführung der Zwangsarbeit in Deutschland im Februar 1943 markierte einen Wendepunkt in der Entwicklung des französischen Widerstandes, der bis dahin nur aus wenigen Köpfen bestand. Aber Deserteure des Arbeitsdienstes ließen die Reihen des Maquis anwachsen. Juden, die in die Berge gingen, um sich ihm anzuschließen, waren willkommen. Tausende kämpften in zahlreichen Einheiten mit, einschließlich einer eigenen Einheit von 100 ehemaligen jüdischen Pfadfindern. Auch auf anderem Wege gelang den Juden der Widerstand. Sie nutzten die allgemeine Unordnung 1940 bis 1941 um Netzwerke aufzubauen, mit deren Hilfe sie Gelder des „Joint Distribution Committee“ an Juden verteilten, die ihre Arbeit verloren hatten, sowie an Wohlfahrtseinrichtungen. 1942 bis 1943 war es die Aufgabe dieser Wohlfahrtsorganisationen, Juden zu verstecken, in erster Linie Kinder. Im Sommer 1944 konnten die zersplitterten jüdischen Gemeinden eine gemeinsame Organisation gründen, die als führende Institution der französischen Juden in der Nachkriegs-Ära auftrat.

Griechenland

Die jüdische Bevölkerung Griechenlands belief sich 1941 auf rund 77.000, einschließlich der Juden auf Rhodos und betrug damit fast ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Ihr Zentrum war konzentriert auf Saloniki, wo 56.000 von ihnen lebten. Es war eine einzigartige Gemeinde. Die Juden stellten 20 Prozent der Stadtbevölkerung; viele von ihnen waren Arbeiter in den Docks, Fabriken und Werkstätten. Die Juden spielten eine wichtige Rolle im Geschäftsleben der Stadt. Antisemitismus hatte sich unter der Vorkriegs-Diktatur ausgebreitet, aber 13.000 Juden kämpften 1940/41 in der griechischen Armee gegen die Italiener und genossen den gleichen Status. Nachdem die Achsmächte im April 1941 Griechenland eroberten, besetzte die italienische Armee den größten Teil des Landes. Die Deutschen belagerten Mazedonien, einschließlich Saloniki, und das meiste von Thrazien stand unter bulgarischem Einfluß. In der deutschen Zone unterlagen die Juden dem vollen Ausmaß antijüdischer Regelungen. Im Juli 1942 wurden 9.000 Juden in Saloniki gefangengenommen und zu Arbeitseinsätzen unter extrem harten Bedingungen gezwungen. Rund 1.000 von ihnen starben. Im Februar 1943 traf Dieter Wisliceny in Saloniki ein und bereitete die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung vor. Die Juden wurden Zielscheibe einer Art Nürnberger Gesetze. Sie wurden ihres Eigentums beraubt, in Gettos gedrängt und zum Tragen des gelben Sterns gezwungen. Am 4. März 1943 wurden mehr als 4.000 Juden aus dem unter bulgarischer Herrschaft stehenden Gebiet Mazedoniens nach Treblinka geschickt. Zwischen März und April 1943 wurden 48.000 Juden aus Saloniki nach Auschwitz-Birkenau gebracht, wo 37.000 von ihnen sofort umgebracht wurden. Das Tempo der Operation hing zum Teil von der Willfährigkeit des jüdischen Rates unter Rabbi Zvi Koretz ab. Dennoch protestierten die Italiener gegen die Deportationen und boten 3.000 Juden aus Saloniki, die nach Athen geflohen waren, Zuflucht an. Die diplomatischen Vertretungen von Italien, der Türkei und Spanien in der Stadt gewährten den Juden ihrer Nationalität Schutz. Auch viele Griechen protestierten, einschließlich dem Metropoliten von Athen. Die griechische orthodoxe Kirche versteckte Hunderte von Juden, vor allem Kinder. Viele Priester wurden deswegen bestraft. Im Oktober verließ Italien der Allianz der Achsmächte und alle Gebiete unter italienischer Kontrolle wurden von der deutschen Armee besetzt. Die SS deportierte daraufhin 4.000 Juden aus Athen und unzählige Juden von den griechischen Inseln. Am 6. Juni 1944 wurden 1.800 Juden von Korfu und 1.700 Juden am 20. Juli 1944 von Rhodos per Boot und Zug nach Auschwitz-Birkenau gebracht. Rund 900 wurden zur Arbeit eingeteilt. Eine Gruppe von 135 griechischen Juden mit Militärerfahrung wurde als „Sonderkommando“ ins Krematorium Nummer IV entsandt. Sie bildeten den Kern der „Sonderkommando“-Revolte im Oktober 1944. Rund 54.500 Juden wurden vom griechischen Festland und den Inseln deportiert. Von diesen waren 12.760 zu Arbeitsdiensten und medizinischen Versuchen eingeteilt. Nur 2.000 kehrten zurück.

Holland

Die Zahl der jüdischen Bevölkerung Hollands betrug am Vorabend der deutschen Okkupation 140.000. Das machte 1,6 Prozent aller 8,9 Millionen Holländer aus. Mehr als die Hälfte der holländischen Juden lebte in Amsterdam. Es war eine alteingesessene Gemeinde, von spanischen Exilanten gegründet und seit dem siebzehnten Jahrhundert etabliert. Die Beziehungen zwischen den Juden und den Christen waren gut, obwohl in den 30er Jahren eine kleine holländische Nazi-Partei entstand und es gab einige Feindseligkeiten gegenüber jüdischen Flüchtlingen, die nach 1933 ins Land strömten. Zwischen 1933 und 1940 flüchteten rund 40.000 Juden vor dem Dritten Reich nach Holland. Etwa 32.000 trafen legal

zwischen 1933 und 1938 ein. Ungeachtet des allgemeinen Mitfühlens mit der Notlage der deutschen Juden wurden die Einwanderungsgesetze 1937/38 verschärft und Anstrengungen unternommen, die Flüchtlinge nach „echten“ und Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden. Hunderte von Flüchtlingen wurden zurückgeschickt, weil sie nicht als solche anerkannt oder als politisch unerwünscht eingestuft wurden. Weitere 8.000 trafen zwischen 1938 und 1940 ein. 1938 wurden Lager eingerichtet und von der holländischen jüdischen Gemeinde unterhalten, um einige tausend Flüchtlinge aufzunehmen. Illegal Eingewanderte wurden in von der Regierung geführte Lager gesperrt. Eines dieser Lager war Westerbork, das später berüchtigt war als Durchgangslager für Deportationen in die Vernichtungslager im „Osten“. Vielen Flüchtlingen wurde bei der Auswanderung in andere Staaten geholfen, aber rund 15.000 wurden nach der Besetzung Hollands von den Nazis gefangengenommen. Die holländische Armee kapitulierte am 14. Mai 1940 und die Deutschen richteten eine Zivilverwaltung unter Arthur Seyss-Inquart ein. Obwohl Hollands königliche Familie und die Regierung ins Exil gingen, blieben alte holländische Verwaltungsbeamte auf ihren Posten, aber eigentlich stand das Land unter Nazi-Herrschaft. Dies hatte entscheidenden Einfluß auf die Ausführung der antijüdischen Regelungen. Zwischen August und Oktober 1940 übertrugen die Deutschen den holländischen Behörden eine Serie von Diskriminierungsmaßnahmen, basierend auf der Unterscheidung zwischen Arierern und Juden. Die holländische Staatsverwaltung, Seite an Seite mit der holländischen Gesellschaft und Wirtschaft, die durch diese Maßnahmen beeinflusst waren, ließen sich ihre arische Abstammung „attestieren“, um ihre Jobs zu sichern. Mit einem Schlag hatten sie ihre Solidarität mit den holländischen Juden verraten, stillschweigend hießen sie die Rassenpolitik der Nazis gut und halfen bei der Verelendung und Isolierung der jüdischen Bevölkerung Hollands. Es gab einige Proteste, ganz besonders an den Universitäten, die auf den Erlaß vom 4. November 1940 folgten, der Juden aus dem Staatsdienst ausschloß. Aber diese wurden von den Nazis einfach unterdrückt. Am 22. Oktober 1940 wurden die holländischen Juden genötigt, ihre Geschäfte registrieren zu lassen. Am 6. Januar 1941 wurde den Juden befohlen, sich polizeilich zu melden und Ausweise in Empfang zu nehmen. Im Dezember 1940 stellten die Juden Hollands eine repräsentative Gruppe zusammen, die sich bei den Deutschen verwenden sollte. Einige Wochen später bildete sich daraus der Joodse Raad, der Judenrat. Er wurde den holländischen Juden aufgezwungen, vorgeblich als Bestrafung für die Ermordung eines holländischen Nazis während eines Krawalls zwischen Kollaborateuren und Juden im jüdischen Viertel von Amsterdam am 11. Februar 1941. Als weitere Bestrafung wurden 389 holländische jüdische Kinder gefangengenommen und in Konzentrationslager geschickt, wo die meisten von ihnen starben. Am 25. Februar 1941 streikten holländische Arbeiter in Amsterdam und demonstrierten gegen die Razzien. Dieser Protest wurde brutal niedergeschlagen. Zwischen August und September 1941 wurde eine Flut von Regelungen erlassen, mit dem Ziel der Isolierung und Beraubung der holländischen Juden. Für sie galt ein Ausgehverbot, ihnen wurde das Betreten von Märkten, öffentlichen Plätzen und der Besuch öffentlicher Schulen verweigert. Im November wurden ihre Wohnungen geplündert und vom 12. März 1942 an führte das offizielle Arierisierungs-Programm zur Beschlagnahmung von Geschäften und Bankguthaben. Von Dezember 1941 bis April 1942 war der Judenrat beauftragt, Arbeiter zu Zwangsarbeiten zu melden. Sie und ihre Familien zogen in Arbeitslager. Mitte Januar 1942 wurde angeordnet, daß Juden aus abgelegenen Gebieten und kleinen Städten nach Amsterdam gebracht werden sollten. Einige wurden ins Lager Vught gebracht. Am 29. April 1942 meldete der Judenrat, daß ab dem 9. Mai alle Juden den gelben Stern zu tragen haben. In einer Geste des Protestes reagierten viele

Holländer auf die Einführung des gelben Sterns mit dem Tragen gelber Blumen an ihren Mänteln. Am 26. Juni 1942 verkündete der jüdische Rat, daß sich alle Juden zur „Arbeit“ in Deutschland zu melden haben. Die meisten Juden willigten ein, einige schickten falsche Papiere oder versteckten sich. Andere ließen sich registrieren, aber traten nicht zur Ausreise an. Daß so viele dem Aufruf Folge leisteten, mag zum Teil auf die Rolle des Judenrats zurückzuführen sein. Seit April 1941 hat der Judenrat in der „Jewish Weekly“ deutsche Verordnungen veröffentlicht; es war die einzige, offiziell anerkannte jüdische Publikation, die zu ihrem Sprachrohr wurde. Die „Jewish Weekly“ brachte auch Berichte über allgemeine Neuigkeiten und kulturelle Ereignisse, einen Hauch von Normalität vorgaukelnd. Der Rat hatte Listen mit Adressen der gesamten jüdischen Bevölkerung aufgestellt. Er sandte im Winter 1941/42 Aufrufe zu Einsätzen in Arbeitslagern aus und seine medizinische Abteilung untersuchte die Aufgerufenen. Einige wurden aus medizinischen Gründen entlassen, andere bezahlten für die Befreiung vom Dienst.

All dies minderte den Schock der ersten Aufforderungen zur Arbeit im „Osten“. Die Deutschen schickten jeden Tag Hunderte von den Sammelpunkten in Amsterdam nach Westerbork oder Vught und von dort in die Vernichtungslager im Osten. Der Judenrat feilschte um Zahlen, protestierte aber nie prinzipiell gegen die Deportationen. Er nutzte sogar die ersten deutschen Anfragen, um arbeitslose Juden zu verschiffen. Dennoch gaben die Deutschen furchtbare Drohungen aus und inszenierten am 14. Juli 1942 einen Überfall auf das Judenviertel, wo sie 700 ergriffen, um andere von dem Versuch abzuhalten, den „Aufruf“ zu umgehen. Die Deportationen gingen weiter, trotz des Protestes der Katholischen Kirche im Juli 1942 und versteckter Anzeigen über das Radio durch die Exilregierung.

Vom 15. Juli bis zum 24. August 1942 verließen 13 Transporte Westerbork; sie brachten 11.000 Menschen nach Auschwitz. Vom 28. Juli 1942 bis zum 12. Dezember 1942 verschickten 29 Transporte 16.000 Menschen. (3.500 von ihnen wurden unterwegs zur Zwangsarbeit abgeholt.) Zwischen dem 11. Februar und dem 23. Februar 1943 verließen acht Züge Westerbork und einer Apeldoorn. Sie transportierten fast 11.000 Menschen. Neunzehn Transporte mit 34.000 Menschen gingen zwischen dem 2. März und dem 20. Juli 1943 von Holland nach Sobibor. Vom 24. August bis zum 16. November 1943 verließen sieben Transporte Westerbork, einer Vught; sie waren mit 8.127 Menschen besetzt. 1944 wurden 5.500 Menschen von diesen beiden Lager abtransportiert. Der letzte Zug mit 1.019 Menschen, einschließlicher vieler Mitarbeiter des Judenrats, fuhr am Vorabend der Befreiung, am 2. September 1944, ab.

Insgesamt wurden rund 107.000 Juden aus Holland deportiert. An die 60.000 wurden nach Auschwitz gebracht; etwa 1000 von ihnen überlebten. Mehr als 34.000 wurden nach Sobibor geschickt; von ihnen konnten nur neunzehn gerettet werden. Theresienstadt war der Bestimmungsort für 5.500 Menschen, von denen später alle bis auf 2.000 umgebracht wurden. Ein spezielles Lager für 3.750 „privilegierte“ Juden war Bergen-Belsen; von ihnen überlebten 2.050. Rund 4.000 holländische Juden kamen in anderen Lagern um.

Der Judenrat und die jüdische Bevölkerung wurde 1943 weniger willfährig, den Deutschen bei der Inszenierung von riesigen Razzien behilflich zu sein: 7.000 im Mai 1943, 5.500 im Juni 1943, 2.000 im September 1943. Aber 98 Transporte verließen Holland, einer nach dem anderen, ohne Störungen. Nach dem Krieg wurden die beiden Leiter des jüdischen Rats, Abraham Asscher und Prof. David Cohen, heftig kritisiert. Gleichwohl bot die holländische Gesellschaft wenig Unterstützung für eine

ständige Opposition, und es gab geringe Möglichkeiten für einen Widerstand in den flachen, dünn besiedelten Niederlanden.

Es wird geschätzt, daß sich 25.000 bis 30.000 Juden versteckt halten konnten und rund 18.000 den Krieg überlebten, einschließlich 4.500 Kindern. Einige wurden verraten, andere während der Menschenjagd 1943/44 gefangengenommen. Rund 75 Prozent der Juden Hollands wurden deportiert: die erfolgreichste Genozid-Aktion der Nazis in Westeuropa

Italien

Vor 1938 waren die Juden Italiens eine kleine gut integrierte Gemeinschaft alten Ursprungs. Es gab wenig rassistischen Antisemitismus in Italien, bis der Einfluß der Nazis, entsprechend der Freundschaft zwischen dem faschistischen Italien und dem Dritten Reich, wuchs. Der Katholizismus hielt rassistischen Antisemitismus bis 1938 unter Kontrolle. Dann befahl Mussolini die Bekanntmachung von Rassengesetzen ähnlich denen, die in Deutschland in Kraft waren. Die Folge war, daß Tausende von Juden von der Faschistischen Partei vertrieben wurden. Dennoch verlief die Besetzung von Frankreich, Jugoslawien und Griechenland durch die italienische Armee, soweit es die Juden betraf, glimpflich. Diese Gebieten boten einen Hafen für 43.000 Juden, bis im September 1943 Mussolini fiel und die Deutschen Italien besetzten.

Vom 15. September 1943 bis zum 3. Januar 1944 wurden 3.110 Juden in Rom, Triest, Genua, Florenz, Mailand, Venedig und Ferrara gefangengenommen und nach Birkenau geschickt, wo 2.224 von ihnen sofort umgebracht wurden. Deutsche Polizei, SS-Männer und faschistische Kollaborateure setzten die Menschenjagd fort und internierten alle Juden, die sie in unzähligen Lagern fanden. Die größten waren Fossoli di Carpi, in der Nähe von Modena, das Lager Bozen und eine ehemalige Reis-Fabrik in San Sabba, außerhalb von Triest. Letzteres war auch ein Todeslager mit Krematorium. Einige Männer, die an der Operation Reinhard beteiligt waren, arbeiteten hier. Mehr als 20.000 Menschen, Widerstandskämpfer, Partisanen und Juden wurden in San Sabba gequält und zu Tode gebracht.

Als Folge der Judenjagd während des letzten Kriegsjahrs wurden mehr als 4.000 Italiener und 2.700 Juden aus ehemaligen italienischen Gebieten deportiert. 1.800 Juden wurden von Rhodos nach Birkenau gebracht, wo 1.622 gleich bei der Ankunft umgebracht wurden. 78 Juden wurden am 24. März 1944 in den Ardeatiner Höhlen ermordet, als Vergeltung für eine Partisanen-Aktion.

Kroatien

Kroatien war ein Marionettenstaat, von den Deutschen aus Jugoslawien herausgeschnitten, nachdem sie das Land erobert hatten. Es hatte eine Bevölkerung von etwa 6,3 Millionen Einwohnern, obwohl diese Zahl durch die sich häufig verändernden Grenzen variierte. Rund 40.000 Juden lebten in Kroatien, die Mehrheit von ihnen in der Hauptstadt Zagreb. Die übrige jüdische Bevölkerung war auf Kleinstädte und Dörfer verteilt. Sie gehörten hauptsächlich der Mittelschicht an: Regierungsangestellte, Intellektuelle, Handwerker, Geschäftsleute und Händler. Es gab aber auch viele arme Flüchtlinge aus von den Nazis dominierten Gebieten.

Die Juden waren eine kleine Minderheit, vergleichbar mit den annähernd zwei Millionen Serben, deren orthodoxe Religionszugehörigkeit sie von den katholischen Kroaten und den 700.000 Muslimen trennte. Es gab auch eine beträchtliche ungarische und deutsche Minderheit sowie etwa 30.000

Zigeuner. Von seiner Entstehung im April 1941 bis zu seinem Ende im Mai 1945 war der Staat Kroatien in einen blutigen Bürgerkrieg verstrickt.

Beherrscht von der Idee, das Land von den Serben zu „säubern“, begann Ante Pavelic, der kroatische Staatschef, mit einer Kampagne zum Völkermord an der serbischen Minderheit. Eine halbe Millionen Serben fiel dem grausamen Angriff, angeführt von der Ustascha-Miliz, 1941 bis 1942 zum Opfer. 250.000 wurden vertrieben und flohen um ihr Leben, 200.000 mußten zwangsweise konvertieren. Viele wurden im Lager von Jasenovac getötet, einem Ort entsetzlicher Barbarei.

Die deutschen Vertreter in der Gegend waren hauptsächlich mit der zunehmenden Bedrohung durch den Krieg der Partisanen beschäftigt und überließen den Kroaten die Behandlung der Juden, die sie als fremd und gefährlich empfanden. Im April, Mai und Juni 1941 waren die Juden im vollen Umfang den von Deutschland ausgegebenen antijüdischen Maßnahmen ausgeliefert. Mit erstaunlichem, in der Geschichte des Antisemitismus bis dahin unbekanntem, Zynismus plünderten Kroaten jüdisches Eigentum und übernahmen deren Geschäfte.

Im Mai 1941 wurden Juden gezwungen, den gelben Stern zu tragen und führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren bei Razzien gefangengenommen und im Eilverfahren durch die Ustaschas in Konzentrationslager gebracht worden. Juden waren unter den ersten Opfern, die als Antwort auf die Aktionen der Partisanen erschossen wurden.

Im August 1942 begannen die Deportationen in Kroatien. Ihnen gingen die Razzien im Juni 1941 voran, wo bereits Juden gefangengenommen und ins berüchtigte Konzentrationslager auf der Insel Pag gebracht wurden sowie nach Jadovno. Diese Razzien wurden auf Bosnien-Herzegovina ausgedehnt, wo rund 10.000 Juden lebten, vor allem in Sarajevo. Im August 1941 wurde das Lager in Jasenovac geöffnet. Hier wurden bis Ende des Jahres schätzungsweise zwei Drittel der kroatischen Juden ermordet. Rund 5.000 Juden flohen in die von der italienischen Armee besetzte Küstenregion. Der Schutz, der ihnen gewährt wurde, stand im absoluten Kontrast zu dem Druck, der von der anderen Achsenmacht auf Kroatien in dieser Gegend ausgeübt wurde: Deutschland. Von Anfang 1942 an verlangten die Nazis, daß die unter kroatischer Herrschaft lebenden Juden nach Polen deportiert werden sollten. Im August 1942 und im Mai 1943 wurden 6.650 Juden aus verschiedenen Lagern zusammengetrieben, nach Zagreb gebracht und von dort nach Auschwitz deportiert. Ab September 1943 verloren die Juden in der Küstenregion den italienischen Schutz.

Ein Grund für den kroatischen Widerstand war die Haltung des Vatikans. Die örtlichen Vertreter informierten Rom über das Abschlachten der Serben und Juden. Diese Berichte führten zu milden, später heftigeren Protesten gegenüber Erzbischof Stepinac, dem führenden Katholiken der Kroaten. Stepinac gab seine Befürchtungen an Pavelic weiter, aber insgesamt war er zu sehr in dem kroatischen Nationalismus eingesponnen und zu sehr festgelegt auf den Kreuzzug gegen den „gottlosen Atheismus“, der durch die UdSSR, die Juden, Kommunisten und Partisanen repräsentiert wurde, um großen Widerstand zu leisten. Das Schlachten ging weiter und vermutlich wurden mehr als 30.000 Juden ermordet oder starben in den grauenhaften Lagern. Auf diese Weise wurden 80 Prozent des kroatischen und bosnischen Judentums ausgelöscht.

Lettland

1939 lebten rund 95.000 Juden in Lettland. Ein Drittel von ihnen war konzentriert auf drei Städte: Riga, Liepaja und Dvinsk. Jüdisches Leben blühte von 1919 bis 1934, bis ein Coup der Faschisten ihre

Bürgerrechte beendete. Die Juden in den Großstädten waren vor allem Geschäftsleute, Handwerker und Intellektuelle. Viele lebten in kleineren Städten und Dörfern und waren Teil der ländlichen Wirtschaft. Die sowjetische Besatzung vom Juli 1940 bis Juni 1941 führte zur Zerstörung der örtlichen Infrastruktur und zur Deportation von 12.000 Juden. Rund 4.000 Juden emigrierten. Etwa 15.000 flohen, bevor die Nazis im Juni 1941 eintrafen.

In der ersten Welle der Aktionen der „Einsatzgruppen“ vom Juli bis Oktober 1941, wurden 30.000 lettische Juden in der Provinz und 4.000 Juden in Riga ermordet. In Riga wurde ein Getto für 30.000 Juden geschaffen. Es war überfüllt und die Lebensbedingungen waren schlecht. Dennoch wurden schnell eine Suppenküche, Sozialstationen und eine Schule gegründet. Jugendliche der zionistischen Bewegung begannen, mit Waffen zu trainieren und eine Untergrundbewegung zu bilden. Am 30. November und am 7. Dezember 1941 startete Friedrich Jecklen, der Befehlshaber des „Einsatzkommandos“ in Riga, zwei Vernichtungsschläge. Am 27./28. November wurde den Juden gesagt, sie würden „umgesiedelt“. Deutsche und lettische SS-Männer führten dann 15.000 Juden aus dem Getto und erschossen sie im Wald von Rambula, fünf Kilometer außerhalb der Stadt. Am 8. Dezember wiederholte sich diese Aktion für weitere 10.000 Juden. Die 5.000 Überlebenden wurden in ein Gebiet gebracht, daß das „kleine Getto“ genannt wurde. Das Hauptgetto füllte sich währenddessen mit Deportierten aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei. Rund 20.000 Juden kamen aus dem Westen in das Getto von Riga; nur 800 überlebten.

Die Geretteten des lettischen Judentums gehörten einer Gruppe von 4.000 Menschen an, die im Februar und März 1942 „ausgewählt“ worden war. Im Juli 1943 wurde das Getto von Riga aufgelöst; die restlichen Insassen wurden ins Konzentrationslager Kaiserwald gebracht. In diesem und anderen Lagern überlebten nur 150 lettische Juden das Kriegsende.

Litauen

Die jüdische Gemeinde Litauens wurde im 14. Jahrhundert gegründet. Sie entwickelte sich zu einem der führenden Zentren jüdischen Lebens in der Welt, unterhielt herausragende Talmud-Akademien und unterstützte jüdische Arbeiten auf politischen und intellektuellen Gebieten. Zwischen den beiden Weltkriegen genossen die 100.000 Juden Litauens ihre kulturelle Autonomie und waren in der Regierung vertreten. Dennoch mußten sie unter starken wirtschaftlichen Diskriminierungen leiden. Im März 1939 wurde das Memelgebiet von den Deutschen annektiert. Im Oktober 1939 zwang die Sowjetunion die Regierung Litauens, auf seinem Gebiet die Errichtung sowjetischer Militärstützpunkte zu genehmigen. Zum Ausgleich gaben die Sowjets Wilna, ehemals die wichtigste Stadt Litauens, zurück. Am 15. Juni 1941 besetzte die Rote Armee Litauen und integrierte es in die Sowjetunion.

Als Folge dieses Gebietswechsels stieg die jüdische Bevölkerung bis 1941 auf 165.000 an, was zehn Prozent der Gesamtbevölkerung Litauens ausmachte. Dies wirkte sich schlecht auf das Miteinander von Juden und Nicht-Juden aus. Litauische Nationalisten litten unter der Drangsalierung durch die Russen, die, wie sie meinten, den Juden willkommen waren. Tatsächlich waren 7.000 Juden unter den Tausenden von Litauern, die von den Sowjets aus Litauen deportiert wurden und die Russen hatten kulturelle, soziale und politische Einrichtungen der Juden zerstört.

Dennoch, als sich die Rote Armee vor dem Angriff der deutschen Streitmacht am 22. Juni 1941 zurückzog, attackierten litauische antisowjetische Partisanen Juden ebenso wie fliehende russische Einheiten. Nur rund 15.000 Juden schafften es, mit der Roten Armee zu entkommen. In der Nacht

vom 25. auf den 26. Juni 1941 wurden allein in Kovno 1.500 Juden ermordet. Die Pogrome, deren Grausamkeit sogar die SS schockierte, wurden anfangs vom „Einsatzkommando“ 3 der „Einsatzgruppe“ A unterstützt. Von Anfang an, im Juli 1941, begannen die „Einsatzkommandos“ mit dem systematischen Abschachten der litauischen Juden. Die Partisanen Litauens halfen in Hilfstruppen der Polizei bei Festnahmen und wöchentlichen Erschießungen von Tausenden von Juden. Die Juden von Wilna wurden in Gruppen in den Wald von Ponary geführt, wo sie erschossen und begraben wurden. Die Juden von Kovno wurden in einer verlassenen Festung aus dem Ersten Weltkrieg gefangengehalten und an Gräben und Massengräbern erschossen. Ungefähr 5.000 Juden aus dem Reich und der Tschechoslowakei wurden ebenfalls im „neunten Wald“ bei Kovno umgebracht. Örtliche Freiwillige, unter der Aufsicht der SS, spielten eine wichtige Rolle bei den Vernichtungsaktionen in den großen Städten, während sie auf dem Land alleine agieren konnten. Als das Morden in Litauen beendet war, nahmen die Deutschen mehr als 8.000 Litauer in zwanzig Polizei-Bataillonen auf, die vor allem bei der Vernichtung der Juden und Bekämpfung der Partisanen in Weißrußland 1942/43 beteiligt waren.

Allein im Dezember 1941 verschwanden rund 45.000 Juden in Litauen. Sie wurden in Gettos gebracht, bessere Arbeitslager, um der deutschen Armee zu dienen; 20.000 in Wilna, 17.500 in Kovno, 5.000 in Shavli und eine kleine Gruppe in Swieciany und anderen kleineren Arbeitslagern. Junge Juden in Wilna waren unter den ersten, die die Folgen der Nazi-Politik erkannten und am Neujahrs-Abend 1942 zum Widerstand aufriefen. Als sich die Verhältnisse stabilisierten, schickten sie Boten, um den Widerstand in anderen Zentren wie Warschau und Bialystok zu organisieren. Wie auch immer, es war schwer, die Juden in Warschau und an anderen Orten, die von den Nazis noch geschont worden waren, von den Ausmaßen der sich in Litauen ereignenden Katastrophe zu überzeugen. Sogar in Wilna glaubten die Juden, nachdem die erste Welle des Mordens vorbei war, das Schlimmste hinter sich zu haben. Während der „ruhigen“ Periode 1942 arbeiteten die Juden für die Deutschen und entwickelten den Anschein eines normalen Lebens innerhalb des Gettos. Einige Juden waren bereit, dies durch waghalsige Widerstandsaktionen aufs Spiel zu setzen. Nach vielen Erörterungen mit den örtlichen Leitern, verließ eine von Abba Kovner geführte Untergrundgruppe Wilna, um als Partisanen zu kämpfen. Im Herbst 1943 wurden die Gettos von Wilna und Swieciany geräumt. Um einen Aufstand im Warschauer Getto zu verhindern, nutzten die Nazis eine Strategie der Täuschung und schnappten die unvorbereiten Widerstandskämpfer. Die Gettos von Kovno und Shavi wurden in Konzentrationslager umgewandelt. Während 15.000 Juden in Lager in Lettland und Estland gebracht wurden, wurden 5.000 jüdische Frauen und Kinder nach Auschwitz geschickt und dort umgebracht. Im Sommer 1944 wurden die verbleibenden 10.000 Juden in Lager nach Deutschland geschickt. Das Kriegsende überlebten nur etwa 33.000 litauische Juden als Partisanen in der Roten Armee, im Inneren der Sowjetunion oder in Lagern in Deutschland.

Norwegen

Die kleine jüdische Gemeinde Norwegens bestand am Vorabend des Krieges nur aus 1.500 Mitgliedern, vor allem als Folge der Emigrationen in den 20er Jahren. Zwischen den Kriegen galt in Norwegen, wie auch in den anderen Ländern Skandinaviens, eine sehr restriktive Flüchtlingspolitik. Da die deutschen Juden als Opfer religiöser, nicht politischer Verfolgung angesehen wurden, kamen sie nicht für ein politisches Asyl in Frage; ihre Einreise wurde nach den normalen Einwanderungsrichtlinien geregelt.

Nur etwa 300 Juden kamen in den 30er Jahren ins Land. Norwegische Juden genossen seit 1870 die vollen Bürgerrechte, und es gab nur eine kleine antisemitische Bewegung. Deren Führer, Vidkun Quisling, war von den Deutschen beauftragt worden, eine Marionetten-Regierung zu installieren, nachdem Norwegen im April 1940 von der deutschen Armee, nach einem kurzen aber heftigen Feldzug, besetzt wurde. Im März 1942 unternahm die norwegische Politik Schritte, die Identität der Juden sicherzustellen und ein Register der jüdischen Bevölkerung anzulegen. Im Juni 1942 wurden jüdische Geschäfte unter „arische Verwaltung gestellt“. Dennoch ging der Plan einer großen antijüdischen Aktion schief, weil am 7. Oktober 1942 die Juden von Trondheim in eine Verhaftungswelle gerieten, bevor die Polizei in anderen Zentren zur Tat bereit war. Die Folge war, daß die Juden in Panik über die Grenze nach Schweden flohen. In anschließenden Aktionen, die am 26. Oktober 1942 begannen, wurde nur 500 Juden gefangengenommen. Sie wurden in Lager in Norwegen gebracht und von dort nach Auschwitz. Ebenfalls im Oktober 1942 wurde jüdisches Eigentum beschlagnahmt und einen Monat später wurde eine Art Nürnberger Gesetz verkündet. Die Jagd nach Juden und die Verhaftungen gingen weiter bis zum Ende des Krieges. Im Februar 1943 wurden die 158 Juden aus Trondheim nach Auschwitz gebracht. Insgesamt wurden 770 norwegische Juden nach Auschwitz deportiert; nur 23 überlebten. Mehr als 900 Juden flohen nach Schweden und 100 retteten sich in Norwegen in Verstecken.

Österreich

1938 hatte Österreich eine jüdische Bevölkerung von etwa 185.000, bei einer Gesamtbevölkerung von 6,725 Millionen. Juden waren stark auf einige wenige Außenbezirke Wiens konzentriert. Österreichische Juden gehörten vor allem der Mittelschicht an, mit einem hohen Anteil an Intellektuellen und Geschäftsleuten.

Nach dem „Anschluß“ am 12. März 1938 gab Innenminister Frick Himmler und der SS volle Verfügungsgewalt über jüdische Angelegenheiten. Heydrich wurde nach Wien geschickt, um die Politik zu nazifizieren, während Eichmann im August 1938 ein Emigrationsbüro aufbaute.

Juden unterlagen in den Wochen nach dem „Anschluß“ einem schrecklichen Regime. Aktionen der Gewalt und massenhafte Demütigungen, wie der Zwang die Straßen zu scheuern, folgten bei der Übernahme aller in Deutschland herrschenden antijüdischen Gesetze. Jüdische Führer wurden gefangengenommen und das Vermögen reicher jüdischer Familien, wie zum Beispiel das der Rothschilds, wurde geraubt. In schneller Folge wurden die Juden aus dem öffentlichen Dienst, der Armee und den Universitäten verbannt. Mehr als 26.000 jüdische Geschäfte wurden arisiert.

Die Selbstmordrate bei Juden stieg auf über 500 im Monat, im März und April 1938. Mehr als 7.000 Juden flohen in Nachbarländer, bevor die Grenzen für sie geschlossen wurden. Bis November, als die Emigrationen gestoppt wurden, hatten es 128.500 Juden geschafft, Österreich zu verlassen. Von diesen fanden 31.000 Zuflucht in Großbritannien, 28.700 in Nordamerika, 11.600 in Zentral- und Südamerika, 28.700 in Shanghai und 9.000 in Palästina. Rund 15.000, die in andere europäische Staaten geflohen waren, wurden später von den Nazis gefangengenommen und umgebracht.

Etwa 58.000 Juden blieben bei Ausbruch des Krieges in Österreich. An die 3.000 wurden im Oktober 1939 nach Polen deportiert. Im Frühling 1941 wurden 5.000 nach Kielce in Polen geschickt und von dort 1942 nach Belzec. 1942 wurde die Masse der österreichischen Juden nach Lodz, Riga, Minsk und

Lublin deportiert und später umgebracht. Rund 14.000 wurden nach Theresienstadt gebracht, bevor sie in Auschwitz-Birkenau ermordet wurden.

Im November 1942 war die jüdische Gemeinde Wiens offiziell aufgelöst. Einige 7.000 privilegierte Juden und Juden aus Mischehen, die noch übrig waren, wurden zur Zwangsarbeit herangezogen. Als die Rote Armee Österreich eroberte, waren noch etwa 1.000 Juden übrig, die meisten mit Nicht-Juden verheiratet. Von den 65.000 Juden, die aus Österreich deportiert worden waren, kamen nur 1.747 zurück.

Polen

1939 lebten 3,3 Millionen Juden in Polen, was zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Polnische Juden bildeten die größte jüdische Gemeinde in Europa mit einem regen politischen, intellektuellen und kulturellen Leben. Die Zerstörung der polnischen Judenheit durch den Holocaust beendete eine vollständige jüdische Kultur und beschädigte das gesamte Judentum in nicht wiedergutzumachender Weise.

Juden lebten in Polen seit mindestens dem 12. Jahrhundert. Die großen Einwanderungen von Juden folgten der Welle der Vertreibungen aus westeuropäischen Ländern im 15. Jahrhundert. Bis 1500 bildeten die polnischen Juden die weltweit größte jüdische Gemeinde. Polnische Juden genossen beträchtlichen Wohlstand und Sicherheit, und unterhielten herausragende soziale Einrichtungen und Bildungseinrichtungen. Trotz einer Periode von Massakern und Verwüstungen verbunden mit einem Kosaken- und Bauern-Aufstand Mitte des 17. Jahrhunderts, konnte sich das polnische Judentum weiter ausbreiten und gedeihen. Zwischen 1772 und 1795 verlor Polen seine Unabhängigkeit und wurde unter den Nachbarmächten aufgeteilt. Einige polnische Juden beteiligten sich an den Revolten, die regelmäßig von der nationalistischen Bewegung organisiert wurden, wofür ihnen später Freiheiten innerhalb der begrenzten Macht der halbautonomen polnischen Regierung im 19. Jahrhundert gewährt wurden. Die Beziehungen zwischen Christen und polnischen Juden schwankten im Laufe der Jahrhunderte, doch Gewalt gegen Juden kam eigentlich kaum vor. Aber die Verbitterung über die Dominierung Polens durch fremde Mächte, und das Entstehen einer einheimischen Mittelschicht förderte das Aufkommen eines neuen fremdenfeindlichen Nationalismus unter den Polen, in dem der Antisemitismus eine zentrale Rolle spielte. Antijüdische Gewalttaten nahmen zu, die in einer Welle von Pogromen gipfelten, parallel zur Wiedergeburt des polnischen Staats 1918 bis 1921. Die Ordnung wurde wiederhergestellt und die Verfassung von 1921, die religiöse Freiheit garantierte. Dennoch waren die Jahre zwischen den Kriegen für die Juden unerfreulich. Sie wurden unberechtigtweise für Polens strukturelle Schwierigkeiten und anhaltende wirtschaftliche Not verantwortlich gemacht. Dennoch blühte das jüdische Leben in Polen.

Von 1926 bis 1935, während Marschall Jozef Pilsudski das Land regierte, konnte der Antisemitismus in Grenzen gehalten werden. Nach Pilsudskis Tod übernahm eine Militärjunta die Macht und warb mit Hilfe antisemitischer Politik um Popularität. Während offener Faschismus in Polen schwach verbreitet war, behauptete fast jede Partei, daß die Juden ein Problem darstellten. Die Junta mißbilligte Gewalt, aber sanktionierte den Boykott jüdischer Unternehmen. Juden wurden regelrecht ausgepreßt. Tatsächlich gab es Quoten über die Zahl von Juden im öffentlichen Dienst und an den Universitäten. Das Ergebnis war, daß die Lage der jüdischen Bevölkerung 1939 kritisch war und viele in Armut lebten.

Die deutsche Armee eroberte Polen am 1. September 1939. Sowjetische Einheiten besetzten das östliche Polen am 17. September 1939, entsprechend dem Molotow-Ribbentrop-Pakt. Warschau fiel am 28. September, und es gab keinen wirksamen bewaffneten Widerstand der Polen. In der deutschen Besatzungszone lebten 2,3 Millionen Juden. Ein Teil wurde dem Reich einverleibt. Der Rest wurde Generalgouvernement genannt und von Hans Frank befehligt. Rund 300.000 flohen sofort vom „GG“ in die sowjetische Zone. Die meisten von ihnen wurden weit ins Innere der Sowjetunion gebracht, überlebten aber den Krieg. 50.000 Juden flohen vor den Sowjets und suchten „Zuflucht“ unter deutscher Kontrolle.

Die Politik der Nazis setzte Polen und Juden außerhalb des Gesetzes. Die Gebiete, die dem Reich einverleibt waren, wurden von Juden, Zigeunern und Polen „gesäubert“; ihre Plätze wurden von Deutschen eingenommen, die aus Osteuropa „heim“geholt wurden. Die polnische Intelligenz wurde systematisch ausgelöscht und das „GG“ als Reservoir ungelerner Arbeiter für das Reich genutzt. Die Polen ertrugen eine mörderische Besatzung, und unzählige Menschen wurden brutal von einem Gebiet in ein anderes umgesiedelt.

Die Juden wurden in großen Zentren zusammengefaßt und im Ungewissen über das „Endziel“ gelassen. Jüdische Geschäfte und jüdisches Eigentum wurde konfisziert, und Juden wurden zum Tragen des gelben Davidsterns gezwungen. Jede jüdische Gemeinde wurde angewiesen, einen „Judenrat“ zu bilden, der die deutschen Befehle ausführen mußte. Diese Maßnahmen wurden begleitet von ausgedehnten Terror- und Gewaltaktionen, bei denen 100.000 Juden umkamen. Vom Frühling 1940 an wurden die polnischen Juden in kleinere Gebiete der Großstädte zusammengetrieben, die zu Gettos eingefaßt wurden. Diese Gettos befanden sich in ungesunden überfüllten Slumgebieten, wo sich Krankheiten rapide ausbreiteten. Im März 1941 beherbergte das Warschauer Getto, am 16. November 1940 gebildet, 445.000 Menschen; im Schnitt lebten sieben Leute in jedem Raum. Sie bekamen Rationen von ungefähr 185 Kalorien pro Tag, so daß jeden Monat 5.000 an Hunger, Erfrierungen oder Krankheit starben. Die Lebensbedingungen wurden etwas durch Schmuggelei und von den Deutschen genehmigten Handel gelindert. Kriminelle und kleine Kinder spielten eine wichtige Rolle in dem gefährlichen, aber gewinnbringenden Schwarzhandel, der schätzungsweise 80 Prozent der im Getto benötigten Lebensmittel lieferte.

Die Politik der Deutschen 1940/41 schwankte zwischen den Verfechtern der „Zermürbungstaktik“, die die jüdische Bevölkerung durch Krankheit und Hunger in den Gettos vernichten wollten und den „Produktiven“, die die Juden als Arbeiter für die deutschen Kriegsanstrengungen ausbeuten wollten. Die „Produktiven“ setzten sich durch, und es wurden GettoWerkstätten und Arbeitslager geschaffen. Im Getto von Lodz zum Beispiel hoffte der Judenrat“, geleitet von Chaim Rumkowski, das Überleben der Juden zu sichern, indem er es zu einem Produktionszentrum machte. Diese Politik führte in Lodz zum Erfolg; dieses Getto, das zweitgrößte in Polen, hielt sich bis 1944.

Mit der Invasion der Sowjetunion am 22. Juni 1941 fielen die östlichen Gebiete Polens unter deutsche Kontrolle. „Einsatzgruppen“ begannen systematisch, jüdische Männer umzubringen und verdächtige Bolschewisten“, mit der Hilfe von Freiwilligen aus Litauen, Weißrußland und der Ukraine. Vom Sommer 1941 an vernichteten „Einsatzgruppen“ und ihre örtlichen Helfer ganze jüdische Gemeinden, einschließlich Frauen und Kinder. Wer übrig blieb, wurde in Gettos gesperrt; die größten waren Wilna und Lvov.

Diese Massaker markierten den Übergang zu einer Politik umfassender Vernichtung der Juden Europas; die meisten Juden wurden in Lager gebracht, die zur Massen-Vergasung ausgerüstet waren. Weil Polen den Schwerpunkt der jüdischen Bevölkerung Europas bildete und über gute Transportwege verfügte, wurden hier die Mord-Zentren eingerichtet. Das erste Todeslager entstand bei Chelmno und begann im Dezember 1941 mit der „Arbeit“. Weitere drei Lager wurden in Belzec, Sobibor und Treblinka gebaut, hauptsächlich zur Vernichtung der Juden des „GG“, in einer sogenannten „Aktion Reinhard“. Ungefähr 600.000 Juden wurden in Belzec umgebracht, 250.000 in Sobibor und 850.000 in Treblinka. Das Konzentrationslager Majdanek in der Nähe von Lublin war auch mit Gaskammern ausgestattet und kostete rund 350.000 Menschen, 60.000 davon Juden, das Leben. Das größte Todeslager war Auschwitz-Birkenau, in der Nähe von Krakau, wo 1,2 bis 1,5 Millionen Menschen umgebracht wurden, die überwiegende Mehrheit waren Juden.

Rumänien

Rumänien hatte 1930 eine jüdische Bevölkerung von 760.000, das waren vier Prozent der Gesamtbevölkerung. Rumänische Juden waren Opfer einer verbreiteten Feindseligkeit und staatlicher Diskriminierung seit Gründung des modernen Rumäniens. Die wichtigste Bauern-Partei war traditionell antisemitisch, aber die paramilitärische Eiserne Garde adaptierte den Antisemitismus der Nazis. 1939/40 verlor Rumänien große Teile seines Gebietes an seine räuberischen Nachbarn. Die Folge war, daß im Juni 1941 nur noch 342.000 Juden in Rumänien lebten. Sie waren regiden antijüdischen Gesetzen ausgesetzt, die vom kurzlebigen Regime der Eisernen Garde ausgegeben wurden und der länger währenden Regierung von General Ion Antonescu, der die Eiserne Garde im Januar 1941 stürzte, erlassen worden waren. Zwischen Februar und Mai 1941 waren Juden rassistischen Gesetzen ausgesetzt; sie wurden ihrer Wohnungen und ihres Vermögens beraubt und in Arbeitslager gezwungen.

Im Juni 1941 unterstützte Rumänien Deutschland bei der Invasion der UdSSR. Das Land war eigentlich vor der Invasion von den Deutschen besetzt worden, aber die Rumänen ließen sich mit Eifer auf den Angriff ein in der Hoffnung, verlorenes Territorium zurückzugewinnen. Sie bekamen Bessarabien zurück und ein Stück Land namens Transnistrien, zwischen dem Dnjestr und dem südlichem Bug.

Während des Vorrückens beteiligte sich die rumänische Armee, zusammen mit den „Einsatzgruppen“ an Massakern an 160.000 Juden in der südlichen Ukraine. Rund 130.000 Juden wurden brutal aus Bessarabien, der Bukowina und anderen entfernt liegenden Provinzen gejagt und in von Deutschen geführte Lager nach Transnistrien gebracht. Rund 90.000 rumänische Juden kamen an diesen armseligen Plätzen um, 30 bis 50 Prozent im ersten Winter.

Die Juden von Bukarest und den zentralen Provinzen Rumäniens litten unter Enteignungen und Verfolgungen, aber sie waren in der Lage, einen Widerstand zu organisieren. In der Stadt Jassy führte ein bösesartiges Pogrom im Juni 1941 zum Tod von 2.500 Menschen, aber das war eine Ausnahme. 1942 organisierten Juden in Bukarest die Versorgung mit Lebensmitteln und andere Hilfe für die Juden in Transnistrien. Dr. Wilhelm Filderman, der Kopf der jüdischen Gemeinde, wandte sich an die Regierung und den Hof von König Michael, um weitere Deportationen zu verhindern. Haupt-Rabbi Safran versuchte, den päpstlichen Nuncio und Klerus zu bewegen, die Stimme zu erheben. Im Mai 1942 teilte die Antonescu-Regierung den Deutschen mit, daß es die Deportation von 292.000 Juden aus Rumänien nicht genehmigen werde. Dieser Schritt wurde vor allem aus Ärger darüber unternommen, daß Transsilvanien, das auf deutschen Druck hin an Ungarn ging, immer noch nicht an Rumänien

zurückgegeben worden war. Während der Gegenoffensive der Roten Armee bei Stalingrad wurde die rumänische Armee fast vernichtet und die Regierung Rumäniens überdachte seine Beziehungen zu Nazi-Deutschland. Obwohl sie weiterhin Einschränkungen und Strafmaßnahmen gegen Juden verhängte, gab sie bekannt, daß sie Emigration als Lösung des „Juden-Problems“ vorziehe und Antonescu bot an, die 70.000 überlebenden Juden in Transnistrien „zu verkaufen“.

Dieser Plan scheiterte, da kein Land, erst recht nicht das britisch regierte Palästina, bereit war, die Juden aufzunehmen. Dennoch überlebten dank rumänischer Hilfe etwa 40 Prozent der nach Transnistrien deportierten Juden. Bei Kriegsende gab es 350.000 Juden in Rumänien. Etwa 50 Prozent der rumänischen Juden waren ermordet worden oder gestorben.

Serbien

Nach dem Sieg über Jugoslawien stand Serbien unter direkter Militärhoheit. Die jüdische Bevölkerung dieses Gebietes belief sich auf etwa 12.000, mehr als 8.000 von ihnen lebten in Belgrad. Die Deutschen erließen sofort Regeln, die Juden zu registrieren und sie befahlen ihnen, den gelben Stern zu tragen. Im Mai 1941 wurden die Juden zur Zwangsarbeit aufgerufen.

Einzig zur Verwirklichung der „Endlösung“ wurde die Umsetzung aller antijüdischen Maßnahmen gänzlich von der deutschen Armee übernommen. Ende Mai erließen die militärischen Befehlshaber Verordnungen, die Juden als Rasse zu definieren, ihr Vermögen zu registrieren, ihnen wirtschaftliche Unternehmen zu verbieten und sie von der Gesellschaft zu isolieren. Jüdisches Eigentum und jüdische Geschäfte wurden im Juli 1941 arisiert.

Im August 1941 wurden die Juden brutal aus dem Banat-Gebiet nach Belgard deportiert. Die deutsche Armee hob außerhalb von Belgrad, bei Nis und Sabac, Massengräber für jüdische Männer aus. Diese Juden waren Geiseln gegen die Aktionen der Partisanen und wurden auf der Stelle erschossen. Bis Mitte November 1941 waren 5.000 umgebracht worden. Im Dezember 1942 wurden 7.500 jüdische Frauen und Kinder unter die Erde gebracht. Sie waren von einer Unterabteilung der RSHA in einem Notlager bei Semlin (Sajmiste), jenseits des Flusses von Belgrad, mit Hilfe mobiler Gas-Waggonen getötet worden.

In dem vierjährigen Krieg, der in dem Gebiet Jugoslawiens vor 1941 wütete, behielt keine Seite weiße Hände. Ein serbisches Kollaborations-Regime in Belgrad unterstützte die Deutschen in der ersten Phase der Vernichtungen 1941. Es ist erwiesen, daß rund 2.000 Juden in Serbien Zuflucht fanden bei Marschall Titos kommunistischen Partisanen, aber mehr weil sie Kommunisten, und weniger weil sie Juden waren. Die meisten kamen in den folgenden Kämpfen ums Leben. Es passierte auch, daß die anti-deutschen, aber auch anti-kommunistischen serbischen Royalisten, die Tschetniks, gefangene jüdische Partisanen den Deutschen übergaben, weil sie automatisch annahmen, es handle sich um Kommunisten.

Slowakei

Der „autonome“ Staat der Slowakei entstand am 6. Oktober 1938. In ihm lebten rund 136.000 Juden, aber etwa 40.000 von ihnen gehörten zu der Bevölkerung, die durch eine Serie territorialer Verluste nicht mehr im Kernland lebte. Die meisten der Juden waren religiös und lebten in kleinen Städten und Dörfern im Osten des Landes.

Am 14. März 1939 rief die Slowakei ihre Unabhängigkeit aus, obwohl sie in Wirklichkeit nicht mehr war als ein Marionettenstaat Nazi-Deutschlands. Der Führer des slowakischen Staates war der Priester Tiso. Er wollte eine autoritär-konservative, katholische Republik schaffen. Sein Premierminister, Bela Tuka,

und Aleksander Mach, der Chef der neonazistischen Miliz, die sogenannte Hlinka-Garde, wollten ein radikaleres Regime im Stil der Nazis.

In der Slowakei gab es eine lange Tradition katholischen Antisemitismus. Während der 20er Jahre hatten die Nationalisten die Juden als trojanische Pferde unter deutschem Einfluß vermutet. Sobald der Staat „unabhängig“ war, wurde eine Reihe antijüdischer Gesetze erlassen.

Tiso war vermutlich damit einverstanden. Aber die Slowakei beteiligte sich an der Invasion der Sowjetunion im Juni 1941 und die antijüdischen Maßnahmen wurden heftiger. Im August 1941 wurde Dieter Wislecey nach Bratislawa geschickt, um die Judenfrage zu „beraten“ und zu einem radikaleren Vorgehen zu ermutigen. Junge Juden mußten in Arbeitsbataillone, 12.000 jüdische Geschäfte wurden arisiert, und die Juden wurden zum Tragen des gelben Sterns gezwungen. Am 9. November 1941 wurden eine Art Nürnberger Gesetz erlassen, obwohl sie die Grundsätze der katholischen Kirche verletzten.

Von März bis Oktober 1942 wurden 58.000 slowakische Juden in Todeslager deportiert. Tiso war von den örtlichen Repräsentanten des Vatikans gewarnt worden, was dies bedeutete und er unternahm Schritte, konvertierte Juden zu retten. Aber die Extremisten in seiner Regierung nutzten die Chance, die Juden loszuwerden. Sie hatten den Deutschen bereits Juden und ihre Familien zu Versuchszwecken angeboten.

Die Juden reagierten darauf mit wütenden Eingaben an die slowakischen Verantwortlichen und bestachen die, die an den Deportationen beteiligt waren. Eine „Arbeitsgruppe“ unter Gisi Fleischman war zum Dienst in slowakischen Büros angesetzt und erlebte einen Erfolg, als die Deportationen im Dezember 1942 stoppten. Tatsächlich war die Einstellung der Transporte mehr die Folge von Interventionen des Vatikans und einer großen Zahl beschützender Briefe, die von Tiso angeregt worden waren. 7.000 bis 8.000 slowakische Juden retteten sich durch die Flucht nach Ungarn. Der vermeintliche Erfolg der Rettungsbemühungen der „Arbeitsgruppe“ führte zu einem noch ehrgeizigeren Projekt, nämlich die Rettung aller europäischen Juden mit Hilfe von Bestechungsgeldern.

Es scheiterte an der Unmöglichkeit, die notwendigen Mittel in dem besetzten Europa zu bekommen. Das führte nach dem Krieg zu Beschuldigungen gegenüber jüdischen Führern in der freien Welt, aber der Plan war wahrscheinlich von Anfang an brüchig. Die Deportationen wurden im August 1944 wieder aufgenommen, nach dem Mißlingen eines großen anti-deutschen Aufstandes im Osten des Landes, bei dem 2.000 Juden als Partisanen kämpften. Mehr als 13.000 Juden wurden nach Auschwitz und in andere Lager deportiert, aber 10.000 überlebten. Das Kriegsende haben 25.000 bis 30.000 slowakische Juden erlebt 1939 lebten etwa 3,02 Millionen Juden in der UdSSR. Schätzungsweise 1,5 Millionen von ihnen in der Ukraine, 775.000 in Rußland, 365.000 in Weißrußland und 40.000 im Kaukasus. Die Annektierung der baltischen Staaten, dem östlichen Polen und Bessarabien brachte noch 1,8 bis 1,9 Millionen Juden dazu. Weitere 250.000 Flüchtlinge aus dem von den Nazis besetzten Polen suchten Zuflucht in Gebieten unter sowjetischer Kontrolle. Im Juni 1941 lebten etwa 5,15 bis 5,25 Millionen Juden in sowjetischem Gebiet.

Die Auswirkungen der Invasion der Nazis unterschieden sich von Region zu Region und im Laufe der Zeit. In den annektierten Gebieten folgten auf die Massenmorde durch die „Einsatzgruppen“ die „Gettoisierung“ der Überlebenden für bis zu zwei Jahre. In dem Gebiet der UdSSR vor 1939 unternahmen die hauptsächlich durch rumänische Truppen. Die Überlebenden kamen in ein Getto; sie wurden einige Monate später umgebracht. 34.000 Juden wurden am 29./30. September 1941 in Kiew in der Schlucht von Babi Yar erschossen. Jede Stadt, jedes Dorf und jeder Hof, in der von den Nazis besetzten Sowjetunion, wo Juden lebten, wurde Zeuge ähnlicher Szenen. In dieser Art wurden rund

97 0.00 0 so wjet ische Ju den zw ischen 19 41 un d 19 44 er mord et. Ge ttos un d La ger ha tten ei ne ku rze Le bens dau er.

In den besetzten Gebieten hatten die Juden wenig Zeit zu reagieren, obwohl sie durch die Flüchtlinge, die 1939 eintrafen, wußten, was sie von den Nazis zu erwarten hatten. Die Zeit der sowjetischen Besatzung hatte das gemeindliche Leben zerrissen und die örtlichen Führer von vor 1939 wieder eingesetzt. Die Juden verarmten durch die Russifizierung der Wirtschaft. Ironischerweise hatten die 40.000 polnischen Juden, die ins Innere der Sowjetunion gebracht worden waren, weil sie sich weigerten, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen, eine viel größer Chance den Krieg zu überleben, als jene, die blieben. Die Zeit der sowjetischen Herrschaft hatte auch die Beziehungen zwischen Juden und Polen, Juden und Ukrainern sowie zwischen Juden und der christlichen Bevölkerung der baltischen Staaten vergiftet. Sobald sie die Chance hatten, dank der deutschen Invasion, machten die Nicht-Juden in diesen Gebieten die Juden zu den Prügelknaben für ihre Leidenszeit unter russischer Herrschaft. Rund 5.000 Juden kamen bei den Pogromen in 117 Städten und Orten um; viele fanden statt, bevor die Nazis überhaupt eingetroffen waren.

Die sowjetischen Verantwortlichen hatten nicht geplant, speziell die Juden zu evakuieren, obwohl sie reichlich Informationen über die Vernichtung der Juden in Polen durch die Nazis hatten. Dennoch wurde im Juli 1941 ein Evakuierungs-Plan aufgestellt, um den Juden im Notfall beizustehen. Die Sowjets brachten Facharbeiter, Bürokräfte und Sachbearbeiter samt ihrer Familien zur Evakuierung ins Landesinnere. Nachdem die Juden in diesen Bereichen überrepräsentativ vertreten waren, waren sie auch unter den Evakuierten überrepräsentativ vertreten.

Juden, die nicht evakuiert worden waren, sahen sich bei ihrem Versuch zu fliehen großen Hindernissen ausgesetzt. Die Kommunikationswege waren unterbrochen, und deutsche Vortruppen überraschten oft Flüchtlingskolonnen. Nur die Jungen und Gesunden hatten eine Chance, zu Fuß zu fliehen. Vielen Juden aus den annektierten Gebieten fehlten die offiziellen Papiere, die ihnen den Eintritt in die UdSSR erlaubten und so wurden sie bereits an der alten Grenze aufgehalten. Einige Juden blieben dort in der Hoffnung, daß die Deutschen ihr Eigentum wiederherstellten, andere weil sie sich erinnerten, daß sich die Deutschen 1916 bis 1917 zivilisiert benommen hatten. Aber es ist erwiesen, daß 140.000 bis 180.000 Juden oder rund acht Prozent der jüdischen Bevölkerung flohen. Der Prozentsatz der Juden, die erfolgreich einer Gefangennahme entkamen, stieg auf 30 Prozent in Weißrußland und der östlichen Ukraine, die die Deutschen erst viel später erreichten. Diese Verzögerung gab den Juden Zeit, wegzuziehen und den Verantwortlichen Gelegenheit, die Evakuierungen zu organisieren. 1942, in der zweiten Welle der Operationen der „Einsatzgruppen“, erreichte der Anteil der Juden, die flohen, nahezu 70 Prozent. Zu dieser Zeit waren die Juden vorgewarnt. Seit Juden in den östlichen Gebieten mehr auf die Städte konzentriert waren, nutzten sie die besseren Kommunikationsmöglichkeiten und die Organisation von Transporten.

Diejenigen, die in von den Nazis besetzten Gebieten gefangengenommen wurden, erlitten ein schreckliches Schicksal. Die Ereignisse in der Provinz Wolynien, bis September 1939 Teil Polens, sind ein gut-dokumentiertes Beispiel dessen, was passierte. Mehr als 1.000 Juden kamen in den Pogromen örtlicher Ukrainer um, in den ersten Tagen der Kämpfe als die sowjetische Macht zerbrach. Von Juni bis August 1941 kamen die „Einsatzkommandos“ in jede Stadt und jedes Dorf mit jüdischer Bevölkerung. Sie fanden die Juden mit Hilfe ukrainischer Informanten, stellten Listen über jüdische Einwohner auf, versammelten die jüdischen Männer, marschierten mit ihnen in die Außenbereiche der

Städte und Dörfer und erschossen sie dort. Es ist belegt, daß 15.000 Juden bei einer Population von 207.000 Juden auf diese Weise ums Leben kamen.

Die überlebenden Juden Wolyniens unterlagen harten antijüdischen Regeln. Überall wurde ein Judenrat eingerichtet, die Juden mußten alle Waffen, Radios und Wertsachen abgeben und wurden zum Dienst im Arbeitslager gezwungen. Sie mußten sich in bestimmten Stadtvierteln aufhalten und bei Todesstrafe das gelbe Abzeichen tragen. Nachdem die meisten jungen Männer entweder von den sowjetischen Verantwortlichen einberufen worden waren, fliehen konnten oder erschossen worden waren, waren die Frauen die Haupt-Ernährer. Die wenigen überlebenden jungen Männer hatten sich versteckt gehalten. Zwischen September und Oktober 1941 kehrten die Todesschwadronen zurück und weitere 25.000 oder 20 Prozent der jüdischen Bevölkerung wurden umgebracht. Ihnen wurde gesagt, daß sie in Arbeitslager kämen; sie marschierten in „Arbeitsgruppen“ los - um erschossen zu werden.

Im März 1942 kamen die Juden Wolyniens in geschlossene Gettos. Diese überfüllten Quartiere befanden sich an den schlimmsten Orten der Städte, oft ohne fließendes Wasser und Strom. Die Gettos hielten nicht länger als sechs Monate. Die Juden hatten kaum Zeit, sanitäre, soziale und kulturelle Einrichtungen und Schulen zu organisieren. Im August 1942 befahlen die Nazis die Räumung der Gettos. Diese Arbeit wurde von SS-Einheiten, deutschen Polizeikräften, ukrainischer Miliz und sogar deutschen Bauarbeitern übernommen.

In einer typischen Aktion wurde das Getto umzingelt, die Juden wurden zusammengetrieben und zu einem Hinrichtungsplatz gebracht, wo sie erschossen wurden. Es gab häufig Aufstände und versuchte Ausbrüche, aber wenige kamen durch die Sperren. Innerhalb von zwei Monaten wurden die verbliebenen 150.000 Juden Wolyniens ermordet. Die einzigen Überlebenden waren diejenigen, die in die Wälder geflüchtet waren und kleine Gruppen von Facharbeitern.

Einmal drangen deutsche Truppen in ehemals sowjetisches Territorium ein; die Zahl der Morde stieg noch. Kurz nachdem Minsk, die Hauptstadt Weißrußlands, von den Deutschen erobert worden war, gründeten sie dort ein Getto, in dem sie 80.000 bis 100.000 Juden zusammentrieben, davon rund 50.000 aus Minsk - 25.000 Flüchtlinge und eine ähnlich große Zahl von Juden - aus den umliegenden Städten und Dörfern. Die SS brachte sofort die Führer und Intellektuellen der Gemeinden um. Im November 1941 starteten sie eine Serie von „Aktionen“, bei denen 20.000 bis 30.000 Juden erschossen wurden und in Gas-Waggons umgebracht wurden. Tausende wurden in einer Aktion im März 1942 erschossen und rund 30.000 im Juli 1942. Zu dieser Zeit lebten nur noch 9.000 Juden im Getto.

Ähnlich immense Vernichtungsaktionen fanden am 23./24. Oktober 1941 in Odessa statt als 20.000 der 80.000 Juden der Stadt erschossen wurden,

Ungarn

1941 lebten 725.000 Juden in dem von der ungarischen Regierung Admiral Horthys kontrollierten Gebiet. Das waren fünf Prozent der Gesamtbevölkerung von 14,7 Millionen. Dennoch waren nur 400.000 „Magyar“-Juden, vor allem auf dem Gebiet Ungarns vor seiner Expansion 1938. Zwischen März 1938 und Mai 1941 erhielt Ungarn Gebiete der Slowakei mit 67.000 Juden, der Ukraine mit 78.000 Juden, Transsilvaniens mit 150.000 Juden und 14.000 Juden der Wojwodina (Jugoslawien). Mitgezählt wurden auch rund 100.000, die konvertiert waren.

Juden waren ein integraler Bestandteil der ungarischen Gesellschaft und geachtete Bürger, seit sie sich 1867 befreit hatten. Aber ihre Involvierung in die ungarische Soviet-Republik von 1919 verschärfte den

latent vorhandenen Antisemitismus. Als Ungarn in den 30er Jahren näher an das Nazi-Deutschland heranrückte, wurde die Politik offiziell antijüdisch.

Der Hitler-freundliche Premierminister Gyula Gombos erließ jeweils im Mai 1938 und 1939 antijüdische Gesetze, die die Juden von der Teilnahme am Wirtschaftsleben ausschlossen und so zur fortschreitenden Verarmung der ungarischen Juden führte. 1939/40 wurde von Premierminister Bardossy eine Art Nürnberger Gesetz erlassen. 50.000 Juden im wehrpflichtigen Alter wurden zum Dienst in Arbeitsbataillonen gezwungen. Sie wurden 1941/42 im Zuge der deutschen Invasion nach Rußland geschickt. Rund 42.000 Juden starben dort, die meisten nach der Offensive der Roten Armee 1942, die die ungarische Streitmacht zerstörte.

Das Leben in den Arbeits-Bataillonen war schwer, aber die Juden wollten die ungarische Uniform tragen und dienten mit gewissen Freiheiten in der Ukraine, während die „Einsatzgruppen“ die Juden rundherum umbrachten. Dennoch beteiligte sich die ungarische Armee und Polizei 1941 an den Massakern an 18.000 Juden in Kamenez-Podolski und an 1.000 in der Wojwodina.

Von 1942 bis 1943 wehrte die Regierung von Premierminister Miklos Kallay die deutschen Forderungen nach scharfen, antijüdischen Maßnahmen ab. Als Folge des Versuchs von Kallay, Ungarn aus dem Krieg zu ziehen, besetzte die deutsche Armee am 19. März 1944 das Land und installierte eine willfährige Regierung. Zwei Antisemiten leiteten das Innenministerium und die Polizeimacht.

Kurz darauf traf Eichmann in Budapest ein. Er kam mit einem „Kommando“ von rund 200 SS Männern und konnte sich außerdem auf die Mithilfe begeisterter örtlicher Kollaborateure verlassen. Am 26. April befahl er die Gettoisierung. In der Provinz wurden Juden in Synagogen zusammengetrieben; in den Städten wurden Übergangs-Gettos geschaffen. Die Aufgabe der Zusammenführung und Isolierung wurde innerhalb weniger Tage von ungarischen Gendarmen ausgeführt. In einem Wirbelwind aus Gesetzen und brutalen Aktionen wurde eine dreiviertel Million Juden gezwungen, das gelbe Abzeichen zu tragen, isoliert und ihres Vermögens und Besitzes beraubt.

Die Deportationen begannen am 15. Mai. Die SS teilte ungarisches Gebiet in Zonen auf und ging von den Außenbereichen Richtung Budapest vor. Bis zum 7. Juli hatten 147 Bahntransporte 437.000 Juden auf die schreckliche Reise nach Birkenau gebracht. Rund 25 Prozent wurden bei der Ankunft zur Arbeit „ausgewählt“; der Rest wurde umgebracht.

Anfang Juli 1944, als die Alliierten in der Normandie landeten und die Offensive der Roten Armee sich ihren Weg nach Warschau bahnte, erkannte Admiral Horthy, daß die Deutschen den Krieg verlieren würden. Mit dieser Überzeugung gab er dem Druck der Alliierten, des Vatikans und neutraler Mächte nach, die Transporte zu stoppen.

Wie auch immer, Horthy wurde im Oktober 1944 durch einen Schlag der Deutschen besiegt. Von da an bis zur Eroberung von Buda und Pest durch die Rote Armee im Januar 1945, war das fanatische Regime der antisemitischen „Pfeilkreuzler“ an der Macht. Marodierende Pfeilkreuzler-Gruppen schlachteten alle Juden, die sie fangen konnten. Mehr als 50.000 wurden zum Marsch von der Hauptstadt weg gezwungen, um Gräben gegen die Panzer zu graben. Viele brachen auf dem Weg zusammen und wurden von den brutalen Wachen umgebracht.

Die jüdische Antwort auf die Katastrophe in Ungarn war komplex und hat viele Kontroversen hervorgerufen. Sie muß vor dem Hintergrund der Ereignisse in Europa bis 1944 gesehen werden. Ungarn schien eine Oase der Stabilität für die Juden Zentraleuropas zu sein. Zwischen 1942 und 1943 fanden Tausende von polnischen und slowakischen Juden hier Zuflucht, unterstützt durch die

ungarische jüdische Rettungsorganisation. Diese Flüchtlinge brachten Informationen über die „Endlösung“, aber die ungarischen Juden weigerten sich zu glauben, daß es ihnen passieren könnte und je länger es aufgeschoben wurden, um so sicherer fühlten sie sich. Sie wurden zunehmend beruhigter ob ihrer eigenen Sicherheit, als der Kriegsverlauf sich gegen Deutschland richtete.

Als der Wind im März 1944 drehte, entwickelten sich die Ereignisse so rapide, daß die alte Führung zusammenbrach und nicht in der Lage war, entsprechend zu reagieren. Es war den Zionisten geglückt, die Verbindung mit internationalen Gruppen und Juden außerhalb aufrechtzuerhalten und seit 1942 Juden aus benachbarten Regionen zu retten. Vor dem deutschen Einmarsch setzte sich Reszo Kasztner, ein führendes Mitglied des Hilfs- und Rettungs-Komitees, dafür ein, Waffen zu horten und Bunker zu bauen.

Im März 1944 bemühten sich die Führer der Zionisten aus dem Rettungskomitee verzweifelt um Verhandlungen mit der SS. Kasztner bot der SS Bestechungsgelder an, konnte aber nicht genügend Kapital aus dem Ausland auftreiben. Der Zionist Joel Brand schlug dann Eichmann vor, daß er die Juden aus Ungarn ausreisen lassen sollte, im Gegenzug für Güter und 10.000 Lastern der West-Alliierten. Eichmann nahm diese Initiative auf und ermächtigte Brand, diesen überraschenden Handel von den Juden-Organisationen der freien Welt taxieren zu lassen. Brand wurde von Bandi Grosz begleitet, der eine andere Rolle spielte. Brand traf am 8.Mai in Istanbul ein und informierte das jüdische Büro in Jerusalem. Das britische Kabinett, alarmiert von dem Plan, beriet am 31.Mai darüber und verwarf ihn. Brand wurde von britischen Agenten aufgehalten und dadurch vom Treffen mit jüdischen Repräsentanten bis zum 10.Juli abgehalten. Die Alliierten hatten die Motive hinter dem Brand-Grosz-Unternehmen erkannt. Himmler hatte mit Hitlers Wissen Brand dazu benutzt, Geld und Güter zu ergattern. Aber Himmler nutzte heimlich Grosz, um westlichen Regierungen einen separaten Frieden vorzuschlagen. Der Stop der Deportationen stand nie zur Verhandlung. Die Juden sollten glauben, eine Rettung sei aus dieser Richtung möglich.

Die Vernichtung fand mit Wissen der britischen und nordamerikanischen Regierung statt. Am 11.Juli 1944 berichtete Churchill Eden, daß das Morden an Ungarns Juden „vermutlich das größte und schrecklichste Verbrechen sei, daß je in der Weltgeschichte begangen wurde“. Dennoch beschränkte sich die einzige offizielle Erwiderung der Alliierten darauf, der Ungarischen Regierung Vergeltungsschläge anzudrohen. Jüdische Bitten, die Bahnlinie nach Auschwitz zu bombardieren, wurden zurückgewiesen.

Als Ungarn Ende Juni anbot, 7.800 Juden ohne irgendwelche Auflagen ausreisen zu lassen, erhob das britische Auswärtige Amt Einwände. Ein Amtsträger bemerkte, „die Schleusen werden nun geöffnet, und dann werden wir in kürzester Zeit massenweise osteuropäische Juden bei uns haben“. Diese letzte Chance auf die Rettung Tausender Juden war verloren.

Währenddessen verfolgten zionistische Jugendgruppen ihre eigene Rettung mit einigem Erfolg. Einige Gruppe bahnten sich einen Weg nach Rumänien, das relative Sicherheit bot. Eine andere Gruppe baute in Budapest Bunker und eine dritte beschaffte sich arische Identitäten oder schützende Pässe. Jugendliche halfen auch bei der Rettung einiger Juden auf dem Gewaltmarsch von Budapest. Innerhalb der belagerten Stadt verteidigten sie Schutzhäuser gegen die mordenden Banden der Pfeilkreuzler, bis zur Befreiung durch die Rote Armee. Dies war der erfolgreichste Fall handfesten Widerstandes von Juden während des Krieges.

Zwischen Juni 1941 und März 1944 starben schätzungsweise 63.000 Juden auf ungarischem Boden. Zwischen März und Juli 1944 wurden 267.000 Juden aus dem Ungarn vor 1938 in Birkenau

umgebracht, mehr als 180.000 wurden aus den ungarischen Provinzen deportiert. Über 233.000 Juden wurden aus Gebieten, die Ungarn nach 1938 erhielt, geholt und getötet. Insgesamt wird der totale Verlust der jüdischen Bevölkerung auf ungarischem Gebiet auf mehr als 564.000 geschätzt.

DER HOLOCAUST

Der Weg zur Ausrottung

Der Krieg brach am 1. September 1939 aus und die Deutschen überrannten Westpolen schnell. In den ersten Wochen der Besatzung mußte die jüdische Bevölkerung willkürliche Massaker und brutale Behandlungen ertragen, aber die Übergriffe erfolgten nicht systematisch. Die Armeeführung protestierte sogar gegen die Morddrohungen, Vergewaltigungen und Plünderungen, weil diese die Disziplin untergruben.

Nachdem die Nazis nun weitere 1,5 Millionen unerwünschte Juden erhalten hatten, begann die Parteiführung, nach Lösungen für die sogenannte „Judenfrage“ zu suchen. Im Januar 1939 hatte Hitler in einer Rede vor dem Reichstag damit gedroht, daß im Falle eines Weltkrieges alle Juden in Europa vernichtet würden. Der erste Versuch, dieses Ziel zu erreichen, bestand darin, die Juden aus Deutschland zu vertreiben und die polnischen Juden in „Reservaten“ zu konzentrieren.

Im Oktober und November 1939 wurden einige tausend Juden aus Wien, der Tschechoslowakei und Kattowitz deportiert und in ein Sumpfgebiet nahe der Stadt Nisko nicht weit von Lublin gebracht. Die Massendeportationen wurden bald gestoppt, weil es nicht genügend Aufnahmekapazitäten gab und die Deutschen sich gerade darauf konzentrierten, 87.000 Juden und Polen aus dem Warthegau zu vertreiben, um eine Wiederbesiedlung mit Volksdeutschen zu ermöglichen. Diese Vertreibung wurde auf brutalste Weise ausgeführt, und die Juden konzentrierten sich in den großen Zentren jüdischer Bevölkerung.

Im Mai 1940 wurde die SS-Führung dieser Lage nicht mehr Herr. Die militärischen Siege hatten ihnen Millionen von Juden in die Hand gespielt, während die Aussicht auf deren Ausgliederung in immer weitere Ferne rückte. In einem Memorandum, das er an Hitler schickte und dessen Zustimmung er erhielt, zog Himmler über die Möglichkeiten Bilanz. Zur Auswahl stand eine Aussiedlung in eine „afrikanische“ Kolonie oder die Vernichtung, die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht akzeptabel war. Dies war der Ursprung des Madagaskar-Plans, der die SS und die Beamten des Außenministeriums im Sommer und Herbst 1940 beschäftigte. Vermutlich wurde der Plan fallengelassen, weil die Briten mit ihrem Widerstand gegen Hitler fortfuhren und daher eine große Operation auf dem Meer unmöglich war.

Von Anfang bis Mitte 1940 beraubten und isolierten die Nazis die polnischen Juden und zwangen sie in Gettos. In jeder Stadt mit einer jüdischen Bevölkerung setzten sie einen „Judenrat“ ein. Dann registrierten sie die Juden und deren Eigentum. Als nächstes wurde das Vermögen konfisziert, und man wies die Juden in bestimmte Wohnbezirke ein, meist die schlechtesten Gegenden. Schließlich wurden in einer Stadt nach der anderen Gettomauern errichtet, um die jüdischen Bewohner auszuschließen: Lodz im April 1940, Warschau im Oktober 1940, Krakau im März 1941, Lublin im April 1941. Das Getto in Lwow war bis Dezember 1941 nicht verschlossen.

Eingepfercht in diese Gebiete wurden die Juden von Krankheiten und Hunger heimgesucht. Die Alten, Kranken und Armen waren die ersten Opfer. Aber die Deutschen fanden noch andere Mittel, um die Juden auszubeuten: Sie verlangten Geld, Gold und andere Waren für Lebensmittel und Medizin. Die Judenräte handelten mit den Deutschen, um Lebensmittel und Medizin gegen Produkte eintauschen zu

können. Die Juden verwandelten die Gettos in Handwerkszentren, weil sie glaubten, die Produktion von insbesondere für den Krieg der Nazis wichtigen Waren, würde sie retten. Die Situation in den Gettos stabilisierte sich Anfang 1941 auch wirklich. Die Alten und Schwachen waren im Winter 1940/41 in großer Zahl gestorben, aber das Schlimmste schien vorbei zu sein.

In Westeuropa waren die Juden ebenfalls massenhaften Vertreibungen unterworfen. Im Oktober 1940 vertrieb die SS 7.500 deutsche Juden aus Baden und dem Saarland nach Frankreich. Andernorts wurden die Juden allmählich dem gesamten Spektrum der antijüdischen Gesetzgebung unterworfen, das sie vom Staatsdienst und anderen Berufen ausschloß. Die Juden wurden von den Schulen und Universitäten ausgeschlossen. Man setzte Judenräte ein und befahl eine Zählung der Juden, des jüdischen Eigentums und der jüdischen Geschäfte.

Von 1939 bis 1941 experimentierte die Naziführung mit verschiedenen Lösungen des „Judenproblems“. Sie versuchten es mit freiwilliger und zwangsweiser Emigration in Länder außerhalb des „Reiches“. Als der Kriegsverlauf dem ein Ende setzte, begannen die brutalen Vertreibungen in jene Gebiete, die von den Nazis kontrolliert wurden und als „Reservate“ bezeichnet werden könnten, ähnlich den Indianerreservaten in den Vereinigten Staaten. Aber sowohl die Operation Nisko als auch der Madagaskar-Plan für eine „territoriale Lösung“ der „Judenfrage“ scheiterten.

1941 änderte sich die Situation aufgrund der „Operation Barbarossa“, der Invasion in die Sowjetunion. Der Krieg war als „ideologischer Ausrottungskrieg“ geplant, in dem massenweise Personen aus rassistischen Gründen vernichtet werden sollten. Und in der Tat hatte es in Deutschland ja schon rassistisch motivierte Morde an Deutschen gegeben. Im September 1939 wurde eine verdeckte Operation ausgeführt, bei der geistig und körperlich Behinderte ermordet worden waren. Dies wurde als „Gnadentod“ gerechtfertigt, aber die eigentlichen Motive bestanden darin, Gelder zu sparen und in den Krankenhäusern Platz zu schaffen für die im Kampf verwundeten.

Die sogenannte „Euthanasie Kampagne“ mit dem Geheimnamen Operation T4, war der Pionier in der Technik der Massenermordungen mit Giftgas. Die Täuschungsmanöver, die Versammlungsprozeduren, die bürokratischen und klinischen Methoden, die kennzeichnend für die Vernichtungslager waren, waren bereits alle zuvor in fünf deutschen „Sanatorien“ erprobt worden. Die Operation wurde von der SS durchgeführt und das dafür ausgewählte Personal sollte später seine Erfahrungen in den Todeslagern von Polen verwerten. Da sich die territorialen Lösungen des „Judenproblems“ als „Phantomlösungen“ erwiesen, diente die „Euthanasie“kampagne als Inspiration für die „Endlösung“. Dies war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum rassistisch bedingten Massenmord

DER HOLOCAUST

Der Weg zur Ausrottung

T4: Massenmord als Euthanasie

Von September 1939 bis August 1941 wurden über 70.000 Insassen von psychiatrischen Sanatorien, Heimen für Pflegebedürftige und Behinderte ermordet. Diese Menschen wurden von den Nazis für „lebensunwürdig“ gehalten. Die Mordkampagne mit dem Geheimnamen T4 wurde im Haus Tiergarten 4, einer Straße in Berlin-Mitte, organisiert. Sie wurde im Auftrag der Reichskanzlei unter Philipp Bouhler, dem Leiter der Kanzlei, und unter Dr. Karl Brandt, Hitlers Leibarzt, den er zum Reichskommissar für Gesundheit ernannt hatte, durchgeführt. Brandt und Bouhler beriefen ein Komitee von zehn „Experten“ für die Durchführung dieser Operation ein. Die Anstalten und Krankenhäuser wurden dazu aufgefordert, über ihre Patienten zu berichten. Diese Akten wurden von den „Experten“ ausgewertet, die darüber entschieden, ob ein Fall „lebenswert“ war. Wenn nicht, ordneten sie die Zerstörung dieses Lebens an und erhielten für diese Aufgabe ein geringes Entgelt.

T4 errichtete ein Netzwerk von „Frontorganisationen“, um die Morde im Geheimen auszuführen, einschließlich einer Transportabteilung und „Kliniken“. Die „Gestapo“, in der Person von Arthur Nebe, einem ehemaligen Mitglied der Kriminalpolizei, erteilte Ratschläge darüber, welches Giftgas verwendet werden sollte. Im Oktober 1940 erhielt die Operation Hitlers nachträgliche, schriftlich niedergelegte Sanktion. Einige Anstaltsleiter protestierten gegen die Teilnahme an den Auswahlverfahren oder gegen die Übergabe der Insassen. Für sie war diese Operation die logische Fortführung eines in den 20er Jahren aufgekommenen Wirtschaftlichkeitsdenkens, das nur jene für behandlungswürdig hielt, die Aussicht auf Rehabilitation und Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß hatten.

Die Vernichtung fand in fünf Zentren in Deutschland und Österreich statt: Hadamar, Grafeneck, Sonnenstein, Brandenburg und Hartheim. Die Opfer wurden aus ihren Sanatorien und Krankenhäusern in unscheinbaren grauen Bussen zu diesen „Kliniken“ transportiert. Sie wurden in die als Duschräume getarnten Gaskammern geführt, vom Klinikpersonal ausgezogen und in die Kabinen gesetzt. Das Giftgas Kohlenmonoxyd wurde aus Preßluftflaschen in die versiegelten Räume geleitet, bis die Opfer tot waren. Die Gasventile wurden von den Ärzten geöffnet, welche die gesamte Operation überwachten. Die Leichname wurden dann von Ordnungskräften entfernt. Goldene Zahnfüllungen wurden entnommen, und anschließend verbrannte man die Leichen im nahen Krematorium.

Die Operation T4 wurde kaum verborgen. Die Anwohner in der Nähe der Tötungszentren bemerkten den Rauch in den Kaminen, jeweils kurz nachdem ein Bus angekommen war und das Schicksal der Passagiere besiegelt war. Die Ordnungskräfte betranken sich in den Gaststätten der Dörfer und erzählten von ihrer Arbeit. Verwandten und Doktoren erschienen die Todesursachen verdächtig, die den plötzlichen Tod ihrer Familienmitglieder oder Patienten erklären sollten. Bisweilen war die Todesursache offensichtlich falsch. Die Rechtsanwälte, die offiziell für Kranke verantwortlich waren oder die Vormundschaft für Behinderte innehatten, beargwöhnten das Verschwinden ihrer gesetzlichen Schützlinge. Auch die Katholische Kirche erhob gelegentlichen Protest. Im August 1941 gab Kardinal

Galen ein bischöfliches Rundschreiben an die Priester heraus, indem er sie aufforderte, diese Praktiken von ihren Kanzeln herab zu verurteilen. Aus Furcht vor einer anderen Meinung in Kriegszeiten, unterbrach Hitler das Projekt vorübergehend in Deutschland. Aber die vielen Praktiker von T4 fanden schon bald andernorts ein mörderisches Betätigungsfeld.

In der Zwischenzeit führten sie die Aktion 14f13 aus. Sie waren ferner mit der „Säuberung“ der Anstalten und Krankenhäuser im besetzten Polen und in der UdSSR beschäftigt. Schätzungen besagen, daß bis 1945 über 100.000 Menschen bei den „Euthanasie“-Operationen ermordet wurden.

DER HOLOCAUST

Der Weg zur Ausrottung

Operation Barbarossa

Am 18. Dezember 1940 gab Hitler die Direktive Nr. 21, Operation Barbarossa, heraus und befahl den deutschen Truppen, sich auf einen Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Dies sollte keine übliche militärische Expedition werden. Hitler teilte seinen Generälen am 30. März 1941 mit, daß dies ein „ideologischer Ausrottungskrieg“ sei. Es war das Ziel, „Lebensraum“ für die arische Bevölkerung zu gewinnen und den „jüdischen Bolschewismus“ zu zerstören. Dementsprechend wurde eine Vorgehensweise von noch nie dagewesener Brutalität gefordert. Am 13. März 1941 trafen die deutsche Heeresleitung und die SS eine Vereinbarung über die Rolle der SS und der Sicherheitsdienste in den eroberten Gebieten.

„Einsatzgruppen“, „Gestapo“ und gewöhnliche Polizei sollten die Gebiete hinter der Front säubern und kommunistische Beamte und sowjetische Offiziere exekutieren. Eine spätere von der Heeresleitung am 6. Juni 1941 erlassene Direktive autorisierte die Truppen, jenen Personenkreis zu töten oder an die SS zu übergeben. Alle „Kommissare“ folgten diesem Befehl obwohl er eine eindeutige Verletzung des Gesetzes und der Kriegsführung bedeutete. Das Militär akzeptierte dies als Preis für den Kreuzzug gegen den Bolschewismus.

Die Invasion in Rußland begann am 22. Juni 1941. Es nahmen 3,6 Millionen Soldaten aus deutschen Truppen und denen der Achsenmächte in 153 Divisionen teil. Dicht hinter den Speerspitzen der Armee folgten „Einsatzgruppen“.

DER HOLOCAUST

Die Endlösung

Am 18. Dezember 1940 gab Hitler dem deutschen Heer den Befehl, die Invasion der Sowjetunion vorzubereiten. Dieser Krieg sollte den Nazis den ersehnten „Lebensraum“ im Osten sichern und den „jüdischen Bolschewismus“ vernichten. Im März und Juni 1941 erhielt die SS die Einwilligung der Armee zu Mordaktionen gegen Kommunisten und Juden „im Dienst des kommunistischen Staates“. Die SS stand vor dem Beginn einer Massenmordkampagne im Osten.

Die SS war bereits für die Ermordung Zehntausender Deutscher im eigenen Land verantwortlich. Zwischen September 1939 und September 1941 waren über 70.000 Insassen von Anstalten für Geistesranke, Heilanstalten, Heimen für unheilbar Kranke und Schwerbehinderte im sogenannten „Euthanasie“-Programm ermordet worden. Dieses wurde unter dem Codenamen T4 von einem Gebäude am Tiergarten 4 in Berlin aus organisiert, stand unter der direkten Leitung von Hitlers Staatskanzlei und hatte seine schriftliche Billigung. Im August 1941 erhob die katholische Kirche Protest gegen diese Form des Massenmords. Hitler, der während der Invasion Rußlands keine Auseinandersetzungen im Inneren riskieren wollte, stoppte die Operation. Doch die von der SS in diesem Projekt gewonnene Sachkenntnis trug Früchte als die Nazis sich entschlossen, den Genozid von Europas Juden in Angriff zu nehmen.

Als das deutsche Heer auf sowjetisches Territorium einmarschierte, schwärmten die vier „Einsatzgruppen“ in seinem Rücken aus, identifizierten Tausende von Menschen, trieben sie zusammen und ermordeten sie. Anfänglich war der Massenmord auf bestimmte Kategorien, hauptsächlich Männer, beschränkt. Im August/September 1941 stieg die Zahl der Opfer der „Einsatzgruppen“ sprunghaft an, von nun an wurden auch Frauen und Kinder miteinbezogen. Ganze Gemeinden wurden ausgelöscht.

Die SS-Befehlshaber hatten zunächst die Reaktionen der Armee und der einheimischen Bevölkerung auf die Massaker abgewartet. Die Armee erhob keine Einwände, während die einheimische Bevölkerung eindeutig positiv reagierte, besonders im Baltikum und in der Ukraine. Daraufhin forderte Himmler mehr Personal an. Die Zahl der an diesem Massenmord Beteiligten stieg von ursprünglich 4.000 auf 40.000 in Militär- und Polizeieinheiten der SS. Außerdem wurden deutsche Polizeibataillone sowie litauische, lettische und ukrainische Freiwillige bei den Massakern eingesetzt.

Ende 1941 waren zirka 400.000 Juden erschossen worden. Die Massaker verliefen immer nach dem gleichen Schema. Die jüdischen Männer einer Stadt oder eines Dorfes wurden zusammengetrieben, in einen nahegelegenen Wald geführt, zum Ausheben von Massengräbern gezwungen und dann erschossen. In größeren Städten wurden Gettos oder Lager geschaffen, so daß die Juden festgehalten und später über einen längeren Zeitraum getötet werden konnten. Doch das Töten durch Erschießen ging langsam und war eine schmutzige Sache.

Himmler sah im August 1941 in Minsk die „Einsatzgruppen“ an der Arbeit. Er war erschüttert über das Gesehene und verlangte nach einer weniger aufreibenden und schnelleren Methode für die Mörder (nicht für die Opfer). Ein technologischer Durchbruch war um so dringlicher erforderlich, als das Ziel

nun nicht mehr nur in der Auslöschung der Juden in der UdSSR bestand. Der verblüffende militärische Erfolg des deutschen Heers in Rußland hatte Hitler davon überzeugt, daß die Nazis unmittelbar vor der Niederwerfung der Sowjetunion und damit vor der Übernahme der Weltherrschaft standen. Nichts stand der Erfüllung des utopischen Traums von der Auslöschung der Juden in ganz Europa noch im Weg.

Am 31. Juli 1941 brachte Heydrich einen Brief zu Göring, um seine schriftliche Einwilligung in die Vorbereitung einer „vollständigen Lösung“ des jüdischen Problems durch die SS einzuholen. Seine Feldkommandeure führten Experimente durch, um die beste Methode des Massenmords herauszufinden, und wandten sich an die T4-Experten. Bis Dezember 1941 hatten die T4-Mitglieder Gaswagen für die Ermordung von Juden in Serbien (Jugoslawien) und Polen in Betrieb genommen. In Polen wurden geeignete Gelände für den Bau von Vernichtungszentren ausgesucht.

Schon vor der Bereitstellung des Mordapparats begannen die Nazis, Juden in die Nähe der Vernichtungszentren zu deportieren. Im Oktober 1941 gab Hitler die erste Einwilligung zu hochbrisanten Deportationen deutscher Juden „nach dem Osten“. Im November 1941 schickte Heydrich Einladungen zu einer Konferenz zur Koordinierung der europaweiten Aktionen ab. Dieses Zusammentreffen, bekannt als die Wannsee-Konferenz, wurde auf den 20. Januar 1942 verschoben. In der Zwischenzeit nahmen am 8. Dezember 1941 Gaswagen in Chelmno ihre Arbeit auf und ermordeten die Juden von Lodz und aus dem Wartheland.

Auf der Wannsee-Konferenz verkündete Heydrich, er und die SS seien mit der Operation betraut, die Juden in Europa von Westen nach Osten auszusiedeln. Sie würden „nach Osten“ „evakuiert“ werden, wo die Kräftigen bis zu ihrem Tod beim Straßenbauarbeiten eingesetzt werden sollten. Der Überlebenden würde man sich mit anderen Mitteln entledigen. Tatsächlich war der Massenmord in Rußland und Polen bereits seit Monaten im Gange.

Im Frühling 1942 nahmen die Vernichtungszentren ihre Tätigkeit auf. Als erstes wurden die polnischen Juden im Rahmen der „Aktion Reinhard“ systematisch ermordet. Die mit dieser Aufgabe betrauten Todeslager waren Chelmno, Belzec, Sobibor und Treblinka. Auch die Konzentrationslager Majdanek und Auschwitz wurden für die Zwecke des Völkermords umgerüstet.

Den Juden in den polnischen Gettos wie Lodz, Lublin und Warschau sagte man, daß sie „in den Osten umgesiedelt“ werden sollten, und man versprach ihnen Lebensmittel, wenn sie zu den Sammelplätzen gingen und in die Züge stiegen. Als diese List nicht mehr wirkte, wurde dem unter Nazi-Kontrolle stehenden „Judenrat“ und der jüdischen Polizei bei Todesstrafe befohlen, ein tägliches Kontingent von Juden für die Transporte zu liefern. Auf diese Weise wurden die größten jüdischen Bevölkerungszentren innerhalb weniger Monate dezimiert.

Ca. 2,7 Millionen Juden kamen 1942 ums Leben. Es war die intensivste Tötungsphase des Holocaust. Parallel zur Arbeit der Vernichtungslager führten SS-Einheiten und Polizei „Judenhatzen“ in Polen und Rußland durch und erschossen oder deportierten dabei die verbleibenden Gemeinden.

Die Realisierung der „Endlösung“ war ein komplizierter Prozeß. Sie basierte auf der Kooperation örtlicher Zivildienste und Polizeikräfte in den besetzten Ländern oder der Willfährigkeit unabhängiger Regierungen im Falle von Deutschlands Verbündeten wie Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, der Slowakei, Kroatien und Vichy-Frankreich. Am erfolgreichsten waren die Nazis in Gebieten, in denen die SS früh begann und ihre Macht am wenigsten durch Zivil- oder Militärorganisationen eingeschränkt wurde. Mit der Zeit erwies sich das Zusammentreiben der Juden als zunehmend schwierig und stieß auf mehr Widerstand. Nachdem sich das Wissen um die Vernichtungszentren mehr verbreitet hatte, fiel es

den Nazis immer schwerer, Juden in Massenauftrieben in die Falle zu locken. In Frankreich flüchteten sich Hunderte von Juden zum Maquis in die Berge.

1943 gingen die Nazis an die Liquidierung der noch lebenden Juden in den polnischen Gettos. Die Operation erhielt den Decknamen „Erntefest“. Der Zusammenbruch Italiens ermöglichte den Deutschen, Juden in Gebieten zu ergreifen, wo sie bis dahin unter dem Schutz der italienischen Armee gestanden hatten wie etwa Griechenland und die griechischen Inseln. Im Herbst 1943 war die Operation Reinhard beendet. Die Lager wurden nach Aufständen von Lagerinsassen aufgelöst und alle Spuren vernichtet. Obwohl es sich als immer schwieriger erwies, Juden aus Frankreich, Ungarn, Rumänien und Bulgarien herauszubekommen, ließ die SS nicht locker. Im März 1944 besetzten deutsche Truppen ihren früheren Verbündeten Ungarn, die Heimat der letzten intakten jüdischen Bevölkerung in Kontinentaleuropa. Innerhalb weniger Wochen organisierte ein kleines SS-Kommando unter Eichmann die Deportation von 437.000 Juden nach Auschwitz-Birkenau.

Als sich die Rote Armee im Herbst 1944 der deutschen Front näherte, wurden die letzten Gettos liquidiert. Im Winter 1944/45 wurden die noch lebenden Gefangenen der Konzentrations- und Arbeitslager auf Gewaltmärschen, in deren Verlauf Tausende ums Leben kamen, nach Westen evakuiert. Die Überlebenden wurden in Konzentrationslager in Westdeutschland wie Buchenwald, Dachau und Belsen befördert und schließlich im April/Mai 1945 von alliierten Truppen befreit. Dann erst entdeckte die freie Welt, von Grauen erfaßt, die Wahrheit über die „Endlösung“.

DER HOLOCAUST

Die Endlösung

Die „Einsatzgruppen“

Einsatzgruppen waren Sondereinheiten, die die SS-Führung zur Erfüllung zahlreicher Aufgaben ins Leben gerufen hatte. 1941 bildeten sie die Speerspitze der Auslöschungsmaßnahmen gegen die Juden im sowjetisch besetzten Polen, den baltischen Staaten und der UdSSR.

Die ersten „Einsatzgruppen“ wurden 1938 gegründet. Sie bestanden aus Angehörigen des SD und der Sipo. Während der Besetzung Österreichs und Böhmen-Mährens 1938 und beim Polenfeldzug 1939 wurden die „Einsatzgruppen“ für Spionage, zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in den eroberten Gebieten und zur Verhaftung von vorgeblichen Feinden des Reichs eingesetzt.

Am 21. Dezember 1940 gab Hitler Anweisungen zur Vorbereitung der Invasion der UdSSR - der Operation Barbarossa. Gemäß diesen Anordnungen wurden „Sondereinheiten“ an Himmler und das RSHA delegiert. Wie schon zuvor beim Polenfeldzug handelte das RSHA dann eine Abgrenzung der Zuständigkeiten mit der Armee aus. Die „Einsatzgruppen“ sollten freie Hand im rückwärtigen Heeresgebiet haben und sich die logistischen Strukturen und Mittel der Wehrmacht einschließlich Arbeitskräfte, falls erforderlich, zunutze machen können. Obwohl die „Einsatzgruppen“ ermächtigt wurden, administrative Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung zu ergreifen, was auch Exekutionen einschloß, erhob die Armeeführung keine Einwände.

Im Mai und Juni 1941 wies das RSHA den SD und die Sipo an, Männer für „Sondereinheiten“ abzustellen. Weitere einhundert wurden von der Kripo und der „Gestapo“ rekrutiert. Mehrere hundert Männer wurden von der regulären uniformierten Polizei, der Orpo und der Waffen-SS abgezogen. Die Polizisten stammten aus dem 9. und 3. Reservepolizeibataillon und waren meist mittleren Alters. Die Angehörigen der Waffen-SS galten als zu alt oder für den Dienst an der Front untauglich. Angehörige des RSHA aus Berlin wurden als Fahrer, Büroangestellte, Übersetzer und Funker eingesetzt. Unter diesen gab es zahlreiche Frauen. Insgesamt versammelten sich 3.000 Männer in der Grenzpolizeischule in Pretzsch nahe Leipzig und in benachbarten Weilern. Himmler wählte die Befehlshaber unter den führenden Mitgliedern des RSHA aus.

In Pretzsch wurden die Männer der „Einsatzgruppen“ über ihren Auftrag informiert und erhielten eine spezielle politische Ausbildung. Sie wurden instruiert, daß sie für sicherheitspolitische und nachrichtendienstliche Aufgaben sowie für die Eliminierung der politischen Opposition hinter der vorrückenden Armee zuständig seien. Sie erhielten freie Hand zur Exekution von Juden, Zigeunern und Kommunisten.

Die Organisation der „Einsatzgruppen“ spiegelte klar die Interessen des RSHA wider. Bestimmte Angehörige des SD oder der Sipo waren mit Sonderaufgaben betraut. Eine zentrale Funktion war die Abfassung detaillierter Berichte über die Situation in den besetzten Gebieten an das RSHA. Diese „Einsatzgruppen“-Berichte lieferten Tag für Tag Aufzeichnungen über Massenmorde, Pogrome und Zerstörung sowie politische Erkenntnisse, die man als nützlich für das Berliner Hauptquartier ansah. Die

Tatsache, daß diese Männer sich aus verschiedenen Arten von Polizeieinheiten rekrutierten, ist ein Indiz für die Veränderung, denen die Nazis den Begriff „polizeiliche Aufgaben“ unterzogen.

Jede „Einsatzgruppe“ (Eg) gliederte sich in kleinere „Kommandos“ mit vorgegebenen Aufgaben. Sie konnten mühelos von einem Gebiet oder einer Operation in eine andere verlegt werden. Diese Untereinheiten hießen „Einsatzkommandos“ (EKs) und „Sonderkommandos“ (SKs).

EgA gliederte sich in Sk1a, SK1b, Ek2, Ek3. Sie zählte 1.000 Männer und wurde befehligt von Dr. Franz Stahlecker. Der EgA wurden die baltischen Staaten und die UdSSR bis nach Leningrad im Rücken der Heeresgruppe (HGr) Azugewiesen. Im Juli 1941 zog sie durch Litauen, Lettland und Estland und vollzog dabei Massaker in Wilna, Kovno und Riga. Die EgA wurde aufgelöst, als der Vormarsch vor Leningrad zum Stillstand kam. Im Januar 1942 berichtete Stahlecker stolz, daß er und seine Männer für die Ermordung von 135.567 Menschen zwischen dem 23. Juli und dem 15. Oktober 1941 verantwortlich wären. 80.300 davon waren litauische Juden, 30.000 waren lettische Juden und 474 estische Juden.

Außerdem brachte die EgA 7.620 Juden in ihrem Teil Weißrußlands um, wachte über die Ermordung von 5.000 Juden durch Einheimische, ermordete 5.500 Juden in Tilsit sowie 4.000 andere einschließlich „Kommunisten“ und „Geisteskranke“.

EgB gliederte sich in Sk7a, Sk7b, Ek8, Ek9 und ein für Moskau bestimmtes Vorkommando Moskau oder Sk7c. EgB hatte 655 Männer und wurde befehligt von Arthur Nebe, einem älteren Polizeioffizier. Sein Operationsgebiet im Gefolge der Heeresgruppe Mitte umfaßte Weißrußland bis nach Moskau. Nebe berichtete, daß seine Operationen bis November 1941 für 45.467 „Exekutionen“ verantwortlich waren. EgB wütete in Städten mit hohem jüdischem Bevölkerungsanteil wie Grodno, Minsk, Brest-Litowsk, Gomel und Smolensk. Im September 1941 wurden ihr Vorkommando und Hauptquartier zum Einmarsch in Moskau in Stellung gebracht, doch die Gegenoffensive der Roten Armee vereitelte diese Pläne.

EgC gliederte sich in Sk4, Sk4b, Ek5, Ek6. Sie umfaßte zirka 700 Männer, wurde befehligt von Dr. Emil Rasch und operierte im Rücken der Heeresgruppe Süd in der Ukraine. Diese Einheit nahm für sich die brutalen Pogrome in Lvov, Tarnopol und Zolochow im Juli 1941 in Anspruch. Sie war außerdem verantwortlich für Massaker in Zhitomer, Dubno und Kremenets. Doch ihr grauenhaftestes Werk war das Gemetzel von 34.000 Juden in der Schlucht von Babi Yar in Kiew am 29./30. September 1941. Anfang November meldete EgC die Ermordung von 80.000 Juden in der Ukraine.

Die EgD gliederte sich in Sk10a, Sk10b, Ek11a, Ek11b, Ek12. EgD mit 600 Männern wurde von Prof. Otto Ohlendorff befehligt und operierte im Rücken der 11. Armee in der südlichen Ukraine, auf der Krim und im Nordkaukasus. Ohlendorffs Männer waren für Massaker in Nikolajev, Kherson, auf der Krim und im Nordkaukasus verantwortlich. Allerdings vollzog sich der Vormarsch der deutschen Armee in der Ukraine nur langsam, so daß eine große Anzahl Juden Zeit hatte zu fliehen.

Man schätzt, daß die „Einsatzgruppen“ 1,25 Millionen Juden bis Anfang 1943 ermordet hatten. Das geschah innerhalb von zwei Jahren in einer Reihe von „Aktionen“, zwischen denen lange Pausen lagen. Während der ersten Mordwelle im Juli/August 1941 konzentrierten sich die „Einsatzgruppen“, die dicht hinter der Frontlinie operierten, auf die Eliminierung der Führung der jüdischen Gemeinschaften. Dann wurden die Juden in den besetzten Gebieten mit einer Serie von Vorschriften überzogen. Sie wurden ihres Eigentums beraubt, mit dem Gelben Stern gekennzeichnet und gettoisiert. Hilfstruppen bestehend aus örtlicher Polizei, Miliz und Freiwilligen wurden zur Bewachung dieser Gettos aufgestellt.

Im August/September 1941 eskalierte der Umfang des Mordens, auch jüdische Frauen und Kinder wurden nun miteinbezogen. Es scheint, als hätte Himmler die örtlichen und militärischen Reaktionen auf die Massaker abgewartet, bevor er mehr Kräfte für die Aufgabe abstellte. Mitte Juli, als es keine Opposition mehr gab und dem deutschen Heer scheinbar ein früher Sieg über die UdSSR beschert schien, was NaziDeutschland eine weltbeherrschende Position verschafft hätte, betraute Himmler sogar noch mehr Männer mit den Mordoperationen. Ende 1941 waren die SS-Kavalleriebrigade, die 1.SS-Brigade, 26 Bataillone und sein eigener Führungsstab, der „Kommandostab“ Reichsführer-SS, im Einsatz. Damit erhöhte sich die Anzahl der Mörder vom ursprünglichen Kern von 3.000 in Pretzsch auf über 40.000. Im November 1941 kam es zu einer zweiten Welle von Massakern in noch größerem Umfang. Sie schlossen Frauen, Kinder und Männer aller Altersgruppen ein. Zu diesem Zeitpunkt hielt es die SS-Führung bereits dringend für geboten, andere, aseptischere Methoden des Massenmords zu finden. Im August 1941 erhielt Nebe von Himmler Anweisung, mit anderen Tötungsmethoden zu experimentieren. Er zog seine Kollegen von der Kriminalpolizei zu Rate, die schließlich Vergasungswagen für diesen Zweck lieferten.

1942 liquidierten die Angehörigen der „Einsatzgruppen“ die Gettos in Einzel-„Aktionen“ sowie durch die Deportation von Juden in Vernichtungszentren. Außerdem führten sie „Judenhatzen“ durch, durchkämmten Dörfer, Marschland und Wälder nach jüdischen Flüchtlingen. 1943 wurde ein Sonderkommando unter Paul Blobel damit beauftragt, die Spuren der Massenmorde zu tilgen.

DER HOLOCAUST

Die Endlösung

Mobiler Mord: Die Gaswagen

Der erste nachweisliche Einsatz von Gaswagen fand 1939/40 im Gebiet von Poznan (Posen) statt. Bei dem Wagen handelte es sich tatsächlich um einen Frachttransporter, der luftdicht umgebaut worden war. Er wurde von einem Traktor gezogen. Auf der Seite stand „Kaisers Kaffee Gesellschaft“ geschrieben. Das Kohlenmonoxid war in Stahlbehältern, die unter dem Wagen angebracht waren, und wurde nach der manuellen Öffnung der Ventile in den Laderaum geleitet. Mit dieser Methode ermordete ein Sonderkommando unter Herbert Lange die Patienten in einem halben Dutzend polnischer Heime für Geistesranke und psychiatrischer Kliniken.

Nach Himmlers Besuch in Minsk im August 1941 kamen Gaswagen bei den „Einsatzgruppen“ zum Einsatz, um die Ermordung von Juden zu beschleunigen. Dort war er persönlich Zeuge der Belastung geworden, die die Exekution per Gewehr aus großer Nähe für die „Abdrücker“ in den Todesschwadronen mit sich brachte. Er wies Arthur Nebe, den Kommandeur der „Einsatzgruppe“ B und Chef der Kripo an, eine bequemere Methode des Abschlachtens zu suchen. Nebe machte sich die Erfahrungen seiner Kollegen bei der Kripo und im „Euthanasie“-Programm zunutze.

Er experimentierte mit der Einleitung von Auspuffgasen von Verbrennungsmotoren in eine luftdicht abgeschlossene Hütte. Dann wies er die Techniker der Kripo-Zentrale an, ein mobiles Vergasungssystem auf die Beine zu stellen. Ungefähr zur selben Zeit befahl Walter Rauff im RSHA-Amt IID, das für „technische Fragen“ zuständig war, dem Amt für Transportwesen, Schwerlasttransporter entsprechend den von Nebe vorgegebenen Richtlinien für Tötungszwecke umzurüsten.

Zwischen August und September 1941 wurden Saurer-Lkws von einer kommerziellen Werkstatt umgebaut. Der erste Versuchsdurchgang fand im Konzentrationslager Sachsenhausen statt, wo russische Kriegsgefangene vergast wurden. Bis Juni 1942 waren 20 Gaswagen gebaut und in Betrieb genommen. Im Dezember 1941 wurden festinstallierte Gaswagen im Lager Chelmno zum Einsatz gebracht. Anfang 1942 nahmen drei im Gebiet der EgA im Baltikum mit Stützpunkt Riga den Betrieb auf. Vier wurden ins Gebiet der EgB mit Stützpunkt in Minsk gebracht. Fünf, möglicherweise sechs Gaswagen hatte die EgC in der Ukraine in Betrieb. Der erste bekannte Gaswageneinsatz im Osten fand unter der Leitung der EgC in Poltava im November 1941 statt. Eine der größten Operationen lief im Oktober 1943 in Minsk, als mehrere Gaswagen zehn Tage lang im Einsatz waren, um die Bewohner des Gettos auszulöschen. Vergasungswagen wurden auch losgeschickt, um im Mai 1942 5280 Juden im Lager Sajmiste (Semlin) außerhalb Belgrads zu liquidieren.

Am 5. Juni 1942 meldete die Abteilung Transport des RSHA an Rauff, daß 97.000 Menschen in mobilen Vergasungswagen „verarbeitet“ worden seien. Dennoch gab es technische Rückschläge. Die Wagen neigten zum Umkippen, wenn sie beladen und auf schlechten Straßen unterwegs waren. Sie blieben häufig liegen, und in Chelmno explodierte sogar einer. Die Eingeschlossenen preßten sich im verzweifelten Versuch zu fliehen gegen die Türen, und das Gemenge aus Exkrementen und Erbrochenem, das die Körper nachher bedeckte, machte das Entladen zu einer abstoßenden Aufgabe,

die nur wenige Männer über einen längeren Zeitraum ertragen konnten. Infolgedessen beschloß man, sich auf Massenmord mit Hilfe von Giftgas an festen Orten zu konzentrieren.

Allen technischen „Haken“ und „Störungen“ zum Trotz schätzt man auf der Basis lückenhafter Dokumentationen, daß mindestens 300.000 Menschen in mobilen oder stationierten Vergasungswagen in Rußland, Jugoslawien und in Chelmno ums Leben kamen. Wahrscheinlich liegt die Zahl noch weit höher.

DER HOLOCAUST

Die Endlösung

Wannsee-Konferenz

Die Wannsee-Konferenz wurde einberufen von SS-General Reinhard Heydrich, dem Leiter der Sicherheitspolizei, der für die Umsetzung der Nazipolitik gegen die Juden verantwortlich war. Eichmann führte bei dem Treffen Protokoll, eine Kopie dieses Besprechungsprotokolls überstand den Krieg.

Am 29. November 1941 lud Heydrich mehrere hohe SS-Angehörige und Staatssekretäre in Schlüsselministerien zu einer Besprechung ein, die der Koordination aller für die Realisierung der „Endlösung“ notwendigen Behörden dienen sollte. Aufgrund des amerikanischen Kriegseintritts wurde die ursprünglich für den 9. Dezember 1941 geplante Versammlung auf den 20. Januar 1942 verschoben.

Die Konferenz fand in einer Villa mit Blick auf den Wannsee in einem Vorort Berlins statt. An ihr nahmen Vertreter des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, des Reichsinnenministeriums, des Beauftragten für den Vierjahresplan, des Reichsjustizministeriums, des Amtes des Generalgouvernements, des Auswärtigen Amtes, der Parteikanzlei, der Reichskanzlei sowie fünf hochrangige SS-Offiziere aus der Zentrale der SS und ihren Dienststellen in den besetzten Ostgebieten teil.

Auch wenn auf dieser Konferenz nicht der Beschluß zur „Endlösung der Judenfrage“ gefaßt wurde, wie die Historiker früher glaubten, war sie von großer Bedeutung, denn es war das erste Mal, daß staatliche Instanzen in Diskussionen über das Schicksal der Juden einbezogen wurden. Die anwesenden SS-Männer kannten letzteres nur zu genau, da sie an Operationen der „Einsatzgruppen“ teilgenommen hatten und wahrscheinlich auch über die Massenvergasungen in Chelмно im Bilde waren. Nun aber mußten andere in das Geheimnis eingeweiht werden, und ihnen wurde unmißverständlich klargemacht, daß es Hitlers persönlicher Wunsch war, hinsichtlich der Juden neue Schritte zu unternehmen.

Heydrich eröffnete die Versammlung mittags mit einer Ansprache, in der er die alleinige Befugnis der SS in der Judenfrage und seine persönliche Federführung betonte. Er sagte, die Auswanderung hätte die Judenfrage nicht lösen können, so daß nun eine neue Methode zur Anwendung käme. Das sollte die „Evakuierung nach dem Osten“ sein. Dieses Ziel erfordere die Koodinierung der Arbeit aller Regierungsstellen. Heydrich summierte die Zahl der betroffenen Juden, einschließlich jüdischer Bevölkerungsgruppen in Großbritannien und neutralen Ländern. Das war ein dramatisches neues Element der Politik, denn es eröffnete die Aussicht auf ein europaweites Mordvorhaben. Es erklärte die notwendige Teilnahme von Vertretern der besetzten Ostgebiete, des Generalgouvernements und des Auswärtigen Amtes.

Heydrich erklärte, daß die in den Osten deportierten Juden zum Arbeitseinsatz kommen sollten, mit der erwarteten Folge, daß nur wenige überleben würden. „Der verbleibende Restbestand“ würde „entsprechend behandelt“ werden müssen, um eine Regeneration des jüdischen Volkes zu verhindern. Er plante weiterhin die Einrichtung eines Gettos für alte und arbeitsunfähige Juden, um dadurch den Argwohn über das Schicksal der Deportierten zu zerstreuen. Gemeint war damit vermutlich Theresienstadt. Als Eichmann im Prozeß gegen ihn gefragt wurde, wie diese Formulierungen von den

Diskussionsteilnehmern interpretiert worden seien, sagte er, es sei „um Tötungsmöglichkeiten, Liquidierung, Auslöschung gegangen“.

Nach einer kurzen Erörterung der Frage, wie Europa „von Westen nach Osten durchkämmt“ werden sollte, kam es zu einer Diskussion über das Problem der „Mischlinge“, der Nachkommen aus Ehen zwischen Juden und Nichtjuden, sowie über das Problem von Juden in Mischehen. Verschiedene Lösungen wie etwa Zwangsscheidung und erzwungene Sterilisation von Halbjuden wurden erörtert, ohne daß ein Entschluß gefaßt wurde. Die Versammlung vertagte sich zu einem späten Mittagessen.

Eisenbahn und Genozid

Eine der Aufgaben der Wannsee-Konferenz war die Koordinierung aller Ministerien und SS-Abteilungen, die in den europaweiten Angriff auf die Juden miteinbezogen werden mußten, aber die gesamte Operation ruhte auf dem Schienensystem der Bahn. Die Berliner Zentrale der „Deutschen Reichsbahn“ war verantwortlich für die Ausführung der im Amt IVB4a des SS-Hauptamtes getroffenen Anordnungen, welches für „Transportwesen“ zuständig war. In diesem Amt forderte Franz Novak von der Deutschen Reichsbahn die Bereitstellung von „Sonderzügen“ an, die zirka drei Millionen Juden in „den Osten“ transportieren sollten.

Das SS-Hauptamt mietete Sonderzüge für die Deportation der Juden. Es mußte die Deutsche Reichsbahn dafür entschädigen. Von erwachsenen Juden wurde ein Tarif pro Kilometer verlangt, als reisten sie dritter Klasse, obwohl die meisten in Viehwaggons oder auf offenen Güterwägen transportiert wurden. Kinder mußten den halben Preis bezahlen; Säuglinge und Kleinkinder fuhren umsonst. Es gab einen speziellen Tarif für „Gruppen“ von mehr als hundert Personen. Die SS bezahlte diese Dienste nicht aus ihren eigenen Mitteln: Sie benutzte dafür das den Juden geraubte Geld. Transporte von außerhalb des „Reichs“ erforderten dabei komplizierte Währungstransfers. Die deportierten Juden bezahlten ihre einfache Fahrt in die Gaskammern in ihrer eigenen Landeswährung, die in deutsche Mark umgetauscht werden mußte.

Diese Sonderzüge hatten zwar hohe Priorität im Schienenverkehr, absoluten Vorrang genossen jedoch militärische Transporte. Infolgedessen wurden Züge mit Juden häufig angehalten, und die SS mußte ihre Transporte gegen andere Nutznießer des Schienensystems durchsetzen. Um die Anzahl der Züge zu reduzieren, wurden die Juden in Viehwaggons gepfercht, die mit mehr als dem Doppelten ihrer vorgesehenen Kapazität vollgestopft wurden. Überladene Züge mit 5.000 Juden mühten sich mit einer Geschwindigkeit von 45 Kilometer in der Stunde, halb so schnell wie normal, vom „Umschlagplatz“ nach Treblinka. Die Verhältnisse im Innern der fensterlosen Waggons waren unerträglich: Hunderte waren bei der Ankunft tot oder in der Gluthitze des Sommers oder der Eiseskälte des Winters verrückt geworden.

Die Deutsche Reichsbahn hatte während des Krieges über 1,4 Millionen Angestellte. Die „Umsiedlungszüge“ wurden entsprechend den vom Hauptamt für Verkehr, Abteilung Osttransporte, in Berlin erstellten Fahrplänen, die an Hunderte von Bahnhöfen und Stellwerke in Europa verteilt werden mußten, abgeschickt. Es war offensichtlich, daß diese Züge Menschen nur in einer Richtung beförderten. Sie wurden schwer bewacht von Polizei und SS-Männern, die ebenfalls Fahrkarten lösen mußten. Die Anweisungen an die Fahrdienstleiter lauteten, daß die Züge vor der Rückführung „gesäubert“ werden mußten. Doch kein einziger Angehöriger der Deutschen Reichsbahn protestierte je, und nach dem Krieg wurde kein einziger Angestellter je seine Mitwirkung an der „Endlösung“ zur Rechenschaft gezogen.

DER HOLOCAUST

Die Endlösung

Die Lager

Vernichtungslager

Die Vernichtungslager waren ein einzigartiger Beitrag der Nazis zur Geschichte des 20. Jahrhunderts und eine Revolution in der Praxis des Völkermordes. Analog zum „Euthanasie“-Programm und unter Berücksichtigung dieser Erfahrungen perfektionierte die SS ein System des industrialisierten Massenmords. Anstatt daß die Mörder ihre Opfer jagten, wurde die zur Ermordung selektierte Gruppe zuvor hilflos gemacht, an vorgesehenen Punkten zusammengefaßt und an einen Tötungsort transportiert, wo sie unter kontrollierten Bedingungen mit einem Minimum von Menschaufwand abgeschlachtet werden konnte. Ein wesentliches Element dieser Technik war die Täuschung, und auch sie wurde von den Nazis aufs höchste verfeinert. Die Operation wurde im Verborgenen durchgeführt und unter euphemistischen Begriffen verdeckt.

Abgesehen davon, daß die Opfer systematisch ihres gesamten Besitzes beraubt wurden, wurden sogar ihre Leichen in einem industrialisierten Verfahren verwertet. In den Todeslagern gab es weiträumige Lagerhäuser voller Koffer, Waschutensilien, Kochgeräte, Kleider, Schuhe, Brillen und Prothesen. Es gab Ballen menschlichen Haares, die den Frauen vor der Vergasung abgeschnitten worden waren. Das Haar wurde gesponnen und zur Herstellung von Füll- und Isolierungsmaterial verwendet.

Das System war zwar bürokratisch organisiert, dennoch waren auf jeder Ebene Menschen daran beteiligt. Diese Individuen waren nicht bloße Schreibtischtäter, sondern Männer und Frauen, deren gnadenlose schmutzige Aufgabe das Morden und die Beseitigung der Leichen war. Man sollte nicht überschätzen, in welchem Ausmaß die Nazis durch ihr System eine Distanz zwischen die Mörder und ihre Opfer legten oder sie von den Folgen ihrer Handlungen abschnitten. Bei Kriegsmittle hatten selbst die Beamten, die für das Zusammentreiben von Juden in fernen Städten oder die Erstellung von Fahrplänen für „Spezialzüge“ verantwortlich waren, eine Ahnung von den Geschehnissen „im Osten“. Wie der Aufstand im Warschauer Getto zeigte, waren die Täuschungsmanöver auch bei den Juden nicht mehr so erfolgreich. Letzten Endes funktionierten die Vernichtungslager, weil sie eingebettet waren in ein verbrecherisches Völkermordregime, das über die rohe Gewalt verfügte, Millionen Unschuldiger in den Tod zu schicken.

Die Möglichkeiten der Juden, sich gegen den Mordapparat zu wehren, wenn ihnen ihr Schicksal erst einmal bewußt war, waren von den Nazis raffiniert begrenzt worden. Der Mordvorgang war anfangs getarnt und dauerte weniger als drei Stunden, so daß die entkräfteten und erschöpften Juden, die aus den Zügen gezogen wurden, keine Chance zu reagieren oder sich zu wehren hatten. In Lagern wie Chelmno, Sobibor, Belzec und Treblinka gab es keine Zwangsarbeit und praktisch keine Überlebenschance. Selbst unter diesen Bedingungen kam es jedoch unter den kleinen Gruppen der Lagerarbeiter in Sobibor, Treblinka und Chelmno zu Aufständen. Diese traten vor allem dann auf, wenn die Insassen argwöhnten, daß sie liquidiert werden sollten.

Auschwitz-Birkenau

Inbetriebnahme am 26.Mai 1940. Erster Kommandant: Rudolf Höss. Höchstbelegstärke, einschließlich Nebenlager: 155.000. Bestand aus dem Haupt- oder Stammlager Auschwitz I; Auschwitz II oder Birkenau, errichtet am 8.Oktober 1941 als „Vernichtungslager“; Auschwitz III oder Monowitz, errichtet am 31.Mai 1942 als Arbeitslager; außerdem zahlreiche Nebenlager. Enthielt bis zu sieben Gebäude mit Gaskammern, in denen Zyklon-B-Giftgas zum Einsatz kam, und drei Krematorien. Zu Auschwitz II gehörte ein Durchgangslager für Gefangene, die zur Zwangsarbeit weiterverschickt wurden; ein Zigeunerlager; ein Familienlager; ein Lager, in dem Kriegsbeute aufbewahrt und sortiert wurde; ein Frauenlager. Auschwitz III stellte Zwangsarbeiter für einen bedeutenden Industriebetrieb unter Leitung der IG Farben, in dem synthetischer Gummi produziert wurde. Geschätzte Anzahl der Todesopfer: 1,1 bis 1,5 Millionen in Gaskammern Ermordete, darunter etwa eine Million Juden, Polen, Zigeuner und sowjetische Kriegsgefangene. Etwa 330.000 Todesfälle aus anderen Ursachen.

Im April 1940 wählte Rudolf Höss, der erste SS-Kommandant des Lagers, die oberschlesische Stadt Oswiecim als potentielle Stätte für ein Konzentrationslager auf dem Gelände einer ehemaligen Artilleriekaserne. Ursprünglich hatte das Lager die Aufgabe, die Polen einzuschüchtern und Widerstand gegen die deutsche Herrschaft zu unterdrücken. Es galt zudem als Eckpfeiler einer Politik der Rekolonialisierung Oberschlesiens, das früher deutsches Gebiet gewesen war, mit „reinen Ariern“. Am 17.April gab Himmler den Befehl zum Beginn des Lagerbaus.

Im Mai 1940 wurden die Polen aus den Baracken evakuiert, und eine Arbeitskolonne, bestehend aus Insassen des Konzentrationslagers Sachsenhausen, wurde dorthin verlegt. Auch aus der großen jüdischen Gemeinde Oswiecims wurde 300 Juden zur Zwangsarbeit abkommandiert.

Der erste Gefangenentransport, fast ausschließlich polnische Zivilisten, traf im Juni 1940 ein, und SS-Verwaltung und Personal nahmen ihre Arbeit auf. Bis zum 1.März 1941 zählte das Lager 10.900 Häftlinge. Schon bald wurde das Lager berüchtigt für Folter und Massenerschießungen.

Im März 1941 besichtigte Himmler Auschwitz und befahl seine Erweiterung zu einem Komplex für 30.000 Gefangene. Himmler befahl zudem die Errichtung eines zweiten Lagers für 100.000 Insassen bei dem nahegelegenen Ort Brzezinka (Birkenau), etwa drei Kilometer vom Hauptlager entfernt. Dieses riesige Lager sollte russische Kriegsgefangene aufnehmen, die die Zwangsarbeiter zum Aufbau des SS-„Utopia“ in Oberschlesien stellen sollten. Auch der Chemieriese IG Farben äußerte Interesse an der Ausbeutung dieser Arbeitskraft. Im Oktober 1941 begannen, unter schrecklichen Bedingungen und begleitet von enormen Todesopfern, ausgedehnte Bauarbeiten. Ungefähr 10.000 sowjetische Kriegsgefangene starben während des Baus.

Die Belegstärke des Hauptlagers erhöhte sich von 18.000 im Dezember 1942 auf 30.000 im März 1943. Im Juli oder August 1941 gab Himmler Höss die Anweisung zur „Endlösung“. Am 3.September 1941 wurden sowjetische Kriegsgefangene im Stammlager Auschwitz als menschliche Versuchskaninchen für Versuche mit dem Giftgas Zyklon-B benutzt. Sie wurden in unterirdischen Zellen des Blocks 11 vergast. Nach diesem Versuch wurde direkt außerhalb des Hauptlagers eine improvisierte Gaskammer errichtet, und im Februar 1942 wurden zwei provisorische Gaskammern in Birkenau in Betrieb genommen.

Im März 1942 wird in Auschwitz ein Frauenlager mit 6.000 Insassen eingerichtet. Im August 1942 wurde es nach Birkenau verlegt. Im Januar 1944 lebten bereits 27.000 Frauen in Birkenau, in Abschnitt B Ia, in entsetzlichen Baracken.

Im Februar 1943 wurde in Birkenau ein Abschnitt für Zigeuner eingerichtet, das Lager B IIe, und im September 1943 wurde ein Areal als Lager für tschechische Juden, die aus Theresienstadt deportiert worden waren, abgeteilt, das sogenannte „Familienlager“, B IIb. Die Gaskammern und Krematorien nahmen ab März 1943 ihre Arbeit auf.

Im Herbst 1943 wurde die Lagerverwaltung nach einem Korruptionsskandal neu organisiert. Ende 1943 bezifferte sich die Gefangenenzahl in Auschwitz Stammlager, Birkenau, Monowitz und in verschiedenen Nebenlagern auf über 80.000: 18.437 im Stammlager, 49.114 in Birkenau und 13.288 in Monowitz, wo die IG Farben ihre Fabrik für synthetischen Gummi hatte. Bis zu 50.000 Gefangene waren auf über 45 Nebenlager wie Rajsko, einen landwirtschaftlichen Versuchsbetrieb, und Gleiwitz, ein Kohlebergwerk, verstreut.

Die Situation in den Nebenlagern war oft noch schlimmer als in den Stammlagern, wo das Verhalten der Aufseher stärker reglementiert wurde und die Ernährung besser war. Auf seinem Höhepunkt Mitte 1944 galt Auschwitz als riesiges Sicherheitsareal mit über 40 Quadratkilometer unter SS-Leitung in Oberschlesien. Im August 1944 erreichte die Lagerbevölkerung mit 105.168 Insassen ihr Maximum. Der letzte Lagerappell am 18. Januar 1945 ergab 64.000 Insassen.

Dabei war die Zusammensetzung des Lagers im Verlauf seiner Geschichte beträchtlichen Veränderungen unterworfen. Zu Beginn waren fast ausschließlich Polen inhaftiert. Von April 1940 bis März 1942 waren von etwa 27.000 Inhaftierten 30 Prozent Polen und 57 Prozent Juden. Zwischen März 1942 und März 1943 waren 60 Prozent der 162.000 Insassen Juden.

Auschwitz wurde ein bedeutender regionaler Lieferant von Zwangsarbeitern und fungierte als internationale Clearingstelle. 405.000 der 1,5 Millionen nach Auschwitz Deportierter erhielten einen Kriegsgefangenenstatus und eine Seriennummer. Unter diesen waren etwa 50 Prozent Juden, 50 Prozent waren Polen und anderer Nationalität. 65.000 derer, die Nummern erhalten hatten, überlebten.

Man schätzt, daß etwa 200.000 Menschen die Lager von Auschwitz durchliefen und überlebten.

Die nach Auschwitz Deportierten kamen am nahegelegenen Bahnhof an und wurden zu Fuß oder per Lastwagen ins Hauptlager gebracht, wo sie registriert, tätowiert, entkleidet, entlaust, am ganzen Körper rasiert und geduscht wurden, während ihre Kleidung mit Zyklon-B-Gas desinfiziert wurde, und betreten das Lager unter dem infamen Torbogen mit der Aufschrift „Arbeit macht frei“. 1942/43 war in Birkenau ein ähnliches System in Betrieb, mit dem Unterschied, daß sich die überragende Mehrheit der „Duschen“ als Gaskammern erwies. Nur etwa zehn Prozent der jüdischen Transporte wurden registriert, desinfiziert, rasiert und in der „Zentralsauna“ geduscht, bevor ihnen Baracken zugeteilt wurden. Im Mai 1944 wurde ein Rangiergleis direkt ins Lager gebaut, um die Abfertigung von Zehntausenden ungarischer und anderer Juden, die im Frühling und Sommer 1944 deportiert wurden, zu beschleunigen und zu vereinfachen.

Die Geschichte von Auschwitz-Birkenau als Vernichtungslager ist kompliziert. Zwischen Ende 1941 und Oktober 1942 wurde die Leichenhalle im Stammlager Auschwitz, die bereits mit einem Krematorium ausgestattet war, zur Gaskammer umfunktioniert. Sie maß ungefähr 77 Quadratmeter. Im Frühling 1942 wurden in Birkenau zwei Bauernhöfe, bekannt als die „Bunker“, zu provisorischen Gaskammern umgebaut.

Der erste „Bunker“ mit zwei versiegelten Räumen war von Januar 1942 bis Ende des Jahres in Betrieb. Der zweite, mit vier luftdichten Räumen, wurde im Frühling 1943 überflüssig, blieb jedoch stehen und wurde im Herbst 1944 erneut wieder benutzt, als zusätzliche „Kapazitäten“ für die Ermordung der

ungarischen Juden und die Liquidierung der Gettos benötigt wurden. Der zweite maß ungefähr 105 Quadratmeter. Die in den „Bunkern“ ermordeten Opfer wurden zuvor gezwungen, sich in provisorischen Holzbaracken zu entkleiden. Ihre Leichen wurden aus den Gaskammern geholt, auf eine Schmalspurgleisbahn gebracht und in Gruben gestoßen, wo sie im Freien verbrannt wurden. Zwischen Januar 1942 und März 1943 wurden dort 175.000 Juden vergast, 105.000 davon zwischen Januar und März 1943.

Bis zu diesem Zeitpunkt war Auschwitz nur für elf Prozent der Opfer der „Endlösung“ verantwortlich. Im August 1942 jedoch begann man mit der Planung für die Konstruktion von vier Vergasungseinrichtungen in großem Maßstab. Aus den Plänen geht hervor, daß die ersten zwei Gaskammern umgebaute Leichenhallen waren, die ursprünglich zusammen mit dem riesigen, daran angeschlossenen Krematorium die Todesfälle unter den Zwangsarbeitskräften des Lagers aufnehmen sollten, die sich inzwischen 100.000 näherten und eine horrende Todesrate aufwiesen. Ab Herbst 1942 jedoch war offenbar klar, daß die SS-Planer und die beauftragten zivilen Firmen eine Massenmordfabrik errichten wollten.

Die Zwillingspaare der speziell dafür erbauten Gaskammern erhielten die Nummern II, III, IV und V. Die erste nahm am 31. März 1943 den Betrieb auf, die letzte am 4. April 1943. Das Gesamtareal der Gaskammern hatte eine Fläche von 2.255 Quadratmeter; die Kapazität dieser Krematorien betrug 4.420 Menschen. Die Selektierten wurden im angrenzenden Entkleidungsraum ausgezogen und dann in die Gaskammern getrieben. Es dauerte etwa zwanzig Minuten, bis alle gestorben waren. In II und III fanden die Tötungen in Kellerräumen statt, und die Leichen wurden mit Hilfe eines elektrischen Lifts nach oben in die fünf Verbrennungsöfen geschafft. Vor der Verbrennung wurden die Leichen ihrer Goldzähne und anderer Wertsachen wie etwa Ringe entledigt. In IV und V waren die Gaskammern und Öfen auf derselben Ebene, doch die Öfen waren so schlecht gebaut und so stark beansprucht, daß sie wiederholt defekt waren und außer Betrieb gesetzt werden mußten. Infolgedessen wurden die Leichen, wie schon 1943, im Freien verbrannt. In den Krematorien arbeiteten jüdische Sonderkommandos unter SS-Aufsicht. Anfänglich wurden die Kapazitäten der neuen Anlagen „nicht ausgeschöpft“. Von April 1943 bis März 1944 wurden in Birkenau „nur“ 160.000 Juden ermordet, aber zwischen März und November 1944 als die anderen Vernichtungslager aufgelöst worden waren, übertraf Birkenau alle früheren Rekorde im Massenmord. Die Deportationen aus Ungarn und die Liquidierung der verbleibenden polnischen Gettos, wie etwa Lodz, führte zur Vergasung von 585.000 Juden. Dieser Zeitabschnitt machte Auschwitz-Birkenau zum berühmtesten Mordschauplatz aller Zeiten. Man schätzt, daß in Auschwitz-Birkenau zwischen 1,1 und 1,25 Millionen Menschen vergast wurden.

Im Oktober 1944 revoltierte das für Krematorium IV zuständige „Sonderkommando“ und sprengte die mörderische Anlage in die Luft. Im November befahl Himmler das Ende der Vergasungen, und eine „Säuberungs“-Operation zur Verwischung der Spuren des Massenmords wurde eingeleitet. Im Januar 1945 evakuierten die Deutschen 58.000 gefähige Gefangene. Im Stammlager, in Birkenau und in Monowitz, ließen sie etwa 7.000 Kranke oder Behinderte zurück, denen sie keine Überlebenschancen mehr einräumten.

Als sowjetische Truppen Auschwitz am 27. Januar 1945 befreiten, fanden sie diese überlebenden Elendsgestalten sowie Lagerräume und Eisenbahnwaggons vor, die überquollen mit der Diebesbeute der dem Untergang geweihten Juden. Die Beute umfaßte 840.000 weibliche Kleidungsstücke, 43.525 Paar Schuhe und unzählige Zahnbürsten, Brillen und andere persönliche Habseligkeiten. Zur Beute

gehörten auch 460 Prothesen und mehrere Tonnen Menschenhaar, das den Juden vor ihrer Ermordung abgeschoren worden war.

Bemerkenswerterweise gab es Beispiele individuellen Widerstandes und kollektiver Ansätze der Gegenwehr in Auschwitz. Polen, Kommunisten und andere nationale Gruppen bauten Netzwerke im Stammlager auf. Einzelne Juden entflohen aus Birkenau, und es gab Berichte über Wachen selbst am Eingang zu den Gaskammern. Der Aufstand des „Sonderkommandos“ im Oktober 1944 war nur das herausragendste Beispiel körperlichen Widerstands.

Belzec

Inbetriebnahme am 1. November 1941. Erster Kommandant: Christian Wirth. Geringe Anzahl jüdischer Arbeiter, die vorübergehend zum Dienst im Lager abgestellt waren. Bestand aus zwei Lagern, die in drei Teile gegliedert waren: Verwaltungsbereich, Baracken und Lager für erbeutete Wertgegenstände und Vernichtungsbereich. Anfänglich drei in Holzhäusern untergebrachte Gaskammern, in denen Kohlenmonoxid verwendet wurde; wurden durch sechs Gaskammern in einem Ziegel- und Betongebäude ersetzt. Inbetriebnahme am 17. März 1942. Operationsende: Dezember 1942. Geschätzte Todeszahl: 500.000 bis 600.000, vor allem Juden.

Das Vernichtungslager Belzec, Modell für zwei weitere im Tötungsprogramm der „Aktion Reinhard“, wurde als Arbeitslager im April gegründet. Dank seiner Position im Distrikt von Lublin in Südostpolen lag es günstig zwischen den großen jüdischen Bevölkerungszentren Südostpolens und Ostgaliziens. Mit dem Bau wurde am 1. November 1941 unter Verwendung von Zwangsarbeitern des bereits existierenden Arbeitslagers sowie ortsansässiger jüdischer Gemeinden begonnen. SS-Generaloberst Christian Wirth, ein ehemaliger Polizeioffizier, der eine führende Rolle bei der Durchführung des T4-„Euthanasie-Programms“ gespielt hatte, wurde zum ersten Lagerkommandanten ernannt. Er befehligte 20 bis 30 SS-Männer, plus eine Wachkompanie aus 90 bis 120 Ukrainern, die im Lager Trawniki ausgebildet worden waren.

Das Vernichtungslager Belzec war mit einem Umfang von zirka 1100 Metern ziemlich klein. Es war in zwei stacheldrahtumzäunte Bereiche unterteilt. Die Hauptumzäunung wurde durch Wachtürme befestigt. Das erste Lager war in zwei Teile gegliedert. Der kleinere Bereich enthielt die Verwaltungsgebäude und die Baracken der Ukrainer. Zum weitaus größeren Teil gehörten das Rangiergleis, auf dem die Eisenbahnwaggons ins Lager gelangten, ein Gelände, auf dem die jüdischen Deportierten in Gruppen von Männern, Frauen und Kindern aufgeteilt wurden, die Baracken, in denen sie zum Entkleiden gezwungen und rasiert wurden, Lagerräume für ihre Habseligkeiten und Hütten für die jüdischen Arbeitskräfte, die von der SS zur Ausführung der mit dem Morden verbundenen Schmutzarbeiten eingesetzt wurden.

Im zweiten Lager befanden sich die Gaskammern und die Leichengruben. Man erreichte es durch einen langen schmalen Durchgang, der beiderseits mit Stacheldraht eingezäunt war, genannt „die Röhre“. Der Vernichtungsort war durch Äste und Blätter, die mit dem Stacheldraht verflochten waren, vom Rest des Lagers abgeschirmt.

Tarnung und Täuschung waren wesentliche Elemente des Mordens. Wenn beispielsweise ein Transport mit 40 bis 60 Waggons und etwa 2.000 bis 2.500 Juden am Bahnhof Belzec ankam, wurde er in zwei oder drei kleinere Konvois aufgeteilt, die ins Lager geschoben wurden. Dann wurden die Juden eilig zum Aussteigen auf die Plattform getrieben, wo man ihnen versicherte, sie seien in einem

Durchgangslager angekommen. Man sagte ihnen, daß sie vor ihrem Einsatz als Zwangsarbeiter andernorts desinfiziert und geduscht würden. Die Männer wurden von den Frauen und Kindern getrennt und marschierten zu geräumigen Hütten, wo sie sich entkleiden mußten. Den Frauen wurden die Haare geschoren. Anschließend wurden sie brutal durch „die Röhre“ und in die Gaskammern getrieben, die als „Duschen“ getarnt waren. Den gequälten und desorientierten Juden, oft geschwächt durch Stunden oder Tage in den Viehwaggons, blieb kaum Zeit, ihre Lage einzuschätzen oder sich zu wehren.

In seiner ersten Operationsphase, zwischen Mitte März 1942 und Mitte Mai 1942, verfügte Belzec über drei Gaskammern in einer Holzbaracke mit einer mit Sand ausgefüllten Doppelwand. Die Gaskammern waren halb mit Blech ausgekleidet und mit zwei luftdichten Türen versehen, eine als Eingang und die andere für die Entfernung der Leichen. Das Kohlenmonoxid wurde durch einen im Freien aufgestellten Dieselmotor ins Innere geleitet. Der Tötungsprozeß selbst dauerte 30 Minuten nach der Einleitung des Gases und der Schließung der Türen. Gruppen jüdischer Arbeiter, die aus früheren Transporten selektiert worden waren, entfernten dann die Leichen und schleppten sie zu den Leichengruben. Andere jüdische Arbeiter brachen den Leichen die Goldzähne aus. Wieder andere säuberten die Waggons und die Plattform. In den Entkleideräumen und Lagerschuppen waren noch mehr jüdische Arbeitstrupps mit dem Sortieren der Kleider und Habseligkeiten beschäftigt. Eine Aufgabe bestand in der Entfernung der Gelben Sterne, die ins Reich zurück verschickt wurden. Eine andere war das Zusammenbinden der geschorenen Haare, die als Stiefelfutter oder für andere industrielle Zwecke Verwendung fanden. Es dauerte bis zu drei Stunden, eine Abteilung eines Transports zu „verarbeiten“.

Mitte Mai stoppten die Transporte, während das System verfeinert wurde. Mitte Juni wurde mit dem Bau eines Ziegel- und Betongebäudes mit sechs Gaskammern von je vier mal fünf Metern begonnen. Das ermöglichte der SS, bis zu 1.200 Juden gleichzeitig zu töten, mit der Folge, daß die Zugtransporte nur noch in zwei Gruppen aufgeteilt wurden. Zudem konnten die Juden nun schneller alle Phasen des Entkleidens und Rasierens durchlaufen. In dieser Phase wurden etwa 1000 Juden für kurze Zeit zur Auffüllung der verschiedenen Arbeitstrupps am Leben gelassen. Eine beträchtliche Anzahl wurde von der SS als Handwerker eingesetzt. Sie alle wurden nach einer Weile liquidiert. Die nach der Auflösung des Lagers noch Verbliebenen wurden in das Vernichtungslager Sobibor transportiert und ermordet. Es gab nur eine Handvoll Überlebende in Belzec.

Man schätzt, daß etwa 600.000 Juden in Belzec ermordet wurden und möglicherweise Tausende von Zigeunern. In der ersten Operationsphase wurden 80.000 Juden getötet, die aus den Gettos von Lublin, Lvov und andernorts im Gebiet von Lublin und Ostgalizien kamen. In der zweiten Phase, zwischen Mitte Juli 1942 bis Ende Dezember 1942 trafen 130.000 Juden aus dem Gebiet Krakau, 215.000 aus der Region Lvov und kleinere Transporte aus Lublin und Radom zur Vergasung ein.

In den ersten Monaten des Jahres 1943 wurden die Leichen der ermordeten Juden wieder ausgegraben und auf riesigen Scheiterhaufen verbrannt. Anschließend wurde das Lager aufgelöst. Doch Einheimische gruben in dem Gelände nach Wertsachen und mußten von den Wachen vertrieben werden. Zur Abschreckung weiterer Plünderer wurde das Terrain umgepflügt und zu einem Bauernhof umfunktioniert. Einer der ukrainischen Aufseher wurde zum Bauern gemacht.

Chelmno

Inbetriebnahme im Dezember 1941. Erster Kommandant: Herbert Lange. Geringe Zahl jüdischer Arbeiter, die vorübergehend für Arbeiten im Lager eingesetzt wurden. Bestand aus zwei Teilen: Verwaltungsbereich, Baracken und Lagerräume für Beutegut; Leichengruben und Krematorium. Hatte drei Vergasungswägen mit Kohlenmonoxid in Betrieb. Operationsbeginn 7. Dezember 1942. Operationsende März 1943. Ging am 23. Juni 1944 wieder in Betrieb. Endgültige Stilllegung am 17. Januar 1945. Geschätzte Anzahl von Ermordeten: 150.000 bis 300.000, hauptsächlich Juden.

Chelmno, auch unter dem Namen Kulmhof bekannt, war eine Kleinstadt ungefähr 75 Kilometer von Lodz entfernt. Hier fanden die ersten Massenermordungen von Juden durch Gas als Teil der „Endlösung“ statt. Der Mordapparat wurde durch ein „Sonderkommando“ unter dem Oberbefehl von Herbert Lange aufgebaut. Er wurde direkt von seinen Aufgaben im T4-Programm, der Ermordung von Psychiatriepatienten in Posen, nach Chelmno versetzt. Lange und seine Einheit hatten ausgiebige Erfahrungen mit dem Einsatz von Vergasungswägen gemacht. Bei diesen Anfangsmodellen wurde Kohlenmonoxid aus Zylindern in der Fahrerkabine in den Laderaum geleitet, in dem die „Patienten“ eingesperrt waren. Ein Zeitzeuge, der Lange und seine Männer bei der Arbeit erlebte, gab ihnen den Spitznamen „der Klub der Psychopathen“.

Langes Einheit bestand aus etwa 15 bis 20 Männern der Sipo und ungefähr 80 bis 100 Männern der „Schutzpolizei“. Sie übernahmen eine heruntergekommene Burg in Chelmno und funktionierten sie zu ihrem Stützpunkt mit Baracken und einem Aufnahmebereich für Deportierte um. Jeden Nachmittag wurden Juden unter Bewachung mit der Bahn von Lodz über den Knotenpunkt Kolo (wo sie in offene Schienenfahrzeuge auf einer Schmalspurbahn umgeladen wurden) oder mit Lkw aus näher gelegenen Ortschaften auf die Burg oder das Schloß gebracht. Sie wurden im Burghof zusammengetrieben, in Gruppen von 50 aufgeteilt und mußten sich entkleiden. Sie wurden gezwungen, alle Wertsachen abzuliefern. Dann wurde ihnen gesagt, daß sie in ein Arbeitslager verlegt würden, zuvor aber desinfiziert und geduscht werden müßten. Sie wurden in den Schloßkeller zu einem „Waschraum“ hinuntergebracht, der tatsächlich über eine Rampe in einen wartenden Lastwagen führte. Mit brutalen Schlägen wurde sichergestellt, daß niemand zögerte oder sich weigerte hineinzugehen. Nachdem 50 bis 70 Personen in den Frachtraum des Lastwagens zusammengepfercht worden waren, wurde das Auspuffrohr mit einer Öffnung in den Laderaum verbunden und der Motor angelassen. Nach ungefähr zehn Minuten waren die Eingeschlossenen tot. Der Fahrer, gewöhnlich ein Mitglied der „Schutzpolizei“, fuhr den Wagen anschließend vier Kilometer in den nahegelegenen Wald von Rzuchow, ins zweite Lager - das „Waldlager“. Hier hatte die SS von jüdischen Zwangsarbeitern ausgehobene Massengräber vorbereitet, später dann Scheiterhaufen. Ein Trupp von 40 bis 50 Juden mit Fußeißen, damit sie nicht fliehen konnten, hievte die Leichen aus dem Lastwagen und warf sie in die Gräber. Eine andere Gruppe von Juden sortierte die Habseligkeiten der Ermordeten, die für Deutsche im Reich bestimmt waren. Nicht weniger als 370 Waggonladungen voller Kleider wurden auf diese Weise geliefert. Die Technik war ziemlich einfach. Das „Sonderkommando“ hatte drei Lastwagen zu seiner Verfügung. Die einzige technische Neuerung waren die speziell angefertigten, versiegelten Frachträume, die auf ein Renault- Chassis montiert waren. Diese Frachträume waren mit Blech ausgekleidet und hatten luftdichte Doppeltüren. Auf dem Boden lag zur Erleichterung der Säuberung von Unrat ein Holzgitter. Darunter befand sich eine Öffnung mit einer Düse, mit der das Auspuffrohr

verbunden wurde. Bevor Langes Einheit diese Lastwägen einsetzte, waren sie bereits im „Euthanasie-Programm“ getestet und verwendet worden.

Etwa 145.000 Menschen wurden auf diese Weise in der ersten Betriebsphase in Chelmno ermordet. Die Vergasungen begannen am 7. Dezember 1941. Die ersten Deportierten waren Juden aus umliegenden Gemeinden und etwa 5.000 Zigeuner, die im Getto von Lodz inhaftiert waren. Zwischen 16. und 29. Januar 1942 wurden 10.000 Juden von Lodz nach Chelmno deportiert und ermordet. Es folgten 34.000 zwischen 22. März und 2. April 1942, 11.700 zwischen 4. und 15. Mai 1942, 16.000 zwischen 5. und 12. September 1942. Außerdem wurden 15.200 jüdische Zwangsarbeiter aus dem Gebiet von Lodz in Chelmno vergast.

Unter den Deportierten befanden sich Juden aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei, die zuvor ins Getto von Lodz gebracht worden waren. Nach der Ermordung Reinhard Heydrichs und der Vernichtung der tschechischen Stadt Lidice wurden 88 Kinder von dort nach Chelmno transportiert und ermordet.

Bis März 1943 waren die meisten Juden aus dem Warthegau ermordet. Einzig die 70.000 Juden aus dem Getto von Lodz waren noch übrig. Das Lager Chelmno wurde aufgelöst und das Schloß abgerissen. Das Lager nahm vorübergehend zwischen April und Juli 1944 seine Tätigkeit wieder auf, um bei der Liquidierung des „Gettos“ von Lodz mitzuwirken. In dieser Phase wurden weitere 25.000 Juden aus Lodz in Chelmno ermordet. Anschließend war eine Einheit des „Sonderkommandos“ 1005 mit der Beseitigung der Spuren des Massenmords beschäftigt. Am 17. Januar 1945 sollte der Arbeitstrupp, bestehend aus 48 Männern, erschossen werden, aber die Juden rebellierten und in dem anschließenden Handgemenge gelang einer Handvoll die Flucht. Während der intensivsten Mordphase gab es nur wenige Überlebende in Chelmno. Mitte Januar 1942 entkam Yaakov Grojanowski und schlug sich nach Warschau durch, wo er die Getto-Führung über das Geschehen in Kenntnis setzte. Infolgedessen wurden nun weitgehend zutreffende Informationen über die Massentötungen in Chelmno weitergegeben und erreichten im Juni über den polnischen Untergrund London.

Majdanek

Inbetriebnahme im Oktober 1941 als von der SS geführtes Kriegsgefangenenlager; als Konzentrationslager am 16. Februar 1943. Erster Kommandant: Karl Koch. Maximale Belegstärke: 25.000. Bestand aus einem Lager für Kriegsgefangene; einem Vernichtungslager; einem Kinderlager. Ursprünglich zwei mit Zyklon-B-Giftgas betriebene Gaskammern in einer Holzhütte; wurden durch Gaskammern in einem Ziegelgebäude ersetzt. Begann im April 1942 mit den Ermordungen. Ende der Operationen im Juli 1944. Stellte Zwangsarbeiter für Munitionsfabriken und die Waffenfabrik von Steyr-Daimler-Puch. Geschätzte Zahl der Todesopfer: 360.000, einschließlich Juden, sowjetische Kriegsgefangene, Polen.

Majdanek, das nur knapp zwei Kilometer vom Stadtrand von Lublin entfernt lag, nahm seinen Betrieb ursprünglich im Oktober 1941 als Kriegsgefangenenlager auf. Majdanek war allerdings insofern ungewöhnlich, als es von der Waffen-SS geführt wurde und Arbeitskräfte für die SS-Betriebe, insbesondere Rüstungsfabriken liefern sollte.

Das ursprüngliche Lager wurde von jüdischen Kriegsgefangenen erbaut. Auf seinem Höhepunkt umfaßte es 144 in fünf Abschnitte unterteilte Baracken, einschließlich von Speziallagern für Kinder und einem Vernichtungslager. Das Lagergelände hatte 2,7 Quadratkilometer, die von einem elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun und Wachtürmen eingefaßt waren. Es war umsäumt von Werkstätten und

Magazinen. Die ersten Insassen waren polnische politische Gefangene, polnische Juden und 5.000 sowjetische Kriegsgefangene, die im Oktober 1941 eintrafen. Sie waren bereits umgekommen, als im folgenden Jahr Juden aus der Slowakei, dem Protektorat, Holland, Belgien, Frankreich und Griechenland eingeliefert wurden. Das Lager, das für den Sadismus der SS-Aufseher berüchtigt wurde, diente der Terrorisierung der Bevölkerung im besetzten Weißrußland und auch in der Ukraine. Der erste und berüchtigtste Lagerkommandant war Karl Koch.

Schätzungsweise 130.000 Juden wurden 1942/43 im Zuge der „Endlösung“ nach Majdanek deportiert. Einer der Unterabschnitte des Lagers wurde in ein Mordzentrum mit zwei Gaskammern in Holzbaracken umgewandelt. Später wurde ein Ziegelgebäude zur Unterbringung der Gaskammern erbaut. Die Tötung erfolgte mit Zyklon-B-Gas wie in Auschwitz-Birkenau.

Juden und sowjetische Kriegsgefangene wurden zudem in Massenhinrichtungen erschossen. Im April 1942 wurden so 2.800 Juden ermordet. Das größte Massaker fand am 3. November 1943 statt, als 17.000 Juden im Zuge der „Aktion Erntefest“ mit Maschinengewehren erschossen wurden. Man schätzt, daß bis zu 500.000 Menschen Majdanek durchliefen, von denen 200.000 ums Leben kamen. Ungefähr 125.000 davon waren Juden.

Im Juli 1944 wurde das Lager aufgelöst, es war jedoch beim Eintreffen der Roten Armee nur teilweise zerstört. Obwohl 1.000 Insassen auf einem Todesmarsch evakuiert wurden, fand die Rote Armee noch Tausende von Lagerinsassen vor und überwältigende Beweise für den Massenmord, der darin stattgefunden hatte.

Sobibor

Inbetriebnahme März 1942. Erster Kommandant: Franz Stangl. Zirka 700 jüdische Arbeiter, die vorübergehend zur Versorgung des Lagers eingesetzt wurden. Bestand aus zwei in drei Teile gegliederten Lagern: Verwaltungsbereich; Baracken und Lagerräume für geraubtes Gut; Vernichtungstrakt, Gräber und Krematorium. Anfänglich drei Gaskammern in einem Ziegelgebäude, die Kohlenmonoxid benutzten; später kamen drei weitere hinzu. Nahm im April 1942 den Betrieb auf. Stellte den Betrieb am 14. Oktober 1943 infolge einer Häftlingsrevolte ein. Geschätzte Zahl der Todesopfer: 250.000, vor allem Juden.

Sobibor war das zweite eigens für diesen Zweck erbaute Vernichtungslager, das im Rahmen der „Aktion Reinhard“ ans Werk ging. Es lag in einer dünn besiedelten Region, jedoch strategisch günstig in Hinblick auf den hohen jüdischen Bevölkerungsanteil in den Distrikten von Chelm und Lublin. Einheimische polnische Arbeiter und jüdische Zwangsarbeiter begannen im März 1942 mit dem Bau. In die Planung gingen die bereits in Belezc gewonnenen Erkenntnisse ein.

Das Gelände maß zirka 400 mal 610 Meter, war von einem dreifachen Stacheldrahtzaun umgeben und durch Wachtürme bewacht. Es war unterteilt in einen Aufnahmebereich und drei Lager. Zum Aufnahmebereich gehörte eine Schmalspurbahn und eine Plattform, die bis zu 20 Waggons abfertigen konnten. Hier befanden sich außerdem die Verwaltungsgebäude, das Waffenarsenal und die Wohnquartiere der SS und der Ukrainer.

Im ersten Lager waren die jüdischen Gefangenen untergebracht, die die notwendigen Arbeiten für die SS und die Ukrainer erledigten. Auf dem Weg von der Plattform ins zweite Lager standen Gebäude, in denen die Deportierten ihr Gepäck und ihre Kleidung zurückließen. Innerhalb des zweiten Lagers lag ein eingezäuntes vollkommen durch in den Stacheldraht verwobene Zweige abgeschirmtes Areal, auf

dem sich die Deportierten unter freiem Himmel entkleideten, bevor sie durch einen eingezäunten Durchgang, genannt „die Röhre“, zur Hütte, in der die Frauen geschoren wurden, und in die Gaskammern dirigiert wurden. Weiterhin befanden sich zwei Aufbewahrungshütten für Kleidung und Wertsachen im Lager.

Das dritte Lager war am abgelegensten und durch Bäume abgeschirmt. Darin lag das Ziegelgebäude mit drei Gaskammern von 3,5 mal 3,5 Metern, von denen jede 160 bis 180 Menschen aufnehmen konnte. Ein im Freien befindlicher Motor erzeugte das in die Gaskammern geleitete Kohlenmonoxid. Die Leichen wurden durch eine zweite Tür entfernt und in riesige, extra ausgehobene Gruben geschafft. Mit Karren und später mit Loren auf einem schmalen Bahngleis wurden die Deportierten, die zu schwach zum Gehen waren, zu den Gruben gefahren, wo sie erschossen wurden, damit die Tötungen sich nicht verzögerten. Im April 1942 traf Franz Stangl ein, ein SS-Offizier mit Erfahrungen in der Operation T4, um das Kommando zu übernehmen. Stangl befehligte 20 bis 30 SS-Männer, vor allem aus dem T4-Programm. Zudem gab es eine Wachkompanie Ukrainer. Zirka 200 bis 300 Juden arbeiteten gruppenweise in den Gaskammern und Leichengruben. Sie säuberten die Mordräume, brachen den Leichen die Goldzähne aus und schoben Loren voller Leichen zu den Gruben. Zirka 1.000 Juden arbeiteten an der Plattform, reinigten die Waggons und entfernten Abfall und waren im Friseurraum, den Entkleidungshütten und den Sortierlagern beschäftigt.

Zwischen Mai und Juli 1942 wurden 90.000 bis 100.000 Juden in Sobibor ermordet. Sie kamen aus Lublin, der Tschechoslowakei, Deutschland und Österreich (die meisten über Gettos in Polen oder über Theresienstadt). Bei ihrer Ankunft sagte man ihnen, sie seien in einem „Durchgangslager“ angekommen. Die Plattform und die angrenzenden Gebäude sollten sie in Sicherheit wiegen. Dann wurden sie nach Geschlecht und Alter getrennt: Die Kinder gingen mit den Frauen. Sie wurden ihres Gepäcks und ihrer Wertsachen beraubt, gezwungen sich auszuziehen, und die Männer durch „die Röhre“ in die Gaskammern getrieben. Den Frauen wurde in einer Baracke neben der „Röhre“ die Haare abgeschnitten. Der Tötungsvorgang selbst dauerte zirka 20 bis 30 Minuten. Die „Verarbeitung“ eines Konvois von 20 Waggons dauerte zirka zwei bis drei Stunden.

Zwischen August und September 1942 hörte das Morden wegen Reparaturarbeiten an der Hauptstrecke nach Sobibor auf, und die Anzahl der Gaskammern wurde auf sechs erhöht, drei auf jeder Seite eines zentralen Korridors. Das ermöglichte der SS, zirka 1.200 Menschen gleichzeitig zu töten. Die Leichen wurden in ehemaligen Leichengruben verbrannt. Das Lager nahm seinen Betrieb, nunmehr unter der Leitung von Franz Reichsleiter, im Oktober 1942 wieder auf und arbeitete bis zum Frühling 1943.

In dieser Zeit wurden zirka 70.000 bis 80.000 galizische Juden, 145.000 bis 150.000 Juden aus dem Generalgouvernement und 25.000 slowakische Juden ermordet. Im März 1943 trafen die ersten Transporte französischer Juden ein. Zwischen März und Juli 1943 brachten 19 holländische Transporte 35.000 Juden aus Holland an. In den letzten Monaten seines Betriebs wurde Sobibor zur Ermordung der Juden aus den Gettos von Wilna, Minsk und Lida eingesetzt. Man schätzt, daß 250.000 Juden in Sobibor ermordet wurden.

Im Juli 1943 befahl Himmler, der das Lager im Februar besichtigt hatte, seine Umwandlung in ein Konzentrationslager. Dieser Erlaß kam einem Todesurteil für die jüdischen Arbeiter gleich, die darauf eine Widerstandsbewegung gründeten und einen Fluchtplan ausarbeiteten. Sie wurden geführt von Leon Feldhendler. Er wurde später unterstützt von Alexander Pechersky, einem jüdischen Offizier aus einem Transport von Kriegsgefangenen der Roten Armee, der im September 1943 eintraf. Der Aufstand brach

am 14. Oktober 1943 los. Elf SS-Männer und eine Reihe ukrainischer Wachen wurden bei den Kämpfen getötet. Dreihundert Juden brachen aus, doch Dutzende kamen in den Minenfeldern um das Lager ums Leben, und weitere Hunderte wurden in den folgenden Tagen zu Tode gejagt. 50 der ausgebrochene Juden überlebten bis Kriegsende. Das Lager wurde im Oktober 1943 aufgelöst und das Gelände als Bauernhof getarnt.

Treblinka

Inbetriebnahme Mai 1942. Erster Kommandant: Imfried Eberl. Etwa 700 bis 1.000 jüdische Arbeitskräfte, die vorübergehend zur Versorgung des Lagers eingesetzt waren. Bestand aus zwei in drei Teile gegliederten Lagern: Verwaltungsbereich; Baracken und Lagerräume für geraubtes Gut; Vernichtungsanlage, Massengräber und Krematorium. Drei Gaskammern, die Kohlenmonoxid benutzten, in einem Ziegelgebäude. Nahm im April 1942 seinen Betrieb auf. Beendete die Operationen infolge einer Häftlingsrevolte am 2. August 1943. Geschätzte Zahl der Todesopfer: 800.000 bis 900.000, vor allem Juden. Treblinka, das in einem dicht bewaldeten Gebiet fernab jeder menschlichen Siedlung in Ostpolen lag, war das dritte der Vernichtungslager der „Aktion Reinhard“. Anfang 1941 hatte sich in der Nähe ein Arbeitslager befunden, und von der Haupteisenbahnlinie Warschau-Bialystok zweigte ein Schmalspurgleis dorthin ab. Der Bau der Vernichtungsstätte wurde Ende Mai 1942 begonnen und am 22. Juli 1942 fertiggestellt. Das Lager Sobibor diente als Modell für Planung und modus operandi. Treblinka war ein rechteckiges Areal von 400 auf 600 Metern, eingeschlossen von einem doppelten Stacheldrahtzaun, in den noch weitere Stacheldrahthindernisse integriert waren. An jeder Ecke stand ein Wachturm. Darin befand sich ein zweiter Stacheldrahtzaun, der das Innere auch vor neugierigen Blicken abschirmte. Im Verwaltungsbereich befanden sich Baracken für die etwa 20 bis 30 SS-Aufseher und die zirka 90 bis 120 Männer zählende Kompanie Ukrainer sowie Krankenhaus, Magazine und Werkstätten.

Zu dem großen Aufnahmeareal gehörte die Plattform für die Schmalspurbahn, die vom Knotenpunkt Malkinia ins Lager führte. Entlang der Plattform befanden sich, getarnt als Bahnhof, Lagerräume für die Habseligkeiten der Deportierten. Innerhalb eines abgeäuzten Geländes lagen ein Platz, auf dem die Deportierten zusammengetrieben wurden, und Hütten, wo sie entkleidet wurden, sowie eine Hütte, in denen den Frauen die Haare geschoren wurden. Daneben lag ein weiterer abgetrennter, eingezäunter Abschnitt, genannt das Getto, in dem 700 bis 1.000 jüdische Arbeiter lebten, die regelmäßig aus den Transporten selektiert wurden. Vom „Deportationshof“ wurden die Deportierten durch eine Allee aus Stacheldraht, die den Namen „die Röhre“ trug, in den Vernichtungstrakt des Lagers getrieben.

Die Tötungen fanden, unsichtbar für Außenstehende, hinter Stacheldrahtzäunen statt, die mit Zweigen und Erdwällen abgedichtet waren. Die drei Gaskammern befanden sich in einem Ziegelgebäude. Das Kohlenmonoxid wurde von einem außerhalb aufgestellten Dieselmotor produziert. Es trat durch an der Decke angebrachte Leitungen und Duschköpfe in die Gaskammern ein. Während der ersten Operationsphase unter der Leitung von Imfried Eberl trafen in Treblinka umfangreiche Transporte von 50 bis 60 Viehwaggons mit insgesamt 6.000 bis 7.000 Juden ein. Diese riesigen Transporte wurden in kleinere Züge mit 20 Waggons aufgeteilt, die von einer Lokomotive in das Lager geschoben wurden. Die Juden, oft in einem erbarmungswürdigen Zustand, wurden aus den Waggons und dann eilig durch die diversen Stadien der Selektion getrieben, nach Geschlecht und Alter getrennt, entkleidet, geschoren und durch „die Röhre“ in die Gaskammern geschickt.

Dennoch funktionierte der Apparat nicht schnell genug, und aufgrund von Störungen wie dem Ausfall des Motors kam es häufig zu erhöhtem Andrang. Infolgedessen kamen ab August 1942 keine Züge mehr in Treblinka an, und neue Gaskammern wurden gebaut - zehn insgesamt. Zusätzlich wurde etwas abseits der Plattform eine „Krankenstation“ erbaut, in die die Kranken und Älteren gebracht werden konnten, damit der Menschenstrom sich nicht verlangsamte. Tatsächlich wurden sie durch Massenerschießungen im sogenannten „Lazarett“ ermordet. Eberl, der Kommandant, wurde wegen der Ausfälle gerügt und entlassen. An seine Stelle trat Franz Stangl, der aus Sobibor versetzt wurde. Im September 1942 nahm das „verbesserte“ Treblinka seine Arbeit wieder auf, und bis April 1943 war es verantwortlich für die Ermordung von bis dahin insgesamt 870.000 Menschen. In den ersten fünf Betriebswochen 1942 wurden 268.000 Juden dort umgebracht. Die meisten davon kamen aus Warschau: nicht weniger als 215.000. Weitere 30.000 stammten aus Radom, 17.000 aus dem Bezirk Siedlce und 6.000 aus Minsk-Mazowiecki. Unter dem neuen Regime Stangls, bei vollem Betrieb der zehn Gaskammern, konnten 4.000 Menschen in einem Durchgang ermordet werden. Neuerliche Transporte aus Warschau, Radom und dem Gebiet Lublin begannen einzutreffen, manchmal drei pro Tag. Bis Mitte November 1942 waren weitere 438.600 Juden ermordet. Zwischen November 1942 und Januar 1943 verloren über 107.000 Juden aus Bialystok in den Gaskammern Treblinkas ihr Leben. Bis April 1943 kamen weitere 31.500 Juden aus Warschau und dem Generalgouvernement an.

Treblinka war ebenso Endstation für 7.000 slowakische Juden, 8.000 Juden aus Theresienstadt, 11.000 griechische Juden aus Gebieten unter bulgarischer Verwaltung, 28.000 Juden aus Saloniki und zirka 2.000 Zigeuner.

Geschwindigkeit und Effizienz von Treblinka beruhten auf der Täuschung der halbverhungerten und erschöpften Deportierten und der Verfügbarkeit von jüdischen Zwangsarbeitern. Eine Gruppe von 50 Juden säuberte die Waggons und reinigte die Plattform. Weitere 50 sortierten die Kleider. Ein größerer Trupp von 100 Gefangenen durchsuchte die Kleidung nach Wertsachen und entfernte die Gelben Sterne. Bis zu 300 waren im Vernichtungsbereich mit dem Scheren der Frauen, der Entfernung der Leichen aus den Gaskammern, dem Ausbrechen der Goldzähne und dem Aufschichten der Körper auf Scheiterhaufen beschäftigt.

Im März 1943 besichtigte Himmler Treblinka und befahl Stangl, die vergrabenen Leichen zu beseitigen. Im April nahm die Anzahl der Transporte ab, da es keine großen Konzentrationen von Juden zum Ausrotten mehr gab. Die Liquidierung des Lagers vorausahnend, faßten die jüdischen Gefangenen einen Fluchtplan. Bereits zuvor hatte es Dutzende individueller Fluchtversuche gegeben, dies aber war der erste kollektive.

Am 2. August 1943 wurde ein Plan zur Eroberung des Waffenarsenals des Lagers und damit zur Beherrschung der gesamten Anlage in die Tat umgesetzt. Er scheiterte, und die 750 Insassen verwandelten sich in einen tobenden Mob. Doch Hunderte entkamen während des Lagerbrandes durch die Zäune und 70 überlebten die anschließende Menschenjagd. Daraufhin wurden alle Spuren des Lagers ausgelöscht, und ein ukrainischer Wachmann eingesetzt, der auf dem Gelände einen Bauernhof führen sollte.

Andere Lager

1939 gab es sieben Haupt-Konzentrationslager: Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen, Flossenbürg, Neuengamme, Mauthausen in Österreich und Ravensbrück für Frauen. Diese Lager erfuhren während

des Krieges eine massive Erweiterung und brachten zahlreiche Nebenlager hervor. Am Ende hatten die Nazis 20 Hauptlager mit bis zu 2.000 Nebenlagern oder kleinen unabhängigen Lagern gegründet, die überall in ihrem Herrschaftsgebiet verstreut waren. Sie erfüllten viele Funktionen: die Bestrafung von Widerstandskämpfern, die Lieferung von Zwangsarbeitern für die deutsche Industrie, die Inhaftierung russischer Kriegsgefangener oder die pure Auslöschung. Der Lagertyp und die darin vorherrschenden Bedingungen variierten enorm, aber Plaszow, Janowska und Bergen-Belsen sind typische Lager, in die Juden aufgrund der Verfolgung durch die Nazis gelangten, und spielten eine bedeutende Rolle bei der „Endlösung“. Die Todeslager waren ein eigenes Kapitel. Der Zuwachs in den ursprünglichen Konzentrationslagern rekrutierte sich aus sowjetischen Kriegsgefangenen, Widerstandskämpfern aus den besetzten Ländern und Juden. Die Lager waren überfüllt, die Bedingungen unmenschlich. Bis November 1939 belief sich die Insassenzahl auf 100.000, von denen 20 Prozent binnen fünf Monaten starben.

Neue Lager wurden gegründet, um den ökonomischen Erfordernissen der SS Genüge zu tun und in den besetzten Ländern ein Schreckensregiment zu errichten. Zu diesen Lagern gehörten Groß-Rosen in Deutschland und Natzweiler in Lothringen, beide in der Nähe von Granitvorkommen errichtet, sowie der Auschwitz-Komplex, Stutthof, Majdanek und Plaszow. Außerdem ordnete Himmler an, daß die Lagerinsassen als Versuchskaninchen für medizinische Experimente benutzt würden. Mehrere Lager wurden für Massenexekutionen gefangener Offiziere der Roten Armee benutzt. Im Zuge einer Aktion unter dem Codenamen 14f13 wurden 20.000 Gefangene in einer Ausdehnung des „Euthanasie“-Programms ermordet.

Die Kriegsjahre veränderten die Zusammensetzung der Lager. Nach 1939 waren ethnische und nationale Netzwerke ebenso wichtig wie politische. Polen in Auschwitz und Franzosen in Natzweiler setzten sich für ihre eigenen Leute ein. Die Juden wurden tendenziell am schlechtesten behandelt und waren am stärksten isoliert.

Im März 1942 wurden die Konzentrationslager unter die Kontrolle des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes unter Leitung von Oswald Pohl gestellt. Ziel war nun die Ausbeutung von Zwangsarbeitern als Ersatz für die durch den Kriegsdienst abgezogenen Arbeitskräfte. Die Insassen wurden für einen Lohn von vier bis acht DM für einen Elfstundentag an Industriebetriebe ausgeliehen. Nebenlager wurden in der Nähe von Fabriken oder Gruben angesiedelt. Häufig bauten die Unternehmen die Lager selbst. Obwohl 1933 der „Totenkopfverband“ 10.000 Mitglieder zählte, waren seine besten Männer in der Waffen-SS beschäftigt, und es herrschte ein Mangel an Wachpersonal. Mehr und mehr Volksdeutsche und nicht den Anforderungen entsprechende Männer wurden eingesetzt. Die Arbeitskommandos standen zunehmend unter der Führung von Zivilfirmen, Vorarbeitern und Kapos, die unter den Gefangenen ausgewählt wurden.

Zwischen 1942 und 1945 stiegen die Belegzahlen immens an, während die Bedingungen sich verschlechterten. Ausgebildete Arbeitskräfte konnten aufgrund des Produktivitätsdrucks mit besseren Bedingungen, ja sogar Vergünstigungen wie etwa Bordellbesuchen rechnen. Doch für die Masse der ungelerten Arbeitskräfte war die Lebenserwartung eine Frage von Monaten oder Wochen. Die Lagerbevölkerung stieg von durchschnittlich 95.000 zwischen Juli und August 1942 auf durchschnittlich 224.000 zwischen Januar und August 1943, betrug ein Jahr später 524.300 und erreichte im Januar 1945 ihren Höhepunkt mit 714.200, von denen 203.000 Frauen waren. Die Sterbeziffer in dieser Phase war enorm: 57.500 Insassen oder 60 Prozent der Gesamtbelegung starben zwischen Juli und August 1942 und 60.000 zwischen Januar und August 1943. Zirka 200.000 starben

bei den chaotischen „Evakuierungen“ der Lager zwischen Juli 1944 und Mai 1945. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, daß 500.000 Menschen in den Konzentrationslagern starben, die im Auslöschungsfeldzug ermordeten Juden nicht eingeschlossen.

Bergen-Belsen

Nahm im April 1943 als Aufenthaltslager seinen Betrieb auf. Als „Konzentrationslager“ klassifiziert am 27. März 1944. Erster Kommandant: Adolf Haas. Höchste Belegstärke: 60.000. Bestand aus mehreren Lagern: Kriegsgefangenenlager; „Speziallager“; „Neutralenlager“; „Sternlager“; ungarisches Lager; Frauenlager. Schuhsortieranlage, die mit Insassen betrieben wurde. Befreit am 15. April 1945. Geschätzte Todesopfer: 50.000 (einschließlich annähernd 13.000 nach der Befreiung).

Bergen-Belsen war ein ungewöhnliches Lager mit einer komplizierten Geschichte. Berühmt wurde es vor allem nach dem Krieg, besonders in Großbritannien, als eines der barbarischsten Nazilager überhaupt. Heute wie damals herrscht allgemeine Verwirrung über seine exakte Funktion und die Gründe für die entsetzlichen Bedingungen, die bei Kriegsende im Lager herrschten.

Belsen, wie das Lager allgemein genannt wurde, wurde im April 1943 als „Aufenthaltslager“ für Juden eingerichtet, die vorübergehend von der Mordmaschinerie der „Endlösung“ ausgenommen waren. Es wurde auf dem Gelände eines ehemaligen Kriegsgefangenenlagers erbaut, in dem 1941/42 mindestens 18.000 sowjetische Kriegsgefangene umgekommen waren.

Belsen war von Anfang an in mehrere Abteilungen gegliedert. Zur ersten gehörten die 500 jüdischen Gefangenen aus Buchenwald und Natzweiler, die die Arbeitskräfte für die Erweiterung des Lagers stellten. Die meisten davon starben aufgrund der harten Arbeit und der unmenschlichen Bedingungen; die Handvoll Überlebender wurde später nach Sachsenhausen verlegt.

Das von ihnen gebaute „Speziallager“ stand ursprünglich unter der Kontrolle des WVHA. Die SS vermied eine Klassifizierung des Lagers als „Internierungslager“, denn damit wären Inspektionen des Roten Kreuzes zulässig gewesen. So aber stand es ihr frei, die Insassen, wann immer sie wollte, in Todeslager zu deportieren. Im „Speziallager“ waren 2.400 polnische Juden inhaftiert, die Mitte Juni 1943 aus Gettos in Polen eintrafen, weil sie Visa für lateinamerikanische Länder hatten und die SS hoffte, sie möglicherweise auslösen zu lassen. Tatsächlich wurden die meisten im Oktober 1943 und Anfang 1944 nach Auschwitz deportiert und ermordet. Die meisten der 350 Überlebenden hatten Visa für Palästina, während andere die amerikanische Staatsbürgerschaft oder südamerikanische Diplomatenausweise hatten. Die Einrichtungen im Lager waren primitiv.

Das „Neutralenlager“, eröffnet Mitte 1944, umfaßte etwa 350 Juden, die Bürger verschiedener neutraler Staaten waren, darunter mehr als die Hälfte Spanier. Die Bedingungen im Lager waren relativ erträglich, und die Insassen konnten ihren eigenen Geschäften nachgehen. Im „Sternlager“, eingerichtet Anfang 1944, saßen mehrere tausend Juden, die vor der Deportation nach Auschwitz und dem Tod gerettet wurden, weil sie gegen deutsche Gefangene in alliierten Staaten ausgetauscht werden sollten oder sich die Nazis diplomatischen oder materiellen Nutzen von ihnen versprachen.

Die Lebensbedingungen im „Sternlager“ waren die meiste Zeit über erträglich. Die Insassen, genannt „Austauschjuden“, trugen ihre Zivilkleidung (versehen mit dem Gelben Stern). Sie arbeiteten in Werkstätten, wo sie Schuhe sortierten und auseinandernahmen. Männer und Frauen waren getrennt, Familien konnten jedoch von Zeit zu Zeit zusammentreffen. Die Mehrheit der Gefangenen bildeten 3.670 niederländische Juden, die in mehreren Transporten zwischen Januar und September 1944 nach

Belsen umgeleitet worden waren. Darunter befanden sich mehrere prominente holländische Rabbis und eine große Zahl von Kindern. Im verborgenen blühte ein reges geistiges Leben, es gab sogar Schulen für die Kinder. Zu den niederländischen Juden kamen Hunderte von Juden aus Nordafrika und dem Balkan hinzu sowie 200 französische Jüdinnen. Nur wenige wurden tatsächlich in „Austausch“-Programme aufgenommen. Im Juli und August 1944 wurden 222 Juden nach Palästina geschickt und 318 in die Schweiz.

Im Dezember 1944 wurden 1.365 Juden als Teil der Rettungsverhandlungen zwischen ungarischen Juden und den Nazis in die Schweiz entlassen. Einen Monat später folgten, aufgrund anderer Vereinbarungen, 136 Juden mit südamerikanischen Papieren. Die 1.365 ungarischen Juden gehörten zu einem Transport von 1.684, der im Juli 1944 als „Zeichen guten Willens“ von Eichmann für Dr. Reszo Kasztner, den Führer des Budapester Hilfs- und Rettungskomitees, eintraf, das sich bemühte, die Nazis durch verschiedenste Lockangebote zur Einstellung der Judendeportationen von Ungarn nach Auschwitz zu bewegen. Die Ungarn wurden in einem speziellen Lager unter ähnlichen Bedingungen wie die Juden im „Sternlager“ festgehalten. In diesem Sinne war Belsen in der Tat ein Rettungshafen vor der „Endlösung“ und nicht Teil des von der SS betriebenen Ausrottungs- und Bestrafungsapparates. Im März 1944 jedoch wurde Belsen zum „Konzentrationslager“ erklärt, und Gefangene aus anderen KZs begannen das Lager zu füllen. Um das Lager effektiver zu machen, sollte Belsen die Funktion eines „Erholungslagers“ für kranke Gefangene aus nahegelegenen Konzentrations- und Arbeitslagern wie Dora übernehmen. Doch die 1.000 kranken und geschwächten Gefangenen, die im März 1944 aus Dora eintrafen, wurden in ein offenes Gelände mit wenigen Zelten und Decken gepfercht. Nur 57 überlebten die „Erholungs“-behandlung. Im Laufe des Sommers 1944 wurden Tausende arbeitsunfähiger ungarischer Juden in das Lager geschickt. Die Sterbeziffer unter diesen Juden war entsetzlich: Hunderte wurden nach brutalen Selektionen durch den Lagerarzt mit tödlichen Injektionen ermordet. Etwa 4.000 hauptsächlich ungarische Jüdinnen wurden in ein im August 1944 geschaffenes Frauenlager gebracht. Bald schon kamen ungefähr 3.000 Frauen aus Auschwitz hinzu, unter denen sich auch Anne Frank, ihre Schwester und ihre Mutter befanden.

Ende 1944 lebten in Belsen 15.257 Gefangene, davon 8.000 Frauen unter rapide sich verschlechternden Bedingungen. Typhus breitete sich aus, und die Lebensmittelversorgung reichte bei weitem nicht mehr für die deutlich angestiegene Lagerbevölkerung. Doch die SS-Befehlshaber verhielten sich extrem indifferent, offenbar sahen sie die horrende Sterberate als Ausrottung mit anderen Mitteln an. Am 2. Dezember 1944 wurde Josef Kramer, ehemaliger Kommandant von Birkenau, zum Kommandanten von Belsen ernannt. Er brachte Verwaltungspersonal aus Auschwitz-Birkenau mit und führte ein neues brutaleres Regime ein. Selbst die Juden im „Sternlager“ und das ungarische Lager wurden nun zur Zwangsarbeit gezwungen. Zwischen Januar 1945 bis wenige Tage vor der Befreiung des Lagers trafen Transporte von Juden aus evakuierten Lagern im Osten ein. Ungefähr 20.000 Frauen kamen allein aus Auschwitz, außerdem Tausende weiterer Insassen aus Buchenwald, Groß-Rosen und Sachsenhausen. Die Lagerbelegung stieg von 18.000 im Januar 1945 auf 42.000 im März 1945 und erreichte ihr Maximum von etwa 60.000 Mitte April 1945. Etwa 7.000 „Austauschjuden“ wurden unmittelbar vor der Befreiung nach Theresienstadt evakuiert und schließlich von der Roten Armee in der Tschechoslowakei gefunden.

In den letzten Monaten des Lagers geriet die Typhusepidemie außer Kontrolle. Im Februar 1945 starben 7.000 Gefangene an Seuchen. Die Sterbeziffer stieg auf 18.000 im März 1945, darunter

befanden sich auch Anne Frank und ihre Schwester. Man schätzt, daß 35.000 Insassen in den ersten vier Monaten 1945 an Krankheiten starben, obwohl in einer nahegelegenen deutschen Panzerschule ein gut ausgestattetes Krankenhaus zur Verfügung stand und dort sowie in benachbarten Städten wie Celle reichlich Nahrungsmittelvorräte gelagert waren. Am 13. April 1945 näherten sich Voraus-Einheiten der Zweiten Britischen Armee dem Lager. Die örtlichen deutschen Befehlshaber begannen Verhandlungen, um das Lager zur kampffreien Zone zu erklären und es den britischen Streitkräften zu übergeben. Die meisten der deutschen SS-Wachen flohen und ließen eine Truppe von 300 ungarischen Kollaborateuren zurück. Die ersten britischen Einheiten betraten am 15. April das Lager von mehreren Punkten aus. Sie stießen auf etwa 60.000 Insassen, zwei Drittel davon Juden, von denen die meisten schwerkrank und am Verhungern waren. Die Wasserversorgung des Lagers war seit mehreren Tagen zusammengebrochen, und die Gefangenen holten Wasser aus verschmutzten Pfützen. Annähernd 13.000 unbegrabene Leichen lagen im Lager herum oder waren von den Insassen, die zu schwach waren, um sie weiter weg zu schaffen, in Hütten außerhalb des Lagers aufgetürmt.

Die ersten britischen Truppen im Lager standen hilflos vor dieser Katastrophe und konnten kaum mehr tun, als Hilfe anzufordern. Die Standardverpflegung der Armee war für die unterernährten Gefangenen ungeeignet, und viele, die diese Nahrung zu sich nahmen, starben bald darauf. Es dauerte mehrere Tage, bis Arzt- und Sanitätseinheiten, Techniker und Transportpersonal genügend Hilfskräfte zur Versorgung der Lagerbewohner zusammengezogen hatten. Allein im ersten Monat nach der Befreiung starben über 14.000 Gefangene. Schließlich wurde ein Spezialteam für Unterernährte zusammen mit 97 Medizinstudenten in einer Gruppe des Roten Kreuzes, die von Hilfsmaßnahmen in Holland abgezogen worden war, von London nach Belsen eingeflogen. Auch eine jüdische Hilfsorganisation traf ein und blieb viele Wochen lang im Lager. Am Ende war ärztliches Personal aus Belgien, den USA und Deutschland mit der Versorgung der Überlebenden beschäftigt. Sie nahmen sich Hütte für Hütte vor, behandelten die schlimmsten Fälle zuerst, säuberten, desinfizierten die Insassen und überwiesen sie in provisorische Feldlazarette in den besseren Abteilungen des Lagers und in das deutsche Militärkrankenhaus. Erst am 24. April war das Hauptlager vollständig evakuiert. Jede Hütte wurde nach ihrer Räumung niedergebrannt. Die letzte Baracke wurde feierlich am 21. Mai 1945 den Flammen übergeben.

Im September 1945 wurden Kramer und 48 Mitglieder seiner Verwaltung wegen der in Belsen und Auschwitz begangenen Verbrechen vor Gericht gestellt. Am 17. November 1945 wurden er und elf andere zum Tode verurteilt und anschließend hingerichtet. In der Zwischenzeit organisierten sich die jüdischen Gefangenen in Belsen, und das nahegelegene Unterbringungszentrum, in dem sie sich aufhielten, wurde zum Lager für Displaced Persons erklärt. Die jüdischen Überlebenden mußten um ihr Recht auf Anerkennung ihrer spezifischen Bedürfnisse kämpfen, sie bildeten später den Kern der jüdischen DP-Bewegung in der britischen Besatzungszone, die für das Recht der Übersiedlung nach Palästina kämpfte.

Groß-Rosen

Inbetriebnahme am 1. Mai 1941. Erster Kommandant: Max Kögel. Höchstbelegstärke: 125.000. 1940/41 Nebenlager von Sachsenhausen. Industriebetriebe einschließlich eines SS-Steinbruchs. Geschätzte Zahl der Todesopfer: 40.000.

Janowska

Errichtet im Oktober 1943 als Arbeitslager. Erster Kommandant: Gustav Wilhaus. Maximale Belegstärke: 10.000. fünf bis zehn Prozent der Insassen waren polnische, ukrainische und „volksdeutsche“ politische Gefangene. Munitionsfabriken der Deutschen Ausrüstungswerke (DAW). Liquidiert im November 1945. Geschätzte Zahl der Todesopfer: Zehntausende. Benannt nach einer Straße und einem Vorort der galizischen Hauptstadt Lvov, wurde das Lager ursprünglich im Oktober 1941 eröffnet, um die in einer deutschen Munitionsfabrik auf dem Gelände eines Werks in jüdischem Besitz beschäftigten Zwangsarbeiter unterzubringen. Zuvor mußten die Arbeiter täglich zweimal den Weg ins Getto von Lvov zurücklegen. Nach seiner Fertigstellung beschäftigte das Lager der „Deutschen Ausrüstungswerke“ (DAW) etwa 600 Juden unter relativ stabilen Bedingungen. Daneben allerdings befand sich das von der SS geführte „Zwangsarbeitslager“ Lemberg, das schlecht gebaut war und brutal geführt wurde. Das Lager wurde zur Aufnahme von Juden benutzt, die beim Kesseltreiben im Getto von Lvov aufgegriffen worden waren. Die Insassen wurden für verschiedene Zwangsarbeiten wie etwa Straßenreinigung eingesetzt.

Das Lager war von einem doppelten Zaun aus Stacheldraht und einem elektrischen Zaun umgeben. Es wurde von vier Wachtürmen überragt und von einer SS-Abteilung und ukrainischen Hilfsmannschaften bewacht. Das Gelände gliederte sich in einen Ankunftsbereich, in dem die Selektionen stattfanden, eine weiträumiges Gelände mit Baracken und Küchen rund um einen Appellplatz, ein Areal, auf dem sich Krankenstation, Wäscherei und Werkstätten des Lagers befanden, und einen Bereich, wo die Baracken der Aufseher und die Verwaltungsgebäude standen. Das Lager brüstete sich mit einem Orchester, das zum Auszug und Einmarsch der Arbeiter ins Lager Begleitmusik spielte.

Im Frühling und Sommer 1942, während der Massendeportationen von Juden aus Lvov und dem umliegenden Bezirk in das Todeslager Belzec, wurde Janowska als Durchgangslager für Tausende von Juden benutzt. In regelmäßigen Selektionen wurde bestimmt, wer zum Arbeiten am Leben bleiben und wer vom Bahnhof Kleparow in der Nähe nach Belzec verlegt werden würde. Die gängigste Praxis bestand darin, die hungrigen und kranken Gefangenen dazu zu zwingen, um den ersten Lagerbereich herumzurennen, so daß die SS-Ärzte erkennen konnten, wer zu „schwach“ zum Arbeiten war. Nach dem Höhepunkt der Aktionen in Lvov wurden etwa 10.000 Juden im völlig überfüllten Lager Janowska ohne ausreichende Nahrungsmittel festgehalten. Im Endeffekt wurde das Lager ein verlängerter Arm des Vernichtungsapparats in Belzec. Eine große Zahl der für „arbeitsunfähig“ Erklärten oder Erkrankten wurde auf ein an das Lager angrenzendes brachliegendes Gelände geführt, auch bekannt unter dem Namen „die Sande“, wo sie erschossen und in Massengräbern verscharrt wurden. Andere wurden durch tödliche Injektionen ermordet, die ihnen in der „Krankenstation“ des Lagers verabreicht wurden. Am 26. Mai 1943, als 75 Prozent der 10.000 Insassen umgebracht wurden, erreichten die Tötungen ihren Höhepunkt.

In den Jahren 1941/42 konnten die Familien von Juden aus dem Getto von Lvov Gefangenen, die in Arbeitstrupps außerhalb des Lagers beschäftigt waren, Lebensmittel und Medizin zukommen lassen. Das hielt viele am Leben. Auch die Gefangenen organisierten Hilfsmaßnahmen, um die Kranken zu retten, hauptsächlich indem sie sie von den Krankenstationen fernhielten oder für ihre Zuweisung in Arbeitseinheiten wie die „Organisation“ Todt oder den Militärfuhrpark sorgten, wo sie der willkürlichen Gewalt und dem Sadismus der SS-Aufseher weniger ausgesetzt waren. Im November 1943, kurz vor der Auflösung des Lagers, machten Mitglieder des „Sonderkommando“ 1005, die die

Beweise für die Massenmorde durch die „Einsatzgruppen“ vernichten sollten, einen Aufstand. Nur wenigen gelang die Flucht. Es ist nicht bekannt, wie viele Juden in Janowska ums Leben kamen, aber die Zahl geht in die Zehntausende.

Mittelbau-Dora

Inbetriebnahme am 28. Oktober 1944. Von August 1943 bis Oktober 1944 Nebenlager von Buchenwald. Maximale Belegstärke: 34.000. Industriebetriebe, darunter auch geheime Waffenfabriken und V-1-Raketenwerke.

Natzweiler

Inbetriebnahme am 1. Mai 1941. Maximale Belegstärke: 44.000. Gaskammer. Diente zur Internierung von französischen Widerstandskämpfern unter „Nacht-und-Nebel“-Bedingungen, anatomischen und medizinischen Experimenten. Geschätzte Todeszahl: 12.000.

Neuengamme

Inbetriebnahme am 4. Juni 1940. Erster Kommandant: Martin G. Weiß. Maximale Belegstärke: 36.000. Insgesamt aufgenommene Gefangene, einschließlich Nebenlager: 100.000. Ursprünglich ein Nebenlager von Sachsenhausen. Gaskammer zur Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener. „Krankenhaus“, das auf die Ermordung kranker Gefangener und medizinische Experimente an jüdischen Kindern spezialisiert war. Viele Industriebetriebe. Geschätzte Anzahl der Opfer: 56.000.

Plaszow

Inbetriebnahme im Oktober 1942 als Arbeitslager für Juden. Als „Konzentrationslager“ klassifiziert am 11. Januar 1944. Erster Kommandant: Amon Goeth. Maximale Belegstärke: 25.000. Verfügte außerdem über Abteilungen für polnische politische Gefangene und Zigeuner. Heinkel Flugzeugwerke. Befreit am 15. Januar 1945. Geschätzte Zahl der Todesopfer: mindestens 8.000.

Das KL Krakau-Plaszow wurde berühmt durch Thomas Kenneallys Roman „Schindlers Liste“ und den darauf folgenden Film, der zu großen Teilen im Lager gedreht wurde. Es war am Stadtrand von Krakau auf dem Gelände zweier jüdischer Friedhöfe sowie angrenzender Areale, die von Polen beschlagnahmt worden waren, errichtet worden und nahm 1942 als Zwangsarbeitslager den Betrieb auf. Im Januar 1944 wurde Plaszow als „Konzentrationslager“ klassifiziert. Auf seinem Höhepunkt bedeckte das Lager 80 Hektar und hatte einen Umfang von 6,5 Kilometer. Es war von einem doppelten elektrischen Zaun umgeben. Es wurde durch zwei mit ukrainischen Hilfstruppen besetzte Wachtürme bewacht, bis das Lager in das KZ-System eingegliedert und unter die Aufsicht von 600 SS-Wachen gestellt wurde.

Das Lager gliederte sich in mehrere Abschnitte, die Baracken und Verwaltungsgebäude für die Deutschen, Industriebetriebe sowie abgetrennte Bereiche für Polen und Zigeuner enthielten. Männer und Frauen waren getrennt. Nach der Liquidierung des Krakauer Gettos am 13./14. März 1943 wurden 8.000 Juden ins Lager abtransportiert. Im Juli 1943 gab es einen Zustrom polnischer Gefangener und Zigeuner. Die Deportation der ungarischen Juden brachte weitere 6.000 bis 8.000 jüdische Gefangene. Ungefähr 10.000 Polen wurden nach der Niederschlagung des Aufstandes der polnischen Heimatarmee im August 1944 von Warschau nach Plaszow deportiert. Regelmäßige brutale „Selektionen“ führten zu Ermordungen im Lager oder Deportationen nach Auschwitz. Im Mai 1944 wurden 2.000 Juden nach

Birkenau geschickt und ermordet. Im September 1944 wurde der polnische Abschnitt des Lagers „liquidiert“ und die meisten Kämpfer der Heimatarmee wurden hingerichtet. Am 14. Januar 1945 wurde das Lager evakuiert und am nächsten Tag von der Roten Armee befreit. Nach dem Krieg wurde der sadistische Lagerkommandant Amon Goeth auf dem Appellplatz, auf dem er regelmäßig zur Übung Gefangene erschossen hatte, gehängt.

Stutthof

Inbetriebnahme am 13. Januar 1941. Erster Kommandant: Max Pauly. Maximale Belegstärke: 52.000. Anzahl der durchlaufenden Gefangenen einschließlich Nebenlager: 115.000. Offiziell ein „Straflager“ hauptsächlich für Polen. Geschätzte Zahl der Todesopfer: 65.000.

DER HOLOCAUST

Im Reich der Nazis

Den Juden in den nahegelegenen Städten und Gemeinden Polens wie Lodz, Lublin und Warschau wurde gesagt, daß sie „in den Osten umgesiedelt“ würden, und man versprach ihnen Lebensmittel, wenn sie zu den Verladeplätzen kämen und in die Züge stiegen. Als diese Lügen nicht mehr funktionierten, drohte man dem „Judenrat“, und der jüdischen Polizei unter seiner Kontrolle mit der Todesstrafe, wenn diese die täglichen Transportquoten von Juden nicht zustande brachten. Auf diese Weise wurden die größten Zentren der jüdischen Bevölkerung binnen weniger Monate drastisch dezimiert.

In den von den Deutschen besetzten westeuropäischen Ländern wurden die Judenräte im Frühjahr 1941 eingerichtet. Die Juden wurden ohne Schwierigkeiten registriert. Der Vorgang wurde manchmal als vorbereitende Arbeitsmaßnahme kaschiert, und in Kriegszeiten waren es die Menschen ohnehin gewöhnt, aus diesem oder jenem Anlaß registriert zu werden. Ferner fürchteten sie die Bestrafungen bei einem Gang in den „Untergrund“. Der Vorgang der Plünderung und Konzentration folgte bald. Die Juden wurden gezwungen, den Gelben Stern auf ihrer Kleidung zu tragen. Im Sommer 1942 begannen die Razzien, immer mit Unterstützung der lokalen Polizei. Die Juden wurden zunächst in Übergangslager wie Drancy in Frankreich und Westerbork in Holland geschickt. Von dort aus wurden sie mit dem Zug direkt nach Sobibor, Treblinka und Auschwitz gesandt. Die Juden aus Westeuropa konnten zu diesem Zeitpunkt noch relativ einfach deportiert werden, weil nur wenige verstanden, was sich hinter der „Umsiedlung in den Osten“ wirklich verbarg.

1942 wurden ungefähr 2,7 Millionen Juden getötet. Dies war die Periode des Holocaust, in der die meisten Morde begangen wurden. Gleichzeitig mit der Arbeit der Vernichtungslager begannen die Einheiten der SS und der Polizei mit der „Judenverfolgung“ in Polen und Rußland, indem sie die übrigen Gemeindemitglieder erschossen oder deportierten.

Die polnischen Juden antworteten auf die Verfolgung durch die Nazis, indem sie mehr oder weniger erfolgreiche Bestechungsversuche unternahmen, ihre Unterdrücker beschwichtigten und dem Gebet vertrauten. Sie glaubten, daß es das wichtigste sei, zu überleben und nichts zu unternehmen, was ganze Gemeinden bedrohen könnte. Sie wußten auch, daß sie von außen nur wenig Hilfe zu erwarten hatten. Die Beziehungen zwischen den polnischen Juden und Christen waren sehr schlecht, und die Alliierten waren weit entfernt und in der Defensive.

Militanter Widerstand war ein seltenes Phänomen, bis im Sommer 1942 die Massendeportationen begannen. Bis dahin konzentrierten sich die Juden darauf, häufig illegal Lebensmittel für die Gettos zu organisieren. Sie richteten Schulen und kulturelle Organisationen ein, um ihre menschliche Würde zu bewahren. Dies war auch eine Form der Verteidigung. Wann immer möglich versuchten sie, für die Deutschen zu arbeiten, denn sie glaubten dadurch ihre Sicherheit zu vergrößern.

Die Juden im Baltikum und in Rußland, die dem Angriff der „Einsatzgruppen“ ausgesetzt waren, hatten wenig Zeit zu reagieren. Aber als die erste Vernichtungswelle vorüber war, schlossen sich die Jungen zum organisierten Widerstand in den Gettos zusammen. Oft erhielten sie von den Gemeindeführern Hilfe, aber es gab auch Debatten über die Klugheit eines bewaffneten Widerstands.

Nur wenige Juden in den Gettos hatten eine militärische Ausbildung. Die Waffenlieferungen waren äußerst dürftig. Angriffe auf die Deutschen würden zum Rückzug führen und die Kämpfer im Getto konnten die Alten, Frauen und Kinder nicht schützen. Die jungen konnten in die Wälder fliehen oder sich den Partisanen der Roten Armee anschließen, aber die meisten Juden waren dazu nicht in der Lage. Wegen dieses Dilemmas kam der bewaffnete Widerstand erst spät in Gang und umfaßte nur einen geringen Teil der Juden.

Der bewaffnete Widerstand wurde auch von der Weiterentwicklung des Krieges beeinflusst. Die Phase der meisten Judenermordungen, von Juni 1941 bis 1942, fiel mit dem Höhepunkt der Macht der Nazis zusammen. Die Alliierten waren schwach und weit weg. Aufstände wie jener im Warschauer Getto von Januar bis April 1943 waren eher Verteidigungsgesten als Widerstand: Die Kämpfer wußten, daß sie beinahe keine Überlebenschance hatten und ihre Leute nicht beschützen konnten. In späteren Kriegszeiten konnten die russischen Juden aus ihren Gettos fliehen und sich den Partisanen anschließen. Paradoxerweise verstärkte das nahe Kriegsende bei anderen Juden, etwa jenen in Lodz, die Bemühung, weiter mitzuspielen. Die jüdischen Getto-Führer bemühten sich um die beste Lösung. Keine ihrer Möglichkeiten konnte „gut“ sein, weil sie von den Nazis in eine unmögliche, nicht selbstbestimmte Situation gebracht worden waren. So entschloß sich Adam Czerniakow in Warschau zum Selbstmord, als er die Deportationen nicht mehr verhindern konnte. Andere wie Chaim Rumkowski in Lodz glaubten, eine Beschwichtigung der Deutschen und für sie zu arbeiten seien die beste Hoffnung auf Überleben.

Ähnliche Verhaltensmuster entstanden auch in den Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslagern. Die Kommunisten und Sozialisten konnten sich auf das Netzwerk des Widerstandes verlassen, während die Juden isoliert waren. Um zu überleben, mußten die Juden verschiedene Strategien verfolgen. Alter, Gesundheit und Kenntnisse waren wichtig, wenn ein Deportierter die Chance erhalten wollte, zur Arbeit ausgewählt zu werden. Die Art der Arbeit und der Charakter des Kapo oder des Aufsehers waren für die Überlebenschancen entscheidend. Ins Lager geschmuggelte Lebensmittel oder Geld konnten zur Bestechung der Kapos oder Verwalter verwendet werden, um bessere Arbeit zu erhalten.

In den Lagern, in denen sich die Insassen als Gruppe über einen längeren Zeitraum stabilisieren konnten, entwickelten sich Netzwerke des Widerstandes. Es war lebenswichtig, kranken Mitgefangenen zu helfen, damit diese nicht erkannt wurden und bei der „Auswahl“ durchfielen. In Lagern wie Plaszow und Janowska konnten durch Untergrund-Netzwerke manchmal extra Lebensmittel oder Arzneien für die Schwachen oder Kranken beschafft werden. Aber oft kam diese Hilfe zu spät oder war überhaupt unmöglich.

Theresienstadt und Bergen-Belsen waren ungewöhnliche Lager, denn hier wurden „privilegierte Juden“ untergebracht. Ursprünglich war es den Familien erlaubt, zusammenzuleben. Die Lebensmittel waren hier besser und die Arbeit nicht so hart. Aber ab 1942 fuhren auch von Theresienstadt die Züge in die Vernichtungslager ab. Die kulturellen Aktivitäten und die Selbsthilfe-Initiativen waren eine gefährliche Illusion. In Belsen verschlechterten sich die Bedingungen 1944 ernsthaft, als es in ein Konzentrationslager umgewandelt wurde. Doch die besser gestellten Gefangenen taten ihr Möglichstes, um den Schwächeren zu helfen und die Jüngeren von dem Horror des Lagers fernzuhalten.

DER HOLOCAUST

Im Reich der Nazis

Der „Judenrat“

Die jüdischen Räte wurden von den Nazis einberufen, um die Politik der Nazis gegenüber den Juden auf einfachere Weise durchzusetzen. Sie dienten von Anfang an dazu, die jüdischen Gemeinschaften zu unterlaufen und wurden später dazu benutzt, den Völkermord zu verschleiern. Die anderen Funktionen, die sie mit der Zeit übernahmen, mußten gegen die Intentionen der Nazis durchgesetzt werden, obwohl diese Operationen gelegentlich toleriert wurden, zumindest dann, wenn sie auch den Interessen der Nazis entgegenkamen. Ihrem eigentlichen Zweck nach waren die Judenräte jedoch ein Mittel der Zerstörung in den Händen der Nazis.

Die Errichtung der Judenräte in Polen wurde von Heydrich in einem Befehl vom 21. September 1939 an die „Einsatzgruppen“ und die SS-Polizeichefs weitergeleitet. In einem Erlaß von Hans Frank in der General-Regierung wurde dies am 18. November 1939 wiederholt. Die Räte sollten aus Rabbis oder anderen führenden Personen aus den Gemeinschaften gebildet werden und zwölf Mitglieder für Gemeinden mit 10.000 Personen sowie 24 für Gemeinden mit über 10.000 Personen umfassen. Die Räte sollten eine Volkszählung unter der jüdischen Bevölkerung durchführen und dabei helfen, die jüdische Bevölkerung von einem Gebiet in ein anderes zu übersiedeln sowie Zwangsarbeiter für die Deutschen zu rekrutieren und die Lebensmittelrationierung zu überwachen. Die Ratsmitglieder und Vorsitzenden sollten per Wahl bestimmt werden, wurden aber meist von den SS-Offizieren oder lokalen Behörden eingesetzt, die unter deutscher Kontrolle standen.

In Polen stellten die Judenräte zwischen 1939 und 1940 eine Kontinuität zu den jüdischen Kommunalregierungen vor dem Krieg dar. Die jüdischen Gemeinschaften wünschten eine Repräsentation und jüdische kommunale Aktivisten boten ihre Dienste als Vermittler zwischen Deutschen und Juden an. In den baltischen Staaten und in Rußland gab es zwischen 1941 und 1942 nur wenige „natürliche Führer“ da die Gemeinschaften in der Zeit der russischen Besatzung zwischen Juli 1940 und Juni 1941 verfolgt wurden.

Die meisten jüdischen Führer, die eingesetzt wurden oder sich freiwillig zur Verfügung stellten, waren erfahrene Mitarbeiter der Gemeinden, die in dem Glauben handelten, das Beste für ihr Volk zu tun. Aber es gab auch Fälle von Opportunismus und Korruption. Als die Massendeportationen begannen und die ersten Kader der Führungsgremien entweder ermordet oder getötet worden waren, weil sie den Nazis die Gefolgschaft verweigert hatten, nahm das Niveau in den Gremien ab. Die Positionen der Autoritäten wurden häufig durch korrupte Personen besetzt oder durch Flüchtlinge, die keine lokalen Anbindungen oder Sympathien besaßen.

Die ursprüngliche Aufgabe der Räte in Polen war es, für jene zu sorgen, die durch die Kämpfe heimatlos geworden waren beziehungsweise durch deutsche Politik vertrieben wurden. Sie führten eine Volkszählung unter der jüdischen Bevölkerung durch, organisierten den Nachschub von Lebensmitteln und richteten Organisationen ein, die für die Armen, Arbeitslosen, Kranken und Alten sorgten. Schon sehr früh wurden sie auch dazu gezwungen, Männer für die Zwangsarbeit auszuwählen. Je mehr die

Kontrolle durch die Nazis zunahm, desto mehr wurden die Räte dafür verantwortlich gemacht, Steuern und Abgaben einzutreiben, das Vermögen und Eigentum der Juden zu konfiszieren, jüdische Wohnungen zuzuteilen und die Ordnung in den Gettos aufrecht zu erhalten. In Zeiten von Epidemien, wie im Winter 1940/41 in Warschau, spielten sie eine wichtige Rolle bei der Versorgung mit sanitären Einrichtungen und der Gesundheitsfürsorge.

Zwischen 1940 und 1941 wuchsen die Räte in Polen an und wurden damit auch umfassender. Der Rat von Lodz beschäftigte 12.800 Arbeiter in neun Abteilungen mit 73 Büros. In Warschau arbeiteten 6.000 Personen in 30 Abteilungen. In Lvov waren 4.000 Personen in sechs Abteilungen angestellt. Zwischen 1941 und 1942 beschäftigte der „Judenrat“ von Wilna 1.050 Mitarbeiter. Die Anstellung in einem Büro des Rates war hoch geschätzt, denn sie stellte Lebensmittelrationen sicher und galt als Sicherheitsmaßnahme gegen mörderische „Übergriffe“ und die späteren Massendeportationen. Die Anstellung in den Abteilungen für Arbeit, Finanzen und Rationierung bot auch Raum für Korruption und persönliche Bereicherung, damals keine Seltenheit.

Ein großer Teil der Angestellten des Getto-Rates bestand aus den Polizeikräften des Gettos. In Warschau gab es 2.000 Polizisten, in Lodz 800, in Lvov 500, in Kowno 200 und in Krakau 150. Offensichtlich stammten die ersten Rekruten der Kleinen Streitkräfte aus anderen Gettos. Ihre Rolle beschränkte sich anfänglich darauf, die jüdischen Arbeitseinheiten zu begleiten, die Tore der Gettos zu kontrollieren, Geldabgaben einzusammeln, sanitäre Maßnahmen zu unterstützen und der Korruption Einhalt zu gebieten.

Als die Deportationen begannen, wurde ihre Rolle noch zwiespältiger. Um die von den Nazis auferlegten Quoten für die Deportierten einzuhalten, beteiligten sich jüdische Polizisten an der Verfolgung derjenigen Juden, die nicht freiwillig am Versammlungspunkt erschienen waren.

Die jüdische Polizei bestand aus idealistischen jungen Männern. Einige dachten, sie könnten der Gemeinschaft dienen, junge Zionisten erhofften sich hier eine militärische Ausbildung. Andere waren kriminell und bestechlich. Als ihre Pflichten immer weniger akzeptabel wurden, verließen viele ihre Reihen, aber die Deutschen ersetzten sie durch Juden, die für ihre Brutalität und Korruption bekannt waren.

Einige Ratsführer glaubten, sie könnten die Lebensbedingungen in den Gettos verbessern, wenn sie den Deutschen zeigten, daß die Juden Fähigkeiten besaßen, die für sie von Nutzen waren. zum Beispiel boten Chaim Rumkowski in Lodz, Moshe Merin in Sosnowiec, Jacob Gens in Wilna und Efraim Barasz in Bialystok den Deutschen die Zwangsarbeiter aus dem Getto gegen Lebensmittel und erhofften Schutz. Selbst nach den ersten Deportationen hofften sie noch, daß „wichtige Arbeit“ wenigstens einige Juden schützen würde. Bis zu einem gewissen Grad hatten sie damit auch recht. Das Getto von Lodz wurde erst aufgelöst, als die Rote Armee im August 1944 nur noch 100 Kilometer entfernt war.

Doch die Arbeit des Rates vermittelte den Juden auch den falschen Eindruck, daß sie ihr Schicksal in der Hand hätten. Zwischen 1941 und 1942 bestärkten die halbwegs tolerierten Schulen, Theater, Waisenhäuser und Wohlfahrtseinrichtungen die Juden in dem Glauben, daß nach dem ersten Ansturm eine Art Normalität erreicht worden sei. Man befürchtete, daß der Widerstand gegen die Nazis diese zerbrechliche Stabilität gefährden und Repressionen auslösen würde. In Wilna zwang Jacob Gens den Anführer der Untergrundbewegung, sich selbst den Nazis auszuliefern, um nicht den Zorn auf das ganze Getto zu ziehen. In Warschau erklärte die Untergrundbewegung der Gettopolizei den Krieg und betrachtete die Mitglieder des Rates als Kollaborateure. In Bialystok drückte Efraim Barasz gegenüber dem Widerstand jedoch ein „Auge zu“. In den Gettos von Kowno und Minsk leistete der Judenrat aktive Unterstützung für die Untergrundbewegung.

Die lähmendste Periode der sogenannten jüdischen „Selbstverwaltung“ setzte mit den Massendeportationen von 1942/43 ein. Einige jüdische Führer verweigerten die Zusammenarbeit: Einige töteten sich selbst und viele wurden aufgrund ihrer Weigerung erschossen. Einige wie Adam Czerniakow in Warschau begingen Selbstmord, als sie realisierten, daß die Kooperation ihnen keine Möglichkeit gab, besonders verletzte Gruppen, wie zum Beispiel Kinder, zu retten. Viele „Judenräte“ glaubten, es sei akzeptabel, einige Juden auszuliefern, um andere zu retten. Die Rabbis wurden häufig gebeten, eine Antwort auf diese schreckliche Frage zu geben. In Wilna und Kowno waren die Meinungen geteilt, aber einige führende Rabbis glaubten, in den jüdischen Gesetzen eine Grundlage dafür zu finden, daß es legitim sein, so viele zu retten wie nur möglich, auch um den Preis einiger oder vieler Leben.

Auch in Westeuropa wurden Judenräte errichtet: die „Reichsvereinigung“ in Deutschland und Österreich, die Union Generale des Israelites de France, die Association des Juifs in Belgien; die Joodse Raad in Amsterdam. Es gab auch interne jüdische Verwaltungen in der Slowakei, in Rumänien und Saloniki sowie nationale und lokale Räte in Ungarn.

Nach dem Krieg wurden die Judenräte mit bitteren Beschuldigungen konfrontiert und einige von halboffiziellen jüdischen Tribunalen verurteilt. Sie waren auch Opfer vieler schlecht informierter Kommentare. Es wurde angenommen, der „Judenrat“ hätte aus Kollaborateuren bestanden, die die Aufgaben der Nazis übernommen hatten. Die Korruption und der Größenwahn einiger weniger wurde auf alle übertragen. Es hieß sogar später, ohne Judenrat hätten mehr überlebt, wenn diese ungeordnet auf das Land geflohen wären. Genaue Untersuchungen haben jedoch gezeigt, daß etwa zwei Drittel der führenden Mitglieder der Judenräte in Polen die jüdische Resistance unterstützen, ihre Ämter niedergelegt hatten, entfernt wurden oder sich selbst als Geste des Widerstandes getötet hatten. Auch darf nicht vergessen werden, daß die „Einsatzgruppen“ 1.25 Millionen Juden getötet hatten, ohne Judenräte eingerichtet zu haben. Nachdem die Deportationen aus den Gettos begonnen hatten, spielte die jüdische Führungsschicht keine Rolle mehr. In Osteuropa starben 80 Prozent der offiziellen Getto-Führung während der Deportationen, wurden für ihre Weigerung, den Anweisungen der Nazis zu folgen, erschossen oder begingen statt dessen Selbstmord. Sie wurden durch leichter lenkbare Personen ersetzt.

Es muß als unwahrscheinlich angesehen werden, daß die Nazis eine Situation, in der sich Hunderttausende von Juden frei in Polen, dem Baltikum und Ungarn bewegen, toleriert hätten. Wie hätten diese Juden Unterkunft oder Nahrung erhalten? Nur aufgrund der Tatsache, daß es keine lokale jüdische Führung gab, hätten sich die Nazis nicht von den Massenmorden abhalten lassen. Auch falsche Entscheidungen der jüdischen Führung wurden mit der besten Absicht gefällt, in einer unmöglichen Situation, an deren Entstehen sie gänzlich unschuldig waren.

DER HOLOCAUST

Im Reich der Nazis

Leben und Sterben in den Gettos

Kovno

Die Lebensspanne der Gettos, die nach Juni 1941 von den siegreichen Deutschen in den ehemals von der Sowjetunion besetzten polnischen Gebieten, in den baltischen Staaten und in der UdSSR selbst errichtet worden waren, war von viel kürzerer Dauer.

Das Getto von Kovno wurde am 11. Juli 1941 errichtet; seit Beginn der deutschen Besatzung hatten die Nazis 8.000 der 30.000 in Kovno lebenden Juden ermordet. Etwa 3.800 wurden während eines Pogroms von Litauern am 25. und 26. Juli umgebracht; die übrigen wurden im Neunten Fort, einem Teil der alten Stadtbefestigung, erschossen. Das Getto wurde am 18. August 1943 geschlossen und in zwei Teile geteilt. Etwa 9.000 Menschen wurden aus dem „kleinen Getto“ geholt und nach einer „Auswahl“ am 28. Oktober 1943 im Neunten Fort erschossen.

Dr. Elkes, der Vorsitzende des jüdischen Rates, versuchte Juden zu retten, indem er an die Zivilbehörden appellierte, die ihre Arbeit und Fähigkeiten schätzten. Etwa 10.000 arbeiteten zwischen 1942 und 1943 in verschiedenen Bereichen für die Deutschen. Sie unterstützten etwa 8.000 Frauen, Kinder und alte Leute. Aber Elkes tolerierte auch eine aktive Untergrundbewegung und ermutigte zum Bau von Bunkern. Während des Frühlings und Sommers 1943 begannen die Nazis damit, die kleinen Gemeinden und Gettos um Kovno aufzulösen.

Im Oktober 1942 wurden die Alten und Kranken für die Deportation nach Auschwitz „ausgewählt“. Von da ab bis April 1943 fanden regelmäßige „Aussortierungen“ statt. Die Bevölkerung des Gettos wurde auf 8.000 reduziert. Das Getto wurde im Juli 1944 komplett aufgelöst und die überlebende Bevölkerung in die Konzentrationslager nach Deutschland geschickt.

Lodz

Die jüdische Bevölkerung von Lodz belief sich auf 160.000. Die Stadt war ein wichtiges Industrie- und Textilzentrum, das die Deutschen begeistert ausbeuteten. Zunächst plünderten sie die jüdischen Unternehmen. Dann brachten Sie „Experten“ zur Überwachung in das Gebiet, um ein jüdisches Viertel zu errichten und organisierten den notwendigen „Transfer“ der Bevölkerung. Am 8. Februar 1940 wurde die Eröffnung des Gettos angekündigt und bis 30. April 1940 - als die Arbeiten abgeschlossen waren - wurden Tausende von Polen, Deutschen und Juden von einer Zone in eine andere verlegt. Die Grenzen des Gettos waren befestigt und bewacht und die interne Verwaltung dem jüdischen Rat übertragen, dessen Vorsitzender Chaim Rumkowski war. Rumkowski befahl den Juden, alle verfügbaren Materialien zu verwenden, um Waren für die Deutschen zu produzieren. Er erklärte den Deutschen, daß das Getto über Werkstätten und ausgebildete Arbeiter verfüge, und bot ihnen ein Tauschgeschäft gegen Nahrung, Medikamente und Rohmaterialien an. Bis Oktober 1940 akzeptierte die deutsche Verwaltung dieses Arrangement und erlaubte Rumkowski eine wirtschaftliche Organisation aufzubauen, um Importe

und Exporte des Gettos zu handhaben. Zunächst hofften die Nazis, die Juden würden sowieso an Hunger sterben und erachteten das Getto als Übergangseinrichtung. Aber bis 1941 war es zu einer Quelle des Profits und Einflusses der Oberherren über das Getto geworden.

Innerhalb etablierte Rumkowski ein autoritäres, aber wohlgesonnenes Regime. Er ordnete an, das gesamte Geld und Vermögen aus dem Getto dem jüdischen Rat für den Kauf von lebensnotwendigen Dingen und Nahrung zu überlassen. Im Gegenzug organisierte er eine zentrale Lebensmittelverteilung. Etwa 100.000 Juden waren so arm, daß sie von diesen Suppenküchen abhängig waren. Im Sommer 1940 führten die Lebensmittelrationierungen zu Hungeraufständen. Rumkowski hielt die Ordnung mit Hilfe der jüdischen Polizei aufrecht und unterhielt ein Getto-Gefängnis. Aber er etablierte auch ein Netzwerk von Schulen und Waisenhäusern und wies die Schüler an, ein Archiv aufzubauen, in dem das tägliche Leben minutiös festgehalten wurde. Das Tagebuch aus dem Getto von Lodz wurde nach dem Krieg eine Hauptquelle für die Historiker.

Die großen Deportationen aus den polnischen Gettos begannen im Januar 1942. Als diese Ende 1943 abgeschlossen waren, war das autonome Gemeinwesen aus den Gettos gewichen. Danach waren sie vor allem Arbeitslager, auf dem Grund und Boden der ehemaligen Gettos. Zwischen dem 16. Januar und dem 16. Juni 1942 wurden 55.145 Juden von Lodz nach Chelmno deportiert. Doch von Ende 1942 bis Mitte 1944 stabilisierte sich die Situation und Rumkowskis Politik des „Arbeitens um zu Leben“ schien aufzugehen. Als im Juni 1944 die Rote Armee nach Ostpolen vorrückte, gab es in Lodz noch 76.000 Juden. Doch die Deutschen begannen im Juli 1944 das Getto aufzulösen. Etwa 7.000 wurden für die Arbeit andernorts ausgewählt, die übrigen wurden nach Auschwitz geschickt, wo sie ermordet wurden. Rumkowski wurde am 29. August 1944 mit dem letzten Transport nach Auschwitz geschickt.

Piotrkow

Der erste Versuch, in Polen ein Getto aufzubauen, fand im Oktober 1939 in Piotrkow bei Lodz statt. Piotrkow liegt in der Warthegau, einem von den Deutschen annektierten Gebiet.

Die jüdische Bevölkerung von Piotrkow belief sich zunächst auf 10.000, wuchs aber durch Flüchtlinge und Juden, die aus den Außengebieten vertrieben wurden, auf 30.000 an. Kurz nach ihrer Ankunft richteten die Deutschen einen jüdischen Rat ein, erhoben Bußgeld und Steuern auf die Juden, plünderten ihr Eigentum und stahlen ihre Geschäfte. Der jüdische Rat mußte mit Tausenden von Flüchtlingen zurechtkommen und für jene Juden sorgen, deren Arbeitsplätze und Geschäfte eingezogen worden waren. Ferner mußte er junge Juden zur Zwangsarbeit entsenden. Im Winter 1940/41 brach eine Typhusepidemie aus, die einzudämmen war. Die großen Deportationen aus den polnischen Gettos begannen im Januar 1942. Als sie Ende 1943 abgeschlossen waren, hatten die Gettos als autonome Gemeinschaften aufgehört zu existieren. Sie waren nun im wesentlichen Arbeitslager. Die große Deportation von 22.000 Juden aus Piotrkow fand am 15. Oktober 1942 statt; es blieben nur einige tausend Arbeiter im Arbeitslager zurück.

Theresienstadt

Theresienstadt oder Terezin, im Nordwesten der Tschechoslowakei war eine ehemalige Garnisonsstadt, die von großen Verteidigungsanlagen umgeben war. Seit Juni 1940 wurde das angrenzende „kleine Fort“ als Gefängnis der „Gestapo“ benutzt. Die Garnisonsstadt selbst wurde Anfang 1941 als Stätte für die Konzentration von Juden aus Böhmen, Mähren und von Juden aus bestimmten Klassen des Reiches

ausgewählt. Es war der Plan, ein „Vorzeige-Getto“ zu errichten, das man der Welt zeigen wollte, um den Anschuldigungen, die Juden würden schlecht behandelt, entgegenzutreten.

Ende 1941 kamen die ersten Juden aus Prag. Bis Mai 1942 waren 28.887 von ihnen in Theresienstadt. Um Platz für sie zu schaffen, wurde die einheimische Bevölkerung gewaltsam vertrieben. Aber die Insassen wurden auch aus dem Lager deportiert, um Platz für andere zu schaffen. Im Januar 1942 brachte der erste Deportationszug Juden nach Riga, wo sie bald ermordet wurden. Bis November 1942 gab es 53.000 Gefangene auf einem Gebiet von 125.000 Quadratmetern. Die Bevölkerung der Stadt vor dem Krieg belief sich auf 3.000 Personen. Die Insassen lebten in langen Ziegelbarracken und Garnisonshäusern. Sie mußten kilometerlange Wasserrohre verlegen, das sanitäre System verbessern und eine Nebenstrecke in das Lager verlegen, in dem die Züge mit den Neuankömmlingen einfuhren beziehungsweise Weitertransporte nach dem „Osten“ stattfanden. Das Lager wurde von einem von den Nazis bestellten Ältestenrat geführt. Dieser wies die Quartiere und Arbeitspflichten zu und stellte die Deportationslisten auf. Im Lager wurde ein Altenheim und ein Krankenhaus betrieben. Mitte 1943 lebten über 3.000 Kinder im Getto und für die Erziehung wurden spezielle Anstrengungen unternommen. Es gab ein Weisenhaus, eine Schule, eine halb verheimlichte Musikakademie und Kunstklassen. Die Juden waren in verschiedenen Handwerksbereichen tätig, um den deutschen Bedarf zu decken. Es gab ein aktives kulturelles Leben entsprechend der Anzahl der inhaftierten Künstler und Musiker aus Prag. Als Vermächtnis hinterließen sie einige herausragende musikalische Werke. Im Juli 1944 durfte eine Delegation des Roten Kreuzes das Lager besichtigen. Ihr Rundgang wurde von der SS gefilmt und zur Propaganda verwendet. Die „Darsteller“ wurden ein paar Tage später ermordet. In den letzten Kriegswochen kehrte das Rote Kreuz zurück und konnte 1.600 Insassen evakuieren und in neutrale Länder bringen.

Doch hinter der Fassade der Normalität war das Camp nur eine Durchgangsstation in die Vernichtungslager und Gettos im Osten. Zwischen dem 24. September 1941 und dem 20. April 1945 wurden 140.000 Juden nach Theresienstadt gebracht. Davon waren 75.000 Tschechen, 42.000 Deutsche, 15.000 Österreicher, 5.000 Holländer, 1.000 Polen, 1.500 Ungarn und 500 Dänen. Etwa 33.000 Juden starben wegen schlechter Behandlung, Krankheit oder Unterernährung in diesem Lager. Zirka 88.000 wurden in Gettos und Vernichtungslager deportiert; davon überlebten nur 3.000. Zur Zeit der Befreiung waren 19.000 Juden im Lager, viele von ihnen waren in den letzten Kriegswochen aus anderen Lagern hierher gebracht worden.

Warschau

Warschau, mit seiner jüdischen Bevölkerung von 300.000, einem Drittel der Gesamtbevölkerung der polnischen Hauptstadt, stellte die Deutschen vor besondere Probleme. Sie versuchten zunächst im Oktober 1939 ein jüdisches Quartier zu errichten, aber diese Aufgabe war zu kompliziert. Weitere Anstrengungen wurden 1940 unternommen, als eine Typhusepidemie einen Vorwand lieferte. Schließlich wurden Experten geholt und die Erfahrungen von Lodz übernommen: 113.000 Polen wurden aus dem jüdisch ausgewiesenen Gebiet umgesiedelt und 138.000 Juden aus anderen Vierteln dorthin gebracht. Der Transfer der Bevölkerung fand zwischen dem 14. Oktober 1940 und dem 16. November 1940 statt als das Getto abgeriegelt wurde. Etwa 360.000 bis 400.000 Menschen wurden hinter einer 13 Kilometer langen und vier Meter hohen Mauer gefangen gehalten. Nun lebten 30 Prozent der Bevölkerung von Warschau auf 2,4 Prozent des Stadtgebiets: auf 200 Hektar, von denen nur

150 Hektar aus Wohngebäuden bestand. Die Bevölkerungsdichte betrug 150.000 pro Quadratkilometer. Weitere 130.000 Flüchtlinge wurden im Getto untergebracht, ehe die Bevölkerung im März 1941 mit 445.000 ihren Höhepunkt erreichte.

Der jüdische Rat unter dem Vorsitz von Adam Czerniakow mußte die Umwandlung in ein Getto organisieren. Sobald das Getto abgeriegelt war, organisierte der Rat Suppenküchen, Schulen, Unterkünfte, Arbeitsvermittlungen, kulturelle Aktivitäten und ein Archiv. Er versuchte, den Bewohnern Steuern aufzuerlegen, um für die sozialen und pädagogischen Belange aufkommen zu können. Einige Gelder wurden vom amerikanischen Joint Distribution Committee übersandt. Eine jüdische Polizei aus 1.000 und später 1.600 Mann wurde gebildet, um die innere Ordnung und die sanitären Reglementierungen zu gewährleisten. Sie spielte auch eine wichtige Rolle beim Schmuggel.

Die Rationen, die von den Deutschen für das Getto vorgesehen waren, lassen sich kaum als angemessen bezeichnen. Deutsche erhielten 2.613 Kalorien pro Tag, Polen 699 und Juden sollten mit nur 184 Kalorien am Tag auskommen. Es war das Ziel, den Tod durch Verhungern und durch Krankheiten aufgrund von Unterernährung zu erreichen. Die Bewohner mußten daher auf dem Schwarzmarkt schmuggeln, um zu überleben. Czerniakow befürwortete auch eine Politik des Handels mit den Deutschen und Polen, um für das Getto ein Einkommen zu erzielen.

Zuerst verwerteten die Juden alles Material an Metall und Holz, das sie finden konnten. Bis Dezember 1940 war die deutsche Verwaltung so von den Fertigkeiten und der Produktivität der Juden beeindruckt, daß sie eine Transferstelle einrichtete, um die ökonomischen Beziehungen zwischen dem Getto und der Außenwelt zu regulieren. Die Transferstelle lieferte Lebensmittel und Rohmaterial für das Getto und vermarktete im Gegenzug dessen Produkte. Alles lag in den Händen der Arbeitskraft und der Unternehmen innerhalb des Gettos. Doch es war ein schwerfälliges System und im März 1941 erlaubten die Deutschen den deutschen Unternehmern innerhalb des Gettos Werkstätten zu errichten, für ihre eigenen Rohstoffe zu sorgen und direkt mit den Arbeitskräften zu verhandeln.

Der Winter 1940/41 war für die Armen, Arbeitslosen, Kranken und Alten schrecklich. Bis Ende 1941 waren 43.000 Menschen im Getto an Krankheit und Hunger gestorben. Aber danach stabilisierte sich die Bevölkerung. Für die Reichen, für jene mit Arbeit und jene in der gehobenen Getto-Bürokratie, nahm das Leben sogar eine Art Normalität an. Es gab Restaurants und Nachtclubs im Getto ebenso wie ein blühendes kulturelles Leben. Politische Parteien und Jugendbewegungen entwickelten sich und nahmen zu. Zur selben Zeit starben in den Straßen pro Woche Hunderte von Bettlern. Im Oktober 1941 wurden die Rationen weiter reduziert und im Winter 1941/42 brach eine neue Typhusepidemie aus und kostete Tausenden das Leben. Insgesamt starben 61.000 Juden von 1. Januar 1941 bis zum Beginn der Deportationen im Juli 1942.

Die großen Deportationen aus den polnischen Gettos begannen im Januar 1942. Als sie Ende 1943 abgeschlossen waren, hatten die Gettos ihren Status als autonome Gemeinschaften verloren. Sie waren nun Arbeitlager auf dem Boden der ehemaligen Gettos.

Die Deportationen von Warschau über den „Umschlagplatz“, einer Eisenbahnstation nahe dem Getto, fingen am 22. Juli 1942 an. Als er merkte, daß es keinen Ausweg mehr gab, beging Czerniakow Selbstmord. Bis 12. September 1942 wurden 236.000 Juden von Warschau nach Treblinka transportiert und dort ermordet.

Beinahe täglich schickten die Nazis 10.000 bis 12.000 Menschen aus dem Getto. Zuerst ließen sie die Menschen am „Umschlagplatz“ antreten und versprachen ihnen Lebensmittel, später wurden sie von

der deutschen und jüdischen Polizei aus dem Getto getrieben. Etwa 10.000 wurden in den Straßen oder in ihren Verstecken auf dieser Menschenjagd erschossen. Die insgesamt 65.000 Überlebenden, von denen nur 35.000 Papiere und Arbeit für eine Aufenthaltserlaubnis im Getto besaßen, verbrachten bis Januar 1943 eine relativ ruhige Zeit. Dann begannen die Deportationen von Neuem. Doch diesmal trafen die Deutschen auf Widerstand. Bis zum April 1943 hielten sich die Deutschen zurück, dann nahmen sie das Getto mit Gewalt ein und entzündeten die größte Gettorevolte des Krieges.

Wilna

Die Lebensspanne der Gettos, die nach dem Juni 1941 von den siegreichen Deutschen in den ehemals von der Sowjetunion besetzten polnischen Gebieten, in den baltischen Staaten und in der UdSSR selbst errichtet worden waren, war von kurzer Dauer.

Die jüdische Bevölkerung von Wilna betrug 60.000, als die Stadt in deutsche Hände fiel. Zwischen Juni und November 1941 wurden etwa 40.000 Wilna-Juden im Ponari-Wald erschossen. Am 6. September 1941 wurden zwei Gettos errichtet. Das erste beherbergte 30.000 ausgebildete Arbeiter und jene, die als „produktiv“ eingestuft wurden. Im zweiten lebten die 11.000 „unproduktiven“ Menschen. Diese wurden bald zusammen mit 6.000 Juden erschossen, die im Gefängnis von Wilna einsaßen. Das Hauptgetto wurde von einem jüdischen Rat mit dem Vorsitzenden Jacob Gens verwaltet. Er glaubte, wenn die Juden für die Deutschen arbeiteten und die „nicht-produktiven“ Menschen ausgeliefert würden, hätten die anderen eine Überlebenschance.

Im Jahr 1943 war das Getto ein wichtiges Produktionszentrum für die deutsche Armee mit 14.000 Angestellten. Es hatte den Anschein als hätte die skrupellose Linie von Gens Erfolg. Doch im August 1943 begannen die Nazis damit, das Getto aufzulösen. Etwa 9.500 Arbeiter wurden in Arbeitslager verschickt. Die Frauen und Kinder wurden erschossen oder in Todeslager geschickt. Nur 3.900 überlebten in den verschiedenen Arbeitslagern. Gens wurde am 14. September 1943 erschossen, zehn Tage vor der endgültigen Auflösung seines Gettos.

DER HOLOCAUST

Im Reich der Nazis

Retter und Rettungsversuche

Während des Holocaust kamen viele Nicht-Juden aus ganz Europa den Juden zu Hilfe. In der freien Welt gab es einzelne und Gruppen, die auf Rettungsmaßnahmen drängten. Einige Vorschläge wurden von den Regierungen angenommen.

Jede Geste der Unterstützung war gefährlich. Zu der Zeit als die Juden gettoisiert und gezwungen wurden, den gelben Judenstern zu tragen, kündigten die Nazis drakonische Strafen bis hin zur Todesstrafe für alle jene an, die Juden halfen oder sie versteckten. Über 870 Polen wurden exekutiert, weil sie zwischen 1939 und 1944 Juden geholfen hatten.

Nur wenige brachten genügend Mut und moralische Verantwortung auf, um derartige herausfordernde Aktionen zu unternehmen. Es war auch notwendig, die richtigen Mittel für solche Operationen zur Hand zu haben: ein gutes Versteck, Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser sowie Geld. Ein Helfer mußte sicher sein können, daß er den Familienmitgliedern trauen konnte, damit das Geheimnis bewahrt blieb. Mit anderen Worten, es war extrem schwierig, ein einzelnes Leben zu retten, ganz zu schweigen von einer Familie oder einer Gruppe von Juden.

An einigen Orten, zum Beispiel in dem protestantischen Dorf Le Chambon-sur-Lignon in Frankreich, konspirierten ganze Ortschaften, um Juden zu beschützen oder zu verstecken. In Polen wurde 1942 vom Untergrundkomitee Żegota ein Rat zur Hilfe der Juden eingerichtet, der zum Ziel hatte, den Juden in den Gettos beizustehen und anderen bei der Flucht zu helfen. Der polnische Untergrundkurier Jan Karski erhob es zu seiner persönlichen Mission, die polnische Exilregierung und westliche Regierungen über das Schicksal der Juden zu informieren und bat diese um Hilfe für die Juden.

Im berühmten Fall von Oskar Schindler errichtete ein Mann ein Lager, um dort seine jüdischen Fabrikarbeiter zu beherbergen. Es gelang ihm, über 1.100 Juden bis nach dem Krieg zu retten. Dänemark ist ebenfalls ein außerordentliches Beispiel für Hilfe. Im Oktober 1943 organisierte der gesamte dänische Untergrund, mit der Unterstützung eines Großteils der Bevölkerung, die Evakuierung von über 8.000 Juden in das neutrale Schweden, beinahe die gesamte jüdische Einwohnerschaft des Landes.

Widerstandsbewegungen und Partisanengruppen, gewährten den Juden je nach eigener politischer Orientierung mehr oder weniger große Gastfreundschaft. Gelegentlich engagierten sie sich auch in militärischen Operationen, um den Juden in den Gettos zu helfen. Die polnische Heimatarmee lieferte einige Waffen an den jüdischen Untergrund in Warschau und die kommunistische Volksarmee führte eine Operation aus, bei der einige der überlebenden Gettokämpfer auf die „arische Seite“ wechseln konnten. Die Partisanen der Roten Armee unterstützten die jüdischen Widerstandsbemühungen im Getto Bialystok. Von 1944 bis 1945 setzten die Alliierten 19 palästinensisch-jüdische Freiwillige in der besetzten Slowakei, in Ungarn, Rumänien, Italien und Österreich ab. Ihre Aufgabe war es, sowohl Spionage für die Alliierten zu betreiben, als auch bei der Organisation des Widerstandes oder von Fluchtprojekten für die überlebenden Juden Hilfe zu leisten.

Diplomaten spielten bei der Rettungsarbeit eine wichtige Rolle. Der portugiesische Konsul in Frankreich, Aristedes de Sousa Mendes, half Hunderten von Juden aus Frankreich heraus, indem er die notwendigen Reisedokumente ausstellte. Sempo Sughira, der japanische Konsul in Kowno, spielte dort eine ähnliche Rolle und ermöglichte es Hunderten von Flüchtlingen, das sichere Shanghai zu erreichen. Raoul Wallenberg, ein schwedischer Diplomat, der in Diensten des US War Refugees Board in Budapest stand, rettete 1944 Tausende von Leben, indem er den Juden sichere Ausweise verschaffte und „sichere Häuser“ einrichtete, die unter dem Schutz neutraler Staaten oder internationaler Organisationen wie dem Roten Kreuz standen.

Die Motive waren sehr unterschiedlich. Gelegentlich waren Einzelpersonen engagiert, weil ihre Moral oder ihr Verständnis vom Christentum ihnen dies gebot. Manche waren politisch dazu erzogen worden, Brüderlichkeit und Solidarität zu beweisen. Wieder andere waren Philo-Semiten und mochten die Juden und deren Leben. Es gab auch Anti-Semiten, die jüdische Leben retteten, weil sie gegen die Nazis waren und den Widerstand der Juden als Bestätigung ihres Nationalstolzes gegen die fremde Besatzung unterstützten. Ein großer Teil dieser Geretteten waren Kinder, die von ihren Eltern in christliche Familien gebracht worden waren. Nach dem Krieg waren diese „versteckten Kinder“ häufig das Objekt von Streitigkeiten, weil die Stiefeltern sie nicht mehr zurückgeben wollten. Einige waren Christen geworden, und wiesen ihre leiblichen Eltern ab.

Viele Jahre vergingen, ehe die Retter geehrt wurden. In den Wirren nach dem Krieg wurde der Ruhm zunächst an jene verteilt, die die Nazis im Untergrund bekämpft hatten oder an die Partisanen. In vielen Ländern herrschte eine antisemitische Atmosphäre, und es war fast eine Provokation zu gestehen, daß man Juden gerettet hatte. 1953 brachte Yad Vashem die Kategorie „Righteous Gentile“ auf, um die Bemühungen dieser Retter anzuerkennen. Bis 1989 wurde dieser Titel 8.000 Personen und Gemeinschaften verliehen und auf der Avenue of the Righteous pflanzte man Bäume, um an ihre Aktionen zu erinnern.

DER HOLOCAUST

Im Reich der Nazis

Die Todesmärsche

Die Gewaltmärsche von Gefangenen, die ihren physischen Kollaps und Tod provozieren oder sie schwächen und damit einen Grund für ihre Exekution schaffen sollten, fanden während der gesamten Kriegszeit statt. Hauptsächlich wurden sie jedoch in den letzten zehn Monaten des Krieges durchgeführt, als sich die deutschen Streitkräfte vor den Offensiven der Roten Armee zurückzogen.

Die Todesmärsche verkehrten die Politik, das Dritte Reich „judenrein“ zu machen, in ihr Gegenteil. Die überlebenden Juden, erst aus dem Reich deportiert, mußten nun zusammen mit Tausenden von Juden aus vielen anderen Ländern zurück hinter die immer enger werdenden Grenzen marschieren. Die Todesmärsche widersprachen auch der bisherigen Konzentration in Todeslagern. Während die Lager errichtet worden waren, um die Insassen einzusperren, zu isolieren und zu verbergen, paradierten die Gefangenen auf den Todesmärschen buchstäblich durch Dutzende deutscher Dörfer und Städte. In dieser Phase des Holocaust konnten die Deutschen weder vor sich noch vor anderen die Verbrechen leugnen, die in ihrem Namen vom Nazi-Regime begangen worden waren.

Die ersten Lager, die evakuiert wurden, lagen im Baltikum, darunter Kaiserwald bei Riga, im Juli 1944. Das Lager an der Gesiastraße in den Ruinen von Warschau wurde am 28. Juli 1944 evakuiert. Von den 3.600 Juden, die 40 Kilometer bis Kutno marschiert sind und von dort in Zügen nach Dachau geschickt wurden, kamen 2.000 am 9. August 1944 lebend an.

Der größte Einzeltransport von Juden war der Marsch von 76.000 Juden aus Budapest nach Norden an die österreichische Grenze. Angebliches Ziel war es, Arbeitskräfte für das Ausheben von Gräben gegen die Panzer herbeizuschaffen. Der Marsch begann am 8. November 1944. In der ersten Etappe legten 25.000 Menschen unter schrecklichen Bedingungen in sieben bis acht Tagen 150 Kilometer zurück. Weitere 50.000 Juden wurden von Budapest oder aus Befestigungsanlagen in den Außenbezirken der Stadt losgeschickt. Der Marsch endete Wochen später in Mauthausen. In der Zwischenzeit waren Tausende erschossen, an Erschöpfung, Hunger oder Krankheit gestorben. Auschwitz-Birkenau wurde am 18. Januar 1945 von der SS evakuiert. Der Lagerkommandant hatte bereits im August damit begonnen, Juden in den Westen zu transportieren und die Anzahl der Insassen war von 105.168 im Sommer auf 95.000 im Oktober gesunken. Beim letzten Lagerappell waren es 66.000 Gefangene. Davon starben 15.000 auf dem langen eisigen Marsch zu den Verschiebebahnhöfen und der Reise in den ungeheizten Viehwaggons, die in Groß-Rosen, Buchenwald, Dachau und Mauthausen endete.

800 Juden wurden auf ihrem Transport vom Lager Blechhammer nach Groß-Rosen und Buchenwald zwischen dem 21. Januar und 2. Februar 1945 getötet. 700 Juden von den 6.000 aus den Nebenlagern von Stutthof wurden während der Evakuierung am 20. Januar 1945 umgebracht, die Überlebenden wurden bei Palmnicken ins Meer getrieben. 90 Prozent der 25.000 Gefangenen aus dem Hauptlager Stutthof, die Hälfte davon war jüdischer Herkunft, starben auf den Gewaltmärschen, während die Deutschen eine nicht durch die Rote Armee blockierte Evakuierungsrouten suchten. Tausende, die über das Meer „evakuiert“ werden sollten, wurden von den Fähren gestoßen und ertränkt.

Es war das Schicksal der Juden und anderer, die in Groß-Rosen evakuiert waren, im Februar 1945 noch einmal verlegt zu werden. 40.000 wurden auf den Marsch nach Dora-Mittelbau, Flossenberg, Buchenwald, Mauthausen, Dachau und Bergen-Belsen geschickt. Einige der Gefangenen in Nordhausen wurden gezwungen, 600 Kilometer zu marschieren. Andere gingen 250 Kilometer nach Bergen-Belsen. Über 40.000 wurden zwischen dem 6. und 10. April aus Buchenwald fortgeschickt, davon wurden 15.000 erschossen oder getötet. Die Insassen von Dora-Mittelbau marschierten 14 Tage lang nach Bergen-Belsen. Hunderte wurden unterwegs bei Gardelegen massakriert.

Die genaue Zahl der Juden und anderer Gefangener aus den Konzentrationslagern, die auf den Gewaltmärschen ermordet wurden, ist unbekannt. Die Gewaltmärsche fanden in den chaotischen letzten Wochen des Dritten Reiches statt. Die Disziplin in der SS und der Polizei brach zusammen und Akte von seltener Brutalität wurden nicht verhindert. Diese letzte Konvulsion des Genozid fand vor den Augen des deutschen Volkes statt. Der Anblick der ausgezehrten Gefangenen erweckte keine Sympathie. Während die zerlumpte Kolonnen durch die Dörfer und Städte kamen, wurden sie von deren Bewohnern häufig beschimpft. Ältere Zivilisten und Reservepolizisten bewachten die Kolonnen und nahmen an den Massakern teil. Es waren vor allem die Todesmärsche, die die Komplizenschaft des deutschen Volkes mit der „Endlösung“ besiegelten.

DER HOLOCAUST

Der Widerstand

Widerstand könnte man generell als den Versuch bezeichnen, die Politik der Nazis abzuwehren, aufzulassen zu lassen, zu unterminieren oder zu umgehen. Da die Politik der Nazis in bezug auf die Juden deren moralische Herabsetzung, Schwächung und letztendlich die physische Vernichtung zum Ziel hatte, läßt sich Widerstand auch als alles das definieren, was diesem Bestreben entgegnetrat. Dieses Spektrum reichte von der Erhaltung der menschlichen Würde, welche die Nazis den Juden abgesprochen hatten, bis hin zum bewaffneten Kampf.

Der jüdische Widerstand muß in einem ganz eigenen historischen Rahmen betrachtet werden. Die Juden hatten in ihrer Geschichte viele Katastrophen erlebt, aber sie haben immer überlebt. Da war es nicht abwegig, zunächst auch in diesem Fall auf Vermittlung, Bestechungen und Gebete zu setzen, jene Mittel, die sich in der Vergangenheit als tragfähig erwiesen hatten. Die moderneren weltlicher gesinnten Juden vertrauten auf den Respekt vor den Menschenrechten, dem Gesetz und auf Waffen zu ihrer Verteidigung. Niemand konnte den unvorhersehbaren Völkermord der Nazis ahnen, der einen kompletten Mangel an Normen und zivilisiertem menschlichen Verhalten zu Tage brachte.

Schließlich muß auch deutlich sein, daß die „Endlösung“ den Opfern nicht im Voraus mitgeteilt wurde. Als die Naziführung den Genozid beschlossen hatte, führte sie ihn Schritt für Schritt aus und verbarg dabei immer die wahren Intentionen. Sie hatten die Juden in eine Position gebracht, in der es nach dem eigenen Gedankengut nur noch die Wahl zwischen dem Schlechten und dem Schlimmsten gab.

In den Gettos Osteuropas nahm der Widerstand verschiedenste Formen an. Da die Nazis den Hunger als Waffe benutzten, läßt sich bereits der Schmuggel von Lebensmitteln oder der Handel auf dem Schwarzmarkt als Widerstandsform bezeichnen. Viele Judenräte entwickelten das Konzept „Rettung durch Arbeit“ und hofften damit, die jüdischen Arbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft unabhkömmlich zu machen.

Die Nazis behaupteten, die Juden seien weniger wert als andere Menschen und hätten keine Kultur. Deshalb war es eine Form des Widerstandes, Waisenhäuser, Altenheime und Krankenhäuser zu organisieren. Die halblegalen Schulen, auf freiwilliger Basis ins Leben gerufene Trainingszentren, Theater, Orchester, Chöre und Verlage, die sogar unter schlimmsten Bedingungen erblühten, waren insgesamt eine Bestätigung jüdischer Kultur und humanistischer Werte. Der Warschauer „Judenrat“ stellte dem Archiv Oneg Shabbat wichtige Mittel zur Verfügung, um Gelehrte anzustellen und alle wichtigen Ereignisse aufzuzeichnen.

Die jüdischen politischen Parteien hatten sich nach der ersten Vernichtungsaktion der Nazis neu organisiert und hielten geheime Treffen ab. Zionisten aller Schattierungen, Sozialisten und Kommunisten bauten ein starkes, doch leider oft zersplittertes Leben im Untergrund auf. Wenn möglich, veröffentlichten sie Zeitungen. Meistens hielten die Widerstandsgruppen am 1. Mai, dem traditionellen sozialistischen Feiertag, dem „Tag der Arbeit“, geheime Treffen ab. Eine weitere Form des politischen Widerstandes bestand darin, Kontakte zu politisch gleichgesinnten Gruppen außerhalb

des Gettos zu knüpfen. Polnische Sozialisten und Kommunisten in den Wäldern von Weißrußland unterstützten die jüdischen Widerständler oder boten ihnen Zuflucht.

Emigration, Flucht und Verstecken waren ebenfalls Formen des Widerstandes. Zehntausende von Juden emigrierten aus dem Herrschaftsbereich der Nazis, sofern sich dazu die Möglichkeit bot. Die Flucht mußte meist illegal als Grenzüberquerung in neutrale Länder wie Spanien oder die Schweiz durchgeführt werden. Manchmal bestand sie auch nur darin, sicherere Orte aufzusuchen. Zum Beispiel flohen 1942 bis 1943 Tausende slowakische Juden nach Ungarn und 1944 Hunderte von ungarischen Jugendlichen nach Rumänien.

Um sich innerhalb der Gettos zu verbergen, wurden Verstecke und Bunker gebaut. Diese wurden mit provisorischen Einrichtungen ausgestattet, damit die Bewohner sich dort in Sicherheit bringen konnten, wenn „Durchsuchungen“ und Razzien vorgenommen wurden. Die Bunker waren häufig mit dem bewaffneten Widerstand verbunden. Die Nazis entwickelten spezielle Techniken, um solche Verstecke ausfindig zu machen und stießen oft auf diese, wenn sie bewaffnete Aufstände niedergeschlagen hatten. Es gab auch viele Verstecke inmitten der nichtjüdischen Bevölkerung, aber diese waren schwierig aufrecht zu erhalten, da die Schutzsuchenden gänzlich auf die Mithilfe von außen angewiesen waren. Lebensmittel und Wasser konnten zwar auf Vorrat angelegt werden, mußten aber irgendwann zwangsläufig aufgefüllt werden. Oft mußten die Juden für diese Art Unterstützung bezahlen und Verrat stand zu befürchten, sobald ihnen das Geld ausging. Auch ein Wechsel der Identität zählte zu den Methoden des Verbergens. Für einzelne war es oft nicht so schwierig, falsche Papiere zu bekommen, aber es war ebenfalls gefährlich. Die Juden mußten unabhängig von ihrem Geschlecht arisch aussehen, die beschnittenen Männer mußten zudem eine körperliche Untersuchung fürchten. Beim Vorzeigen der Ausweise oder im Verlauf einer Befragung konnte jede Spur eines jiddischen Akzents zum Verhängnis werden. In Polen wurden verdächtige Personen nach Einzelheiten aus katholischen Kirchenritualen befragt, von denen die Juden meist nichts wußten.

Kinder zu verstecken war etwas einfacher, aber für die Eltern war der Schritt, ihre Nachkommen nicht mehr beschützen zu können, oft schrecklich. Manchmal standen die Vertrauenspersonen der Familie nahe, zum Beispiel ein nichtjüdischer Angestellter, ein ehemaliges Dienstmädchen oder ein Freund. Oft waren es aber auch Fremde wie Nonnen oder einfach Personen, die Geld für diese Aufgabe verlangten. In Frankreich und Belgien wurden erfolgreiche Anstrengungen unternommen, eine große Anzahl jüdischer Kinder zu verstecken, darunter komplette Schulen und Waisenhäuser.

Physischer und bewaffneter Widerstand ließ sich am häufigsten in Osteuropa konstatieren, war aber auch in Westeuropa mit Ausnahme von Frankreich keine Seltenheit. In den meisten westeuropäischen Ländern kam das Terrain einem Partisanenkampf nicht gerade entgegen und die Widerstandsbewegungen entwickelten sich bis 1943/44 kaum. Nur in Frankreich bot sich die Gelegenheit, einen Guerillakampf in größerem Rahmen zu führen. Das Aufkommen des Maquis im Jahr 1943 bot den Juden die Möglichkeit, in die Hügel zu fliehen. Eine Gruppe aus 120 jüdischen Pfadfindern bildete eine Einheit, die unter dem Namen Armee Juive bekannt wurde. Die vielen anderen jüdischen Maquisards kämpften in jüdischen Gruppen und bildeten insgesamt die „Organisation Juive de Combat“.

In den osteuropäischen Gettos entwickelte sich der bewaffnete Widerstand bereits Anfang 1942. Die Widerstandsbewegungen hatten große Schwierigkeiten zu überwinden, ehe sie auch nur annähernd effektiv werden konnten. Die Juden in den Gettos waren von der übrigen Bevölkerung isoliert. Sie

hatten keinen Zugang zu Waffenlagern wie etwa die Polen, die sich zur Zeit der Kapitulation Waffenverstecke angelegt hatten. Viele Partisanen aus der Roten Armee hatten als Soldaten ihre Einheiten verlassen und dabei ihre Waffen behalten. In ganz Europa waren die Partisanen von den Alliierten bewaffnet worden: Die Juden waren nie als Kandidaten für Waffenlieferungen in Betracht gezogen worden. Die meisten Juden im wehrdienstpflichtigen Alter waren in der Armee verhaftet worden. Nur wenige Juden hatten eine militärische Ausbildung oder Erfahrung im Umgang mit Waffen. In den Gettos selbst war es beinahe unmöglich, eine solche Unterweisung zu erhalten.

Eine Widerstandsgruppe benötigte eine Befehls- und Kontrollstruktur. Es war schwierig, eine paramilitärische Organisation ohne militärische Erfahrung aufzubauen. Die meisten Kämpfer mußten arbeiten, und waren über das Getto verteilt. Es war unmöglich, diese gleichzeitig zu mobilisieren, wenn der Feind zuschlug, denn solche Übergriffe geschahen meist völlig ohne Vorwarnung. Um sich zu organisieren, Waffen zu lagern, ein Alarmsystem einzurichten und die Menschen im Ernstfall zu mobilisieren, war die Kooperation der Gettobevölkerung unabkömmlich. Doch der Judenrat stellte sich oft vehement gegen diese riskanten Unternehmungen und bezeichnete die Kämpfer als unverantwortlich. Die Gettobevölkerung mußte mit Propaganda überzeugt und zu einer Übereinstimmung mit der Strategie des Widerstandes gebracht werden. Dadurch ließ sich wenigstens für den Fall eines Ausbruchs ein größerer Rückhalt schaffen. Doch es war niemals sicher, daß dieser Rückhalt auch in den kritischen Momenten halten würde. In Bialystok ergriff die Bevölkerung beispielsweise Panik, als am 16. August 1943 ein Aufstand stattfand. Die Menschen flohen, anstatt die Kämpfer zu unterstützen. In etwa 100 Gettos bildeten sich bewaffnete Gruppen. Wenn das umliegende Terrain günstig war, wurden die Aufstände meist mit Ausbruchsversuchen kombiniert, um Leben zu retten und die Deutschen zu bekämpfen. Der größte und bekannteste Gettoaufstand, der in Warschau zwischen Januar und Juni 1943 stattfand, war eher eine existenzielle Verteidigungsaktion als ein Fluchtversuch. Andere Revolten, die mit Ausbrüchen kombiniert waren, fanden am 16. August 1943 in Bialystok, am 25. Juni 1943 in Czestochowa, am 1. August 1943 in Bedzin und Sosnowiec, am 2. September 1943 in Tarnow und in einigen anderen kleineren Gettos statt. In Wilna, Kovno und Minsk konzentrierte sich der Untergrund darauf, die Juden in die umliegenden Wälder zu bringen. In Krakau führte der Untergrund Aktionen gegen die Deutschen durch; bekannt ist der Angriff auf das Restaurant Cyganeria am 22. Dezember 1942, bei dem einige SS-Offiziere getötet wurden.

Der Widerstand in den Vernichtungslagern stand vor noch größeren Problemen. Die Deportierten waren durch die langen Fahrten geschwächt und in erschreckender Verfassung oder aus den Zeiten der Getto-Einkerkerung am Ende ihrer Kräfte. Die Vernichtungslager waren getarnt, und von der Ankunft bis zur Vergasung dauerte es nur zwei Stunden. Es gab keine Zeit für die orientierungslosen Opfer, sich zu organisieren. Doch bei einigen Gelegenheiten kam es in den Judentransporten zur Rebellion. Dann wurden sie in die Gaskammern gezwungen oder draußen niedergeschossen.

Revolten und Ausbruchsversuche gab es in Treblinka und Sobibor. In diesen Lagern konnten jene Insassen Widerstandsgruppen bilden, die in den Lagerwerkstätten in den „Sonderkommandos“ arbeiteten. Eine Revolte des „Sonderkommandos“ in Birkenau in der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober 1944 endete mit der Zerstörung des Krematoriums.

DER HOLOCAUST

Der Widerstand

Der Warschauer Getto-Aufstand

Die Warschauer Juden, ein Drittel der Stadtbevölkerung, wurden im November 1940 in das Getto eingeschlossen. Auch Juden aus nahegelegenen Städten wurden hierher gebracht, so daß sich die Anzahl der Bewohner schließlich auf 400.000 belief. Hunger und Krankheit reduzierten diese Zahl im ersten Jahr der Existenz des Gettos um zehn Prozent. Im Juli 1942 begannen die Nazis mit der „Umsiedlung“ der Warschauer Juden in den „Osten“. Die Eisenbahnlinie vom „Umschlagplatz“ reichte aber nicht weiter als bis in das Vernichtungslager bei Treblinka. Bis Ende September waren hier über 300.000 Juden ermordet worden.

Jüdische Untergrundgruppen, Sozialisten und Zionisten hatten monatelang im Getto operiert, aber der vereinigte Widerstand, bekannt als Jüdische Kampforganisation (ZOB), ließ sich erst unter dem Schock der Deportationen organisieren. Nun bewohnten nur noch knapp 60.000 Juden das Getto, die Hälfte von ihnen „illegal“. Die Mehrheit war jung und ohne Familie, verzweifelt und auf Rache sinnend. Als die Deutschen und ihre Kollaborateure im Januar 1943 versuchten, die Deportationen wieder aufzunehmen, stieß die SS und die Polizei auf bewaffneten Widerstand und zog sich hastig zurück. Bei ihrer Rückkehr mit Verstärkung am 19. April entbrannte ein Straßenkampf, der in der Zerstörung des ZOB-Hauptquartiers, einem Bunker in der Milastraße 18, gipfelte.

Noch Wochen später kam es zu Scharmützeln zwischen in den Ruinen verborgenen Juden und deutschen Wachen. Nur einige wenige Kämpfer waren durch die Kanalisation auf die „arische Seite“, entkommen, einige schlossen sich den Partisanen in den Wäldern an, andere kämpften und starben in der polnischen Heimatarmee beim Warschauer Aufstand von 1944. Die Rebellion war kein Versuch, die überlebende Bevölkerung des Gettos zu retten: Die Kämpfer wußten, daß ihre Position hoffnungslos war. Es war lediglich eine Geste, ein Zeichen menschlicher Würde und sollte signalisieren, daß das jüdische Blut in Zukunft nicht mehr ohne Preis fließen würde.

DER HOLOCAUST

Der Widerstand

Jüdische Partisanen

1942 bildeten sich in ganz Osteuropa jüdische Partisanengruppen. Meist waren sie aufgrund der Massendeportationen Mitte 1942 entstanden. Sie standen unglaublichen Schwierigkeiten gegenüber und konnten sich lediglich in Wald- und Sumpfgebieten aufhalten. Da die Juden aber das städtische Leben gewöhnt waren, empfanden sie es als um so härter, auf dem Land zu operieren und waren mit den Wegen durch die Wälder kaum vertraut. Die effektivsten jüdischen Partisanen waren jene, die mit landwirtschaftlichen Bereichen befaßt waren, zum Beispiel der Pferdehändler Yehiel Grynspan, der eine Gruppe aus dem Generalgouvernement im Parcew-Wald anführte. Anders als die sowjetischen Partisanen oder die polnische Heimatarmee erhielten sie keine Hilfe von außen und verfügten ebensowenig über eine lokale Infrastruktur. In den meisten Gebieten, mit Ausnahme der UdSSR vor 1939, war die Bevölkerung vor Ort extrem feindlich gesinnt.

In Polen und der Ukraine waren selbst die lokalen Partisanen Antisemiten. In Volhynia, in der Region Bielski, gab es eine jüdische Partisanengruppe, die sich aus den Flüchtlingen von Novogradok im Naliboki-Wald gebildet hatte. Sie bestand aus über 4.000 Männern, Frauen und Kindern. Die meisten wurden getötet als die deutschen Truppen ihr Lager im Winter 1942/43 umzingelten, aber die überlebenden Partisanen kämpften weiter. Juden aus Minsk, Mir, Bialystok, Pinsk und Vitebsk erreichten ebenfalls den Wald und formierten sich zu Dutzenden von Kampfteinheiten.

Die Gruppen, die aus den Dörfern in Volhynia geflohen waren, bildeten mindestens vier Einheiten mit je 100 Kämpfern. Die Division Rowno zählte 400 Kämpfer und beeindruckte die Partisanenführer der Roten Armee derart, daß diese sich mit einer Ausrüstung der Truppe einverstanden erklärten. Etwa 1.700 bis 1.900 Juden aus einer Partisanentruppe mit insgesamt 14.000 Mann kämpften in den Wäldern und Sumpfgebieten. Es gab einige Familiencamps, etwa bei Datyn, in dem vermutlich 1.500 Juden überlebten. Der erste Aufruf zum bewaffneten Widerstand erfolgte im Getto von Wilna durch den charismatischen zionistischen Jugendführer Abba Kovner am Neujahrsabend 1941/42. Kovner bildete die Vereinte Partisanen Organisation, aber seine Operationen wurden von der Debatte darüber gelähmt, ob im Getto Widerstand geleistet oder in die Wälder geflohen werden sollte. Letzteres bedeutete, die Familien und Schwachen zurückzulassen, da nur die Jungen und Kräftigen das Leben in den Wäldern durchstehen konnten. Im August 1943 flüchteten die ersten Kampfgruppen in die Wälder. Ihre Zahl belief sich bald auf 200. Sie zogen weitere Juden aus dem Arbeitslager Wilna in ihre Reihen bis sie 400 Mann stark waren. Eine kleinere Gruppe von 200 Kämpfern agierte um Kowno. Alles in allem umfaßten die jüdischen Partisanen in Litauen zehn Prozent der gesamten Partisanentruppen.

Im Generalgouvernement, das mitten im Nazi-Imperium lag, entwickelte sich das Partisanentum spät. Aber als die Polen ihre Zeit nicht nutzten und die Front immer näher rückte, hatten die Juden nur die Wahl zwischen Widerstand oder Deportation. Die Juden, die aus den Gettos auf das Land geflohen waren, mußten sich selbst bewaffnen, um den Truppen der Deutschen und den Einheimischen zu

begegnen, die „Judenjagden“ durchführten. Ab Ende 1942 begannen die Juden mit der Fluchthilfe aus den noch vorhandenen Gettos und Konzentrationslagern.

Es wird geschätzt, daß 50.000 Juden von 1942 bis 1943 auf das Land, in die Wälder und die Hügel des Generalgouvernements flohen. Jüdische Partisanengruppen bildeten sich in den Wäldern von Parcew und Wlodowa im Osten dieser Region, in den Wäldern von Wola und Janow im Gebiet um Lublin, im Bezirk Radom und in den bewaldeten Hügeln um Krakau. Von der örtlichen Bevölkerung und sogar von den polnischen Partisanen wurde ihnen Feindseligkeit entgegengebracht. Die Untergrundzeitung Polska erklärte im Januar 1943, daß „die Juden Polens immer gegen das Heimatland agieren und dieses hassen“. Die polnische Armaja Krajowa entwaffnete und ermordete die jüdischen Kämpfer. Die kommunistische Armaja Ludowa war freundlicher, aber bis 1944 nicht sonderlich aktiv. Im allgemeinen kam die Aufstellung jüdischer Partisanengruppen zu spät, um das Leben einer größeren Anzahl von Juden zu retten.

DER HOLOCAUST

Der Widerstand

Revolten in den Lagern

Die Organisation von Widerstand in den Vernichtungslagern warf große Probleme auf. Die Deportierten kamen bereits erschöpft, hungrig und in einem Zustand der Desorientierung an. Sie waren wechselweise durch verschiedene Täuschungsmanöver wie falsche Bahnhöfe verunsichert und terrorisiert. Der eigentliche Mordvorgang geschah so schnell, daß eine konzertierte Reaktion beinahe unmöglich war.

Bei einem Transport von Warschauer Juden nach Birkenau am 23. Oktober 1943 fand eine Revolte vor dem Eingang zur Gaskammer statt, die Juden entwaffneten die Wärter und mußten mit Granaten, Gewehrsalven und Maschinengewehrfeuer zurückgetrieben werden. Mindestens eine ähnliche Rebellion fand in Treblinka im Jahr 1942 statt, als ein Transport von 2.000 Juden aus Grodno sich weigerte die Gaskammer zu betreten und daraufhin niedergeschossen wurde. Es gab auch Vorkommnisse individuellen Widerstands. Mila Zimetbaum war eine polnische Jüdin, die aus Birkenau geflohen war, wieder eingefangen und zum Tod durch den Strang verurteilt wurde. Als sie vor der versammelten Lagerbevölkerung zum Galgen geführt wurde, holte sie mit ihrer Hand aus, in der eine Rasierklinge verborgen war, und verletzte einen SS-Mann.

Revolten größeren Ausmaßes, die mit Ausbruchversuchen kombiniert waren, fanden am 2. August 1943 in Treblinka und am 14. Oktober 1943 in Sobibor statt. Sie wurden von relativ stabilen Gruppen der Lagerinsassen organisiert, die am Leben blieben, weil sie in den „Sonderkommandos“ oder für die SS und die Wachmannschaften arbeiteten. Die Revolten brachen aus, als bekannt wurde, daß die Auflösung des Lagers bevorstand. Die Revolte des „Sonderkommandos“ in Birkenau in der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober 1944 sollte die Tötungseinrichtungen sabotieren. Es gab auch in einigen Arbeitslagern Aufstände, zum Beispiel im Lager für jüdische Kriegsgefangene in der Lipowa-Straße in Lublin.

DER HOLOCAUST

Der Widerstand

Reaktionen der jüdischen Welt

Während des Krieges hatte der Einfluß der Juden in der freien Welt seinen tiefsten Punkt erreicht. Die Alliierten wußten, daß die Juden sich ihnen anvertraut hatten und deshalb ignoriert werden konnten. Der Antisemitismus breitete sich in Großbritannien und den USA in alarmierender Weise aus. Die Nazi-propaganda, der Krieg würde für die Juden geführt, hielt die Regierungsbeamten dieser Länder davon ab, Schritte zu unternehmen, die zu Gunsten der Juden gewertet werden konnten. In Großbritannien litt die gesamte Bevölkerung unter den Bombardierungen und der Lebensmittelknappheit, deshalb schien es nicht angeraten, die Notlage der Juden in Europa hervorzuheben. Die endgültigen Nachrichten über die „Endlösung“ erreichten die freie Welt erst, als die massivste Vernichtungsphase bereits vorüber und der Ausgang des Krieges noch unentschieden war.

Wenn die jüdischen Führer um Rettungsmaßnahmen baten, wurde ihnen geantwortet, die beste Methode sei, den Krieg zu gewinnen. Dies war ein machtvolleres Argument: Es war fast unmöglich, um Hilfe zu bitten, wenn dadurch der Ausgang des Krieges und die gesamte Rettung der Juden in Gefahr geriet.

Auch die Bemühungen des Weltjudentums waren wenig beeindruckend. Die jüdische Führung in Großbritannien und Amerika war geteilt und stritt sich meist über Ziele, die nicht die Rettung zum Inhalt hatten. Die Zionistische Föderation, das „Board of Deputies of British Jews“ und die „Jewish Section of the World Jewish Congress“ verwandten fast ebensoviel Energie darauf, sich gegenseitig zu bekämpfen wie für den Beistand der Juden im Nazieuropa. Die britischen Judenführer wollten die „eigenen“ Interessen nicht vor die Kriegsbemühungen stellen und beschränkten sich darauf, hinter den Kulissen um Hilfe zu bitten. Sie organisierten gelegentlich öffentliche Demonstrationen, wie die Kundgebung in der Albert Hall im Oktober 1942, aber sie wählten Nicht-Juden dazu aus, ihren Fall der Welt darzustellen. Einzelne wie der Herausgeber Victor Gollancz bildeten Anfang 1943 ein Komitee aus einer kleinen Gruppe prominenter Nicht-Juden zur Rettung vor dem Naziterror. Aber ihre Bemühungen, das Schicksal der Juden ins öffentliche Bewußtsein zu rücken, scheiterten kläglich. Die britischen Juden konzentrierten ihre Kräfte auf den Krieg und die Unterstützung Palästinas. Sie erachteten einen Sieg und ein jüdisches Heimatland als die beste Antwort auf die Verfolgung durch die Nazis. Der Aufbau einer jüdischen Kampftruppe faßte diese beiden Ziele zusammen und wurde zum Zentrum jüdischer Bemühungen von 1943 bis 1944.

In den USA entwickelte sich eine ähnliche Situation. Jüdische Führer wie Rabbi Stephen Wise oder Juden in prominenten öffentlichen Ämtern wie Richter Felix Frankfurter wollten den Präsidenten nicht mit jüdischen Angelegenheiten belästigen. Nur einige Dissidenten wie der Hollywood-Autor Ben Hecht und eine Gruppe aus dem rechten Flügel der palästinensischen Juden, angeführt von Peter Bergson, die sich auf einer Mission in den USA aufhielten, machten es zu ihrer Aufgabe, auch öffentlich zu protestieren. Von 1943 bis 1944 setzten diese Gruppen große Anzeigen in die Zeitungen, organisierten Massenveranstaltungen im Madison Square Garden und bereiteten für Hunderte von Rabbinern einen Gang ins Weiße Haus vor, um den Präsidenten um Hilfe zu bitten. Ihr Programm zur sofortigen Rettung

mußte jedoch dem Kompromiß ihrer Forderung nach einem jüdischen Staat und einer jüdischen Kampftruppe weichen. Schon bald entwickelten sich zwischen den jüdischen und zionistischen Organisationen untereinander scharfe häusliche Konflikte.

Die amerikanischen Juden richteten ihre Hoffnungen auf den Erfolg der zionistischen Bewegung. Im Mai 1942 stellte die zionistische Bewegung im Biltmore Hotel in New York ihre Forderung nach einem eigenen jüdischen Staat auf. Energien und Vermögen wurden in die Kampagne für Palästina investiert. Doch diese Strategie sollte nur Resultate erzielen, die für die Rettung der europäischen Juden zu spät kamen. Erst Mitte 1943 wendete sich die Aufmerksamkeit der amerikanischen Juden auch den Rettungsmaßnahmen zu. Anfang 1944 konnten sie einige Erfolge erzielen, als das US War Refugees Board eingerichtet wurde.

Die Illusion, daß ein jüdischer Staat die Juden retten würde, wurde nirgends so leidenschaftlich vertreten wie unter den Juden in Palästina selbst. Bis 1939 hatte das Land 100.000 deutsche Juden aufgenommen. Doch gegen Ende des Krieges beschlossen die Briten, daß es wichtiger sei, die Araber zu besänftigen als den Juden zu helfen. Die jüdische Immigration wurde auf 15.000 Personen pro Jahr beschränkt. Ferner gab es Pläne, wonach Palästina innerhalb von fünf Jahren die Unabhängigkeit erhalten sollte, und zwar zu einem Zeitpunkt als es eine arabische Mehrheit im Land gab. Dadurch sollte es ein arabisches Land werden und keine jüdische Heimat. Aber die Juden hatten keine andere Wahl als den Krieg der Alliierten zu unterstützen, weshalb Tausende palästinensischer Juden in die britische Armee eintraten, um gegen die Nazis zu kämpfen.

Die Juden aus Palästina waren gut über das Schicksal ihres Volkes in Europa informiert. Doch diese Informationen schienen bis zum November 1942 unglaublich. Damals war eine Gruppe palästinensischer Juden, die in Europa gefangen genommen worden war, im Austausch gegen internierte deutsche Zivilisten nach Hause zurückgekehrt. Sie konnten aus erster Hand über die Massaker in Rußland und über die Vernichtungslager berichten. Die Führer der Yishuv waren tief erschüttert. Trauertage wurden im ganzen Land verordnet. Doch die Alltagsgeschäfte rückten des Schicksal der Juden in Europa schon bald wieder in den Hintergrund. Außerdem lebten die Juden in Palästina bis zum November 1942 selbst in der Angst, den Nazis in die Hände zu fallen. Erst seit einigen Monaten mußten sie weniger wachsam sein und konnten an jene Juden denken, die anderswo in Gefahr waren.

Hinter den Kulissen schickten die zionistischen Führer Gesandte in neutrale Länder und versuchten, Verbindungen zu den noch lebenden Juden in den von den Nazis besetzten Gebieten herzustellen. Sie wollten Fluchtrouten einrichten, manchmal in Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der Alliierten, die wiederum die jüdischen Aktionen für ihre eigenen Ziele verwendeten. Es wurden Lager in Istanbul aufgebaut, um die Menschen aus Bulgarien und Rumänien herauszuschleusen. Doch diese Pläne stießen bei den Briten auf Widerstand. Boote mit illegalen Einwanderern wurden aufgehalten und die Flüchtlinge auf Zypern oder Mauritius interniert. Nur einige tausend Juden konnten auf diesen Routen gerettet werden.

Die zionistischen Emissäre in Genf knüpften auch zu den Juden in der Slowakei und Ungarn Kontakte. Sie organisierten Gelder, um SS-Offiziere zu bestechen und arbeiteten Fluchtpläne aus. Die dramatischsten Gelegenheiten zur Rettung gab es nach der deutschen Besetzung von Ungarn im März 1944. Sie wurde zum Teil von den Briten verhindert, weil diese einen massiven Flüchtlingszustrom nach Palästina fürchteten. Im Jahr 1944 sprangen palästinensische Juden auch mit dem Fallschirm in Jugoslawien, der Slowakei und Ungarn ab, um den Untergrund zu unterstützen und Juden zu retten.

Diese Missionen beruhigten zwar das Gewissen der überlebenden Juden, brachten aber wenig konkrete Hilfe. Sie dienten jedoch als Symbol für die heroischen Bemühungen der jüdischen Gemeinde in Palästina im Kampf gegen die Nazis.

DER HOLOCAUST

Eine teilnahmslose Welt

Die britische und die amerikanische Regierung verfügten über fundierte Informationen über die Lage in Polen 1939 bis 1942. Sie erhielten auch detaillierte Berichte über die Massaker in Rußland. Bis August 1942 kannten die alliierten Regierungen die grundlegenden Elemente der „Endlösung“. Doch viele Staatsbeamte konnten nicht glauben, daß das wahr war. Andere fürchteten, daß Veröffentlichungen über die Massenmorde als „Greuelpropaganda“ abgetan werden würden. In Großbritannien war man zudem in Sorge, daß dadurch ein positives Klima für die jüdische Auswanderung nach Palästina entstünde, was der britischen Politik zuwider lief.

Auch der Vatikan und das internationale Komitee des Roten Kreuzes hatten detaillierte Kenntnisse über die Massaker im Osten und die Deportationen von Juden aus ganz Europa in Vernichtungszentren. Doch der Vatikan war so sehr mit der Wahrung seiner Neutralität beschäftigt, daß er jede Kritik an den deutschen Aktionen ablehnte. Papst Pius XII. sympathisierte ohnehin mit dem Nazi-„Kreuzzug“ gegen den gottlosen Bolschewismus. Auch das Rote Kreuz stand unter Druck, seine Neutralität nicht zu verletzen. Es war abhängig von der Kooperation der Deutschen, um alliierten Kriegsgefangenen helfen zu können, und vermied es, das Naziregime zu verärgern. Seine Zentrale lag in der Schweiz, und die Schweizer Regierung verhinderte alle Bewegungen des Roten Kreuzes, die einen deutschen Vergeltungsschlag hätten auslösen können. Infolgedessen hoben zwei mächtige, internationale Organisationen keinen Finger, um den Juden zu helfen, bis das Kriegsglück sich wendete.

Im Dezember 1942 wurde die Öffentlichkeit in den alliierten Ländern über die Massenmorde informiert. Eine Welle der Empörung erhob sich, und die Alliierten kamen überein, im April 1943 auf Bermuda eine Konferenz abzuhalten, wie den Flüchtlingen zu helfen sei. Doch Briten und Amerikaner waren so sehr über antisemitische Gefühle in ihren eigenen Ländern beunruhigt, daß sie fürchteten, jede Hilfe für die Juden würde nur der Nazi-Propaganda Auftrieb verleihen. Vor 1944 beschränkten sich die Aktivitäten der Alliierten effektiv darauf, den Nazikriegsverbrechern Vergeltung anzudrohen. In den letzten acht Kriegsmonaten unternahm alliierte Diplomaten größere Anstrengungen, um neutrale Mächte und den Vatikan zur Rettung der Juden zu mobilisieren.

Im Sommer 1944, nachdem klar war, daß Deutschland den Krieg verlieren würde, intervenierten die Alliierten, internationale Organisationen wie das Rote Kreuz, der Vatikan und neutrale Länder massiver zugunsten der Juden. Bei Rettungsmaßnahmen spielte das von Präsident Roosevelt im Januar 1944 ins Leben gerufene War Refugees Board eine bedeutende Rolle. Himmler ließ sich nun auf Überlegungen ein, die Juden im Gegenzug für materielle oder diplomatische Begünstigungen für die Nazis zu verschonen. Doch die meisten dieser Verhandlungen und Rettungspläne führten zu nichts. Selbst als die alliierten Luftstreitkräfte dazu fähig gewesen wären, erhielten sie nie den Befehl, Auschwitz zu bombardieren. Versuche, den Juden Hilfe zukommen zu lassen oder Nazi-Beamte zu bestechen, wurden verhängnisvoll lange hinausgeschoben.

DER HOLOCAUST

Eine teilnahmslose Welt

England und Churchill

Am 3. September 1939 annullierte Großbritannien alle für Angehörige feindlicher Nationen vor dem Krieg ausgestellten Visa. Im letzten Jahr vor Ausbruch des Konflikts hatte Großbritannien großzügig zeitlich befristete Visa für diejenigen erteilt, denen die Flucht aus Nazideutschland gelungen war. Nach der „Kristallnacht“ kamen 40 Prozent der jüdischen Flüchtlinge nach Großbritannien. Diese Politik der Öffnung wurde während des Krieges rückgängig gemacht, und es gab keine speziellen Pläne, wie den Juden zu einer Flucht nach England verholfen werden könne. Auch wenn keine jüdischen Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in England zurückgeschickt wurden, so wurden die, die dort Zuflucht fanden, doch im Rahmen anderer Bewegungen aufgenommen, insbesondere in Verbindung mit fremden Armeen, die Europa nach dem Fall der Niederlande und Frankreichs im Frühling 1940 evakuierten. Es gibt keine zuverlässigen Zahlen über die Juden, die während des Krieges nach Großbritannien kamen, aber die maximale Schätzung dürfte bei mehreren tausend liegen. Ebenfalls während des Nazi-„Blitzkriegs“ in Westeuropa leitete die britische Regierung unter ihrem neuen Premierminister Winston Churchill eine Politik der Masseninternierung von Ausländern ein. Zirka 25.000 Flüchtlinge aus Nazideutschland wurden interniert zusammen mit mehreren tausend nach Australien und Kanada Deportierten.

Großbritannien war während des Krieges zudem für das Mandat in Palästina zuständig. Im Weißbuch von 1939 wurde die jüdische Einwanderung für die nächsten fünf Jahre drastisch auf eine Jahresquote von 10.000 eingeschränkt. In den ersten Kriegsjahren waren die britischen Verwaltungsbeamten fest entschlossen, die Einwanderung von Juden auf ein Minimum zu beschränken, um die Gefühle der Araber zu besänftigen und ihre Unterstützung für die Kriegsanstrengungen zu sichern. Diese Politik führte zu so berüchtigten Vorfällen wie der Weigerung, Schiffe mit „illegalen“ jüdischen Einwanderern aus Europa anlegen zu lassen. Im Februar 1942 kam es zum schlimmsten Zwischenfall mit der „SS Struma“, die über 700 rumänische Juden an Bord hatte. Das Schiff ankerte vor der türkischen Küste, wurde jedoch nach mehreren Monaten des Wartens auf eine britische Genehmigung zur Weiterfahrt nach Palästina ins Schwarze Meer zurückgeschickt, wo es sank. Nur ein einziger Mensch überlebte. Danach wurde die britische Politik gegenüber illegalen Einwanderern in Einzelfällen weniger hart, aber sie unterstützte niemals Pläne für eine massenhafte Flucht nach Palästina.

Die Unterstützung der Juden in Europa hatte in der britischen Politik niemals einen eigenständigen Stellenwert. Ein Versuch von Chaim Weizmann zu Beginn des Krieges, dies zu einem spezifischen Kriegsziel der britischen Regierung zu erheben, wurde abgewiesen. Alle Anstrengungen sollten sich auf den militärischen Sieg konzentrieren, darin sah man die beste Methode, den Juden zu helfen. Tatsächlich erachtete man es für gefährlich, zu sehr die Betonung auf das Elend der Juden zu legen, denn dies konnte Behauptungen hervorrufen, daß Großbritannien einen „Judenkrieg“ führte. Das kennzeichnete die britische Propaganda seit dem Weißbuch über deutsche Greuelthaten im Oktober 1939 bis Kriegsende, obwohl die Regierung über eine ungeheure Menge von Informationen aus jüdischen und nachrichtendienstlichen Quellen über das Ausrottungsprogramm der Nazis verfügte. Die einzige

Ausnahme bildete die Erklärung der Alliierten vom 17. Dezember 1942 als Außenminister Anthony Eden dem Unterhaus bestätigte, daß die Nazis „nun Hitlers oft wiederholte Absicht, das jüdische Volk in ganz Europa auszulöschen“, in die Tat umsetzten.

Kampagnen mit verschiedenen Urhebern veranlaßten die britische Regierung im Dezember 1942 schließlich, kurz von ihrer Politik der Nichtbeachtung des jüdischen Elends Abstand zu nehmen. Unter anderem trug dazu die in London sitzende polnische Exilregierung bei, die den Blick auf das Elend aller Polen unter der Naziherrschaft lenken wollte; die britische Sektion des Jüdischen Weltkongresses, die von ihrem Büro in Genf in allen Einzelheiten über den Ausrottungsfeldzug informiert wurde, und schließlich britische Kampagnenführer (christliche wie jüdische), die die Greueltaten gegen die Juden erschütterten. Die Erklärung der Alliierten zusammen mit Medienberichten und den Bemühungen projüdischer Publizisten wie Eleanor Rathbone und Victor Gollancz rüttelten große Teile der britischen Öffentlichkeit auf, die von ihrer Regierung nun ein Eingreifen zugunsten der Juden Europas verlangten. Die britische Regierung hatte derartige Forderungen aufgrund der Erklärung befürchtet. Zwar waren Minister und Staatsbeamte nur selten unempfänglich für das Elend der Juden, doch sie glaubten, daß die Juden nur durch einen Sieg im Krieg gerettet werden konnten. Umgekehrt fürchteten sie, die Nazis könnten versuchen, die Alliierten zu behindern, indem sie den Westen mit unerwünschten Juden überschwemmen und dadurch einen inländischen Antisemitismus auslösten. Nach der Erklärung wurde ein geheimes Kriegskabinettkomitee für Flüchtlinge gegründet und Kontakt zum amerikanischen Außenministerium aufgenommen. Die Antwort ließ auf sich warten, doch schließlich vereinbarte man die Abhaltung einer angloamerikanischen Konferenz zur Flüchtlingsfrage auf Bermuda. Die Konferenz fand erst Mitte April 1943 statt, als der öffentliche Aufruhr in Großbritannien sich bereits wieder gelegt hatte. Die Konferenz war nicht öffentlich, es wurden keine jüdischen Vertreter zugelassen. Abgesehen von symbolischen Gesten bezüglich einer flexibleren Haltung bei der Ausstellung von Visa und dem Wiederaufleben des Zwischenstaatlichen Komitees für Politische Flüchtlinge kam nur wenig dabei heraus. Anfänglich mißtraute Großbritannien der amerikanischen Unterstützung für das Zwischenstaatliche Komitee. Großbritannien hingegen wurde zu einem seiner engagiertesten Anhänger, als die Amerikaner 1944 das War Refugee Board gründeten. Das Außenministerium fürchtete insbesondere, dieses könnte als Vehikel dienen, um die Rettung jüdischen Lebens über den militärischen Sieg zu stellen. Das britische Außen- wie das Informationsministerium hielten es für einen Fehler, auf dem Leid der Juden zu insistieren - die Juden sollten vielmehr als Angehörige ihres eigenen Staates behandelt werden. Sie anders zu behandeln bedeutete, „das Spiel der Nazis zu spielen“. Es gab auch andere Stimmen im Außenministerium und insbesondere im Finanzministerium, aber im allgemeinen herrschte Einigkeit darüber, daß die jüdischen Ziele des War Refugee Board falsch waren und daß man sich allen Versuchen, eine britische Version davon zu schaffen, widersetzen mußte.

Im Frühling und Sommer 1944 sah sich die britische Regierung mit der Existenzkrise des ungarischen Judentums konfrontiert. Sie scheute davor zurück, selbst Verhandlungen mit den Nazis über deren Rettung aufzunehmen, nicht nur weil sie fürchtete, damit dem Feind zu helfen, sondern auch aus Angst vor einem Massenzustrom von Flüchtlingen. Bitten, Auschwitz oder die dorthin führenden Gleisstrecken zu bombardieren, stießen zwar bei Churchill und Eden auf positive Resonanz, wurden jedoch vom Luftwaffenministerium abgelehnt, das darin zu große Risiken für die britischen Flieger sah. Die Episode enthüllte zugleich die Macht der Staatsbeamten, die Initiativen hochrangiger Politiker in solchen Punkten zu blockieren. Die letzten Phasen des Holocaust, einschließlich der unverhüllten Deportation

der ungarischen Juden, spielten weder in der britischen Politik noch in der Gesellschaft insgesamt eine hervorragende Rolle. Als britische Soldaten das Konzentrationslager Bergen-Belsen befreiten, war das Leid der Juden seit langem kein Thema mehr.

DER HOLOCAUST

Eine teilnahmslose Welt

Roosevelt und die Amerikaner

Am 8. Dezember 1941, nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour, traten die USA in den Zweiten Weltkrieg ein. Doch schon zuvor waren sie mit dem Elend der Juden in Europa konfrontiert gewesen, besonders durch die amerikanische Einwanderungspolitik. Seit dem Beginn des Krieges in Europa fürchteten viele amerikanische Isolationisten, daß die USA in den Konflikt hineingezogen würden, und manche glaubten, daß speziell die Juden für diese Entwicklung verantwortlich wären. Befürchtungen über subversive Aktivitäten im Innern steigerten sich schnell zu panischer Angst vor einer Fünften Kolonne. Insbesondere das Außenministerium war besorgt, ausländische Flüchtlinge (und besonders Juden) würden sich als gefährliche Radikale oder Spione erweisen. Diese Paranoia in Verbindung mit der Politik der Nazis, die den Juden ein Verlassen Europas zunehmend erschwerte (obwohl die von den Nazis deutschen und österreichischen Juden gegenüber bis 1941 offiziell favorisierte Politik darin bestand, ihre Auswanderung zu fördern), führte zu einem drastischen Rückgang bei der Ausstellung amerikanischer Visa. 1939 wurden über 27.000 Visa für Deutsche oder Österreicher ausgestellt. 1942 war die Zahl auf weniger als 5.000 gesunken. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten wurde nur ein einziges Projekt durchgeführt, das den europäischen Juden explizit eine Einwanderung in die USA ermöglichte. 1000 Juden wurden von Süditalien in das Lager Oswego in New York gebracht.

Der Druck auf die westlichen Alliierten, den Juden Europas zu helfen, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 zunahm, ging in der Regel nicht von den USA aus. Erst Anfang 1943 bildete sich eine organisierte Bewegung, die sich für die Rettung der Juden einsetzte. Die Uneinigkeit der amerikanischen Juden in dieser Frage trug nicht dazu bei, die Aufmerksamkeit auf die Existenzkrise des europäischen Judentums zu lenken. Die rechtsgerichteten Revisionistischen Zionisten unter der Führung des palästinensischen Juden Peter Bergson organisierten Propaganda und Versammlungen, auf denen die Tatenlosigkeit des Außenministeriums unverhüllt angeprangert wurde. Stephen Wise, der Führer der gemäßigeren Amerikanischen Zionistischen Bewegung, war zurückhaltender. Nichtsdestoweniger geriet die Regierung Roosevelt durch die sich mehrenden öffentlichen Aktivitäten im Laufe des Jahres 1943 einschließlich einer Massenversammlung im Madison Square Garden am 1. März, auf der auch Wise das State Department angriff, zunehmend unter Druck. Doch erst die Anfragen der britischen Regierung führten schließlich zur anglo-amerikanischen Konferenz über Flüchtlinge auf Bermuda im April 1943. Trotz des wachsenden Drucks zu Hause waren die amerikanischen Vertreter auf Bermuda nicht bereit, von ihrer Gesamtstrategie der Begrenzung des Flüchtlingszustroms in die USA abzurücken, und weigerten sich, öffentlich anzuerkennen, daß besondere Maßnahmen zur Rettung der Juden notwendig seien. Die Amerikaner unterstützten das Wiederaufleben des Zwischenstaatlichen Komitees auf Bermuda im Glauben, es würde sie davon befreien, eigene Verantwortung für das Elend der Juden zu übernehmen. Zudem würde eine Verschiebung des Problems auf die internationale Bühne, wie bereits bei der Konferenz von Evian

geschehen, als das Zwischenstaatliche Komitee gegründet worden war, fast unvermeidlich den Spielraum zukünftiger Rettungsmaßnahmen einengen. Breckinridge Long, Staatssekretär im Außenministerium, verkörperte mehr als alle anderen die Haltung des State Department. Long glaubte weiterhin, daß es aufgrund ihrer subversiven Tendenzen gefährlich sei, Flüchtlinge ins zu lassen. Er war außerdem davon überzeugt, daß ein Insistieren auf dem jüdischen Leid im Krieg letztlich als Schuß nach hinten gegen die Juden losgehen würde. Long war nicht unempfänglich für die Not der Juden, aber er war fest entschlossen, wenig dagegen zu unternehmen, abgesehen von symbolischen Gesten wie der Ausstellung individueller Visa.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1943 erreichten immer mehr Einzelheiten über das Vernichtungsprogramm das Außenministerium, doch diese Informationen und die Forderungen nach einem Eingreifen, die von jüdischen Organisationen und auf öffentlichen Versammlungen erhoben wurden, verhallten ungehört. Doch peinliche Befragungen über das Thema im Kongreß im November 1943 und Longs Unfähigkeit, dem Vorwurf der Tatenlosigkeit in Hinblick auf die europäischen Juden im darauffolgenden Monat entgegenzutreten, mehrten noch den Druck. Schließlich zwangen Finanzminister Henry Morgenthau und seine nichtjüdischen Mitarbeiter Roosevelt zum Handeln. Morgenthau drohte mit der Veröffentlichung von Dokumenten, in denen Beamte des Außenministeriums der Unfähigkeit und des Antisemitismus bezichtigt wurden, und forderte Roosevelt zum Handeln auf. Als Reaktion darauf gab Roosevelt am 24. Januar 1944 die Gründung des War Refugee Board bekannt.

Obwohl das War Refugee Board in seinem Namen nicht Bezug auf die Juden nahm, war sein Programm klar darauf ausgerichtet, die Juden, die noch unter der Herrschaft oder im Einflußbereich der Nazis waren, zu retten. Oft (selbst von seinem eigenen Leiter John Pehle) als „zu klein, zu spät“ beschrieben, nahm das War Refugee Board bei Kriegsende für sich in Anspruch, zwischen 100.000 und 200.000 Juden durch Rettungsaktionen und Hilfsmaßnahmen das Leben gerettet zu haben. Es unterstützte maßgeblich die Juden, die der Deportation in Ungarn entkommen waren. Der Ausschuß gab nur 500.000 Dollar aus Regierungsgeldern aus, weitere 20 Millionen brachten die amerikanischen Juden auf. Dabei war der offizielle Status des Ausschusses von größter Bedeutung für seine Arbeit, die dafür Tätigen distanzieren sich von der Strategie, die bis dahin die Politik der britischen wie der amerikanischen Regierung bestimmt hatte. Die Rettung der Naziverfolgten und innerhalb dieser Gruppe vor allem die der Juden hatte erste und alleinige Priorität in der Arbeit des War Refugee Board. Das erforderte gelegentlich Flexibilität hinsichtlich der wirtschaftlichen Blockade des Feindes, damit jüdische Leben durch Erteilung von Lizenzgenehmigungen gerettet wurden.

Obwohl das War Refugee Board aktiv zur Rettung der Juden in Europa beitrug und 1944/ Anfang 1945 die Vernichtungspolitik der Nazis publik machte, blieb das Außenministerium bei seiner Politik der Nichtbeachtung des Themas. Forderungen im Sommer 1944, die Bahnverbindung nach Auschwitz und das Lager selbst zu bombardieren, wurden von hochrangigen Regierungsmitgliedern keine Priorität eingeräumt. Derartige Ansinnen des War Refugee Board wurden vom Kriegsministerium abgelehnt, was darauf hinweist, daß der Ausschuß nach wie vor nur eine marginale Rolle im Gesamtapparat der Regierung spielte. Bei Kriegsende schließlich hatte das öffentliche amerikanische Interesse am Schicksal der Juden wie auch in Großbritannien einen seiner tiefsten Punkte erreicht, trotz der Fülle der zu diesem Zeitpunkt frei verfügbaren Informationen.

DER HOLOCAUST

Eine teilnahmslose Welt

Das Schweigen des Vatikan

Die Rassendoktrin der Nazis war eine eklatante Verletzung christlicher Überzeugungen, und die Nazis machten kein Hehl aus ihrem Haß gegen den christlichen Humanismus. Doch Hitler war ein gerissener Politiker, der versuchte, die Kirche zu entwaffnen, indem er ihren Haß auf den „gottlosen Bolschewismus“ ansprach. 1933 erreichte er ein Konkordat mit der katholischen Kirche. 1936/37 zogen die Nazis gegen den Religionsunterricht in katholischen Schulen zu Felde, und die Beziehungen zum Vatikan verschlechterten sich. Papst Pius XI. erließ eine päpstliche Enzyklika „Mit Brennender Sorge“, in der er die Rassenlehre der Nazis kritisierte. Doch er verurteilte nicht den Antisemitismus der Nazis oder antijüdische Maßnahmen an sich.

Schon bei der Machtübernahme der Nazis war Papst Pius XI. im Amt. Er protestierte weder gegen die antisemitischen Gesetze von 1933 noch gegen die Nürnberger Gesetze 1935 oder den „Anschluß“ und die „Kristallnacht“ 1938. Pius XI. fürchtete, sich die Gunst der Nazis zu verscherzen und Angriffe gegen die katholische Kirche in Deutschland zu provozieren. Zugleich aber sympathisierte er mit der antikommunistischen Propaganda der Nazis und ihrer Assoziation von Juden mit Bolschewismus.

Papst Pius XII. nahm sein Amt am Vorabend des Zweiten Weltkriegs auf. Seine Rolle in der Kriegsdiplomatie und beim Völkermord gegen die Juden bleibt äußerst umstritten. Zu keiner Zeit verurteilte der Vatikan öffentlich und explizit die jüdenfeindlichen Maßnahmen oder die Ausrottungspolitik der Nazis. 1942 war der Vatikan taub für alle Bitten, die Deportationen der Juden „nach dem Osten“ zu verurteilen. Er unterzeichnete nicht einmal die Erklärung der Alliierten über Kriegsverbrechen im Dezember 1942. Statt dessen verfolgte Pius XII. eine starre Neutralitätspolitik und versuchte, zwischen den kriegführenden Parteien zu vermitteln. Er erließ vage formulierte Hilfsaufrufe für die Verfolgten, ohne die Juden je namentlich zu erwähnen.

Während Pius XII. eine Konfrontation mit den Nazis über die Juden im Inland vermied, übte er moralischen Druck auf die katholischen Regierungen in der Slowakei, Ungarn und Rumänien aus. Hier verzögerte oder linderte die päpstliche Kritik die Folgen jüdenfeindlicher Maßnahmen.

In Kroatien allerdings, wo die römisch-katholische Geistlichkeit eine führende Rolle in der rechten nationalistischen Bewegung spielte, ließ es der Vatikan an einer wirksamen Intervention fehlen. Als der britische Gesandte am Heiligen Stuhl, Godolphin d’Arcy Osborne, protestierte, daß eine päpstliche Audienz für Ante Pavelic, den Führer Kroatiens, der den Mord an 600.000 Serben und Zehntausenden von Juden geleitet hatte, einer stillschweigenden Billigung seiner Handlungen gleichkäme, protokollierte der Unterstaatssekretär des Vatikan wegwerfend, er sei „ein wenig aufgeregt“.

Im September 1943 besetzte die deutsche Armee Italien. Kurz danach setzte die Deportation der italienischen Juden ein. Der Vatikan gab Anweisung, Gebäude im Papstbesitz für die flüchtenden Juden zu öffnen, und Tausende fanden Schutz bei Nonnen, Priestern und Mönchen. Doch noch immer schreckte Pius XII. vor jedem öffentlichen Protest zurück, selbst als vor seinen Augen 1.000 Juden aus

Rom deportiert wurden. Diesmal befürchtete der Papst, daß ein Protest die SS dazu bringen könnte, die Neutralität des Vatikan durch den Einmarsch von Truppen zu verletzen.

Die Position Pius XII. wird klar durch seine Haltung zu Greueln in katholischen Polen. Auch dazu schwieg er. Es scheint als hätte Pius XII gehofft, er könne die schlimmsten Exzesse der Nazis durch stille Diplomatie mildern. Zu diesem Zweck war Neutralität unabdingbar, und das hinderte ihn an der Denunzierung der deutschen Aktionen. Klar ist auch, daß er 1941/42 hoffte, die Nazis würden die Sowjetunion besiegen und die Kirche in Rußland wiedereinsetzen. Traditioneller Antisemitismus verband sich so mit Antibolschewismus und erstickte jede Neigung, die Nazis zu kritisieren.

DER HOLOCAUST

Eine teilnahmslose Welt

Neutrale Zuschauer

Schweden

Die ersten jüdischen Siedler in Schweden kamen hauptsächlich aus Deutschland und waren schnell integriert. Spätere Flüchtlingswellen aus Rußland zwischen 1881 und 1918 führten ein nicht assimiliertes Element ein, das bei der eingewachsenen jüdischen Gemeinde auf Ablehnung stieß. Die Stockholmer Juden versuchten, solchen Flüchtlingen den Zugang ins Land zu verwehren, dennoch stieg die jüdische Bevölkerung durch die Einwanderung russischer Juden von 3.000 im Jahr 1880 bis 1930 auf über 8.000. Schweden behandelte jüdische Flüchtlinge aus Nazideutschland nicht als politische Flüchtlinge und bot ihnen kein Asyl. Die schwedischen Juden widersetzten sich erneut der Einwanderung. Im Januar 1938 wurde die sozialdemokratische schwedische Regierung, die gesetzliche Erleichterungen für die Flüchtlinge eingebracht hatte, durch die Gegenreaktion der öffentlichen Meinung gezwungen, strenge Einwanderungsbeschränkungen einzuführen. Doch die „Kristallnacht“ löste eine Welle der Sympathie für die Juden aus, und weitere 2.000 Flüchtlinge kamen vor Kriegsbeginn ins Land.

Nach dem Kriegsausbruch war es Schwedens vorrangige Sorge, seine Neutralität zu bewahren und alles zu vermeiden, was eine deutsche Intervention auslösen konnte. Diese Überlegungen erzwangen trotz des Umstands, daß Schweden während des Krieges von einer nazifeindlichen sozialdemokratischen Partei regiert wurde, eine neutrale, aber prodeutsche Haltung. Obwohl die extreme Rechte in Schweden klein war, gab es weitreichende Sympathien für die Territorialgelüste der Deutschen. Die Methoden der Nazis entzogen solchen Sympathien schnell den Boden, aber erst mit den militärischen Niederlagen der Deutschen 1943 schwand die Unterstützung für eine prodeutsche Haltung dahin.

Schweden war während des Kriegs ein bedeutendes Zentrum für den Informationsaustausch über die Verfolgung der Juden. Ende August 1942 erhielt der schwedische Diplomat Baron von Otter von einem SS-Inspekteur der Konzentrationslager namens Kurt Gerstein eine lückenlose Beschreibung des Massenmords in Polen. Das war die erste detaillierte Bestätigung der systematischen Vernichtungspolitik. Sie wurde an das schwedische Außenministerium weitergeleitet, das eine Weitergabe an die Alliierten jedoch ablehnte. Die Behörden fürchteten, ihre Spur könnte nach Stockholm zurückverfolgt werden, Schwedens Neutralität kompromittieren und dadurch deutsche Vergeltungsmaßnahmen auslösen. Der Report war möglicherweise für die positive Atmosphäre verantwortlich, mit der 900 norwegische Juden, die im Oktober 1942 in Schweden Zuflucht suchten, aufgenommen wurden.

Im August 1943 boten die Schweden, die eine antijüdische Aktion in Dänemark vorhersahen, dänischen Juden mit Beziehungen nach Schweden Visa an. Als die Aktion am 1. Oktober 1943 begann, verkündeten die Schweden, sie würden allen dänischen Juden Asyl gewähren. 7.200 Juden und 400 nichtjüdische Familienangehörige fanden daraufhin in Schweden Zuflucht.

Als im Mai 1944 die Massendeportationen ungarischer Juden einsetzten, war Schweden eines von mehreren Ländern, die an das ungarische Staatsoberhaupt Admiral Horthy appellierten, die Deportationen zu stoppen. In Zusammenarbeit mit dem amerikanischen War Refugee Board entsandte die schwedische Regierung den Geschäftsmann und Diplomaten Raoul Wallenberg nach Budapest mit dem Auftrag, so viele Juden wie möglich zu retten. Wallenberg gelang es, zirka 20.000 Juden zu retten, indem er ihnen schwedische Diplomatenpässe ausstellte oder sie in „sicheren Häusern“ versteckte, die von der schwedischen Botschaft erworben worden waren und unter ihrem diplomatischen Schutz standen.

Während der letzten Kriegswochen verhandelte der schwedische Graf Folke Bernadotte mit Himmler über die Freilassung von 20.000 skandinavischen Insassen von Konzentrationslagern. Da Himmler nicht imstande war, so viele Skandinavier ausfindig zu machen, wurde das Kontingent mit Frauen aus dem Lager Ravensbrück aufgefüllt, darunter 3.500 Jüdinnen. Schwedische Rettungsbemühungen und eine großzügigere Flüchtlingspolitik bewirkten, daß 237.000 Flüchtlinge einschließlich 12.000 Juden bei Kriegsende in diesem Land Zuflucht gefunden hatten.

Schweiz

1939 lebten 18.000 Juden in der Schweiz, die nur nur 0,4 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Aufgrund ihrer Angst, eine Masseneinwanderung könnte zu hoher Arbeitslosigkeit führen, hatte die Schweiz strenge Einwanderungsbeschränkungen, und nur Emigranten mit beträchtlichen finanziellen Ressourcen durften sich darin niederlassen. Dennoch erhielten zirka 30.000 jüdische Flüchtlinge zwischen 1933 und 1938 die Erlaubnis, das Land zu passieren und sich eine gewisse Zeitspanne darin aufzuhalten (der Zeitraum variierte je nach Kanton), solange sie einen Dauerwohnsitz woanders garantierten. Nur wenige jedoch konnten sich dort niederlassen.

Nach dem „Anschluß“ verhärtete sich die Haltung der Schweiz. Über 10.000 Juden strömten ins Land, die meisten nur mit spärlichen Mitteln. Die Grenzkontrollen wurden verschärft, und die Schweizer Regierung forderte, daß die Pässe der Juden im Reich gekennzeichnet würden, damit man sie leicht von denen von Touristen, Geschäftsleuten oder Reisenden, die nicht in der Schweiz bleiben wollten, unterscheiden konnte. Die Folge war, daß die deutschen Behörden im Oktober 1938 den berüchtigten „J“-Stempel in den Pässen deutscher Juden einführte. Die Schweizer Polizei spürte illegale jüdische Einwanderer unbarmherzig auf und deportierte sie.

Als der Krieg ausbrach, wurden Flüchtlinge und Emigranten noch schärferen Polizeikontrollen unterzogen, und im Mai/Juni 1940 wurden Hunderte interniert. Den Schweizern war vor allem an der Wahrung ihrer Neutralität gelegen, und sie vermieden eine Politik, die man als Begünstigung der Flüchtlinge vor Nazideutschland oder antinazistisch interpretieren konnte. Zudem glaubte die Regierung, da das Land sich praktisch im Belagerungszustand befand und die Nahrungsmittel rationalisiert werden mußten, daß Flüchtlinge eine Belastung für die Bevölkerung darstellten. Nachdem die Deutschen die Freie Zone in Frankreich besetzt und dadurch eine Flüchtlingswelle über das gebirgige Grenzgebiet ausgelöst hatten, wurden Juden, die von Grenzpatrouillen entdeckt wurden, zurückgebracht.

Dennoch war die Schweiz eine wichtige Basis für internationale jüdische Organisationen wie den Jüdischen Weltkongreß (WJC) und das Joint Distribution Committee (JDC). Das JDC leitete Geld für Hilfs- und Rettungsmaßnahmen über Schweizer-jüdische Vermittler wie Sally Mayer in die Slowakei

und nach Ungarn. Im August 1942 veranlaßte Gerhard Reigner, der Schweizer Vertreter des WJC, daß die Beweise für die Existenz einer europaweiten Operation zur Ermordung der Juden an Großbritannien weitergeleitet wurden. In späteren Phasen des Krieges verfolgte die Schweiz eine gemäßigte Flüchtlingspolitik. Mitte 1943 hatte das Land 19.000 Flüchtlinge aufgenommen. Die deutsche Besetzung Italiens löste eine weitere Fluchtwelle aus, so daß die Gesamtzahl von Flüchtlingen auf 26.000 stieg. Zehn Prozent der insgesamt 200.000 Flüchtlinge, die in der Schweiz vorübergehend oder auf Dauer Zuflucht fanden, waren Juden. Wohl an die 20.000 Juden wurden an den Grenzen zurückgeschickt und zu einem schrecklichen Schicksal verurteilt. Die Schweiz nahm Juden auf, die durch Verhandlungen mit der SS gerettet wurden. Über 1.680 ungarische Juden und 1.200 Juden aus Theresienstadt wurden infolge solcher Abmachungen in die Schweiz anstatt nach Auschwitz geschickt.

Spanien

Der jüdische Bevölkerungsanteil Spaniens, der sich 1936 auf 6.000 belief, wurde während des spanischen Bürgerkriegs 1936 bis 1939 drastisch reduziert. Trotz des Sieges der Faschisten war die spanische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik jedoch relativ liberal. 1940/41 wurde etwa 10.000 Flüchtlingen gestattet, Spanien zum Erreichen von Häfen zu passieren, von denen aus sie den Atlantik überqueren konnten. Man verlangte nicht einmal Visa für weitere Emigrationsziele. Dennoch stellte Spanien sich nicht als Einwanderungsland dar und wandte ein, daß die ökonomische Zerstörung durch den Bürgerkrieg eine großzügigere Politik unmöglich machte. Im Oktober 1941 wurde die spanische Politik restriktiver, und viele Juden wurden interniert. Zirka 500 wurden auf Betreiben der SS in Gebiete unter deutscher Herrschaft zurückgebracht.

Spanische Konsularbeamte schützten mehrere tausend Juden im von den Nazis besetzten Europa, aber Spanien lehnte es ab, mehr als ein Viertel der 4.000 Juden mit spanischen Papieren, die Anfang 1942 von den Nazis bedroht wurden, aufzunehmen. Im Frühling 1943 versprach das Joint Distribution Committee, jüdische Flüchtlinge, denen die Einreise gestattet worden war, auf alliierten Druck auf die spanische Regierung hin, sie solle eine großzügigere Einreisepolitik betreiben, zu unterstützen. 7.500 jüdische Flüchtlinge waren 1944 in Spanien in Sicherheit. Während der Deportationen aus Saloniki nahmen spanische Diplomaten mehrere hundert sephardische Juden spanischer Herkunft unter ihren Schutz. Als die Deutschen Ungarn besetzten, erhielten 2.300 Juden spanische Papiere, die diplomatischen Schutz gewährten.

Obwohl das faschistische Spanien ideologisch auf gleicher Linie wie der Nationalsozialismus lag und 1940 bis 1942 schwer unter Druck stand, sich dem deutschen Kriegsunternehmen anzuschließen, teilten die Spanier nicht die rassistischen Ansichten der Nazis und sahen wohlwollend auf die jüdischen Flüchtlinge, solange diese nur Durchreisende blieben. Als das Kriegsglück sich wendete und Spanien zu einem Hauptfluchtweg für alliierte Soldaten wurde, besonders für Flieger, die über dem besetzten Europa abgeschossen worden waren, trug das Interesse der Alliierten an Spanien zu einer weiteren Verbesserung seiner Flüchtlingspolitik bei.

Das Internationale Rote Kreuz

Das Internationale Rote Kreuz war befugt, Zivilisten und Kriegsgefangenen in Kriegszeiten zu helfen und sie zu schützen. Doch es war abhängig von der Kooperation der örtlichen Regierung, um Zugang zu den Kriegsgefangenenlagern und Internierungszentren zu erhalten.

Die Deutschen kooperierten willig in Hinblick auf das Wohlergehen alliierter Kriegsgefangener in Deutschland, denn sie hatten selbst Kriegsgefangene in den Händen der Alliierten. Doch das Rote Kreuz konnte nur dann zugunsten von Zivilisten intervenieren, wenn es die Deutschen überzeugen konnte, daß dies in ihrem Interesse sei. Die Direktion war sich darüber im klaren, daß das Rote Kreuz aus dem Land geworfen würde, wenn es zu massiven Druck auf die Deutschen ausübte. Es hatte seinen Sitz in der Schweiz, und die Schweizer Regierung war ebenfalls darauf bedacht, die Deutschen nicht gegen sich aufzubringen. Ein weiteres Problem bildete die zersplitterte Struktur des Roten Kreuzes. Es agierte mittels lokaler Repräsentanten, und das Rote Kreuz in Deutschland war in der Hand von Pro-Nazis. Juden in Konzentrationslagern waren seiner Zuständigkeit entzogen.

In der Zentrale des Roten Kreuzes in Genf erfuhr man im September 1942 von der „Endlösung“. Der Berliner Vertreter schlug vor, die jüdischen Deportierten als internierte Zivilisten zu behandeln, so daß sie auf den Schutz des Roten Kreuzes Anspruch erheben konnten, doch dieser Vorschlag wurde verworfen. Das Zentralkomitee in der Schweiz wurde von der Schweizer Regierung gedrängt, nicht zugunsten der Juden zu intervenieren. Paradoxe Weise wurden alle Bemühungen, den Juden in den Gettos und Lagern zu helfen oder ihnen die Auswanderung zu erleichtern, von den Alliierten vereitelt, die nicht wollten, daß die Blockade Nazideutschlands durchbrochen wurde.

Das Rote Kreuz wurde außerdem von den Nazis getäuscht. Mitte 1944 luden sie eine Delegation des Roten Kreuzes ein, Theresienstadt zu besichtigen. Das Lager und die Insassen wurden sorgfältig auf den Besuch vorbereitet, und die Rotkreuzdelegation ließ sich durch das Gesehene vollkommen blenden. Die Nazis filmten den Besuch und fabrizierten daraus nützliches Propagandamaterial.

1944 als die Niederlage Deutschlands absehbar wurde, wurde das Rote Kreuz mutiger. Im Juli 1944 erhob es bei der ungarischen Regierung massiven Einspruch gegen die Deportation ungarischer Juden. Graf Bernadotte wurde nach Budapest entsandt, um die in der Stadt verbliebenen Juden zu retten. Er richtete sichere Häuser ein und rettete Tausenden von Juden das Leben. In den letzten Kriegsmonaten organisierte das Rote Kreuz auch die Evakuierung kranker Juden aus mehreren Konzentrationslagern.

DIE NACHWIRKUNGEN

Die Nürnberger Prozesse

Die Alliierten organisierten das Internationale Militärgericht in Nürnberg, das unter der Bezeichnung Nürnberger Prozesse bekannt wurde, um die 1943 in Moskau angekündigte Politik der Vergeltung umzusetzen. Zwischen dem 18. Oktober 1945 und dem 30. September 1946 wurde vor einem Gerichtshof, der mit Richtern der Alliierten besetzt worden war, gegen 22 führende Nationalsozialisten verhandelt. Die Angeklagten mußten sich vier Anklagepunkten stellen: Planung und Durchführung eines Aggressionskrieges, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit (einschließlich der Rassenverfolgung und der Ausbeutung von Arbeitshäftlingen) und gemeinsame Verschwörung im Hinblick auf die Durchführung dieser Verbrechen. Die Alliierten stellten auch die Untersuchungsbeamten und Anklagevertreter.

Von den zweiundzwanzig Angeklagten wurden zwölf für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Unter ihnen befanden sich Göring, Hans Frank, Frick, General Jodl, „Gestapo“-Führer Kaltenbrunner, General Keitel, Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Seyss-Inquart und Julius Streicher. Sie wurden der Planung und der Durchführung von Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen für schuldig befunden. Walther Funk, Hess und Admiral Raeder zu lebenslanger Haft verurteilt. Funk hatte nach 1938 nur mehr über geringen Einfluß verfügt. Hess hatte Deutschland 1941 verlassen und war daher nicht in gleicher Weise schuldbeladen wie die anderen Nazi-Führer. Raeder wurde wegen Kriegsverbrechen, nicht jedoch wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Speer und von Schirach, der Leiter der Hitlerjugend, wurden zu 20 Jahren verurteilt. Speer entging nur knapp dem Tode, da er Sklavenarbeiter eingesetzt hatte, die ihm von Sauckel, der gehängt wurde, zu Verfügung gestellt worden waren. Von Schirach hatte während des Krieges an Einfluß verloren und sich mit Hitler überworfen, doch wurde er wegen seiner Beteiligung an der Deportation der Wiener Juden wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gesprochen.

Von Neurath wurde zu fünfzehn Jahren verurteilt. Er war von 1933 bis 1938 Außenminister gewesen, doch war er im Grunde lediglich ein konservatives Aushängeschild der Nazis gewesen. Er widersetzte sich 1937 den Plänen Hitlers, was zu seiner Entlassung geführt hatte, und wurde als „weicher“ Reichsprotektor von Böhmen und Mähren (1939 bis 1941) angesehen. Obwohl er zu Hitlers Nachfolger ernannt worden war, wurde Admiral Dönitz lediglich zu zehn Jahren verurteilt, da er nicht für Verbrechen wider die Menschlichkeit für schuldig befunden wurde. General Fritsche, von Papen und Schaacht wurden freigesprochen. Fritsche, die Nummer Zwei im Propagandaministerium, hatte sich den Nazis erst 1933 angeschlossen und bereute seine Rolle in ihrem Regime. Von Papen und Schaacht hatten seit 1939 im Grunde über keinen Einfluß mehr verfügt.

Ziel der Nürnberger Prozesse war es, den Sieg einer auf Recht und internationalen Verträgen beruhenden Ordnung über eine bloße Gewaltherrschaft zu verdeutlichen und zugleich zu festigen. Darüber hinaus sollten sie deutlich machen, daß die Alliierten für eine gerechte Sache gekämpft hatten, und den Deutschen die Abscheulichkeiten der Nazierrschaft vor Augen führen. Tatsächlich wurden

die Nürnberger Prozesse innerhalb Deutschlands jedoch weithin als Beispiel einer „Siegerjustiz“ angesehen und zeigten daher nur geringe Wirkung. Ihre weitere Wirkung wurde gedämpft durch die Beteiligung der Sowjetunion, deren Führer kaum als unschuldig anzusehen waren im Hinblick auf Führung von Aggressionskriegen und Verbrechen wider die Menschlichkeit.

Die Kreuzverhöre und die große Menge an Dokumenten, die von den Untersuchungsbeamten zusammengetragen wurden, trugen jedoch nachhaltig zur dokumentarischen Erfassung der Naziherrschaft bei und wurden zu einer wesentlichen Quelle für Historiker. Die Nürnberger Prozesse beeinflussten auch anschließend verabschiedete Regelungen des internationalen Rechtes wie etwa die 1948 verabschiedete Konvention gegen Völkermord und die Erklärung der Menschenrechte. Es folgten 18 weitere Verfahren in Nürnberg, die jeweils von den Amerikanern durchgeführt wurden. In diesen Verfahren wurden diejenigen vor Gericht gestellt, die verantwortlich waren für die Ausarbeitung und Umsetzung der „Rassengesetze“, für die Formulierung und Durchführung der Politik der Arierisierung und für die Geiselnahme von Juden und deren Erschießung in Vergeltung von Angriffen auf deutsche Truppen im Balkan.

Vor Gericht gestellt wurden auch die überlebenden Kommandeure der „Einsatzgruppen“ (darunter Otto Ohlendorff, Paul Blobel und Franz Six) sowie diejenigen, die deren Operationen administrativ unterstützt hatten, und diejenigen, die verantwortlich waren für die Deportation von Juden aus Zentraleuropa, Mitteleuropa und Griechenland in die Vernichtungslager. Dies schloß auch Beamte des Außenministeriums wie etwa Edmund Veessenmeyer ein.

Die Personen und Firmen, die für die Ausplünderung der Juden verantwortlich waren, wurden festgestellt, ebenso wie die Kommandeure und Verwaltungsbeamten der Konzentrationslager, unter ihnen Oswald Pohl. Der Krupp-Konzern wurde wegen der Verwendung von Arbeitshäftlingen angeklagt, und auch Erhard Milch wurde angeklagt, in der Flugzeugindustrie Arbeitshäftlinge eingesetzt zu haben. Die Direktoren des riesigen Chemieunternehmens I.G. Farben wurden dafür angeklagt, daß sie das Gas Zyklon-B für mörderische Zwecke bereitgestellt hatten. In den ersten der „Anschlußverfahren“ wurden die Ärzte zur Verantwortung gezogen, die für medizinische Experimente sowie die „Selektionen“ in Auschwitz verantwortlich gewesen waren. In der Mehrzahl der Fälle wurden die Angeklagten schuldig gesprochen. Eine kleine Anzahl wurde zum Tode verurteilt (aufgrund von Geiselnahme, Operationen der „Einsatzgruppen“ und der Ausbeutung von Arbeitshäftlingen in den Konzentrationslagern), die meisten erhielten jedoch lediglich Haftstrafen von unterschiedlicher Dauer. Diese wurden in der Regel in Berufungsverfahren verringert, und die meisten der Verurteilten befanden sich Mitte der 50er Jahre bereits wieder auf freiem Fuß. 1958 waren sämtliche Kriegsverbrecher, die in diesen Verfahren schuldig gesprochen worden waren, in Freiheit, nachdem ihre Fälle durch amerikanische und britische Gerichte einer Revision unterzogen worden waren.

DIE NACHWIRKUNGEN

Befreiung

Der Begriff „Befreiung“ muß mit Vorsicht verwendet werden. Viele Lager wurden von den Alliierten erst eingenommen, nachdem sie bereits evakuiert worden waren. Sofern sich in den Lagern noch eine größere Anzahl von Häftlingen befand, starben viele noch nach ihrer Befreiung an Unterernährung oder Krankheiten. Auch empfanden die Überlebenden nicht immer jene ungetrübte Freude, die mit dem Begriff der Befreiung verbunden wird. Sie wurden häufig von Schuldgefühlen gequält, da sie selbst überlebt hatten, während so viele andere gestorben waren. Auch mußten sie sich dem Sachverhalt stellen, daß sie ihr Heim und ihre Familie verloren hatten. Befreiung und Überleben bedeuteten nicht, daß sie ihr Leben dort wieder aufnehmen konnten, wo es durch das Aufkommen des Nationalsozialismus abgebrochen worden war.

Die Befreiung bedeutete vielmehr den Beginn eines neuen und häufig sehr zerfahrenen Abschnittes ihres Lebens.

Darüber hinaus fühlten sich keineswegs alle Juden, die befreit worden waren, nun wirklich frei. Für mehrere Jahre wurde es ihnen unmöglich gemacht, nach Palästina überzusiedeln, das sie als ihre Heimat ansahen und als das einzige Land, in dem sie sich wieder sicher würden fühlen können. Tausende von Juden verblieben in Europa in Lagern der einen oder anderen Art, lebten sogar teilweise für Jahre hinter Stacheldraht, bis sie auf legale Weise nach Israel oder in andere Länder auswandern konnten.

Die Art, in der die Lager befreit worden waren, übte einen tiefgreifenden Einfluß aus auf die Wahrnehmung der nationalsozialistischen Politik und der „Endlösung“. Die Befreiung, so wie sie in der Presse und im Film dargestellt wurde, verankerte in der Vorstellung der Menschen ein Gefühl für die Barbarei der Nazis. Doch die Lager in Deutschland waren nicht typisch für die „Endlösung“ und vermittelten einen falschen Eindruck von der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Juden. Tatsächlich wurde der Anwesenheit der Juden in den Lagern wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Statt dessen wurden die Bedingungen in den Lagern von der alliierten Kriegs- und Nachkriegspropaganda aufgegriffen, um die Kriegsführung der Alliierten zu rechtfertigen. Hierdurch wurden sie zu universellen Symbolen des Bösen, anstatt zu Elementen eines Prozesses, der nahezu in der Vernichtung eines bestimmten Volkes geendet hätte.

Auf die besonderen Bedürfnisse der jüdischen Überlebenden wurde vor dem Eintreffen jüdischer Armegeistlicher und Hilfsgruppen häufig kaum eingegangen. Obgleich sie dankbar waren, gerettet worden zu sein, blickten einige Überlebende mit Bitterkeit auf die ihnen zugefügte Behandlung zurück. Dennoch schuf der Moment der Befreiung eine Verbundenheit zwischen den Häftlingen und ihren Befreier, die noch über Jahrzehnte hinweg Bestand hatte.

Die Rote Armee eroberte Majdanek am 18. Juli 1944. Das Lager war von der SS weitgehend evakuiert worden, die russischen Truppen fanden jedoch noch etwa 1000 Überlebende, die zurückgelassen worden waren. Die meisten Gebäude, einschließlich der Gaskammer und des Krematoriums, waren noch intakt. Es gab eine Fülle von Belegen für den systematischen Massenmord und die industrielle Nutzung der Leichen. Das Lager wurde sowjetischen und einigen westlichen Journalisten gezeigt, doch

wurden deren Berichte mit Skepsis aufgenommen. Die Skepsis wurde zum Teil dadurch ausgelöst, daß die Berichte über die industrielle Verwertung der Leichen stark an die „Greuelpropaganda“ des ersten Weltkrieges erinnerte. Russen und Polen richteten später eine Kommission ein, um die Wahrheit über die in dem Lager begangenen Kriegsverbrechen festzustellen.

Am 27. Januar 1945 rückten russische Truppen in Auschwitz-Birkenau ein. Nur etwa 6.000 Häftlinge waren in dem Lagerkomplex verblieben, die meisten von ihnen zu krank, um zu Fuß evakuiert zu werden. Nur etwa 2.000 von ihnen überlebten die ersten Tage der Befreiung. Die Rote Armee fand Massen an Gegenständen, die den Juden in Auschwitz abgenommen worden waren, und Reste der Krematorien und Gaskammern, die von der abrückenden SS noch teilweise zerstört worden waren. Die Russen machten die Entdeckungen in dem Lager jedoch kaum publik, und nur wenige Informationen erreichten den Westen.

Die Rote Armee befreite Ende Januar auch Stutthof. Im April nahmen die russischen Truppen Gross Rosen, Sachsenhausen und Ravensbruck ein. Aus all diesen Lagern hatte die SS die meisten der Gefangenen bereits evakuiert. Nach Verhandlungen zwischen Vertretern Himmlers und dem Roten Kreuz waren etwa 1.000 Frauen aus Ravensbruck nach Schweden gebracht worden. Etwa 6.000 Häftlinge wurden von den Russen noch in den Lagern aufgefunden, von denen nur wenige überlebten. Bergen-Belsen war das erste Lager in Westdeutschland, das von den westlichen Alliierten befreit wurde. Britische Truppen rückten am 15. April 1945 in das Lager ein, nachdem mehrere Tage über seine Übergabe verhandelt worden war. Sie fanden etwa 60.000 Häftlinge unter entsetzlichen Bedingungen. Etwa 10.000 Leichen lagen vereinzelt oder zu Haufen zusammengetragen in den verschiedenen Sektionen des Lagers. In den Tagen und Wochen nach der Befreiung starben mehr als 13.000 der Lagerinsassen, die meisten von ihnen an Typhus.

Die Briten standen vor der enormen und aufreibenden Aufgabe, die Lagerinsassen durch Nahrungsmittel und Pflege am Leben zu erhalten. Angemessene Hilfe konnte nur mit Verzögerung geleistet werden. Daher war die Sterberate bis Anfang Mai sehr hoch. Soldaten und humanitäre Hilfskräfte, unter denen sich auch 90 Medizinstudenten befanden, die von London eingeflogen worden waren, bemühten sich, die Wasserversorgung wieder herzustellen, die Lagerinsassen zu säubern und zu desinfizieren, bevor sie zu nahegelegenen Lazaretten evakuiert wurden, um die Bedingungen für die gesünderen Lagerinsassen zu verbessern, die zunächst in dem Hauptlager verbleiben mußten.

Belsen hatte eine gewaltige Wirkung auf die Befreier. Aufgebrachte britische Soldaten zwangen die SS-Wachen und in der Umgebung lebende Deutsche, sich an den Massenbegräbnissen zu beteiligen. Fotografien, Zeitungsberichte und Wochenschauen lösten weltweit Entsetzen aus. Die Anwesenheit von Juden, die 60 Prozent der Lagerbevölkerung stellten, wurde jedoch kaum erwähnt. Auch wurde keinerlei Verbindung hergestellt zwischen Belsen und der „Endlösung“. Statt dessen wurde angenommen, Belsen sei der schlimmste Ausdruck nationalsozialistischer Brutalität.

Viele der Lagerinsassen von Belsen waren ursprünglich in Auschwitz-Birkenau inhaftiert gewesen und dann im Januar 1945 in Gewaltmärschen nach Belsen verlegt worden. Die Rolle von Auschwitz-Birkenau wurde jedoch erst in den anschließenden Prozessen gegen den Lagerkommandanten Kramer und andere Mitglieder der SS, die sowohl in Auschwitz wie in Belsen gedient hatten, deutlich.

Zwei Rabbis, die als Feldgeistliche in der Britischen Armee dienten, kamen kurz nach der Befreiung in das Lager. Zunächst waren sie gänzlich mit der Bestattung der Toten beschäftigt. Erst später konnten sie sich den Bedürfnissen der jüdischen Überlebenden widmen und sie darin unterstützen, sich zu

organisieren. Über 25.000 Juden verblieben über mehrere Jahre in einem Lager in der Nähe von Belsen. Es wurde zum größten jüdischen DP-Zentrum innerhalb der Britischen Besatzungszone.

US Truppen erreichten am 5. April 1945 Ohrdruf und am 11. April Nordhausen. Diese relativ kleinen Lager, in denen Zwangsarbeiter interniert gewesen waren, waren größtenteils evakuiert worden. Dennoch waren die Truppen entsetzt über die zu Tausenden unbestattet zurückgelassenen Leichen und den schrecklichen Zustand der Überlebenden, deren Zahl einige hundert betrug. Die Generäle Eisenhower, Patton und Bradley besuchten Ohrdruf am 12. April. Sie waren fassungslos über das, was sie sahen. Eisenhower berichtete dem amerikanischen Präsidenten, daß dies der unanfechtbare Beweis für das unmenschliche Verhalten der Nazis sei, und riet dringend, dieses Beweismaterial weit zu verbreiten und zu nutzen.

Buchenwald war das erste größere Lager, das von US-Truppen befreit wurde. Die Truppen rückten am 11. April in das Lager ein. Zu diesem Zeitpunkt hatte die gut organisierte Untergrundverwaltung des Lagers bereits die Kontrolle übernommen. Da die Krematorien einige Tage zuvor als eine Typhus Epidemie unter den Insassen wütete ausgefallen war, waren auch hier überall Berge von Leichen.

Die US-Truppen übersahen die Racheakte der Gefangenen, die in den umliegenden Wäldern ehemalige SS-Wachen zur Strecke brachten und „Kollaborateure“ unter den Lagerinsassen töteten. Eisenhower bemühte sich mit Nachdruck darum, Buchenwald für die Anti-Nazi-Propaganda zu nutzen. Delegationen bestehend aus US-amerikanischen und britischen Parlamentariern wurden eingeflogen, um das Lager zu besichtigen, in der Gegend stationierte Truppen wurden durch das Lager geführt und die in nahegelegenen Städten und Dörfern lebenden Deutschen wurden gezwungen, sich dem zu stellen, was in ihrem Namen begangen worden war.

Alle, die das Lager in den Tagen nach seiner Befreiung erlebten als humanitäre Hilfsgruppen aus den USA versuchten, den Überlebenden zu helfen, waren tief erschüttert von dem, was sie an menschlichem Verfall und Leid sahen.

Dachau wurde am 29. April 1945 von amerikanischen Truppen befreit. Die amerikanischen Soldaten rückten aus mehreren Richtungen in das Lager ein. Ein Trupp stieß auf einen teilweise entladenen Zug mit Evakuierten aus Buchenwald, von denen über 2.300 bereits tot waren. Aufgebracht durch dieses Blutbad schossen Mitglieder dieses Trupps über 120 der SS-Wachen nieder, nachdem diese sich bereits ergeben hatten. Es waren weniger als 3.000 Juden unter den etwa 30.000 überlebenden Lagerhäftlingen. Jüdische Feldgeistliche der US-Armee leisteten diesen Überlebenden Trost und unterstützten die humanitäre Hilfsarbeit.

Mauthausen war das letzte größere Lager, das befreit wurde. Es wurde am 5. Mai 1945 von amerikanischen Truppen erreicht. In dem Lager befanden sich etwa 17.000 Häftlinge, von denen etwa zehn Prozent Juden waren. Unter ihnen befand sich auch Simon Wiesenthal. Die Lagerinsassen waren jedoch unter Maßgabe nationaler und politischer Zugehörigkeiten organisiert, so daß die Juden nicht als Gruppe zusammengefaßt waren, und stand zum Zeitpunkt des Eintreffens der amerikanischen Truppen bereits unter der Kontrolle der Gefangenen. Die „Politischen“ gaben den Ton an und verwandelten die Befreiung in ein antifaschistisches Fest. Die Befreiung des Lagers wurde jedoch durch die Kapitulation der deutschen Truppen in Deutschland in den Schatten gestellt.

DIE NACHWIRKUNGEN

Befreiung

Die Aufdeckung des Horrors

Die Befreiung der Lager stellte den alliierten Soldaten und der Öffentlichkeit einen endgültigen Beweis vor Augen für den mörderischen Vernichtungsfeldzug der Nazis gegen die Juden. Auf einer unmittelbaren Ebene war sie ein überwältigender und nicht unproblematischer Moment für Befreier wie Befreite - gefüllt mit gemischten Gefühlen, die Grenze des Verstehbaren überschreitend.

In Belsen erlitt der erste jüdische Armeegeistliche, der das Lager erreicht hatte, nach mehreren Tagen ungemilderten Schreckens, in denen Tausende von Toten bestattet wurden und hilflos mit angesehen werden mußte wie täglich mehr starben, einen Nervenzusammenbruch. Die britischen Soldaten, die als erste das Lager erreicht oder dort humanitäre Hilfe geleistet hatten, konnten das, was sie dort gesehen und erlebt hatten, niemals mehr vergessen. Einer von ihnen, Mervyn Peake, wurde später ein berühmter Romanautor, dessen Gormenghast-Trilogie die Tiefen des Bizarren und Verstörenden auslotete.

Die Befreier waren abgestoßen und aufgebracht durch das, was sie sahen. Manchmal untergruben ihre emotionalen Reaktionen ihre militärische Disziplin. In Buchenwald weigerten sich amerikanische Truppen einzugreifen, als Lagerhäftlinge verhaßte Kapos mit bloßen Händen töteten. GI massakrierten in Dachau 120 der SS-Wachen.

Sobald Ordnung hergestellt war, versammelten die Soldaten oft die örtlichen Deutschen und zwangen sie, sich anzusehen, was in ihrem Namen begangen worden war. In Belsen zwangen die britischen Soldaten die SS-Wachen, die verwesenden Leichen zu den Massengräbern zu tragen. Anderswo wurden deutsche Zivilisten gezwungen, Karren zu ziehen, die mit Leichen beladen waren oder mit Särgen, die menschliche Überreste enthielten. Diese Handlungen verbanden Vergeltung mit grausamer Umerziehung. Oft waren sie auch einfach nur spontaner Ausdruck der Wut. Die in die Lager einrückenden Soldaten waren die ersten Außenstehenden, die Zeuge derartiger nationalsozialistischer Greuelthaten wurden, und ihre Erfahrungen dienten der Bestätigung anderer Informationsquellen. Dennoch wurden ihre Erinnerungen an diese entsetzlichen Ereignisse sobald sie in ihre Heimat zurückgekehrt waren nur selten geschätzt: Oft mußten sie ihre Gefühle und Erinnerungen unter Verschuß halten. Erst seit kurzem wird das Trauma der Befreier anerkannt. Zugleich werden sie nun als Zeugen des Holocaust geschätzt.

DIE NACHWIRKUNGEN

Befreiung

Rückkehr der Überlebenden

Jedes Land, das von Deutschland besetzt worden war, erlitt Deportationen der unterschiedlichsten Art und hatte somit Staatsbürger in Deutschland. Unter ihnen befanden sich Kriegsgefangene, aus politischen Gründen Deportierte, inhaftierte Widerstandskämpfer, Zwangsarbeiter, Fremdarbeiter und Kollaborateure. Nach der Befreiung wurden diese Menschen zurück in ihre Heimat gebracht oder kehrten eigenständig zurück. Die Juden waren hierbei nur eine Gruppe unter vielen - in der Regel die kleinste und die isolierteste.

Für die kaum etablierten Regierungen in Frankreich, Holland, Belgien und Italien war es ein Vorhaben von erheblichen Ausmaßen, die Kriegsgefangenen und Deportierten zurückzuholen. Jede Regierung setzte Prioritäten, welche Gruppe der Deportierten zuerst zurückzuholen waren: Die Juden wurden hierbei meist nicht als vordringlich angesehen.

Kurz nach der Befreiung Frankreichs wurde ein Programm zur Repatriierung eingeleitet. Im Dezember 1944 wurde eine „Woche der Abwesenden“ abgehalten, um die Bevölkerung an das Elend derjenigen zu erinnern, die sich noch immer in der Gewalt der Nazis befanden. Die in diesem Zusammenhang veröffentlichten Verlautbarungen wiesen jedoch nicht darauf hin, daß sich unter den „Abwesenden“ Tausende von Juden befanden.

Bei Kriegsende wurden zuerst die Kriegsgefangenen zurückgeholt - meist auf dem Luftweg. Es folgten die politischen Gefangenen und Widerstandskämpfer, die in Zügen, Bussen und Lastwägen transportiert wurden. Die Juden waren meist die letzten auf der Liste und schlugen sich auf allen Wegen, die ihnen möglich waren, in die Heimat durch.

Die Ankunft der Kriegsgefangenen und Deportierten wurde sorgfältig inszeniert, um das Gefühl nationaler Verbundenheit hervorzuheben. Besonderen Einzelschicksalen wurde hierbei wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Rückkehrer wurden in Transitlagern abgefertigt, dort medizinisch versorgt, entlastet, verhört und mit Ausweisen ausgestattet. Diese Lager befanden sich häufig an Stellen wie Drancy. Rückkehrende Juden wurden zusammengelegt mit ehemaligen Kollaborateuren oder sogar mit ehemaligen Angehörigen der „Charlemagne“-Division der Waffen-SS. In Frankreich kehrten die Deportierten in ein unter Rationierungen und Mangel leidendes Land zurück. Unter diesen Bedingungen blieb nicht viel Mitgefühl übrig für das Elend derer, die Belsen oder Auschwitz überlebt hatten. Die aus „rassischen Gründen Deportierten“, die oft auf Umwegen über Odessa oder Marseilles zurückkehrten, kamen Wochen oder Monate nach Kriegsende in ihren Heimorten an. Zu dieser Zeit war das Mitgefühl für Opfer der Nationalsozialisten bereits abgeflaut. Sie waren zudem nur sehr wenige: Die aus „rassischen Gründen Deportierten“ bildeten kaum drei Prozent aller Rückkehrer und ihre Heimkehr verlief nahezu unbemerkt.

Berichte über die Konzentrationslager durchliefen mehrere Informationsfilter. Bis Mai 1945 unterdrückte die Militärzensur in Paris alles, was Vergeltungsmaßnahmen gegen französische Kriegsgefangene hätte hervorrufen können. Im Zuge de Gaulles „Politik der Aussöhnung“ wurde das

Informationsministerium dann später angewiesen, die Gemeinsamkeit der Erfahrungen der Inhaftierten herauszustellen. Fotos, auf denen Grausamkeiten festgehalten waren, wurden aus Rücksicht auf die Gefühle derjenigen, deren Verwandte noch nicht gefunden oder zurückgekehrt waren, unterdrückt. Das besondere Schicksal der Juden wurde heruntergespielt, um einer Auseinandersetzung über die Mitwirkung der Vichy Regierung an den Deportationen aus dem Weg zu gehen. Die 2.000 Überlebenden, die sich nach Hause durchgeschlagen hatten, hatten meist ihre Familien verloren und waren häufig gänzlich isoliert. Sie waren nicht in der Position, ihre leidvollen Erfahrungen gegenüber der monolithischen nationalen Erinnerung eines Frankreichs, das sich zur Gänze im Widerstand befunden hatte, zu Gehör zu bringen. Die kranken, desorientierten, isolierten und apolitischen jüdischen Opfer der Naziverfolgung paßten nicht recht in das Nachkriegsethos, das ausgerichtet war auf Wiederaufbau, Produktion und Antifaschismus. Ein ähnliches Muster findet sich in Holland, wenngleich aus anderen Gründen. Holland wurde erst in den letzten Kriegstagen vollständig befreit. Die Deportierten kehrten dort in verwüstete Städte zurück und trafen dort auf eine benommene, ausgehungerte und verzweifelte Bevölkerung. Die Repatriierung von 600.000 holländischen Deportierten verschärfte die Nahrungsknappheit. Da die Bevölkerung das Ausbrechen von Typhus-Epidemien befürchtete, wurden die Rückkehrer rigorosen medizinischen Untersuchungen sowie einer Quarantäne unterzogen.

Häufig wurden Juden bis zu einer Woche in Transitlagern festgehalten, in denen sie gemeinsam mit Kollaborateuren untergebracht waren. Sie wurden ohne viel Anteilnahme registriert und verhört. Deutsche Juden, die vor 1939 nach Holland geflohen waren und sich dort niedergelassen hatten ohne allerdings die holländische Staatsbürgerschaft zu erlangen, wurden als „feindliche Ausländer“ behandelt und gemeinsam mit Angehörigen der Wehrmacht und der SS inhaftiert. Dem winzigen Kontingent von etwa 5.000 holländischen Juden, die vereinzelt zurückkehrten, wurde mithin im besten Fall mit geringem Einfühlungsvermögen und im schlimmsten Fall mit Furcht und Ablehnung begegnet. Die verwirrten und ungepflegten Überlebenden wurden als asozial und als eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung angesehen. Es fand sogar eine Eskalation einer antijüdischen Stimmung in Holland statt, die bis zum Ende der Dekade anhielt. Man übertrug der jüdischen Gemeinde die Sorge um die Rückkehrer, und es wurden keine besonderen Bemühungen unternommen, sie wieder einzugliedern.

In Belgien war die Situation zunächst eine andere. Über 300.000 Belgier warteten auf ihre Repatriierung, doch sah die linksgerichtete Koalitionsregierung, die im Frühling 1945 an der Macht war, auch einen propagandistischen Wert darin, sich nachhaltig mit ihrem Elend zu befassen. Jean Terfve, der für die Kriegsoffer zuständige Minister, dessen Frau als Widerstandskämpferin nach Ravensbruck deportiert worden war, verabschiedete 1947 ein Gesetz zur Institutionalisierung des Gedenkens an die Deportationen und die Naziverfolgung. Belgien nutzte seine Erfahrungen von 1918, um diejenigen, die von den Besatzern verfolgt worden waren, zu rehabilitieren, doch schwächte sich das Momentum nach 1947 und dem Sturz der „Regierung des Widerstandes“ ab.

Nach kurzer Zeit verschwand auch in Belgien das Schicksal der Juden aus dem öffentlichen Wahrnehmungshorizont. Wie auch anderswo war es der kleinen Zahl von Überlebenden kaum möglich, ihre Leidenserfahrungen ins öffentliche Bewußtsein zu rücken, angesichts des kollektiven Traumas der Besetzung und der Geschäftigkeit des Wiederaufbaus, der die Nachkriegszeit zunächst bestimmte. Das

Einzelchicksal der Juden paßte einfach nicht recht in die öffentliche Wahrnehmung, die sich auf die kollektive nationale Leidenserfahrung, den gemeinsamen Kampf und das Überleben konzentrierte.

Die einsame Rückkehr Primo Levis nach Turin ist beispielhaft für die Geschichte der 1.000 Juden, die die Deportationen der Nazis und Faschisten in den Jahren 1943 und 1944 überlebt hatten. Die 9.000 Juden wurden zahlenmäßig in den Schatten gestellt durch die 40.000 bis 45.000 Italiener, die zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt worden waren, und die 600.000 Kriegsgefangenen, die in Deutschland unter erbärmlichen Bedingungen gehalten worden waren, nachdem Italien sich von den Achsenmächten abgesetzt hatte. Juden wie Levi brauchten Monate für ihre Heimkehr. Einrichtungen für Rückkehrer waren chaotisch beziehungsweise nicht vorhanden. Die Gesellschaft, in die sie zurückkehrten, war vom Bürgerkrieg zerrissen und gänzlich durch die internen Probleme in Anspruch genommen. Ehemalige Widerstandskämpfer, die nach Deutschland deportiert worden waren, konnten sich nach ihrer Rückkehr in ihre Netzwerke wieder eingliedern zu Kameraden, von denen viele inzwischen einflußreiche Stellungen innehatten. Die rückkehrenden Juden blieben dagegen isoliert.

DIE NACHWIRKUNGEN

Befreiung

DPs(displaced persons): Die Entwurzelten

Zum Ende des Krieges wurde das besetzte Deutschland nahezu überschwemmt von einer Masse entwurzelter und obdachloser Menschen. Es waren etwa sieben bis acht Millionen Menschen, unter ihnen Überlebende aus den Konzentrationslagern, Arbeitshäftlinge, Zwangsarbeiter, Freiwillige, Kollaborateure und ihre Familien, deutsche Flüchtlinge und die Überlebenden der „Endlösung“. All diese Menschen wurden zusammenfassend als displaced persons (DP) bezeichnet. Der Begriff war ursprünglich eine offizielle Bezeichnung, die von der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration), der UN-Organisation zur Verteilung von Hilfsgütern verwendet worden war, um echte Flüchtlinge zu unterscheiden von den nach Deutschland geflohenen Kollaborateuren. In der Praxis wurde der Begriff jedoch nicht mit dieser Trennschärfe verwendet.

Die UNRRA richtete DP-Lager ein, in denen die „eigentlichen“ DP mit Nahrung und Unterkunft versorgt wurden. Auch wurde ein groß angelegtes Repatriierungs-Programm in Gang gesetzt, in dessen Rahmen bis Ende 1946 etwa sechs Millionen Menschen in ihre Heimat zurückgeführt wurden. Es gab jedoch etwa 1,5 bis zwei Millionen Menschen, die „nicht repatriierbar“ waren. Es handelte sich hierbei um Menschen - hauptsächlich aus den baltischen Staaten, Weißrußland, der Ukraine und Polen - die sich weigerten, in ihre Heimat zurückzukehren, da sie nicht unter sowjetischer Herrschaft leben wollten. Viele von ihnen hatten mit den Nazis kollaboriert. Unter den nicht Repatriierbaren befanden sich 100.000 bis 250.000 Juden, die kein Heim mehr hatten, zu dem sie hätten zurückkehren können.

Im Sommer 1945 befanden sich etwa 100.000 jüdische Überlebende in Deutschland und Österreich. Die meisten von ihnen befanden sich ursprünglich in der britischen Besatzungszone. Bergen-Belsen allein, das von britischen Truppen befreit worden war, hatte 30.000 Juden enthalten. Die britische Politik gegenüber den Juden war jedoch wenig sensibel. Sie wurden unter Bezugnahme auf ihre Nationalität klassifiziert, ohne daß ihrem besonderen Leiden als Juden Rechnung getragen worden wäre. Jüdische Überlebende wurden in Baracken untergebracht, die sie mit nichtjüdischen Landsleuten teilen mußten, die häufig antisemitisch oder gar ehemalige Nazi-Kollaborateure waren. Gegenüber Juden, die nach Palästina auswandern wollten, nahmen die Briten eine sehr reservierte Haltung ein. In der Folge wechselten viele Juden, sobald es ihnen möglich war, in die amerikanische Besatzungszone, in der eine andere Einstellung vorherrschte. Diese war wesentlich bedingt durch einen Bericht über die Mißbräuche, unter denen jüdische Überlebende gelitten hatten, den im August 1945 Präsident Truman von Earl G. Harrison erhalten hatte.

Die Zahl der jüdischen DP stieg dramatisch an, nachdem sich im Juli 1946 in der polnischen Stadt Kielce ein Pogrom gegen zurückkehrende Juden ereignet hatte, in dem 41 Juden getötet worden waren. Im unmittelbaren Anschluß flohen 40.000 Juden aus Polen - die meisten von ihnen nach Deutschland in die amerikanische Besatzungszone. Gegen Ende des Jahre 1946 gab es etwa 250.000 jüdische DP, von denen sich etwa 175.000 in der amerikanischen Besatzungszone aufhielten. Unter

diesen befanden sich 122.300 polnischer Herkunft, 18.500 aus Rumänien, 6.602 aus Ungarn und über 6.000 aus Deutschland.

Die DP begannen sehr rasch, sich selbst zu organisieren. In Bergen-Belsen wurde ein Zentralkomitee gegründet, das die Interessen der Überlebenden vertrat. In der amerikanischen Besatzungszone wurde ein entsprechendes Zentralkomitee offiziell anerkannt. Jüdische DP lehnten sich dagegen auf, hinter Stacheldraht gehalten und bewacht zu werden, und verlangten eine gesonderte Unterbringung. Mit der Unterstützung internationaler jüdischer Hilfsorganisationen wie dem Komitee zur Verteilung von Hilfsgütern (Joint Distribution Committee, JDC) richteten sie Schulen, berufliche Bildungszentren und kulturelle Programme ein. Innerhalb kurzer Zeit erschienen mehrere jüdische DP-Zeitungen. Ermutigt durch Gesandte aus Palästina entstanden politische Parteien.

Im April 1946 beschloß eine britisch-amerikanische Untersuchungskommission, daß 100.000 jüdischen DP die Auswanderung nach Palästina ermöglicht werden sollte. Die britische Regierung, die Palästina kontrollierte, verweigerte hierzu jedoch ihre Zustimmung aufgrund der zu erwartenden Reaktionen der arabischen Öffentlichkeit. Diese Entscheidung löste erhebliche Unzufriedenheit unter den jüdischen DP aus, und Tausende versuchten, Palästina mit Hilfe des von der zionistischen Bewegung aufgebauten Untergrundnetzes zu erreichen. Zwischen Mai 1945 und Mai 1948 kamen so fast 70.000 Juden auf illegalem Wege nach Palästina, sofern sie nicht von den Briten abgefangen und in Lagern auf Zypern interniert wurden. Als Israel im Mai 1948 zum unabhängigen Staat erklärt wurde, folgten weitere 80.000. Etwa 165.000 jüdische DP wanderten in andere Länder aus, und von diesen etwa 80.000 in die USA.

Die jüdische Einwanderung in die USA wurde 1948 durch das DP-Gesetz ermöglicht. Zunächst war jedoch die öffentliche Meinung den Einwanderern gegenüber aufgrund des noch sehr verbreiteten Antisemitismus keineswegs günstig. Diese Stimmung kam auch in dem DP-Gesetz zum Ausdruck, das die Zahl der einwanderungsberechtigten Juden strikt begrenzte. Das Gesetz teilte 40 Prozent der verfügbaren Plätze jenen zu, deren Heimat von der Sowjetunion annektiert worden war - eine Bestimmung, die den Balten zugute kam - und reservierte 20 Prozent der Plätze für Landarbeiter, unter denen sich kaum Juden befanden. Zudem wurde der Prozentsatz von Einwanderungsgenehmigungen, die den einzelnen nationalen Gruppen zuerkannt wurde, berechnet auf der Grundlage einer zahlenmäßigen Erfassung der sich in der amerikanischen Besatzungszone befindenden DP, die durchgeführt worden war, bevor der große Zustrom an jüdischen Flüchtlingen im Anschluß an das Kielce Pogrom eingesetzt hatte. Das Gesetz war derart ungerecht, daß es einen Aufschrei hervorrief und nach langen Auseinandersetzungen im Kongreß schließlich im Juni 1950 geändert wurde. Unter Maßgabe des DP-Gesetzes wanderten schließlich 320.000 DP in die USA ein, unter denen sich 80.000 Juden befanden.

Die Stimmung in England war im Hinblick auf die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge noch ungünstiger. 1946 wurde ein Programm eingerichtet, das es „bedrängten Verwandten“ ermöglichte, in das Vereinte Königreich einzureisen. Letzten Endes nahmen etwa 5.000 Überlebende und DP, die über Angehörige in England verfügten, diese Möglichkeit zur Einwanderung wahr. Etwa die Hälfte von ihnen war jüdisch. Darüber hinaus nahm England etwa 750 jüdische Waisenkinder auf. Im Gegensatz hierzu nahm England 90.000 osteuropäische DP im Rahmen eines Programms für ausländische Arbeitskräfte auf und stellte Häuser für etwa 110.000 Polen, die in der Britischen Armee gedient hatten, und deren Familien zu Verfügung.

Einige andere Länder verabschiedeten Gesetze zur Erleichterung der Einwanderung von DP, um zur Linderung des europäischen Flüchtlingsproblems beizutragen. Keines dieser Länder setzte sich hierbei jedoch ausdrücklich für Juden ein. In Australien herrschte aufgrund der Unruhen in Palästina sowie aufgrund einer generellen Reserviertheit gegenüber Flüchtlingen eine starke antijüdische Stimmung. Bis 1948 bestanden starke Widerstände gegen die Aufnahme jüdischer DP. 1950 hatte Australien 155.000 DP aufgenommen, unter denen sich nur wenige tausend Juden befanden. In Kanada waren ähnliche Vorurteile zu überwinden, und es bestand eine ähnliche Bevorzugung von „Landarbeitern“. So wurden schließlich 65.000 DP aufgenommen, unter denen sich lediglich 8.000 Juden befanden.

DIE NACHWIRKUNGEN

Nazis vor Gericht

Erst 1942 wurde von den Alliierten nach heftigen Debatten die Entscheidung getroffen, die Naziführung für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen und Kriegsverbrecher auf allen Ebenen des deutschen militärischen und zivilen Apparates strafrechtlich zu verfolgen. Angesichts der wenig erfolgreichen Verfahren, die im Anschluß an den Ersten Weltkrieg durchgeführt worden waren, war das britische Außenministerium gegen die Durchführung von Prozessen nach Kriegsende. Die Sowjetunion und die USA bestanden, gedrängt von den in London errichteten Exilregierungen der von den Nazis besetzten Länder, auf einer Erklärung, daß Kriegsverbrechen bestraft werden würden. Eine im Januar 1942 abgegebene Absichtserklärung wurde schließlich im November 1943 in Moskau durch eine offizielle Erklärung der Großen Drei (England, USA, UdSSR) bestätigt. Im Anschluß wurde eine Kriegsverbrechenskommission der Vereinten Nationen etabliert, um Beweise für Kriegsverbrechen zu sichern.

Schließlich wurden zweiundzwanzig hochrangige Nazikriegsverbrecher im Justizpalast von Nürnberg vor Gericht gestellt - in eben jener süddeutschen Stadt, in der die Nazis in den 30er Jahren ihre großen Aufmärsche veranstaltet hatten. Die Anklagepunkte waren: Planung und Durchführung eines Aggressionskrieges, Verbrechen wider die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Auf den Prozeß gegen die Naziführer folgten zwölf weitere Prozesse, in denen eine Reihe von Naziverbrechen verhandelt wurden - u.a. die medizinischen Experimente an Häftlingen in den Konzentrationslagern, die Ausbeutung von Arbeitshäftlingen, die Massenmorde in Rußland und die Deportation von Juden aus ganz Europa in die Vernichtungslager.

1950 waren die Alliierten der Vergeltungsarbeit müde geworden und übergaben sie der neu errichteten westdeutschen Justiz. Die Deutschen verfolgten diese Aufgabe zunächst halbherzig, bis dann 1958 die Zentralstelle zur Untersuchung nationalsozialistischer Verbrechen eingerichtet wurde. Es folgte eine Reihe aufsehenerregender Prozesse gegen Mitglieder der Lagermannschaften von Auschwitz und anderer Vernichtungslager. Es fiel der Staatsanwaltschaft jedoch schwer, ausreichendes Beweismaterial für Verurteilungen sicherzustellen, und die im Falle von Verurteilungen verhängten Strafmaße waren häufig gering.

1960 wurde Adolf Eichmann in Argentinien aufgespürt. Der israelische Geheimdienst entführte ihn nach Israel, wo er vor Gericht gestellt wurde. Eichmann war der erste bedeutende Nazikriegsverbrecher, der hauptsächlich wegen Verbrechen gegen Juden verurteilt wurde. Der Prozeß führte den Juden und der Weltöffentlichkeit auf dramatische Weise die Ereignisse des Holocausts vor Augen. Er löste auch heftige Kontroversen aus und trug in Israel und den USA bei zum Beginn der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Holocaust.

Das im Anschluß an den Eichmann-Prozeß gestiegene Verständnis des Holocausts verlagerte die Aufmerksamkeit auf Osteuropäer und andere, die mit den Nazis kollaboriert hatten, nach 1945 jedoch einer Bestrafung entkommen waren und sich im Westen niedergelassen hatten. Die von 1976 bis 1977 in den USA durchgeführten Untersuchungen des Kongresses führten zur Einrichtung eines Büros für spezielle Ermittlungen (Office of Special Investigations, kurz OSI), das ermächtigt wurde, Ermittlungen

gegen mögliche Kriegsverbrecher durchzuführen, überführten Kriegsverbrechern die Staatsbürgerschaft abzuerkennen und sie auszuliefern.

Die Arbeit des OSI sowie nichtstaatlicher „Nazijäger“ wie Simon Wiesenthal, Serge und Beate Klarsfeld sowie des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles brachte Fälle in Kanada, Australien und Großbritannien ans Licht. In den 80er Jahren wurden in diesen Ländern die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, um Ermittlungen gegen vermutliche Kriegsverbrecher einleiten und sie vor Gericht stellen zu können.

Die Ermittlungen hatten unterschiedliche Ergebnisse, doch es wurde deutlich, daß Nazikollaborateure sich nach dem Krieg absetzen konnten und in demokratischen westlichen Ländern Zuflucht fanden.

Auch in Frankreich brach das Problem der Kollaboration schlagartig auf. In den 80er und 90er Jahren wurde Frankreich durch die Kontroverse um die Fälle von Klaus Barbie und Paul Touvier zerrissen. Ihre Geschichte öffnete ein unangenehmes Kapitel über die französische Kollaboration mit den Nazis und berührte darüber hinaus weitere sensible Themen wie die gezielten „Vertuschungen“ der Nachkriegszeit und die Rolle der katholischen Kirche, die es Nazis ermöglicht hatte, sich abzusetzen.

DIE NACHWIRKUNGEN

Nazis vor Gericht

Eichmann in Jerusalem

Die Enttarnung Eichmanns, seine Entführung und sein Verfahren in Israel hatten sehr großen Einfluß auf die öffentliche Wahrnehmung der Untersuchung und strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen.

Eichmann war um 1950 herum nach Argentinien entkommen mit Hilfe der SS-Untergrundorganisation ODESSA (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen), die nationalsozialistische Flüchtlinge über sympathisierende katholische Institutionen in Sicherheit brachte. 1960 wurde er in Argentinien entdeckt, wozu auch die Ermittlungen des Nazijägers Simon Wiesenthals beigetragen hatten. Der israelische Geheimdienst entführte ihn in einem geheimen Kommandounternehmen und brachte ihn am 23.Mai 1960 nach Israel.

Eichmann wurde in Haft genommen und bis zum 21.Mai 1961 verhört. Er wurde dann in fünfzehn Fällen angeklagt, unter anderem wegen Verbrechen gegen Juden, Verbrechen wider die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Obgleich er auch wegen Verbrechen gegen Zigeuner und Polen sowie wegen des Massakers an Tschechen in Lidice angeklagt wurde, war er der erste hochrangige Nazi, der ausdrücklich wegen der Verbrechen gegen Juden zur Rechenschaft gezogen wurde. Sein Prozeß, der in Jerusalem am 10.April 1961 in einem großen Hörsaal eröffnet wurde, verdeutlichte zum ersten Mal in sehr detaillierter Form die Ursprünge des Holocausts, seine Planung und seine Umsetzung. Dramatische Aussagen von Augenzeugen vermittelten einen ergreifenden Eindruck von den einzelnen Phasen des Vernichtungsprozesses.

Eichmann wurde wirkungsvoll verteidigt durch den deutschen Anwalt Robert Servatius, der in der Vergangenheit bereits die Verteidigung mehrerer Nazis übernommen hatte. Servatius stellte das Recht des Gerichtes in Frage, Eichmann anzuklagen, und suchte die Fairneß der Verfahrensweise in Zweifel zu ziehen. Der israelische Generalstaatsanwalt Gideon Hausner, der die Anklage vertrat, vertrat diese jedoch vor den Augen der Weltöffentlichkeit in einer über Kritik erhabenen Weise. Angesichts der Unzahl an belastenden Dokumenten, die seine Unterschrift trugen, und der zahlreichen Aussagen von Augenzeugen stellte Eichmann die gegen ihn erhobenen Vorwürfe kaum in Frage. Das Gericht verwarf jedoch seinen Einwand, er wäre nur ein effizienter Bürokrat gewesen, der lediglich die ihm gegebenen Befehle ausgeführt hätte.

Er wurde am 15.Dezember 1961 schuldig gesprochen und zum Tod verurteilt. Nachdem im Mai 1962 ein Berufungsgesuch abgelehnt worden war, wurde Eichmann in der Nacht vom 31.Mai zum 1.Juni in Jerusalem gehängt. Er ist der einzige Verbrecher, der in Israel hingerichtet worden ist. Die Todesstrafe trug jedoch zusätzlich zu der Kontroverse bei, die das Verfahren gegen Eichmann von Beginn an begleitet hatte, da seine Entführung aus Argentinien gegen internationales Recht verstoßen hatte. Diese Kontroverse und die anschließend veröffentlichten Bücher zu seinem Prozeß trugen mit dazu bei, die wissenschaftliche Untersuchung des Holocausts in Gang zu setzen.

Insbesondere Hannah Arendts Buch „Eichmann in Jerusalem“ löste erhebliche Erregung aus aufgrund der Behauptung, die Juden trügen Mitschuld an ihrem Schicksal. Arendt hatte im Auftrag der Zeitschrift „New Yorker“ über den Prozeß berichtet. Sie war beeinflusst durch die Veröffentlichungen des Psychologen Bruno Bettelheim, der 1938 kurzzeitig in Dachau inhaftiert gewesen war, sowie durch die Arbeiten des Historikers Raul Hilberg, dessen Forschungen fast zur Gänze auf der Auswertung nationalsozialistischer Dokumente beruhte, in denen das Ausmaß jüdischen Widerstandes heruntergespielt wurde. Es erschienen in der Folge eine Vielzahl von Büchern, die auf der Grundlage sorgfältiger historischer Forschung Arendts Thesen zu widerlegen suchten. Auch wurde - insbesondere durch das Yad Vashem - eine Reihe großer internationaler Konferenzen veranstaltet, durch die sich die Art der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der „Endlösung“ veränderte.

DIE NACHWIRKUNGEN

Nazis vor Gericht

Die Fälle Barbie und Touvier

Klaus Barbie wurde 1913 in Deutschland geboren. 1932 schloß er sich der Nationalsozialistischen Partei an, 1935 der SS und trat 1942 in den Dienst der Gestapo“. Als Leiter der „Gestapo“ in Lyon war Barbie verantwortlich für die Bekämpfung der Resistance und die Deportation von Juden. An der Folterung und Exekution des französischen Führers der Resistance Jean Moulin war Barbie persönlich beteiligt. Er organisierte eine der letzten Deportationen französischer Juden nach Auschwitz. Der Zug verließ Lyon am 11. August 1944 und transportierte 800 Juden, darunter über 40 Kinder, die im Dorf Izeu, wo man sie versteckt hatte, aufgegriffen worden waren.

Nach dem Krieg floh Barbie nach Südamerika und lebte unter dem Namen Klaus Altmann in Bolivien. 1971 wurde er dort schließlich von den „Nazijägern“ Beate und Serge Klarsfeld aufgespürt. Es folgte ein langwieriger Rechtsstreit um seine Auslieferung nach Frankreich. 1983 verhaftete die bolivianische Regierung Barbie und lieferte ihn nach Frankreich aus, wo er in Lyon vor Gericht gestellt wurde. Da er bereits 1952 und 1954 in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war und zudem die Verjährungsfrist eine Anklage wegen Mordes nicht zuließ, wurde er auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen von 1960 angeklagt wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Der zwischen dem 11. Mai und dem 4. Juli 1987 stattfindende Prozeß warf Licht auf die in der Nachkriegszeit zwischen alliierten Nachrichtendiensten und flüchtigen Nazikriegsverbrechern getroffenen Vereinbarungen, die es diesen ermöglicht hatten, der Vergeltung zu entkommen. Barbie war 1946/47 für kurze Zeit von den US-Behörden in Deutschland inhaftiert gewesen, doch anscheinend ermöglichte es ihm die Kooperation mit den militärischen Nachrichtendiensten der amerikanischen wie der britischen Armee während des aufkommenden Kalten Krieges gegen den Kommunismus, seine Freiheit wieder zu erlangen. 1951 wurde ihm zu seiner Flucht nach Südamerika verholfen.

Der Prozeß warf auch für die Franzosen unangenehme Fragen auf im Hinblick auf das Ausmaß der Kollaboration und das Schicksal von Widerstandskämpfern, die von französischen Landsleuten verraten worden waren. Darüber hinaus argumentierte sein Verteidiger Maître Vergás, daß der französische Staat kein Recht habe, Barbie zu verurteilen, da er selbst für Kriegsverbrechen in Vietnam und Algerien verantwortlich sei. Dies war ein klassisches Beispiel für die Relativierung und Trivialisierung der Naziverbrechen. Nichtsdestotrotz wurde Barbie am 4. Juli 1987 schuldig gesprochen und zu lebenslanger Haft verurteilt.

Paul Touvier, ein 1915 geborener Franzose, hatte sich 1940 nach der Etablierung der Vichy-Regierung der patriotischen und rechtsgerichteten „Légion Française“ angeschlossen. Er stieg zum Kommandeur des „Service d'Ordre“ der Legion auf, der 1943 zu einer paramilitärischen Miliz wurde. Im Januar 1943 wurde Touvier zum Chef des Geheimdienstes der Miliz in Lyon ernannt. In dieser Position war er für die Bekämpfung der Resistance verantwortlich. Er war auch beteiligt an der Selektion jüdischer

Geiseln und befahl ihre Ermordung als Vergeltung für Angriffe auf die Miliz und deutsche Besatzungstruppen.

Im August 1944 tauchte Touvier unter und fand Zuflucht bei einem rechtsgerichteten katholischen Priester. Er wurde kurzzeitig von den französischen Behörden inhaftiert, verschwand jedoch auf mysteriöse Weise, möglicherweise da er antikommunistisches Geheimdienstmaterial zur Verfügung stellen konnte. Während der folgenden 45 Jahre wurde er von der katholischen Kirche versteckt, obgleich er zweimal in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war (im September 1946 und im März 1947). Als 1967 die Verjährungsfrist in Kraft trat, wurde von einem befreundeten Priester der Versuch unternommen, seine Begnadigung zu erwirken. 1971 bewilligte Präsident Pompidou das Gesuch, doch zeitigte diese Geste unerwartete Folgen. Die öffentliche Empörung führte dazu, daß neue Anklagen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Touvier erhoben wurden. Im Mai 1989, nach über zehn Jahren rechtlicher Auseinandersetzungen, wurde Touvierts Aufenthaltsort von einem katholischen Priester aufgedeckt, und Touvier wurde verhaftet.

Touvier wurde wegen Beihilfe zur Ermordung von sieben Juden am 29. Juni 1944 angeklagt. Er war der erste französische Bürger, der wegen Kriegsverbrechen angeklagt wurde. Der Prozeß, der in Versailles stattfand, dauerte vom 17. März bis zum 19. April 1994. Er wurde schuldig gesprochen und zu lebenslanger Haft verurteilt. Wie bereits das Verfahren gegen Barbie verdeutlichte auch das gegen Touvier das Ausmaß der Kollaboration im Vichy-Frankreich und das Versagen Frankreichs, sich in der Nachkriegszeit diesem Kapitel seiner Geschichte zu stellen.

DIE NACHWIRKUNGEN

Nazis vor Gericht

Nazis auf der Spur

1951 kündigten die Briten an, daß in ihrer Besatzungszone die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen nun den westdeutschen Behörden übergeben würde. Der junge westdeutsche Staat unternahm in der Untersuchung von Anschuldigungen nur halbherzige Bemühungen. 1955 wurde jedoch gegen mehrere Mitglieder der „Einsatzgruppen“ Anklage erhoben. Die von 1957 bis 1958 in Ulm durchgeführten Verfahren gegen diese SS-Mitglieder führte zur Errichtung der Zentralstelle für die Untersuchung nationalsozialistischer Verbrechen - bekannt als „Zentralstelle“ - in Ludwigsburg.

Von 1958 bis zur Mitte der 90er Jahre leitete die „Zentralstelle“ Ermittlungen gegen 103.000 Deutsche ein, die im Verdacht standen an der Verfolgung und Ermordung von Juden mitgewirkt zu haben. 6.500 dieser Ermittlungen führten zu Verurteilungen. Dies war eine beachtliche Leistung angesichts der geringen Popularität dieser Aufgabe, der Schwierigkeiten der Sicherung von Beweismitteln und der sehr strengen Regelungen im Hinblick auf die Anklageerhebung. Die wichtigsten der Gerichtsverfahren waren: das Verfahren gegen 22 Mitglieder der Lagerverwaltung von Auschwitz, das zwischen 1963 bis 1966 in Frankfurt stattfand, das Verfahren gegen 15 Mitglieder des Wachpersonals von Majdanek, das zwischen 1975 und 1981 in Düsseldorf stattfand, und das von 1991 bis 1992 in Stuttgart stattfindende Verfahren gegen Joseph Schwammberger, der von 1942 bis 1943 Lagerkommandant von zwei Arbeitslagern in Galizien gewesen war.

Die Suche nach Nazikriegsverbrechern, die nach dem Krieg der Festnahme und Bestrafung entkommen waren, was insbesondere osteuropäischen Kollaborateuren gelungen war, begann in den USA, nachdem deutlich geworden war, daß die Nazis für ihre mörderischen Unternehmungen in den Ostgebieten entscheidende örtliche Unterstützung erhalten hatten. Mitte der 70er Jahre wurden mehrere Nazikriegsverbrecher in den USA von Journalisten enttarnt, die zugleich auch die Wege aufdeckten, auf denen diese in die USA gelangen konnten.

1977 veranlaßten zwei Kongressabgeordnete, Elizabeth Holtzmann und Joshua Eilberg, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der genügend Beweismittel an den Tag brachte, um das Weiße Haus von der Notwendigkeit eines Eingreifens zu überzeugen. Der Kongreß stimmte einer Änderung des US-amerikanischen Einwanderungsgesetzes zu, die es ermöglichte, Personen, die nachweislich Nazikollaborateure und an Grausamkeiten beteiligt gewesen waren, die Staatsbürgerschaft abzuerkennen und sie auszuliefern. In der Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde wurde eine spezielle Abteilung gegründet, die Ermittlungen gegen Verdächtige durchführte. 1980 wurde diese Abteilung in Amt für besondere Ermittlungen (Office of Special Investigations, OSI) umbenannt und dem Justizministerium unterstellt.

Zwischen 1980 und 1988 durchkämmte das OSI Osteuropa auf der Suche nach Beweismaterial gegen US-Bürger, die als Kriegsverbrecher verdächtig waren. Gegen 80 Personen wurden rechtliche Schritte eingeleitet. Von diesen Fällen führten 35 zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft, 30 Personen wurden

ausgewiesen. 1988 führte das OSI in 600 Fällen Ermittlungen durch und war mit 25 laufenden Gerichtsverfahren befaßt. Das OSI diente anderen Staaten, die Untersuchungsbehörden zu Kriegsverbrechen einrichten wollten, als Vorbild.

Kanada war das nächste Land, das derartige Maßnahmen ergriff. Während der 60er und 70er Jahre hatte die UdSSR von Kanada die Auslieferung mehrerer vermutlicher Kriegsverbrecher verlangt, doch unterband die kanadische Regierung jegliche Ermittlungen darüber, ob diese Fälle Teil eines größeren Problems darstellten. 1977 gelang es der Jüdischen Vereinigung Kanadas, ein sympathisierendes Parlamentsmitglied dafür zu gewinnen, sich für die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen einzusetzen, um die Verfolgung von Kriegsverbrechern in Kanada zu ermöglichen. Ein interner Regierungsbericht verwarf jedoch die Möglichkeit, Untersuchungen gegen mögliche Kriegsverbrecher einzuleiten. Trotz der erfolgreichen Auslieferung von Helmut Rauca, einem 73jährigen Litauer, der des Massenmordes beschuldigt wurde, wurden keine weiteren Fortschritte erreicht.

1984 führte ein Regierungswechsel zu einer wohlwillenderen Haltung gegenüber neuerlichen Begehren des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles. Im Februar 1985 wurde der Richter Jules Deschenes zum Leiter einer Untersuchungskommission ernannt, die den Anschuldigungen nachgehen und die zu ergreifenden Maßnahmen vorschlagen sollte. Der Bericht der Deschenes-Kommission wurde im Dezember 1988 veröffentlicht und veranlaßte den kanadischen Justizminister, eine Gesetzesänderung vorzuschlagen. Im September 1989 wurden die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen für eine strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern in Kanada. Das erste Verfahren - gegen den Ungarn Imre Finta - folgte kurz darauf. Das Verfahren wurde jedoch mangels Beweisen eingestellt, und seitdem wurde kaum ein Fortschritt erreicht.

Während der späten 60er und 70er Jahre wurde Australien durch Aktivitäten emigrierter kroatischer Terroristen beunruhigt. Die eingeleiteten Untersuchungen deckten auf, daß es sich um ehemalige Mitglieder der Ustashi handelte, die mit den Nazis kollaborierenden kroatischen Armee, die an der Vernichtungspolitik gegenüber den Juden unterstützend mitgewirkt hatte. Das durch die OSI gesetzte Beispiel wie auch die Enthüllung, daß der lettische Kriegsverbrecher Konrads Kalejs die USA über Australien erreicht hatte, führten zu der Forderung zur Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden. Im Juni 1986 setzte die australische Regierung eine Untersuchungskommission ein unter Leitung von Andrew Menzies, einem ehemaligen leitenden Mitarbeiter der australischen Bundesanwaltschaft.

Der im November 1986 fertiggestellte Menzies Bericht bestätigte, daß sich eine „erhebliche Anzahl“ von möglichen Kriegsverbrechern in Australien aufhalte, und empfahl die Einleitung strafrechtlicher Schritte. Der Generalbundesanwalt setzte einen Untersuchungsausschuß ein, und Ende 1987 wurde ein Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen verabschiedet, das die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern durch australische Behörden ermöglichte. Aufgrund komplexer rechtlicher Gründe konnte jedoch keiner der drei Fälle, in denen Anklage erhoben wurde, zum Abschluß gebracht werden, und das Gesetz wird gegenwärtig überarbeitet.

In England waren die Auseinandersetzungen um eine strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen lang und aufreibend. Sie begannen Mitte 1986, als der Abgeordnete Greville Janner gemeinsam mit dem Innenministerium den Fall Krylo Zvarich, eines Ukrainers, der Kriegsverbrechen beschuldigt wurde, an die Öffentlichkeit brachte. Kurz darauf übergab das Simon-Wiesenthal-Zentrum den britischen Behörden eine Liste mit 17 möglichen Kriegsverbrechern, die sich in England niedergelassen hatten. Im November 1986 wurde eine sämtliche Parteien umfassende parlamentarische Gruppe zur

Verfolgung von Kriegsverbrechen gegründet, die sich für die Aufnahme von Ermittlungen einsetzte sowie für eine Gesetzesänderung, um eine strafrechtliche Verfolgung britischer Bürger zu ermöglichen, die verdächtigt wurden, außerhalb des britischen Hoheitsgebietes und vor Erlangung der britischen Staatsbürgerschaft Kriegsverbrechen begangen zu haben.

Nach heftigen Debatten und beträchtlicher Opposition wurde im Februar 1988 schließlich ein offizieller Untersuchungsausschuß eingesetzt. Der im Juli 1989 fertiggestellte Bericht bestätigte die Existenz von Kriegsverbrechern in England und empfahl die Einleitung strafrechtlicher Schritte. Im Dezember konsultierte die Regierung das Parlament im Hinblick auf die zu ergreifenden Maßnahmen. Das Unterhaus entschied mit großer Mehrheit für die Einleitung strafrechtlicher Schritte, während das Oberhaus ablehnend entschied. Im März 1990 wurde dem Parlament ein Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechern vorgelegt, das innerhalb eines Jahres vom Unterhaus mit deutlicher Mehrheit verabschiedet wurde. Das Oberhaus wies die Gesetzesvorlage jedoch im Juni 1990 und erneut im Mai 1991 zurück und zwang damit die Regierung, auf ihre nur selten genutzten verfassungsrechtlichen Möglichkeit zurückzugreifen, das Gesetz dennoch in Kraft zu setzen.

Im Anschluß wurden in England und Schottland Ausschüsse zur Untersuchung von Kriegsverbrechen aufgebaut. Der Mid-Lothian-Ausschuß in Glasgow konzentrierte auf den Fall Antanas Gecas, ein Litauer, der beschuldigt wurde, 1941 und 1942 in Weißrußland als Kommandeur eines Polizeibattalions an Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung beteiligt gewesen zu sein. Obgleich Gecas eine Verleumdungsklage gegen einen Fernsehsender verlor, der ihn der Kriegsverbrechen beschuldigt hatte, war es der Polizei nicht gelungen, ausreichendes Beweismaterial für eine Strafverfolgung zusammenzutragen, und das Verfahren wurde im Februar 1994 eingestellt. Der Untersuchungsausschuß wurde im Anschluß aufgelöst.

Im Mai 1995 führten die Bemühungen des in London eingesetzten Metropolitan-Untersuchungsausschusses zur Aufnahme von Ermittlungen gegen Simeon Serafimovitch, der beschuldigt wird, als Polizeikommandeur in der weißrussischen Stadt Mir von 1941 bis 1942 für die Ermordung von Juden verantwortlich gewesen zu sein. Sollte es in diesem Fall zu einer Gerichtsverhandlung kommen, wäre dies der erste Kriegsverbrecherprozeß in England seit 1945.

DIE NACHWIRKUNGEN

Der Wiederaufbau jüdischen Lebens

Etwa sechs Millionen Juden waren während des Holocausts gestorben. Zum Ende des Krieges hatte sich die demographische Struktur der jüdischen Bevölkerung grundlegend verändert. Die jüdischen Bevölkerungszentren waren nun die USA und Israel. Die Nazis hatten jedoch nicht nur das jüdische Volk, sondern auch die jüdische Kultur auszurotten versucht. Die großen Zentren jüdischen Lebens und jüdischer Bildung in Polen und Zentraleuropa waren gänzlich vernichtet.

Sehr rasch wurden Anstrengungen unternommen, den Überlebenden Beistand zu leisten und ihnen erneut ein jüdisches Leben zu ermöglichen. In der Bewältigung dieser Aufgabe kam dem amerikanischen Komitee zur Verteilung von Hilfsgütern (US Joint Distribution Committee, JDC) eine führende Rolle zu. Kurzfristig stellte das JDC finanzielle Mittel und Nahrung zu Verfügung. Später unterstützte es Juden, ihr Eigentum zurückzuerhalten und sich ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Das JDC arbeitete mit den Juden vor Ort zusammen, um die Infrastruktur der jüdischen Gemeinden, Synagogen und Schulen wiederherzustellen. Der Ausbruch des Kalten Krieges hatte jedoch zur Folge, daß das JDC nicht länger im Ostblock tätig sein konnte und seine Arbeit nun auf die Gemeinden von Überlebenden in Westeuropa konzentrierte.

Eine der drängendsten Aufgaben der humanitären Hilfe war es, die jüdischen Kinder aufzufinden und zurückzuführen, die bei Nichtjuden untergebracht worden waren, um sie vor Deportationen zu retten. Oft sträubten sich die Pflegefamilien dagegen, diese Kinder nun ihren leiblichen Eltern zu übergeben oder jüdischen Hilfsorganisationen, die die Kinder in einem jüdischen Umfeld versorgen wollten. Viele dieser jungen Juden waren zum Christentum konvertiert und verschwanden aus dem jüdischen Volk.

Nachdem Israel 1948 staatliche Unabhängigkeit erlangt hatte, wurde es zur wichtigsten Zufluchtsstätte der Überlebenden. Doch selbst dort ergaben sich zunächst Schwierigkeiten. Die Überlebenden der Lager und Gettos wurden nicht mit dem Mitgefühl empfangen, das man erwarten könnte. Für die Juden in Palästina, die für ihre Freiheit gegen die Briten und die Araber gekämpft hatten, hatten sich die Überlebenden des Holocaust „wie Schafe zur Schlachtbank“ führen lassen. Die jungen Israelis respektierten lediglich die Partisanen und Gettokämpfer. Sie konnten weder verstehen, auf welche Weise die Nazis die Juden überlistet und manipuliert hatten, noch konnten sie die vielfältigen Formen des gewaltlosen jüdischen Widerstandes verstehen.

Die häufig kranken und psychisch gestörten Überlebenden waren für den jungen israelischen Staat eine Belastung. Dennoch spielte Israel eine enorme Rolle in der Wiedereingliederung der Überlebenden. Diese trugen andererseits erheblich zu der Energie bei, die den sich entwickelnden israelischen Staat antrieb.

Dank des Eichmann-Prozesses lernten die Israelis mehr über das Schicksal der europäischen Juden und begannen sie mit mehr Sympathie wahrzunehmen. Die traumatischen Erfahrungen der Kriege von 1967 und 1974 vertieften das Verständnis für das, was die Überlebenden durchgemacht hatten. In den 80er Jahren hatten die Israelis sogar eine geradezu ungesunde Holocaust-Mentalität entwickelt.

In Europa war die Wiederentstehung der winzigen Gemeinden von Überlebenden in Osteuropa durch die Errichtung der kommunistischen Herrschaft unterdrückt worden. In Westdeutschland bildeten die

Überlebenden und die DP den Kern einer neuen jüdischen Gemeinde. In den 50er Jahren handelte die westdeutsche Regierung mit Israel die Vereinbarung aus, Reparationszahlungen an den jüdischen Staat und das jüdische Volk zu leisten. Zu ihrer Zeit wurden diese Zahlungen sehr kontrovers diskutiert. Sie trugen jedoch erheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung Israels bei und halfen Juden in Westeuropa, zumindest einige der Institutionen ihrer Gemeinden wieder aufzubauen.

DIE NACHWIRKUNGEN

Der Wiederaufbau jüdischen Lebens

Israel: das versprochene Land

Der moderne Staat Israel hat tiefe Wurzeln in dem jüdischen Lebensstil, der zionistischen Bewegung und in der in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts einsetzenden jüdischen Siedlungsbewegung in Palästina. Er wäre möglicherweise auch ohne den Holocaust entstanden, doch verlieh die nationalsozialistische Judenverfolgung und der versuchte Völkermord dem moralischen Anspruch auf einen jüdischen Staat eine kaum mehr aufzuhaltende Durchschlagskraft. Während dem Holocaust einerseits Hunderttausende potentieller Siedler zum Opfer gefallen waren, so trieb er andererseits die jüdischen Siedler an, sich für die staatliche Unabhängigkeit einzusetzen, und stählte sie für die anschließenden Auseinandersetzungen. Die Ankunft von Überlebenden des Holocaust in Israel trug dazu bei, den Charakter des Landes zu formen. Die Integration der Überlebenden war jedoch keineswegs unproblematisch, und Israels Auseinandersetzung mit dem Holocaust bedurfte der Zeit, um sich zu entwickeln.

Die Briten hatten Palästina 1917/18 von den Türken erobert. Im November 1917 hatte England angekündigt, daß es die die Gründung einer Nationalen Jüdischen Heimat in Israel befürworte. England baute eine zivile Verwaltung des Territoriums auf, und 1922 wurde die britische Herrschaft durch ein Mandat des Völkerbundes international anerkannt. Von 1917 bis 1947 förderte England die Entwicklung der Nationalen Jüdischen Heimat in Palästina. Die arabische Bevölkerung Palästinas widersetzte sich jedoch der Rückkehr der Juden in ihre ehemalige Heimat unter dem Vorwand einer modernen nationalen Bewegung. Sie protestierten gegen die britische Politik und griffen 1921, 1922 und 1929 die Juden an. 1936 und 1939 kam es zu arabischen Aufständen gegen die britische Herrschaft. Dies veranlaßte die britische Regierung, von ihren Verpflichtungen gegenüber den Juden abzusehen und schließlich die Immigration zu unterbinden. Zwischen 1938 und 1945 gingen die britischen Streitkräfte entschlossen gegen illegale jüdische Einwanderer in Palästina vor.

Erschüttert von dem Schicksal der Juden in Europa und in der Überzeugung, daß sie jüdische Leben hätten retten können, wenn sie über einen eigenen Staat verfügt hätten, begann die jüdische Gemeinde von Palästina, die als Yishuv bekannt ist, nun gegen die Briten für ihre staatliche Unabhängigkeit zu kämpfen. Von 1944 bis 1947 führten sie einen Untergrundkrieg gegen die Briten, der die britische Regierung schließlich zum Rückzug aus Palästina veranlaßte. Bis 1949 waren die Juden jedoch gezwungen, einen verzweifelten Überlebenskampf mit ihren feindseligen arabischen Nachbarn zu führen.

Sobald Israel unabhängig geworden war, begannen jüdische DP in das Land zu strömen. 1948 hatten sich 400.000 Überlebende des europäischen Judentums in dem neuen Land niedergelassen. Sie wurden jedoch nicht mit ungeteilter Sympathie empfangen. Die in Israel Geborenen und die frühen Siedler waren auf den Existenzkampf ausgerichtet. In ihren Augen hatten sich die europäischen Juden wie „Schafe zur Schlachtbank“ führen lassen. Einige Israelis sprachen von den Überlebenden verächtlich als „Seife“. In den Schulen wurde das Schicksal der Juden nicht behandelt, und außerhalb der

Gemeinden der Überlebenden gab es kaum Gedenkveranstaltungen. Die Israelis sahen den Holocaust eher an als die „unvermeidliche“ Folge des Antisemitismus und der jüdischen Diaspora. Den in der Diaspora lebenden Juden wurde vorgeworfen, daß sie nicht bereits vor 1933 die Richtigkeit der zionistischen Argumente eingesehen hatten und nicht nach Palästina ausgewandert waren, als es ihnen noch möglich gewesen war.

Der junge Staat Israel schulterte mit der Unterstützung der hilfsbedürftigen Überlebenden eine schwere Last. Der Prozeß der Rehabilitierung war lang und hart: Viele erholten sich nie von ihren traumatischen Lagererfahrungen. Etwa 15.000 Kinder und Jugendliche kamen als Waisen nach Israel, nachdem sie Jahre an Ausbildung und häufig auch die Fähigkeit verloren hatten, ein geordnetes Leben zu führen und sich zivilisiert zu verhalten. Von 1948 bis 1949 baten einige Kibbuzim und neu aufgebaute Städte darum, keine Überlebenden mehr zugewiesen zu bekommen, da diese zu große Schwierigkeiten machen würden und zu teuer zu unterhalten wären. Obgleich 22.000 Überlebende in der israelischen Armee kämpften, wurden sie als schlechte Soldaten angesehen. Einige erlebten die Möglichkeit zu kämpfen als eine therapeutische Erfahrung; andere erfüllte der Schlachtenlärm mit Entsetzen und sie brachen unter Druck zusammen.

In den 50er Jahren wurde die Jüdische Behörde zur Bewahrung des Gedenkens Yad Vashem gegründet und ein Holocaust-Gedenktag Yom ha Shoah eingerichtet. Dennoch war der Holocaust ein Thema, das möglichst vermieden wurde. In den ersten Jahren seiner Existenz war Israel wirtschaftlich sehr schwach. Der israelische Premierminister David Ben Gurion hoffte, daß Entschädigungen aus Deutschland für das konfiszierte und zerstörte jüdische Eigentum sowie Reparationszahlungen für die erzwungene Auswanderung, die Vertreibung und den Völkermord das Defizit ausgleichen könnten. Der israelische Präsident hatte das Thema der Entschädigung bereits 1945 angesprochen. Es wurde unter Geheimhaltung während der 50er Jahre weiter verfolgt.

Am 27. Dezember 1951 entschuldigte sich der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag offiziell für die Verfolgung der Juden und bot Reparationszahlungen an. Der Vorschlag stieß in Teilen der israelischen Gesellschaft auf Feindseligkeit, da das Angebot als „Blutgeld“ angesehen wurde. Es wurde eingewendet, daß die Zerstörung und die Morde, denen die Juden unter den Nazis ausgesetzt gewesen waren, durch Geld nicht entschädigt werden könnten. Im Januar 1952 kam es im Zuge von Protesten gegen die Annahme des deutschen Angebotes in Jerusalem zu Unruhen. Die Verhandlungen wurden dennoch weitergeführt und im September 1952 abgeschlossen. Deutschland erklärte sich bereit, den Juden 820 Millionen US-Dollar zu zahlen, davon 720 Millionen an Israel. Zudem begann Deutschland, Pensionen und Entschädigungen an Einzelpersonen zu leisten, die unter Verfolgung gelitten hatten. Mitte der 60er Jahre trugen die deutschen Zahlungen insgesamt 15 Prozent zur wirtschaftlichen Entwicklung Israels bei.

1953 und 1954 ergaben sich in Israel erhebliche Spannungen aufgrund einer Verleumdungsklage, in der das Verhalten der jüdischen Führer und die Rolle des Yishuv behandelt wurde. Ausgangspunkt war die von einem ungarischen Überlebenden gegenüber Reszo Kasztner, einem Führer des Hilfs- und Rettungskomitees in Budapest 1944, erhobene Anschuldigung, mit den Deutschen kollaboriert zu haben. Kasztner verlor in erster Instanz die Verleumdungsklage und wurde kurz darauf ermordet. In einem späteren Verfahren wurde er von den Beschuldigungen freigesprochen. Zu dieser Zeit sahen Israelis die Überlebenden immer noch als moralisch minderwertig an. Nur diejenigen, die in den Gettos oder Wäldern gekämpft hatten, wurden respektiert. Der Überlebenskampf in den Gettos und die

verschiedenen Formen des jüdischen Widerstandes wurden nicht wahrgenommen und blieben unverstanden.

Das 1961 und 1962 in Jerusalem durchgeführte Verfahren gegen Adolf Eichmann veränderte schließlich die israelische Wahrnehmung des Holocaust. Die Verhandlung wurde in einem umgebauten Hörsaal durchgeführt und sollte - so Ben Gurions Absicht - zur ausführlichen Belehrung der israelischen Jugend über das Schicksal der Juden in der Diaspora dienen. Die amerikanische (in Deutschland geborene) Schriftstellerin Hannah Arendt, die im Auftrag des Magazins „New Yorker“ über den Prozeß berichtete, schloß jedoch gerade aufgrund des in dem Verfahren vorgelegten Beweismaterials, daß die Juden passive Opfer oder gar Helfer der Nazis gewesen seien. Ihre Ansichten waren beeinflusst von den Arbeiten des Psychologen Bruno Bettelheim und des Historikers Raoul Hilberg, die beide die jüdische Reaktion auf die nationalsozialistische Verfolgung kritisiert hatten. Arendts Buch 'Eichmann in Jerusalem' (1961) löste eine Kontroverse aus, die zu Konferenzen und Buchveröffentlichungen führte und schließlich den Beginn der wissenschaftlichen Untersuchungen des Holocausts begründete. Innerhalb Israels führte es zu einem deutlich tieferen Verständnis der schweren Situation der Juden, der Arglist der Nazis und der verschiedenen Formen des jüdischen Widerstandes. Die Sympathie junger Juden wurde 1967 durch den Sechs-Tage-Krieg noch verstärkt. Israel schien die Vernichtung durch die umliegenden arabischen Armeen bevorzugen, und die arabischen Führer kündigten an, 'die Juden in das Meer zu treiben'. Die drohende Vernichtung und die scheinbare Gleichgültigkeit der Weltgemeinschaft vermittelte den Israelis eine quasi nachträgliche Erfahrung des Holocausts. Das Zusammenrücken der Diaspora und Israels während der Krise führte zudem zu einem größeren Interesse an - und einem besseren Verständnis - der jüdischen Geschichte, die sich außerhalb Israels vollzogen hatte. Dennoch wurde bis zu den 70er Jahren in israelischen Schulen der Holocaust kaum behandelt.

Die Ermordung der israelischen Athleten in München während der Olympischen Spiele von 1972, der Yom Kippur Krieg von 1973, der den Mythos der israelischen Unbesiegbarkeit beendete, die Entführung von Entebbe 1976, während der Juden von den deutschen Terroristen 'ausgesondert' wurden, all diese Ereignisse machten den Israelis ihre Verwundbarkeit als Juden bewußt. Israels Reaktionen auf politische Krisen begannen denen der Diaspora zu gleichen. Zum ersten Mal identifizierten sich Juden in Israel mit den Opfern und Überlebenden des Holocausts. Als Menachem Begin, ein Überlebender des Holocausts, 1977 Premierminister wurde, setzte er sich dafür ein, die Behandlung des Holocausts in die Lehrpläne israelischer Schulen aufzunehmen. Nach vielen Debatten war 1979 ein entsprechendes Curriculum fertiggestellt. Die Ausstrahlung der TV-Miniserie 'Holocaust' hatte dramatische Folgen und bewirkte bei Kindern von Überlebenden ein besseres Verständnis für die Erfahrungen ihrer Eltern - Über die die meisten zuvor kaum gesprochen hatten.

1982 und 1983 löste Begin eine Kontroverse über die Bedeutung des Holocausts aus, als er im Zuge der Rechtfertigung des israelischen Einmarsches in den Libanon Yassir Arafat, den Führer der PLO, mit Hitler und Beirut mit Berlin verglich. Israels Reaktion auf die Verurteilung dieser Invasion durch die Weltöffentlichkeit verdeutlichte, daß Israel sich selbst zunehmend als Opfer sah, hierin den Getto Juden gleichend. Diese psychologische Konstellation wurde 1992 noch verstärkt, als sich die Juden aufgrund der irakischen Raketenangriffe auf Israel gezwungen sahen, Gasmasken zu tragen und gasdichte Bunker in ihren Häusern einzurichten. Sie wird zusätzlich verstärkt durch die zahlreichen Besuche, die junge Israelis mittlerweile zu den Orten der Judenvernichtung in Europa unternehmen. Der Holocaust hatte

einen prägenden Einfluß auf den modernen israelischen Staat und die moderne israelische Gesellschaft. Er war Auslöser und Ursache des jüdischen Kampfes für staatliche Unabhängigkeit. Israel spielte eine enorme Rolle in der Wiedereingliederung von mehr als 130.000 Überlebenden, denen Häuser, Arbeit, Ausbildung und ein neues Leben gegeben wurde. Zunächst waren die Beziehungen zwischen Überlebenden und einheimischen Juden spannungsgeladen und sogar feindselig gewesen. Doch im Laufe der Jahrzehnte hat sich die Wahrnehmung der Überlebenden wie auch die Selbstwahrnehmung der Israelis vollständig gewandelt.

DIE NACHWIRKUNGEN

Der Wiederaufbau jüdischen Lebens

Scherben sammeln

Die „Endlösung“ veränderte den Charakter der jüdischen Welt nachhaltig. 1988 lag weltweit die Zahl der Juden noch immer 20 Prozent unter der von 1939. In der Vorkriegszeit waren die Juden zudem gleichmäßiger über mehr Länder verteilt gewesen als dies heute der Fall ist. 96 Prozent aller Juden lebten 1988 in nur zehn Ländern. Am bedeutsamsten ist, daß sich das jüdische Bevölkerungszentrum von Polen in die USA verlagerte. 1939 hatten 3,3 Millionen Juden und damit etwa 20 Prozent der jüdischen Weltbevölkerung in Polen gelebt. In den USA lebten damals 30 Prozent der jüdischen Weltbevölkerung. 1988 lag die Zahl polnischer Juden unter 30.000, die damit einen vernachlässigbar kleinen Anteil der jüdischen Weltbevölkerung stellten. Dagegen leben heute etwa 44 Prozent der Juden in den USA und 30 Prozent in Israel.

Diese massive demographische Verschiebung wurde von einer kulturellen Katastrophe begleitet. Die bedeutenden Zentren jüdischer Bildung und des orthodoxen Judentums wurden hierbei ausgelöscht. Nur wenigen orthodoxen Juden und Gelehrten gelang es, zu fliehen und sich in den USA oder Israel ein neues Leben aufzubauen. Während vor 1939 die assimilierten jüdischen Gemeinden in Westeuropa und den USA durch Einwanderungswellen aus Osteuropa regelmäßig aufgefrischt wurden, war dieses Reservoir nun zerstört.

Zu Kriegsende lebten etwa 80.000 Juden in Polen, die etwa 13.000 demobilisierten Soldaten mit eingerechnet. Zu ihnen kamen etwa 160.000 polnische Juden, die zwischen 1939 und 1941 in die Sowjetunion geflohen waren. Das Komitee zur Verteilung von Hilfsgütern (JDC) sah sich hier mit einer enormen Aufgabe an Hilfe- und Wiederaufbauleistungen konfrontiert. Die antijüdischen Unruhen von 1946 und 1947 lösten jedoch eine Massenflucht der polnischen Juden aus, in deren Verlauf etwa 100.000 in den Westen flohen beziehungsweise Palästina zu erreichen suchten. Die Errichtung der kommunistischen Herrschaft in Polen machte die Hilfeleistungen zunehmend schwieriger.

Von den 380.000 Juden in Rumänien waren 173.000 von Hilfeleistungen abhängig. Die Sowjetisierung der Wirtschaft setzte die zunehmende Verelendung fort, die von den Nazis eingeleitet worden war. Die JDC und andere jüdische Organisationen legten daher umfangreiche Programme zur Umschulung rumänischer Juden auf, um sie zu neuen Berufen beziehungsweise zur Auswanderung zu befähigen. In Budapest hatten etwa 120.000 ungarische Juden überlebt. Mehr als die Hälfte von ihnen erhielt im Winter 1944/45 Nahrungsmittel von der JDC. Anschließend trug die Aufgabe des Wiederaufbaus dazu bei, die Juden wieder in die angeschlagene Wirtschaft zu integrieren. Etwa 50.000 bis 55.000 Juden befanden sich in den tschechischen und slowakischen Ländern, obgleich bis 1948 etwa 10.000 emigriert waren. Als 1948 die kommunistische Herrschaft in der Tschechoslowakei etabliert wurde, wurde westliche Hilfe so gut wie unmöglich.

Die in Westeuropa wieder errichteten Gemeinden waren häufig gänzlich neu und hatten anfangs mit großen materiellen und zahlreichen anderen Problemen zu kämpfen. Das jüdische Volk hatte seine

Häuser, seine wirtschaftlichen Grundlagen und seine Gesundheit verloren. Tausende von Familienvätern hatten keine Arbeit, und ihre Familien waren vom Verhungern bedroht. Unter den 35.000 überlebenden belgischen Juden befanden sich 3.000 Kinder und 800 Waisen. Ein Viertel der Erwachsenen erhielt Fürsorgeleistungen des JDC. In Frankreich erhielten 35.000 Juden finanzielle Hilfeleistungen.

Eine der drängendsten Aufgaben in Frankreich und Belgien war es, die Kinder wieder aufzufinden, die bei Pflegeeltern oder in Klosterschulen versteckt worden waren. In Frankreich waren 8.000 Kinder versteckt worden. Es war schwierig, sie zurückzuführen, da sich manche Pflegeeltern weigerten, sich von ihnen zu trennen. Gelegentlich waren die Kinder getauft und als Christen erzogen worden. Selbst wenn die Kinder gerettet wurden, so litten sie doch unter der Trennung und brauchten Pflege genauso wie Obdach und Erziehung. Jüdische Schulen, Krankenhäuser und Wohlfahrtsorganisationen mußten wieder aufgebaut beziehungsweise von den „neuen“ Eigentümern zurückgefordert werden.

Zu den 25.000 überlebenden deutschen Juden kam eine große Anzahl ehemaliger DP, die bald die jüdischen Gemeinden in Deutschland dominierten. Etwa 16.000 Juden weigerten sich, die DP-Lager zu verlassen, um in andere Länder zu emigrieren, und blieben in Deutschland. Viele blieben in der Hoffnung auf finanzielle Entschädigung. Einige hatten bereits wieder Unternehmen gegründet und einige waren zu krank, um zu reisen.

Überall in Europa spielte das JDC eine führende Rolle im Wiederaufbau des jüdischen Lebens. Neben der Lieferung von Nahrungsmitteln und der medizinischen Versorgung finanzierte es auch die Wiedererrichtung jüdischer Gemeindeeinrichtungen. Das JDC finanzierte darüber hinaus auch Bildungs- und Umschulungsprogramme, um es Juden zu ermöglichen, Arbeit zu finden und ihren Unterhalt selbst bestreiten zu können. Es brachte 24 Millionen US-Dollar für Emigrationsprogramme auf, die 215.000 Juden die Übersiedlung nach Israel und 25.000 Juden die Auswanderung in andere Länder ermöglichten.

DIE NACHWIRKUNGEN

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust

Bis etwa zehn Jahre nach Kriegsende spielte die „Endlösung“ kaum eine Rolle in den zeitgeschichtlichen Veröffentlichungen, der Literatur, der bildenden Kunst oder in Filmen. In jeder der Gesellschaften, die mit dem Holocaust in Berührung gekommen waren, wurde er auf unterschiedliche Weise verarbeitet. Politische Aspekte waren besonders bedeutsam in Deutschland sowie in den Ländern, in denen es zur Kollaboration gekommen war.

In Westdeutschland ersetzten die formale Anerkennung der Schuld durch die Regierung Adenauers, die Zustimmung zu Reparationszahlungen und die offizielle Politik der Aussöhnung eine aufrichtige Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Diese begann erst in den späten 60er Jahren als eine neue Generation von Historikern damit begann, die Geschichte des Dritten Reiches zu thematisieren. In Frankreich erzählte de Gaulle den Franzosen, daß sie alle Widerstandskämpfer gewesen seien. Einige tausend berüchtigte Kollaborateure wurden vor Gericht gestellt und einige wurden hingerichtet. Es wurden jedoch keinerlei Anstrengungen unternommen, das Ausmaß zu verstehen, in dem die Vichy-Regierung, die öffentlichen Dienste und die Polizei zur „Endlösung“ beigetragen hatten. Dennoch kam diese Frage im politischen Leben immer wieder auf. In den 90er Jahren schließlich erkannte Frankreich seine Mitschuld an den Deportationen der Juden an.

Im Ostblock unterdrückte der Kommunismus alles, was geeignet schien, Sympathie für jüdischen Nationalismus zu erregen. Das Schicksal der Juden wurde niemals offiziell geleugnet, aber die Tatsachen wurden verwischt. Juden wurden als Bürger dargestellt, die zusammen mit anderen Opfern unter der Nazi-Besetzung gelitten hatten. Die Wahrheit über das Schicksal der Juden in Osteuropa wurde auf diese Weise bis zu den 80er Jahren in Polen und sogar noch länger in der ehemaligen UdSSR und ihren Sattelitenstaaten unterdrückt.

Während der 50er Jahre waren sich lediglich einige jüdische und christliche Theologen sowie wenige Philosophen der eklatanten Auswirkungen bewußt, die der Holocaust für die gesamte Menschheit besaß. Für Gläubige warf der Holocaust gewaltige Fragen auf: Wo war Gott als unschuldige Menschen getötet wurden? Wie weit hat das Christentum an der Grundlegung des Nationalsozialismus mitgewirkt? 1965 akzeptierte der Vatikan schließlich, daß er einige Verantwortung für den Antisemitismus hatte, und schlug einen Kurs des Dialoges und der Versöhnung ein, dem weiterhin gefolgt wird. Zwischenzeitlich warfen Intellektuelle wie Hannah Arendt und Theodor Adorno Fragen zum Ursprung des Holocaust in der modernen säkularisierten Kultur und Politik auf. Gemeinsam mit dem Rechtswissenschaftler Raphael Lemkin begannen sie den Prozeß der Definition des Genozids und der Identifikation der „genoziden Impulse“ innerhalb der modernen Ideologien und der industriellen Gesellschaft.

In den 70er Jahren war der Holocaust zu einem bedeutenden Thema für Schriftsteller, Künstler und Filmemacher geworden. Doch die zunehmende Veröffentlichung von Lebenserinnerungen, Tagebüchern, Romanen, Gedichten und Theaterstücken warfen die Frage auf, ob der Holocaust überhaupt in einer künstlerischen Form dargestellt werden könne. Überlebende wie Primo Levi, der seine unmittelbaren Erlebnisse niedergeschrieben hatte, oder jene, die wie Elie Wiesel ihre Erlebnisse

fiktionalisiert hatten, gestanden wiederholt, daß sie an den beschränkten Möglichkeiten der Sprache scheiterten. Was konnte dann erreicht werden von Schriftstellern und Filmemachern, die nach 1945 geboren worden waren und sich in ihrer Vorstellungswelt um eine Rekonstruktion des Holocaust bemühten? Zu oft, so scheint es, verkamen diese Versuche zu einer bloßen Ausschlichtung des Themas und zu „Kitsch“.

Je mehr über den Holocaust geschrieben wurde, desto größer waren paradoxerweise auch die Bemühungen, seine Existenz zu leugnen. Die Nazis hatten zu ihrer Zeit versucht, ihr kriminelles Unternehmen zu vertuschen, doch kam nach 1945 die Wahrheit ans Licht. Seitdem sehen sich unverbesserliche Nazis und Neonazis, die sich um eine Rehabilitation Hitlers bemühen, mit der Notwendigkeit konfrontiert, den Abscheu zu überwinden, den der Holocaust in den meisten Menschen hervorruft. In ihren Bemühungen nutzen sie die Lücken und Widersprüche in den historischen Berichten, um die anerkannte Version in Zweifel zu ziehen. Die politischen Interessen, denen die Leugnung des Holocaust dient, entlarven den Hintergrund dieser Pseudowissenschaft, dennoch bleibt es wesentlich für Studenten und Lehrer, diese Lügen zu bekämpfen.

DIE NACHWIRKUNGEN

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust

Der Versuch zu verstehen

„Der Holocaust wurde konzeptionalisiert und ausgeführt in unserer modernen rationalen Gesellschaft, auf einer hohen Entwicklungsstufe unserer Zivilisation und einem Gipfelpunkt kultureller Errungenschaften. Aus eben diesem Grund ist er als ein Problem dieser Gesellschaft, dieser Zivilisation und dieser Kultur anzusehen“.

Zygmunt Bauman hat in „Modernity and the Holocaust“ (1989) nachdrücklich auf das wohl zentrale Dilemma verwiesen, dem sich die westliche Wissenschaft und Gesellschaft in der Auseinandersetzung mit dem Holocaust konfrontiert sieht. Die Tatsache, daß ein moderner, technisch fortschrittlicher, zivilisierter und kultivierter „Rechtsstaat“, ein Land im Herzen Europas, das nicht nur einen Beethoven, Goethe und Schiller hervorgebracht hatte, sondern auch Generationen von Studenten die Werte des Humanismus vermittelt hatte, dennoch den Entschluß zu einer gezielten und systematischen Massenvernichtung von Menschen gefaßt hatte, schien eben jenen Werten und Prinzipien Hohn zu sprechen, die dem Selbstverständnis des westlichen liberalen Gesellschaftsmodells zugrunde liegen. Wenn dies hier, begangen von Europäern an Europäern, geschehen konnte, was bedeutete dies dann für das im 18. Jahrhundert begonnene Projekt der Aufklärung und die erwartete Durchsetzung von Fortschritt und Vernunft? Diese Frage wurde in eben diesem Sinne bereits aufgeworfen, als der Holocaust noch in Gange war. Theodor Adorno und Max Horkheimer, beide Vertreter der Frankfurter Schule, gingen in der „Dialektik der Aufklärung“ (1944) der Frage nach, ob Auschwitz als eine Abweichung und Verirrung aufzufassen sei, also als ein isolierter geschichtlicher Unglücksfall, oder aber, ob nicht das Projekt der Aufklärung in seiner Gesamtheit durch ein Grundproblem bestimmt sei, das sich dann in Auschwitz lediglich Bahn gebrochen habe. Sofern zweiteres der Fall sein sollte, dann war die Vorstellung der Zwangsläufigkeit historischen Fortschritts - eine Vorstellung, die zumindest das Denken dieser in der marxistischen Tradition stehenden Philosophen bestimmt hatte - grundsätzlich in Frage gestellt. Dieses Problem war insbesondere auch für jüdische Intellektuelle drängend, die vor der Nazierrschaft die Werte aufgegriffen und sich bewußt mit dem Streben nach einer wahrhaft säkularen, pluralistischen und toleranten Gesellschaft identifiziert hatten. Der ersten Generation derer, die sich nachdrücklich um eine Erklärung und vielleicht auch Trost bemühten, gehörten daher einige der bekanntesten Philosophen und Politikwissenschaftler an, die dem Holocaust entkommen waren.

Nicht alle, die das Geschehene zu analysieren suchten, verwarfen jedoch die moderne Zivilisation in ihrer Gesamtheit. So diskutierte Raphael Lemkin, ein internationaler Jurist von hervorragendem Ruf, in „Axis Rule in Occupied Europe“ (1944) die Vernichtung der Juden, Polen und anderer durch die Nazis als eine Rückkehr zu einer barbarischen Vergangenheit. Die geschichtlichen Vernichtungsfeldzüge gegen Nationen bezeichnete Lemkin als Genozid (von dem griechischen „genos“ - Nation/Volk - „cide“ töten). Das Gegenmittel, so sein Argument, läge gerade in der modernen Zivilisation selbst und insbesondere in den Mechanismen des internationalen Rechts, das Exzesse in der Kriegführung zu regulieren sucht. Auf Volksgruppen bezogen richtete Lemkin seine

Hoffnung auf die neu gegründeten Vereinten Nationen, um derartige Übergriffe weltweit zu ächten - ein optimistisches Unterfangen, das nichtsdestotrotz 1948 zur Genozid Konvention der Vereinten Nationen führte. Mit dem Genozid ächtete die Konvention Handlungen, die „mit dem Vorsatz begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten“. Sie wurde damit in der Folge häufiger gebrochen als beachtet - unter anderem auch von vielen der unterzeichnenden Staaten, die Gruppen ihrer eigenen Bevölkerung auszulöschen suchten.

So wie Lemkin den Nationalsozialismus als Rückkehr zu einer barbarischen Vergangenheit interpretierte und daraus Hoffnung für die Zukunft schöpfte, so fanden andere Trost in dem Versuch, das Problem auf andere Weise einzugrenzen. So schienen Adorno u.a. in ihrer Untersuchung „Studien zum autoritären Charakter“ (1950) dahingehend zu argumentieren, daß der Nationalsozialismus weniger zu tun habe mit gesellschaftlichen Bedingungen im allgemeinen als vielmehr mit der Verbreitung eines bestimmten Persönlichkeitstyps, der eine besondere Affinität zu faschistischen und rassistischen Tendenzen aufweise. Wenn blinder Gehorsam gegenüber Autoritätsfiguren ein Charakteristikum dieses Persönlichkeitstypus darstellt, dann könnte - so Erich Fromm in „Die Furcht vor der Freiheit“ - sich diese Autoritätsfixierung unter entsprechenden historischen Bedingungen zu einer nationalen Charakteristik entwickeln.

In „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“ (1951) warf Hannah Arendt einerseits das Netz sehr viel weiter aus und versuchte andererseits, das Problem tiefergehend in den historischen Entwicklungen zu verorten. Für Arendt war das Thema nicht besondere „autoritäre“ Persönlichkeitsstrukturen und auch nicht Hitler, sondern die Entstehung einer neuen politischen Form, des Totalitarismus. Arendt verwendete diesen Begriff zur Bezeichnung von Regimes, die den staatlichen Herrschaftsapparat in einer Weise einsetzen, die darauf abzielt, die „totale Beherrschung“ und Kontrolle ihrer Bevölkerung durchzusetzen. Terror und Propaganda sah sie als wesentliche Mittel dieses Vorhabens an und die Konzentrationslager als die „totalsten“ der Terrorinstitutionen, die darauf abgestellt sind, „Abweichung“ auszumerzen und alle anderen durch Einschüchterung in Reih und Glied zu drängen.

Arendt sah jedoch den westlichen liberalen Nationalstaat des 19.Jahrhunderts als verantwortlich an für die Entstehung von Bedingungen, unter denen radikale, ideologisch motivierte und häufig xenophobische, ultranationalistische Parteien schließlich Faschismus, Nationalsozialismus und Stalinismus hervorbringen konnten.

Die Erfolge ihrer Massenmobilisierungen beinhalteten jedoch auch die bereitwillige Mitwirkung von gänzlich normalen Durchschnittsbürgern an ihren Programmen

Dieses Erklärungsmuster sah Arendt bestätigt als Beobachterin des israelischen Prozesses gegen Adolf Eichmann, den für die praktische Umsetzung der „Endlösung“ der Judenfrage verantwortlichen SS-Bürokraten. Ihre Veröffentlichung „Eichmann in Jerusalem“ (1961) löste eine Kontroverse aus, da sie darlegte, daß Eichmann keineswegs ein böses Monster und nicht einmal ein besonderer Antisemit sei, sondern sich an dem gewöhnlichen Wunsch orientiert habe, durch gründliche und gewissenhafte Arbeit das Lob und die Anerkennung seiner Vorgesetzten zu erlangen. Für Arendt ist seine Mitwirkung am Holocaust beispielhaft für die „Banalität des Bösen“. Diese Erkenntnis ging ein in Stanley Milgrams berühmte Yale-Experimente („Das Milgram-Experiment zur Gehorsamkeitsbereitschaft gegenüber Autorität“, 1974), durch die veranschaulicht wurde, daß der Gehorsam gegenüber scheinbar

rationalen Autoritäten gänzlich normale Menschen dazu veranlaßt, anderen Menschen bereitwillig Schmerzen und Grausamkeiten zuzufügen.

Diese Argumentationsfigur entwertete implizit die zentrale Stellung der Ideologie und selbst des Antisemitismus in den tatsächlichen Mechanismen der Massenvernichtung des Holocaust. Arendt vermied diese Fragen nicht, sondern behandelte sie im wesentlichen als Folge der modernen säkularen Tendenzen sowie des Aufkommens des Sozialdarwinismus und der pseudowissenschaftlichen Rassentheorien. Andere beschäftigten sich dagegen intensiver mit der langen Geschichte des christlich-jüdischen Zusammenlebens in Europa, um die eigentümlich antijüdische Ausrichtung der Nazis zu erklären. George Steiners These („In Blaubarts Burg“, 1971) war besonders ungewöhnlich. Das „Problem“ mit den Juden war, daß sie eine „Inkarnation“ des Christentums und die „beste Hoffnung“ der europäischen Zivilisation darstellten. Ihnen fiel daher die besondere Rolle zu, das „verhaßte Gewissen der Menschheit“ zu sein. Ihre Vernichtung war mithin nicht nur ein vergeltender Akt der Selbstverstümmelung, sondern stellte in einem tieferen Sinn ein verdammendes Urteil über das Scheitern der gesamten europäischen Zivilisation dar.

In den 70er und 80er Jahren vollzog sich nicht nur eine Intensivierung der Auseinandersetzung mit dem Holocaust, sondern es begannen sich auch zwei Standpunkte herauszukristallisieren. Auf der einen Seite standen diejenigen, welche die „Einzigartigkeit“ und „Singularität“ der nationalsozialistischen Vernichtung der Juden derart betonten, daß sie diese als einen Wendepunkt behandelten, nach dem nichts mehr sein könne wie zuvor (so zum Beispiel George Kren und Leon Rappoport, *The Holocaust and the Crisis of Human Behavior*, 1980), oder als eine in der menschlichen Geschichte beispiellose Tat („*The Holocaust in Historical Context*“, 1994) wie es Steven Katz kürzlich formulierte. Aufgrund dieses Sachverhaltes, so Katz, sowie aufgrund der gezielten Absicht, sämtliche Juden zu töten, ist der Holocaust und nur dieser als „Genozid“ zu bezeichnen. Auf der anderen Seite standen die „Universalisten“, die sich darum bemühten, den Ethnozentrismus sowohl der „Opfer“ wie der „Täter“ zu überwinden und Erklärungen suchten in umfassenderen Mustern staatlicher Ordnung und gesellschaftlichen Wandels beziehungsweise im Vergleich des Holocausts mit anderen Massenvernichtungen, die sie - im Unterschied zu Katz - gleichfalls als Genozide ansahen.

Die Wiederholungen bereits etablierter Positionen wie auch neuere intellektuelle Strömungen prägten diese Debatten in weiten Teilen. So wurde von einigen wie etwa Irving Louis Horowitz („*Taking Lives, Völkermord und Staatsgewalt*, 1980) das Konzept des Totalitarismus weiterhin als ein Erklärungsmuster angesehen, um den Holocaust im Kontext des breiteren Vorkommens von Genoziden zu erfassen. Dagegen vertrat der bedeutende französische Post-Strukturalist Michel Foucault die These, daß totalitäre Tendenzen dem modernisierenden, rationalisierenden und doch auch mit Zwang durchgesetzten Vorstoß aller westlichen liberalen Gesellschaften innewohnen würden. Dies veranlaßte einige seiner Schüler, den Holocaust anzusehen als lediglich eine weitere topographische Kontour in einem Jahrhundert staatlich organisierter Gewalt und Massenvernichtung - eine Position, die von den „Singularisten“ als eine Entwertung und Trivialisierung der besonderen Niederträchtigkeit des Holocausts kritisiert wird. Mittlerweile gibt es jedoch eine Reihe bemerkenswerter Versuche, diese Gegensätze zu vereinen.

So hat sich etwa Robert Jay Lifton in einer Reihe von Arbeiten - vor allem in „*Ärzte im Dritten Reich*“ (1986) - intensiv befaßt mit der billigen Unterstützung der nationalsozialistischen Euthanasie geistig und körperlich Behinderter sowie der „klinischen“ Vernichtung von Juden und Zigeunern durch

deutsche Wissenschaftler und Ärzte, hierbei jedoch zugleich auch hervorgehoben, daß dieses Verhalten einer allgemeinen Tendenz innerhalb der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft entsprach, die eigenen Arbeiten zu behandeln als wären sie rein instrumentell wertfrei und damit moralisch neutral, wenn nicht nutzstiftend. Lifton sieht hierbei die Problemursache im „Technizismus“ - der Verehrung der Technologie als wäre sie ein moderner Gott - und führte mit Eric Markusen in „Die Psychologie des Völkermordes“ (1990) aus, wie dies in einem Holocaust oder einem Hiroshima enden könnte. Für Lifton liegen die Ursachen sowohl für den modernen Genozid wie auch für die Möglichkeit der nuklearen Vernichtung in der Grundlage moderner Rationalität und Analyse: der emotionsfreien wissenschaftlichen Objektivität, die eben zugleich auch eine „emotionale Abstumpfung“ gegenüber Taten bewirkt, die uns eigentlich „empören“ sollten. Baumans „Modernity and the Holocaust“ (1989) geht hierüber hinaus noch einen Schritt weiter, indem das gesamte Gedankensystem, das dem modernen Technizismus zugrundeliegt, als verantwortlich kritisiert wird: die europäische Aufklärung und damit Modernität als solche. Es war, so Baumann, die moderne, rationale, bürokratische, industriell-technologische Gesellschaft, die den Holocaust möglich gemacht hatte. Er war daher keine Verirrung der modernen Zivilisation, sondern entsprach ihrem Wesen.

Baumans Kritik wird die intellektuelle Auseinandersetzung wohl kaum zum Abschluß bringen. Seit der Veröffentlichung von „Modernity and the Holocaust“ gab es eine Reihe heftiger Reaktionen, die uns im Sinne Lemkins daran erinnerten, wie „barbarisch“ und rasend die Massenvernichtung der Juden und anderer an der Ostfront und im Baltikum gewesen waren, die zugleich jedoch auch darauf verweisen, daß von „Zivilisationen“ ausgeführte Massenvernichtungen sowohl in einer sehr alten wie auch in einer „modernen“ Tradition stehen. Baumans Arbeit, die den Holocaust in einem umfassenderen „universalistischen“ Kontext diskutiert, steht in Kontrast zu jenen historischen Studien, die den einzigartigen Charakter der nationalsozialistischen Rassenhygiene herausarbeiten. Doch auch Vertreter dieses Ansatzes tendieren nun dazu herauszustellen, daß sich die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie nicht nur gegen Juden richtete, sondern gegen alle, die nicht in ihre biosoziale Vision „paßten“. Doch indem sie es ablehnen, neben dem Holocaust weitere Genozide anzuerkennen, könnten sie dennoch als judeozentrisch kritisiert werden.

Wenn sich die konzeptionelle Erfassung des Holocaust weiterhin an den Fragen der „Einzigartigkeit“ und „Universalität“, der „Zivilisation“ und „Barbarei“ abarbeitet, wirft die für die Möglichkeit eines Genozids ursächliche Entmenschlichung der Menschen für Baumann und all die anderen Philosophen und Sozialwissenschaftler wie auch für die Theologen weiterhin die entscheidende Frage auf: Wie und wo können wir unsere Menschlichkeit retten?

DIE NACHWIRKUNGEN

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust

War Gott in Auschwitz?

Das Judentum wie auch das Christentum haben ihren Ursprung im Nahen Osten, das Zentrum der Konflikte war jedoch während der letzten 200 Jahre Europa. Jahrhundertlang hatte das Christentum mit dem Judentum und den Juden ein Problem, das in Folter, Vertreibung und Tod endete. Es ist kein Wunder, daß die Judäische Enzyklopädie das Neue Testament als „Urquell der späteren christlichen Mißinterpretation des Judentums und des theologischen Antisemitismus beschreibt. Man könnte daher argumentieren, daß der Holocaust die unvermeidliche Folge des seit Jahrhunderten bestehenden Hasses der Christen auf die Juden und ihre Religion war. Oder vielleicht auch mit den Worten des Kardinals Edward Cassidy ausgedrückt: Der Holocaust „wurde von einem heidnischen Regime ausgeführt, jedoch auf christlichem Boden und innerhalb einer christlichen Kultur. „Da der Holocaust sowohl Judentum wie auch Christentum in seinen Grundlagen erschütterte, ist es naheliegend, sowohl von Juden als auch von Christen eine theologische Auseinandersetzung mit dem Holocaust zu erwarten. Manche Christen würden sogar soweit gehen, den Holocaust als ein Trauma zu bezeichnen, das für die Christen schwerwiegender als für die Juden wäre, da durch den Holocaust die moralische Glaubwürdigkeit des Judentums nicht in Frage gestellt wurde, wohl aber die des christlichen Glaubens. Sobald jedoch die moralische Glaubwürdigkeit christlichen Glaubens in Frage gestellt ist, wird das „Christentum“ als solches fraglich. Jede Religion beinhaltet ein weites Spektrum verschiedener Ansichten, in der folgenden Frage dürften sie jedoch übereinstimmen.

Die Frage ist: Wie kann ein allmächtiger, allwissender und gütiger Gott solch ein Übel wie den Holocaust zulassen?

Einige mögliche Antworten sind:

1. Gott ist eingeschränkt und kann keinen Einfluß auf die weltlichen Ereignisse der Menschen nehmen.
2. Gott ist allmächtig, zieht es jedoch vor, nicht einzugreifen.
3. Gott ist allwissend und erlaubt Übel aus Gründen, die uns unbegreiflich sind.
4. Gott ist nicht gänzlich gut, oder hat kein Interesse an uns.

Einige dieser Antworten werden von verschiedenen jüdischen und christlichen Gelehrten aufgegriffen:

„Ich glaube an die Sonne, scheint sie auch nicht.“

„Ich glaube an die Liebe, selbst wenn ich sie nicht empfinde.“

„Ich glaube an Gott, auch wenn Er schweigt.“

Diese Worte wurden in Köln von jüdischen Häftlingen an eine Wand geschrieben. Auch wenn es Juden gibt, die hierzu ihr „Amen“ gäben, so haben andere doch Schwierigkeiten in ihrem Gottesglauben, nachdem unaussprechliche Verbrechen gegen Seine Kinder begangen wurden.

Elie Wiesel durchlebte die menschliche Hölle in Auschwitz, wo er selbst entwürdigt und gefoltert wurde und zudem Augenzeuge alltäglicher Hinrichtungen war. Er überlebte und schrieb viel über den

Holocaust, darunter auch eine Anzahl von Romanen. Aufgrund seiner Erfahrungen zweifelt er an Gott: „Ich leugne nicht Gottes Existenz, zweifle aber an Seiner absoluten Gerechtigkeit“. Dies meint, „der Jude mag sich gegen Gott erheben, vorausgesetzt, er behält seinen Glauben an Gott“. Er kritisiert auch das Christentum: „Ich glaube, die Christen verherrlichen den Tod, da sie auch die Kreuzigung verherrlichen. Für sie ist dieser Tod die Geburt ihrer Religion...Ich glaube, man sollte sich mit dem Sachverhalt beschäftigen, daß diese jahrhundertelange Verherrlichung die Gleichgültigkeit gegenüber dem Tod im Holocaust hervorgebracht hat“. Für Wiesel gilt mithin, daß Gott zwar der Herr unseres Universums ist, Er jedoch nach menschlichem Verständnis keineswegs von perfekter Güte ist. Wiesel weigert sich, Gott von seiner Verantwortlichkeit freizusprechen, und wurde daher als der Hiob des 20. Jahrhunderts bezeichnet.

Emil Fackenheim verließ Deutschland zu Beginn des Krieges und lehrte an der Universität von Toronto, bis er nach Israel auswanderte. Von Wiesel beeinflusst, setzte er sich theologisch mit dem Holocaust auseinander. Für ihn ist es unmoralisch, dem Holocaust einen Sinn beimessen zu wollen. Die einzige Möglichkeit, Gottes „Wege“ zu ergründen, liegt in „Emenuah“, das heißt im Vertrauen auf Ihn, auch wenn Er sein Gesicht vor uns verbirgt. Ein Jude kann durch „mitzvah“ eine Verbundenheit mit Gott erreichen, indem er Seine Gebote befolgt. Das Judentum hat 613 überlieferte Gebote. Fackenheim fügt sein mittlerweile berühmtes 614. Gebot hinzu: „Dem heutigen, wahrhaft gläubigen Juden ist es verboten, Hitler noch über seinen Tod hinaus einen weiteren Sieg zuzuerkennen“. Für Fackenheim ist und bleibt der Holocaust einzigartig.

Ihre bloße Existenz wurde für die Juden unter der Naziherrschaft zum Kapitalverbrechen - ein Ansinnen, das in der zivilisierten Welt ohne Entsprechung ist. Fackenheim glaubt, daß es nach dem Holocaust „für einen Christen vorrangig ist, religiöse Selbsterkenntnis zu erlangen. Für die Juden muß es nach Auschwitz die Sicherheit ihrer Kinder sein“.

Richard Rubenstein ist wahrscheinlich der radikalste der jüdischen Theologen. Er ist zugleich auch ein tief pessimistischer Denker und nimmt die Gegenposition zu Fackenheim ein. Er sieht die letzten 2000 Jahre als einen gigantischen historischen Irrtum an.

Die Juden glaubten, daß die Menschheit in ihrem ethischen Verhalten wachsen würde, doch Auschwitz strafte sie Lügen. Der Holocaust hat jede Form eines theistischen Glaubens so vollständig diskreditiert, daß wir keine andere Möglichkeit haben, als zu einem heidnischen Wertesystem zurückzukehren. Nach Auschwitz noch an Gott zu glauben, zeugt nicht nur von geringer Vernunft, sondern auch von einer niedrigen Moral. „Wir haben alle Hoffnung verloren, Trost ist eine Illusion“. Es gibt keinen Platz für einen Gott der Erlösung. Für Rubenstein erleben wir den Tod des „geschichtlichen Gottes“.

Einer der wenigen britischen jüdischen Theologen war der mittlerweile verstorbene Ignaz Maybaum, ein deutscher reformorientierter Rabbi. In seinem Buch „The Face of God after Auschwitz“ hebt er die Rolle des Juden als leidender Diener hervor und bezeichnet den Holocaust als eine göttliche Heimsuchung, durch die ein untergehendes Zeitalter beendet und eine neue utopische Welt angekündigt wurde. Im Gegensatz zu anderen, die das hebräische Wort „Shoah“ für den Holocaust verwenden, zieht Maybaum seit 1949 das Wort „Churban“ vor. Der Holocaust war das dritte „Churban“ das die Juden nach der Zerstörung des ersten und des zweiten Tempels widerfuhr.

Es wäre ungerecht und unwahr zu behaupten, daß die christliche Lehre der einzige Ursprung des Holocaust gewesen sei und sich von dem Neuen Testament durch die gesamte christliche Geschichte eine stringente Entwicklungslinie zu den Vernichtungslagern ziehen würde. Aber es besteht eine

Verbindung zwischen dem Christentum und dem Holocaust, die auch von dem protestantischen Gelehrten Franklin Littell hervorgehoben wurde: „Ohne die Jahrhunderte des durch christliche Predigten und Lehren verbreiteten Antisemitismus wäre es Hitler niemals gelungen, die leidenschaftlichen Judenhasser zu mobilisieren und die unbeteiligten Zuschauer zu immobilisieren“. Littell, ein Verfechter von Holocaust-Studien, besteht darauf, daß diese Studien über „die kritischen/analytischen/vergleichenden/abstrahierenden Methoden“ hinauszugehen haben. Sofern derartige Untersuchungen nicht ausgeglichen werden durch „ästhetisches und/oder religiöses Bewußtsein“, laufen sie „Gefahr, in der Behandlung des Mysteriösen und des Heiligen der Absurdität anheimzufallen“. Seit 1970 ist Littell Mitbegründer der jährlichen wissenschaftlichen Konferenz zum Thema Holocaust und die Kirchen.

Ein anderer führender protestantischer Wissenschaftler, A. Roy Eckardt vertritt die Annahme, daß die Lehre der bereits vollzogenen Auferstehung wesentlich beitrug zur christlichen Feindseligkeit gegenüber den Juden und dem Judentum. Er geht davon aus, daß dieses Problem nicht durch eine bloße Modifikation der Auferstehungslehre zu überwinden ist, sondern nur dadurch, daß die Auferstehung zur Gänze des Platzes enthoben wird, den sie gegenwärtig innerhalb des christlichen Glaubens einnimmt. Er schreibt: „Jener jüdische Mann aus Galiläa schläft nun. Er schläft mit den anderen jüdischen Toten, mit all den trostlosen und vergeudeteten Toten der Mordlager und mit den ungezählten Toten der menschlichen und nicht-menschlichen Familie. Aber Jesus von Nazareth soll auferstehen. So sollen es auch die kleinen ungarischen Kinder, die in Auschwitz lebendig verbrannt wurden“. Eckardt geht davon aus, daß die Hoffnung auf eine zukünftige Auferstehung - und eben nicht die auf eine vergangene - der einzige Weg ist, die Hölle des Holocaust zu überwinden. Eine Reihe römisch-katholischer Theologen haben in den letzten Jahren über den Holocaust geschrieben, darunter auch Gregory Baum, Rosemary Radford Ruether, und John Pawlikowski. Obgleich man Unterschiede in ihren jeweiligen Ansätzen feststellen kann, ist ihnen doch gemeinsam, daß sie von einem Fortbestand des hebräischen Bündnisses ausgehen - entweder als Teil eines einzigen Bündnisses, das dann das Judentum und das Christentum umfaßt, oder zusammen mit seinem christlichen Gegenstück als eines von zwei gleichgerichteten Bündnissen, die beide jeweils Gottes andauernde Bedeutung auf Erden reflektieren.

John Oesterreicher, Gründer des Institutes für Jüdisch-Christliche Studien an der Katholischen Seton-Hall-Universität in New Jersey, vertritt die Annahme, daß die Einzigartigkeit des Holocaust nicht in der Anzahl der getöteten Juden begründet sei und auch nicht darin, daß unschuldige Menschen entwürdigt wurden, sondern darin, daß der „Angriff auf die Juden ein bewußter oder häufig auch unbewußter Anschlag auf Christus gewesen sei“.

Vor kurzem hielt Joseph Bernardin, Erzbischof von Chicago, eine Vorlesung an der Hebräischen Universität von Jerusalem. Er begann mit dem Verweis auf die in den letzten Jahren unternommenen Bemühungen der römisch-katholischen Kirche, „ihre Schuld an dem furchtbaren Vermächtnis des Antisemitismus anzuerkennen und ihn in jeder Form als sündhaft aus der zeitgenössischen Lehre und Praxis zu verbannen“. Er sagte weiterhin: „... Es besteht kaum ein Zweifel, daß die anhaltende Tradition des theologischen Antisemitismus eine unentbehrliche Voraussetzung darstellte für die Möglichkeiten der Nazis“, ihr Vorhaben einer rassistischen Hygiene derart weitgehend voranzutreiben. Ohne den anhaltenden Einfluß des traditionellen christlichen Antisemitismus auf die Masse der Gläubigen in Europa wäre es ihnen nicht gelungen, die erforderliche Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen...“

Er ist mittlerweile überzeugt, daß „die das jüdische Volk betreffende negative Theologie ihre theologischen Grundlagen verloren hat“.

In den letzten Jahren waren von einer Reihe von Kirchen - und so auch von der römisch-katholischen und der lutheranischen - mehrere Stellungnahmen verabschiedet worden zur Bedeutung des Dialoges und der Scham über „die Reaktion der Kirchen auf die Ereignisse während des Zweiten Weltkrieges. Manchen Christen ist es ein wesentliches Anliegen, die Juden zu unterstützen in ihrer Aufgabe des „Tikkun Olam“, der Wiederherstellung der Welt. Dies wird von beiden Seiten als eine heilige Aufgabe angesehen.

DIE NACHWIRKUNGEN

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust

Die Darstellung des Holocaust

Film

Während der Nazizeit beschäftigte sich Hollywood und die englische Filmproduktion kaum mit dem Leiden der Juden.

Diese Haltung setzte sich im Grunde auch nach dem Krieg noch fort, obwohl sich Hollywood mit zwei einflußreichen Filme gegen den Antisemitismus wendete: 'Kreuzfeuer' (1946) und 'Tabu der Gerechten' (1946). 1959 wurde das Tagebuch der Anne Frank verfilmt, doch zeigte der Film ein verklärtes und verallgemeinertes Bild der Judenverfolgung durch die Nazis. Vor dem 'Urteil von Nürnberg' (1961) beschäftigte sich Hollywood nicht direkt mit den Nazi- verbrechen. Der erste amerikanische Film, der die Bedingungen in den Viehwagons, in denen die Juden nach Auschwitz gebracht wurden, als auch das Lager- leben darstellte, war Sidney Lumets 'Der Pfandleiher' von 1965.

Die Barbarei der Nazis wurde 1959 in dem US-Kriegsfilm 'Junge Löwen' hervorgehoben. England dagegen produzierte in den 50er und 60er Jahren eine Vielzahl von Kriegsfilmen, wie z.B. 'Rommel - Der Wüstenfuchs' (1951), in denen die deutschen Soldaten als im Grunde wenig ideologische und sogar anständige Gegner charakterisiert wurden. Der europäische Film beschäftigte sich vor Hollywood mit dem Holocaust, aber oft wurden nur die Perversität der Nazizeit und deren Vermächtnis hervorgehoben. Luchino Viscontis 'Die Verdammten' (1969) und Liliana Cavanis 'Der Nachtportier' (1974) sind Beispiele für Filme, die den moralischen Verfall heraus- stellen und dabei in 'Nazikitsch' umschlagen. Vittorio de Sicas 'Garten der Finzi-Contini' (1970) war im Vergleich dazu eine maßvolle und fundierte Unter- suchung des Schicksals der Juden in Italien.

In Frankreich war der Holocaust aufgrund der Frage der Kollaboration ein heikles Thema, das schließlich in mehreren herausragenden Filmen aufgegriffen wurde; darunter Michel Drachs 'Die Geigen des Balls' (1973), Louis Malles 'Lacombe Lucien' (1974) und 'Auf Wiedersehen Kinder' (1987), Francois Truffauts 'Die letzte Metro' (1980) und Joseph Loseys 'Mr. Klein' (1976). Hollywood befaßte sich mit dem Holocaust erst nach dem großen Erfolg der TV-Miniserie 'Holocaust' von Gerald Green. Es folgten: 'Sophies Entscheidung' (1982), 'Triumph des Geistes' (1990) und Steven Spielbergs hervorragender Film 'Schindlers Liste' (1993).

Die deutsche Filmindustrie produzierte nach dem Krieg eine Vielzahl kaum mehr erinnerter Anti-Kriegsfilme, die jedoch i.d.R. das Thema der 'Endlösung' nicht berührten. Die Nazizeit wurde erst- mals 1979 von Volker Schlöndorf in 'Die Blechtrommel' tiefer ausgelotet. Dieser Film so wie auch 'Deutschland, bleiche Mutter' von Helma Sanders-Brahms, behandelt Erinnerungen Deutscher an das Dritte Reich. Der unkonventionelle Dokumentarfilm 'Hitler, ein Film aus Deutschland' (1980) von Hans-Jürgen Syberberg war gleichfalls ein Werk der Introspektion, das die Konfrontation mit den Greueln der Nazis vermied. Die Aufarbeitung der Erinnerung (oder des Vergessens) war Thema der elfstündigen TV-Saga 'Heimat' (1989) von Edgar Reitz, in der das Schicksal der Juden nur wenige Minuten in

Anspruch nimmt. 'Das schreckliche Mädchen' (1992) von Michael Verhoeven war im Gegensatz dazu eine massive Kritik am selektiven Erinnerungsvermögen der Deutschen im Hinblick auf die Nazizeit. Wenige in Rußland gedrehte Filme beschäftigten sich mit dem Schicksal der Juden unter dem Naziregime. Eine bewegende Ausnahme ist Jan Kadars 'Shop on the High Street', der 1965 in der Tschechoslowakei gedreht wurde. Der 1988 von Aleksander Askoldov gedrehte russische Film 'Die Kommissarin' wurde, obwohl er 1919-20 in einem 'Shtetl' spielt, von der Zensur verboten; er deutete die Tragödie an, die den russischen Juden bevorstand. Einer der ersten und einflußreichsten Dokumentarfilme war 'Night and Fog', der im Jahre 1955 im Auftrag eines offiziellen Ausschusses zur historischen Aufarbeitung des Krieges von dem französischen Direktor Alain Renais gedreht wurde. Das englische Fernsehen produzierte mehrere Dokumentarfilme wie 'Aufstand und Zerstörung des Warschauer Gettos' (1968) und 'Genocide', eine Episode der Serie 'World at War' (1975). Der französische Regisseur Marcel Ophüls drehte 'Kummer und Mitleid' (1970), der die Kollaboration unter der Naziherrschaft behandelt, und 'Hotel Terminus' (1988), der die Geschichte des Kriegsverbrechers Klaus Barbie erzählt, der nach Frankreich ausgeliefert wurde, um dort vor Gericht gestellt zu werden. Der zweifellos wichtigste Dokumentarbericht ist Claude Lanzmanns Epos 'Shoah' (1985), gleichfalls eine französische Produktion.

Kunst

Bereits während des Krieges setzten sich Künstler mit den Konzentrationslagern, Gettos und Vernichtungslagern auseinander. Künstler wie Leo Haas in Theresienstadt fühlten sich verpflichtet, das Schicksal der Juden zu bezeugen und zu dokumentieren. Hierbei veranlaßte sie ihre künstlerische Prägung oder auch ihr persönliches Talent, über schlichten Naturalismus hinauszugehen. Für Künstler wie den aus Jugoslawien stammenden Zoran Music, der zwei Jahre lang in Dachau inhaftiert war, und Boris Taslitzky, in Buchenwald inhaftiert, bedeutete allein schon die Beibehaltung der ästhetischen Werte eine Form des Widerstandes, da sie dem Vorhaben der Nazis, die Juden aus der menschlichen Gattung auszugrenzen, menschliche Werte entgegenstellten.

Im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg erhielt die Massenvernichtung der Juden allmählich einen zunehmend zentraleren Platz in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Wie sollte man jedoch dieses schreckliche Thema angemessen behandeln? Manche Künstler wie auch Friedensreich Hundertwasser griffen auf abstrakte Ausdrucksformen zurück, eine Vorgehensweise, die sich als problematisch erweisen mußte, wenn es das Hauptanliegen war, die Opfer vor dem Vergessen zu bewahren und die Naziverbrechen in Erinnerung zu rufen. Andere wie Samuel Bak und Leonard Baskin gebrauchten einen eher figurativen und allegorischen Stil.

Die Konzeptkunst nahm vielen Künstlern die schwierige Entscheidung ab, wie sie den Holocaust darstellen sollten. Aufgrund ihrer theoretischen Ausrichtung war sie besonders geeignet, um Fragen wie etwa das Problem der Erinnerung bzw. des Vergessens zu thematisieren. In den 80er Jahren schafften junge deutsche Künstler wie Jochen Gerz und Horst Hoheisel verschiedene 'Gegen-Denkmäler', die die Deutschen zwangen, sich mit dem Vakuum zu befassen, das die deportierten deutschen Juden zurückgelassen hatten. Shimon Attie entwickelte die Technik, Fotos, die vor dem Krieg von Juden in Berlin gemacht worden waren, an eben diese Gebäude zu projizieren, die fünfzig Jahre später immer noch standen, jedoch ihrer jüdischen Bewohner beraubt worden waren. Die deutschen Fotografen Anselm Kefer und Henning Langenheim

zwangen ihre Mitbürger mit Hilfe von trügerischen lyrischen Landschaftsbildern mit Aussicht auf Konzentrations- und Vernichtungslager, sich der Vergangenheit zu stellen.

Ein wichtiges Medium für die Auseinandersetzung mit dem Holocaust war die Bildhauerei, zum Teil auch wegen der Nachfrage nach Denkmälern. Eine große Skulptur des polnisch-jüdischen Künstlers Nathan Rapoport beherrscht den zentralen Platz des ehemaligen Warschauer Gettos. Der Amerikaner Ben Segal schuf im Auftrag ehemaliger US-Soldaten ein Holocaust-Denkmal

Literatur

Die eindrucksvollsten literarischen Auseinandersetzungen mit dem Holocaust wurden von Überlebenden verfaßt, die einen schmerzlichen Sinn dafür haben, was gesagt werden darf und was nicht. Im Regelfall gilt, je älter eine Niederschrift ist, desto eindrucksvoller ist auch die Darstellung der Erfahrungen des oder der Überlebenden. Eine der ersten und bedeutendsten künstlerischen Darstellungen des Holocausts ist die von Tadeusz Borowski (1922-1951). Borowski, in der Ukraine geboren, war von 1943 bis 1945 in Dachau und Auschwitz. Sofort nach dem Krieg fing er an, Kurzgeschichten zu verlegen, die seine Erfahrungen in den Konzentrationslagern mit grimmiger und unversöhnlicher Objektivität schilderten. Borowski beging 1951, noch nicht einmal dreißig Jahre alt, Selbstmord, aber seine Geschichten wurden nach seinem Tode gesammelt und unter dem Titel 'Bei uns in Auschwitz' veröffentlicht.

Primo Levi (1919-87), gebürtiger Turiner, war vor dem Krieg Industriechemiker und arbeitete in Mailand. Nachdem er sich im Aosta-Tal der Widerstands- bewegung angeschlossen hatte, wurde er im Dezember 1943 verhaftet. Er wurde in Flossenburg inhaftiert und später nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Sein Überleben verdankte er seinen chemischen Kenntnissen, aufgrund derer er dem Lagerarbeitstrupp in der Gummifabrik in Monowitz-Buna zugeteilt wurde.

'Ist das ein Mensch', Levis Bericht über die in Auschwitz-Birkenau verbrachte Zeit, hatte er nach seiner Rückkehr nach Turin innerhalb weniger Monate geschrieben. Der Bericht wurde jedoch erst 1947 von einem unbedeutenden Verleger angenommen. Er erregte wenig Aufsehen, bis er 1958 erneut verlegt wurde. Heute wird er weltweit als eine der bedeutendsten Holocaust-Darstellungen Wissenschaftlers und der Skepsis eines heraus- ragenden Intellektuellen. Er schreibt mit schmerzlicher Ehrlichkeit und gibt einen bemerkenswerten poetisch- en Einblick in die Auswüchse der Todeslager. Kurz darauf folgte 'Atempause' (1963), die Darstellung einer dantesk anmutenden Heimreise über die Ukraine nach Turin.

Die Werke Elie Wiesels (b 1928), wie z. B. 'Die Nacht zu begraben, Elischa' (1958), haben im Gegensatz dazu eine eher poetische Tendenz. Wiesel, geboren in Sighet, Rumänien, war in einem jüdisch-orthodoxen Umfeld aufgewachsen. 1944 wurde der fünfzehn-jährige Wiesel zusammen mit seiner Familie nach Auschwitz-Birkenau deportiert, wo seine Mutter und seine jüngste Schwester umgebracht wurden. Sein Vater starb in Buchenwald kurz bevor Wiesel befreit wurde. 1946 kam er nach Frankreich und nachdem er dort die Universität besucht hatte fing er an, auf Französisch zu schreiben. Er wurde 1963 amerikanischer Staatsbürger.

'Die Nacht zu begraben, Elischa', seine berühmteste ursprünglich in Yiddish verfaßte Arbeit, ist eine bissige Darstellung der Zeit, die er mit seinem Vater in Auschwitz-Birkenau verbrachte. Sie ist in intensiver poetischer Sprache abgefaßt, und trug, nachdem sie 1960 ins Englische übersetzt worden war, wesentlich dazu bei, den Holocaust in das öffentliche Bewußtsein zu rücken.

André Schwarz-Bart, Wiesels französischer Landsmann, ist wahrscheinlich einer dokumentarisch- historischen Schilderung des Holocausts am nächsten gekommen. Sein Werk 'Der letzte der Gerechten'

(1959), das 1966 den Jerusalem-Preis gewann, ist eine leidenschaftliche Darstellung des jüdischen Leidens "geheimen Anbau" und wurde dann nach Bergen-Belsen deportiert. Ihr Tagebuch über das Leben im "geheimen Anbau" wurde schließlich 1947 veröffentlicht und gehört, seit es in den 50er Jahren in eine Theaterfassung umgesetzt worden war, zu den internationalen Bestsellern.

Es besteht auch eine starke Tradition einer weniger realistischen und eher modernen Bearbeitung des Holocausts. Sinnbild der modernistischen Poesie des Holocausts ist Paul Celan (1920-70). Celan, ursprünglich Paul Anczel, wuchs in einer deutschsprachigen jüdisch-orthodoxen Familie in Rumänien auf. 1942 wurden seine Eltern in ein Arbeitslager deportiert, wo sie umkamen. Celan überlebte zwei Jahre als Arbeitshäftling und lebte nach dem Krieg in Bukarest, bis er nach Paris auswanderte. Seine Gedichte sind in einer schwierigen quasi posttraumatischen Sprache abgefaßt, als ob er damit die deutsche Sprache vom Geruch des Todes befreien wollte. Einige seiner bekanntesten Gedichte wie etwa "Todesfuge" hatten großen Einfluß im Deutschland der Nachkriegszeit, wo er 1960 den Büchner-Preis erhielt.

Auch in Israel gab es bedeutende Vertreter des Modernismus wie die Poeten Abba Kovner (1918-88) und Dan Pagis (1930-86), sowie den Novellisten Aharon Appelfeld (geboren 1932). Kovner wurde auf der Krim geboren und lebte seit seiner frühen Kindheit in Vilna. Er wurde zu einem Führer des jüdischen Widerstandes des Vilnauer Gettos und wurde nach der Vernichtung des Gettos Partisan im naheliegenden Rudniki-Wald. Seine frühen Gedichte, nach dem Krieg verfaßt, sind vor diesem Hintergrund entstanden. Dagegen war der in Rumänien geborene Pagis während des Krieges in verschiedenen Konzentrationslagern, und seine Gedichte neigen dazu, persönlicher zu sein. In Pagis intimeren wenig auf die Öffentlichkeit ausgerichteten Gedichten tritt der Holocaust oft nur implizit in Erscheinung.

Der gleichfalls in Rumänien geborene Ahron Appelfeld war im Alter von acht Jahren in ein Konzentrationslager geschickt worden, aus dem ihm die Flucht gelang. Er lebte im Anschluß drei Jahre in den ukrainischen Wäldern, bis er von der Roten Armee gerettet wurde. Seine Mutter war von den Nazis getötet worden. Mit seinem Vater wurde er 1960 in Israel wiedervereint. Zu Appelfelds internationaler Anerkennung trugen insbesondere 'Badenheim 1939' (1974) und 'Zeit der Wunder' (1978) bei - zwei Werke, die in indirekter Form die Ungeheuerlichkeit des Holocausts verdeutlichen.

Die bekannteste metaphorische Abhandlung des Holocausts ist zweifellos Jerzy Kosinskis (?-1994) 'The Painted Bird' (1965). Kosinski, der als Kind in dem von den Nazis besetzten Polen überlebt hatte, verlegt seinen halb-autobiographischen Roman in ein namenloses Land unter Nazibesetzung. 'The Painted Bird' schildert die makabren Spiele von Kindern und insbesondere von jüdischen und Zigeunerkindern in mehreren unbenannten Dörfern. Kosinskis albraumartige Behandlung des Holocaust ermöglichte es späteren Generationen, ihre Geschichte in gänzlich neuartiger Weise aufzuarbeiten.

Art Spiegelman wurde 1948 in Stockholm geboren. Er ist zusammen mit seiner Frau Françoise Mouly Gründer und Herausgeber des weithin bekannten und bewunderten Underground-Comics und Graphikjournals "Raw". Sein Vater Vladek Spiegelman und seine Mutter Anja, die 1968 Selbstmord beging, überlebten Auschwitz und Dachau. 1986 zeichnete Spiegelman 'Maus', eine comic-artige Darstellung der Erlebnisse seines Vaters.

Obwohl 'Maus' zunächst von vielen Verlegern abgelehnt worden war, entwickelte sie sich zu einem echten Phänomen. Mittlerweile wird sie an vielen amerikanischen Universitäten behandelt und hat eine Auflage von mehr als 250,000 Exemplaren erreicht. 'Maus II: Und hier begann mein Unglück' (1992), führt die Darstellung der Kriegserlebnisse seines Vaters fort und schildert insbesondere den Überlebenskampf seiner Eltern in den Todeslagern.

DIE NACHWIRKUNGEN

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust

Erinnern

Die Erinnerung an den Holocaust, die nach 1945 in jedem Land aufkam, war anfangs stark von den während der Kriegszeit gemachten Erfahrungen geprägt. Die während der Kriegszeit vorherrschenden Einstellungen gegenüber Juden bestimmten auch den Platz, der dem Schicksal der Juden in den Darstellungen des Krieges zugemessen wurde. Später wurde er von dem Kalten Krieg und den Notwendigkeiten des Wiederaufbaus bestimmt. In dieser Phase wurde wenig über die Tragödie der Juden geschrieben. Selbst der Begriff „Holocaust“ war vor 1970 kein allgemein verwendeter. Vor dieser Zeit bestand nur ein sehr vages Verständnis der einzigartigen Katastrophe, der die Juden ausgesetzt gewesen waren. Die politischen und kulturellen Veränderungen in den 60er Jahren führten dann jedoch zu einem zunehmenden Interesse an der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Der Holocaust tauchte nun als Thema wissenschaftlicher Studien und literarischer Arbeiten auf. Zum Ende der 70er Jahre hatte er einen hohen Rang in der kulturellen Tagesordnung und größere Bemühungen wurden unternommen, die Erinnerung an das Leiden der Juden während der Nazizeit zu institutionalisieren.

In England wurde das besondere Schicksal der Juden und die spezifische Judenfeindlichkeit der Nazis im allgemeinen kaum verstanden. Obgleich die von britischen Truppen in Bergen-Belsen befreiten Lagerhäftlinge mehrheitlich Juden waren, wurden diese in den Nachrichtensendungen kaum erwähnt. Die Öffentlichkeit war kaum informiert über die Vernichtungslager im Osten. In dem Internationalen Militärgericht in Nürnberg wie auch in den anderen zwischen 1945 und 1948 durchgeführten Verfahren wegen Kriegsverbrechen gingen die Verbrechen gegenüber Juden meist in der Menge der anderen Anklagepunkte unter.

Ein besonderer Faktor in England war der Konflikt zwischen Juden und Briten in Palästina zwischen 1945 und 1949. Dieser Konflikt überschattete die Berichterstattung über die Geschehnisse während des Krieges und nährte antisemitische Ressentiments.

Während des Kalten Krieges wurde die BRD als loyaler Verbündeter angesehen, und es bestand ein geringes Interesse an einer kritischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die große jüdische Gemeinschaft - Flüchtlinge, die zwischen 1933 und 1939 eingewandert waren, sowie Überlebende des Krieges - war durch die feindselige Stimmung eingeschüchtert und meldete sich kaum zu Wort.

Bis in die 70er Jahre wurde an Schulen und Universitäten bei der Behandlung der Periode von 1933 bis 1945 die „Endlösung“ kaum erwähnt. Historiker begannen erst zum Ende der 70er Jahre im Anschluß an entsprechende Entwicklungen in den USA ein Interesse an dem Holocaust zu entwickeln. Während der 80er begannen dann Schriftsteller, das Thema des Holocaust aufzugreifen. Zwischen 1986 und 1991 bemühte sich eine Gruppe von Parlamentariern um eine Gesetzesänderung, um es zu ermöglichen, gegen in England lebende Kriegsverbrecher vor britischen Gerichten Anklage zu erheben. Diese

DIE NACHWIRKUNGEN

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust

Erinnern

Die Erinnerung an den Holocaust, die nach 1945 in jedem Land aufkam, war anfangs stark von den während der Kriegszeit gemachten Erfahrungen geprägt. Die während der Kriegszeit vorherrschenden Einstellungen gegenüber Juden bestimmten auch den Platz, der dem Schicksal der Juden in den Darstellungen des Krieges zugemessen wurde. Später wurde er von dem Kalten Krieg und den Notwendigkeiten des Wiederaufbaus bestimmt. In dieser Phase wurde wenig über die Tragödie der Juden geschrieben. Selbst der Begriff „Holocaust“ war vor 1970 kein allgemein verwendeter. Vor dieser Zeit bestand nur ein sehr vages Verständnis der einzigartigen Katastrophe, der die Juden ausgesetzt gewesen waren. Die politischen und kulturellen Veränderungen in den 60er Jahren führten dann jedoch zu einem zunehmenden Interesse an der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Der Holocaust tauchte nun als Thema wissenschaftlicher Studien und literarischer Arbeiten auf. Zum Ende der 70er Jahre hatte er einen hohen Rang in der kulturellen Tagesordnung und größere Bemühungen wurden unternommen, die Erinnerung an das Leiden der Juden während der Nazizeit zu institutionalisieren.

In England wurde das besondere Schicksal der Juden und die spezifische Judenfeindlichkeit der Nazis im allgemeinen kaum verstanden. Obgleich die von britischen Truppen in Bergen-Belsen befreiten Lagerhäftlinge mehrheitlich Juden waren, wurden diese in den Nachrichtensendungen kaum erwähnt. Die Öffentlichkeit war kaum informiert über die Vernichtungslager im Osten. In dem Internationalen Militärgericht in Nürnberg wie auch in den anderen zwischen 1945 und 1948 durchgeführten Verfahren wegen Kriegsverbrechen gingen die Verbrechen gegenüber Juden meist in der Menge der anderen Anklagepunkte unter.

Ein besonderer Faktor in England war der Konflikt zwischen Juden und Briten in Palästina zwischen 1945 und 1949. Dieser Konflikt überschattete die Berichterstattung über die Geschehnisse während des Krieges und nährte antisemitische Ressentiments.

Während des Kalten Krieges wurde die BRD als loyaler Verbündeter angesehen, und es bestand ein geringes Interesse an einer kritischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die große jüdische Gemeinschaft - Flüchtlinge, die zwischen 1933 und 1939 eingewandert waren, sowie Überlebende des Krieges - war durch die feindselige Stimmung eingeschüchtert und meldete sich kaum zu Wort.

Bis in die 70er Jahre wurde an Schulen und Universitäten bei der Behandlung der Periode von 1933 bis 1945 die „Endlösung“ kaum erwähnt. Historiker begannen erst zum Ende der 70er Jahre im Anschluß an entsprechende Entwicklungen in den USA ein Interesse an dem Holocaust zu entwickeln. Während der 80er begannen dann Schriftsteller, das Thema des Holocaust aufzugreifen. Zwischen 1986 und 1991 bemühte sich eine Gruppe von Parlamentariern um eine Gesetzesänderung, um es zu ermöglichen, gegen in England lebende Kriegsverbrecher vor britischen Gerichten Anklage zu erheben. Diese

Bemühungen, eine Reihe von Jahrestagen zwischen 1988 und 1995, die die Nazizeit und das Schicksal der Juden in Erinnerung riefen, sowie Filme wie „Schindlers Liste“ zeigten eine enorme Wirkung.

Seit Mitte der 80er Jahre bemühen sich Vereinigungen von Flüchtlingen und Überlebenden mit deutlich mehr Nachdruck um eine öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung ihrer Erfahrungen. Sie setzten sich erfolgreich für eine Holocaust-Gedenkstätte ein, die 1988 im Hyde Park eingeweiht wurde. Sie kämpften auch für eine angemessene Berücksichtigung des Holocaust im Geschichtsunterricht der Schulen.

In den USA blieb der Antisemitismus weiterhin verbreitet, trotz des Entsetzens, das die Befreiung der Lager ausgelöst hatte. Die Wissenschaftler, die sich mit dem Holocaust befaßten, waren fast ausschließlich Immigranten oder Flüchtlinge. Viele ihrer Studien wurden auf Yiddish veröffentlicht und waren damit unzugänglich. Den meisten amerikanischen Juden lag in erster Linie daran, sich in die amerikanische Gesellschaft einzugliedern, während die Überlebenden damit beschäftigt waren, sich ein neues Leben aufzubauen.

Dies änderte sich in den 60er Jahren. Der Prozeß gegen Eichmann rief großes Interesse hervor, besonders nachdem die aus Deutschland geflohene jüdische Wissenschaftlerin Hannah Arendt eine heftige Kontroverse ausgelöst hatte, indem sie der jüdischen Führung der Kriegszeit vorwarf, der Vernichtung der Juden Vorschub geleistet zu haben. Die Bemühungen, diese Vorwürfe zu entkräften, wurden zum Ausgangspunkt der Holocaust-Studien.

Der Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 ließ Erinnerungen aufleben an die Isolation, in der sich die Juden 25 Jahre zuvor befunden hatten. In den USA herrschte eine Stimmung, die gegenüber den Besonderheiten einzelner Volksgruppen offener war, und die Juden begannen nun nachdrücklicher für die Verteidigung jüdischer Interessen einzutreten. Sie beurteilten nun auch das Verhalten der USA während des Krieges in einem kritischeren Licht. In den späten 60er und 70er Jahren erschienen mehrere Bücher, in denen der amerikanischen Führung vorgeworfen wurde, nicht mehr für die Juden getan zu haben.

1978 rückte die TV-Miniserie „Holocaust“ die Geschichte des Holocaust in das Bewußtsein von Millionen Amerikanern. Der Holocaust wurde nun zu einem Brennpunkt der amerikanisch-jüdischen Identität - so wie es die Erfahrung der Sklaverei für die Identität der Afroamerikaner geworden war. 1978 rief Präsident Carter die Präsidialkommission zum Holocaust ins Leben, die dann 1979 zur Gründung des Holocaust Memorial Council führte. In den 80er Jahren entdeckten die Schriftsteller und Filmemacher den Holocaust. Filme wie „Sophies Entscheidung“ (1982) übten großen Einfluß aus.

Im Jahre 1991 gab es über 70 Holocaust-Museen, Gedenkstätten, Bildungseinrichtungen und unzählige Kurse an den Universitäten. Das Interesse am Holocaust wurde 1994 durch den Film „Schindlers Liste“ noch zusätzlich geschürt. Im April 1993 wurde das Amerikanische Holocaust-Gedenkmuseum unter wohlwollender Kritik eröffnet und wurde zu einem populären Erfolg.

In Frankreich war nach der Befreiung das Schicksal der Juden niemals zu einem Thema erhoben worden. Dieses Thema hätte Fragen nach der Verwicklung der Vichy-Behörden aufgeworfen. Die Erinnerung an die Deportationen blieb beschränkt auf die 2000 Überlebenden, die nach Frankreich zurückgekehrt waren. Sie gründeten in den frühen 50er Jahren ein Jüdisches Dokumentationszentrum und errichteten die ersten Holocaust-Gedenkstätten in Frankreich.

In den 50er und 60er Jahren wurde das politische Leben in Frankreich erneut durch die Vichy-Ära belastet. Die Linke klagte die Rechte an, und beide Seiten benutzten Skandale der Kriegszeit, um

gegnerische Politiker zu diskreditieren. In den 60er Jahren bemühte sich Präsident Charles de Gaulle, die Schatten der Vichy-Ära aufzuhellen, indem er die Bedeutung des Widerstandes bis zum äußersten betonte und einen Feiertag zum Gedenken an die Helden einführte. Das Schicksal der Juden, die ihrer „Rasse“ wegen deportiert worden waren, ging jedoch unter im offiziellen Gedenken an die Widerstandskämpfer und diejenigen, die nach Deutschland deportiert worden waren.

In den 70er Jahren deckten die beiden nordamerikanischen Historiker Michael Marrus und Robert Paxton das Ausmaß der freiwilligen verdeckten Zusammenarbeit zwischen dem Vichy-Frankreich und den Nazis auf. Dieser Studie folgte der kontroverse Film „Das Haus nebenan“ von Marcel Ophüls, der zum Auslöser einer Debatte über die Zeit der Besetzung wurde. In den späten 70er Jahren führte eine Reihe von Skandalen dazu, daß der Holocaust auf der Tagesordnung verblieb, und er wurde in zahlreichen Filmen thematisiert, die sich mit der Kollaboration und den Deportationen auseinandersetzten.

Während der 70er Jahre kämpfte der Anwalt Serge Klarsfeld für die Auslieferung von Klaus Barbie, dem ehemaligen Chef der „Gestapo“ in Lyon, aus Bolivien. Sein Gerichtsverfahren (1986) war für Frankreich ein Moment der Selbstprüfung und Selbstkritik. Das Gerichtsverfahren gegen Paul Touvier von 1988 bis 1989, der Jahrestag der Dreyfus-Affäre im Jahre 1994 und die Ermordung von Renoi Bousquet, dem ehemaligen Präsidenten der Vichy-Polizei, trugen dazu bei, die Debatte über die Vergangenheit aufrechtzuerhalten, die andererseits zumindest teilweise zu eben diesen Ereignissen geführt hatte.

Präsident Mitterand, der selbst in der Vichy-Administration gearbeitet hatte, bevor er sich dem Widerstand anschloß, klagte 1993 die Vichy-Regierung öffentlich an und führte einen Gedenktag ein zum Andenken an die jüdischen Deportierten. Am 16. Juli 1994 gedachten die Franzosen erstmals offiziell der Deportation von 77.000 Juden aus ihrem Land.

Die Erinnerung an den Holocaust wirft in Deutschland besondere Probleme auf. Von 1949 bis 1969 war die BRD dominiert durch den Kanzler Konrad Adenauer, den Führer der konservativen Christlich Demokratischen Union (CDU). Er leitete die moralische Rehabilitierung Deutschlands ein, indem er die Schuld seines Landes anerkannte und Reparationszahlungen an Israel und Opfer der Naziverfolgung befürwortete. Die Regierung nahm - insbesondere in bezug auf Israel - eine philo-semitische Haltung ein, die für das gesamte Land richtungsweisend wurde. Philo-Semitismus und Pro-Zionismus fungierten jedoch als Substitut für eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auf einer persönlichen wie nationalen Ebene. Die Veröffentlichung der Tagebücher der Anne Frank (1953) löste in Deutschland Entsetzen und Proteste aus. Im Zuge der durch die neu eingerichtete Zentralstelle zur Untersuchung von Kriegsverbrechen zwischen 1958 und 1965 initiierten Prozesse erfuhr die Öffentlichkeit erstmals Einzelheiten über die Rolle der „Einsatzgruppen“. Dieser Lernprozeß wurde durch den Eichmann-Prozeß (1961 bis 1963) noch verstärkt. Diese Kriegsverbrecherprozesse lösten eine Vielzahl von Publikationen und wissenschaftlichen Untersuchungen aus. Im Zuge der Jugendrevolte von 1968 wurde das Verhalten der älteren Generation während der Nazizeit sehr weitgehend in Frage gestellt und eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gefordert.

Diese Auseinandersetzung wurde 1969 möglich als Willy Brandt, der Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), eine SPD-geführte Regierung bildete. 1970 während eines Staatsbesuches in Warschau brachte Brandt am Gedenkmal des Warschauer Gettos in einer dramatischen Geste Reue zum

Ausdruck. Eine neue Atmosphäre von Demokratisierung und Offenheit löste eine Flut von Untersuchungen und Veröffentlichungen zum Dritten Reich aus.

Die 70er Jahre waren bestimmt durch die „Wiedererlangung der Erinnerung“. Die Verjährungsfrist für nationalsozialistische Kriegsverbrechen wurde ausgesetzt, nachdem die TV Miniserie „Holocaust“ 1979 ein erhebliches öffentliches Interesse ausgelöst hatte. In rascher Folge wurden Archive und Gedenkstätten gegründet. 1983 wurde Helmut Kohl Kanzler einer CDU-geführten Koalitionsregierung. Er bemühte sich um eine Wiederherstellung des deutschen Nationalstolzes und um eine „Normalisierung“ der deutschen Geschichte. Er förderte Museumsprojekte, die insbesondere die Kontinuität des Alltagslebens im nationalsozialistischen Deutschland hervorhoben und weniger den politischen Umbruch von 1933 bis 1945. Ein Ausdruck dieser neuen Stimmung war Edgar Reitz' Film „Heimat“ von 1984. Als eine Art Gegenstück zu „Holocaust“ zeigte der Film das Leben in einem deutschen Dorf von 1919 bis 1945 in liebevoller Genauigkeit, während das Schicksal der deutschen Juden kaum erwähnt wurde.

Einen Ausdruck des Umschwunges war der „Historikerstreit“, der von 1986 bis 1987 mit großer Heftigkeit in der deutschen Presse ausgetragen wurde. Ausgelöst worden war er durch die Behauptung des prominenten Historikers Ernst Nolte, der Holocaust wäre lediglich eine Nachahmung sowjetischer Massenvernichtungen gewesen und Folge der berechtigten deutschen Furcht vor dem Bolschewismus. Historiker in und außerhalb Deutschlands wiesen diese Relativierung des Holocaust zurück.

Die von Kanzler Kohl angestrebte nationale Erneuerung wurde von 1989 bis 1991 gefördert durch den Fall der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung. Um die Integration der ehemaligen DDR in die neue nun vergrößerte BRD zu fördern, betonte er die Kontinuität von Unterdrückung, die sich von der Nazizeit durch die sowjetische Periode in Ostdeutschland hindurch gezogen habe. Im Gegensatz hierzu stand die enorme Wirkung, die 1994 der Film „Schindlers Liste“ in Deutschland auslöste. Einige wichtige Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen wurden eröffnet, wie das „Wannsee-Haus“ und Die Topographie des Terrors in Berlin.

Während der kriegsbezogenen Jahrestage von 1994 und 1995 nahmen die deutschen Präsidenten Richard von Weizsäcker (bis 1994) und Roman Herzog wie auch der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl vielfach Bezug auf die Konzentrations- und Vernichtungslager und drückten im Namen Deutschlands ihre Reue aus.

Israel ist als eine Art lebendes Vermächtnis des Holocaust in einer einzigartigen Position. Bereits während des Krieges wurde die Errichtung von Gedenkstätten zum Andenken an die ermordeten Juden diskutiert. Doch es dauerte viele Jahre, bevor der neue Staat Israel institutionalisierte Formen des Gedenkens schuf.

Unter der Führung von Yitzhak Zuckerman und Abba Kovner sammelten sich Überlebende der Gettoaufstände und der Partisanengruppen in dem Kibbutz der Gettokämpfer, dem Kibbutz „Lohamei haGetaot“, in dem sie 1949 ein Archiv zum Holocaust gründeten. Aus der Dokumentensammlung ging ein Besucherzentrum und schließlich ein Museum hervor. Später wurde ein Bildungszentrum hinzugefügt. Kovner regte ein weiteres Zentrum im „Kibbutz“ Yad Mordechai an.

1953 führte die israelische Regierung schließlich einen Gedenktag zum Andenken an den Holocaust ein. Nach heftigen Debatten erklärte die „Knesset“ den 27 Nissan zum Yom HaShoah VeHaGvurah, Tag des Holocausts und Heldentums.

Gleichfalls im Jahre 1953 wurde zum Andenken an Juden, die im Holocaust umgekommen waren, sowie zur Erziehung der nachgeborenen Generationen in Israel das Yad Vashem gegründet. 1957 wurde dieses Archiv - eines der weltweit bedeutendsten - und das zugehörige Bildungszentrum eröffnet. 1961 wurde eine Gedenkhalle hinzugefügt. Im folgenden Jahr wurde denjenigen, die Juden gerettet hatten, die „Straße der Gerechten“ gewidmet. Seit 1982 wurden dem Komplex ein Kunstmuseum, eine Kindergedenkstätte und eine Gedenkstätte zum Andenken an zerstörte Gemeinden hinzugefügt.

In Osteuropa ist die Erinnerung an den Holocaust belastet durch die politischen Gegebenheiten sowie durch das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden, das sowohl vor wie nach der Nazizeit nicht immer spannungsfrei war. Polen war während des Krieges verwüstet worden und etwa drei Millionen christliche Polen waren umgekommen. Das Land wurde von 1944 bis 1949 von einem Bürgerkrieg zerrissen, in dem die 30.000 Überlebenden und die 250.000 zurückgekehrten Juden mit den Kommunisten identifiziert wurden. Unter der stalinistischen Herrschaft (1948 bis 1953) wurde der nationalistisch orientierte Widerstand gegen die Nazis nicht erwähnt. Das Schicksal der Juden fand zwar Erwähnung, jedoch hauptsächlich um den Nationalsozialismus und rechtsgerichtete Polen zu diskreditieren. In Warschau wurde das Jüdische Institut für Zeitgeschichte gegründet, das bedeutende Bücher und Dokumente veröffentlichte, die sich hauptsächlich mit dem jüdischen Widerstand befaßten.

In der Zeit von 1954 bis 1966 vollzog sich ein nationalkommunistisches Experiment, das dem polnischen Nationalstolz mehr Raum einräumte. Die Juden wurden jedoch mit der Führungsschicht der stalinistischen Periode in Verbindung gebracht. Die Folge war, daß nun die „Endlösung“ heruntergespielt wurde. 1967 bis 1968 führte eine interne Krise zu einer kaum verschleierte antisemitischen Kampagne.

Während der 70er und 80er Jahre beschäftigten sich im Untergrund etablierte Diskussionszirkel mit der Vergangenheit der polnischen Juden und dem Holocaust. Ein zunehmendes Selbstvertrauen und die Freiheit von sowjetischer Kontrolle ermöglichte es den Polen, des nationalistischen Widerstandes gegen die Nazis und der dramatischen Lage ihres Landes in der Zeit von 1939 bis 1944 zu gedenken. Dies trug dazu bei, daß sich die Polen nun offener mit der schmerzhaften Geschichte der polnisch-jüdischen Beziehungen während der Nazizeit auseinandersetzten.

Claude Lanzmanns Film „Shoah“ löste 1985 eine größere Debatte in Polen aus, in der Juden und Polen darüber rechteten, wer von ihnen mehr gelitten hätte. Die Empfindlichkeiten in bezug auf dieses Thema wurden offensichtlich, in der Auseinandersetzung um das Karmeliter-Kloster, das 1984 in einem der Gebäude des Lagerkomplexes in Auschwitz errichtet wurde. Die Nonnen wollten für die Seelen der in Auschwitz Getöteten beten. Juden widersetzten sich diesem Vorhaben und kritisierten, daß es das ehemalige Lager zu einem Platz christlichen Märtyrertums erhebe und ignoriere, daß die meisten der Opfer in Auschwitz-Birkenau jüdischen Glaubens gewesen waren.

Im post-kommunistischen Polen bestehen nun eine Vielzahl von Holocaust-Gedenkstätten und die „Vergangenheitsbewältigung“ ist zu einem einträglichen Geschäft geworden. Juden aus aller Welt üben einen bedeutenden Einfluß auf die Gründung und Ausgestaltung von Museen und Gedenkstätten. Die polnische Regierung unter Lech Walensa unternahm beträchtliche Bemühungen, um den Erwartungen der Juden bezüglich der Gedenkfeiern zum fünfzigsten Jahrestag des Warschauer Ghettoaufstandes und der Befreiung von Auschwitz zu entsprechen.

In der Sowjetunion wurde die Erinnerung an den Holocaust fast vollständig unterdrückt, obgleich dort nach dem Krieg über zwei Millionen Juden lebten. Der Holocaust selbst wurde zwar niemals verneint,

die besondere Rolle der Juden wurde jedoch verschleiert beziehungsweise gelöscht. Es war ein Anliegen der sowjetischen Politik, das besondere Leiden der Juden zu verneinen, um das Aufkommen besonderer Sympathien für die Juden und den Zionismus zu vermeiden, da letzterer als „bürgerlicher Nationalismus“ und als reaktionär angesehen wurde. Die sowjetischen Machthaber waren auch sehr empfindlich gegenüber Veröffentlichungen und Gedenkveranstaltungen, die Aufmerksamkeit auf die verbreitete Kollaboration mit den Nazis lenkten.

Einzelne sowjetische Autoren und Künstler protestierten gegen diese Politik. Yevgeyny Yevtushenko schrieb 1965 ein mittlerweile berühmtes Gedicht, in dem er das Verhalten der Russen und Ukrainer während des Babi Yar Massakers kritisierte. Das Gedicht wurde von Dimitri Shostakovitch ausdrucksstark vertont. 1967 schrieb Anatoly Kuznetsov einen Roman über Babi Yar, der nur im Westen veröffentlicht werden konnte. 1978 befaßte sich Anatolj Rybakov in seinem Roman „Schwerer Sand“ mit dem Schicksal der Juden.

Seit Glasnost und dem Zusammenbruch der UDSSR ist die offizielle und kollektive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit durch widersprüchliche Strömungen bestimmt. In den baltischen Staaten und der Ukraine wurden ehemalige Nazi-Kollaborateure rehabilitiert. Zugleich wurden jedoch vermehrt jüdische Gedenkstätten und Holocaust-Museen errichtet.

DIE NACHWIRKUNGEN

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust

Leugnung des Holocaust

Die Leugnung war bereits in den modus operandi der „Endlösung“ eingebaut und diente sowohl der Verschleierung wie auch als psychologischer Schutzmechanismus. Die SS versuchte, offensichtliche Zeugnisse ihrer Verbrechen zu verbergen. So blieben nach 1945 nur wenige Spuren der Vernichtungslager erhalten. Die Anordnungen für den systematischen Massenmord der europäischen Juden wurden verschlüsselt und meist nur mündlich gegeben. So bedeuteten „Neuansiedlung im Osten“ und „Sonderbehandlung“ tatsächlich Deportation und Mord.

Die Sprache der Verleugnung bewahrte diejenigen, die am Abtransport der Juden in „den Osten“ mitwirkten, davor, sich die tatsächlichen Konsequenzen ihrer Handlungen vergegenwärtigen zu müssen. Und zumindest anfangs täuschte sie auch die Juden. Schließlich waren die Euphismen auch ein Schutz vor dem Urteil der Geschichte: Die Mörder waren sich im Hinblick auf den Ausgang Ihres Unternehmens nicht vollständig sicher.

Die Leugnung des Holocaust wie auch die Umschreibung und Verzerrung der Geschichte im Sinne des Nationalsozialismus begann kurz nach dem Krieg mit den Schriften von Maurice Bardeche, einem ehemaligen Vichy-Kollaborateur, dessen Gründe, den Massenmord der Juden zu leugnen, anhand seiner Kriegsvergangenheit klar ersichtlich sind. Bardeche hatte daher weniger Einfluß als Paul Rassinier. Rassinier war wegen Aktivitäten im Widerstand in deutschen Konzentrationslagern interniert gewesen, war jedoch zugleich überzeugter Rassist und Antisemit. Später war er Mitglied des sozialistischen Flügels der französischen Nationalversammlung. Rassinier bezeichnete den Holocaust als „zionistischen Schwindel“.

Rassiniers Schüler Robert Faurisson, ein Hochschullehrer für moderne französische Literatur an der Universität Lyons II, erregte 1978 bis 1979 mit seiner Abhandlung über die „Verschwörung“ Aufsehen. Trotz seiner Absicht, die Nazis zu entlasten, wurden Faurissons Schriften von linksliberalen Gruppen unterstützt. Obwohl Faurisson in den frühen 80er Jahren in einem Gerichtsverfahren schuldig gesprochen worden war, konnte sein Schüler Henri Rocques an der Universität von Nantes eine Doktorarbeit erfolgreich abschließen, in der die Existenz von Gaskammern in Auschwitz geleugnet wurde. Die Promotion wurde 1986 vom französischen Kultusministerium aberkannt.

Die Leugnung des Holocausts in Amerika begann mit Harry Elmer Barnes, einem prodeutsch eingestelltem Historiker, der im Anschluß an den Ersten Weltkrieg die „Greuelpropaganda“ aufgedeckt hatte, durch die die USA zum Kriegseintritt veranlaßt worden sei. Nach 1945 behauptete er, daß man nun Deutschland in ähnlicher Weise falscher Verbrechen beschuldige, um einen weiteren ungerechten Krieg zu rechtfertigen.

Barnes inspirierte auch Austin App, einen Nazifreundlichen Englischlehrer. Die Botschaft seines 1973 veröffentlichten magnum opus steht bereits im Titel „Der Sechs-Millionen-Schwindel“. Barnes unterstützte auch die Arbeit David Hoggans, dessen 1969 veröffentlichte Broschüre „The Myth of the Six Million“ in England einigen Einfluß gewann.

Hoggans Abhandlung lieferte auch den Inhalt des viel verlegten Pamphlet „Did Six Million Really Die?“ verfaßt vom Aktivist der Britischen Nationalfront Richard Verrall (Pseudonym: Richard Harwood). Verralls Rolle in der rechtsradikalen und rassistischen Nationalfront verriet seine Beweggründe. Barnes, App und Hoggan wurden in Amerika verlegt von rechtsgerichteten und rassistischen Verbindungen, die die Überlegenheit der Weißen Rasse vertreten.

Solange die Leugnung des Holocausts offenkundig mit Rassismus und Neo-Nationalsozialismus verbunden war, war die Anhängerschaft beschränkt. In den 70er Jahren versuchte Arthur Butz, ein Professor für Maschinenbau an der Northwestern University, die Beschönigung des Holocausts zu popularisieren, indem er die Argumentation verfeinerte und allzu offensichtliche rassistische Inhalte vermied.

In „The Hoax of the Twentieth Century“ (1977) versuchte Butz nicht, die Nazis völlig reinzuwaschen und kritisierte auch frühere Veröffentlichungen seiner Zeitgenossen. Aber er wiederholte die Unterstellung, daß die Juden ein starkes Interesse an der „Lüge“ über ein systematisches Gemetzel hätten, dem schließlich sechs Millionen Juden zum Opfer gefallen wären. Trotz des Anscheins humanistischer Bildung und des Versuches, offensichtliche rassistische Bezüge zu vermeiden, verriet Butz sich als er seine Arbeit von der rechtsradikalen Liberty League verlegen ließ.

Die Bemühungen, der Leugnung des Holocausts einen seriöseren Anstrich zu geben, kulminierten 1978 in der Gründung des Instituts für Historischen Revisionismus (IHR). Das IHR imitiert den Stil wissenschaftlicher Forschungsinstitute. Es veranstaltet Konferenzen und veröffentlicht das von Mark Weber edierte aufwendig aufbereitete und mit Fußnoten gespickte „Journal of Historical Review“. Die „Annales d' Histoire Revisionniste“, 1987 in Frankreich als Plattform für Faurisson und Roques gegründet, ahmen das US-Journal nach.

In den 80er Jahren begannen die Leugner des Holocausts an den amerikanischen Universitäten zu agitieren. Bradley R. Smith, der Medien-Direktor der IHR gründete das sogenannte „Komitee für eine offene Auseinandersetzung mit dem Holocaust“ und plazierte in Studenten-Zeitungen Anzeigen zur Beschönigung des Holocausts. Wurde die Veröffentlichung seiner Anzeigen abgelehnt, stellte er sich als Opfer von Zensurmaßnahmen dar. Studentenvereinigungen, Professoren und Berufsverbände in den USA waren sich uneinig über dieses Problem, das nun als Problem der „freien Meinungsäußerung“ erschien.

Obwohl sich die Leugner des Holocausts mit der Bezeichnung der historischen Revision schmücken, befassen sie sich nicht damit, die Geschichte in Übereinstimmung mit den Regeln wissenschaftlicher Forschung zu interpretieren. Zwar haben sich auch einige professionelle Historiker gelegentlich auch aus politischen Gründen darum bemüht, den Holocaust zu relativieren. Aber keiner von ihnen leugnete grundsätzlich die Ereignisse, Statistiken oder Quellen.

Die „Negationisten“, wie sie von Pierre Vidal-Naquet genannt werden, leugnen, daß die Vernichtung der Juden während des Krieges eine systematische war. Sie bestätigen, daß eine große Anzahl von Juden in den Lagern an Hunger oder Krankheiten starb, oder im Zuge der Bekämpfung von „Partisanen“ getötet wurde, bezweifeln jedoch die Gesamtzahl der jüdischen Toten und bestreiten die Existenz von Gaskammern.

Sie vertreten die Annahme, daß die Belege für die „Endlösung“ wenig überzeugend seien und möglicherweise auch auf Fälschungen der Alliierten im Dienste der politischen Kriegsführung beruhten. Sie unterstellten zudem, daß Juden und Zionisten gefälschte Daten verwenden, um Geld und diplomatische Unterstützung für Israel zu gewinnen. Die Aussagen inhaftierter Nazis seien nicht als Geständnisse zu werten, sondern als Versuche, den Erwartungen der jeweiligen Strafverfolgungsbehörden zu entsprechen.

Die Behauptungen sind umgeben von einem Gewirr an Relativierungen und Verzerrungen. Es wird betont, daß während des Krieges von allen Seiten Kriegsverbrechen begangen wurden und daß Stalin schlimmer wütete als Hitler. Sie führen aus anderen Konflikten, wie dem Amerikanischen Bürgerkrieg, Beispiele an für die „Greuelpropaganda“ und die gezielte „Unterdrückung“ von Dokumenten.

Die Beschönigung des Holocaust ist letztlich eine Verschwörungstheorie. Um sie zu glauben, muß man akzeptieren, daß die Alliierten und die Juden Dokumente fälschten, aufwendige Belege fabrizierten und eine weltweite Propagandakampagne in Gang setzten, um die hilflosen Deutschen mit Schuld zu überschütten. Deutschland wird zur Opfarnation, während die einzelnen Leugner von starken „jüdischen Interessen“ verfolgt werden.

Niemand kann sich der Leugnung des Holocausts gegenüber neutral verhalten. Auch die liberale Grundidee, daß sich Vernunft und Wahrheit auf dem „freien Markt der Ideen“ letztlich durchsetzen werden, kann hier nicht zur Beruhigung dienen. Denn die Analogie des Marktes ist hier unzutreffend: Ideen verhalten sich nicht wie Güter, und die Märkte sind in Wirklichkeit hochgradig reguliert. Die Leugnung des Holocausts ist nicht lediglich „ein anderer Standpunkt“, dem das Recht auf Veröffentlichung zuzuerkennen ist. Sie bewegt sich auf der Ebene der Propaganda und nicht auf der des wissenschaftlichen Diskurses. Auch enthält das Recht der Autoren, ihre Ansichten zu veröffentlichen, nicht zugleich die Verpflichtung von Lehrern, diese Ansichten zu verbreiten.

Es gibt gewichtige Gründe für ein Einschreiten gegen die Leugnung des Holocausts. Wie die amerikanische Historikerin Deborah Lipstadt feststellte, war „der Holocaust eine Tragödie unserer gesamten Zivilisation, der die Juden zum Opfer fielen. Daher ist auch die Leugnung des Holocausts nicht nur ein Angriff auf die jüdische Geschichte, sondern ein Angriff auf alle, die an die Macht der Vernunft glauben“.

Antonescu, Ion (1882 bis 1946)

Antonescu war ein erfolgreicher Offizier, der 1933 zum Chef des Heeresstabes ernannt wurde. Er war von 1937 bis 1938 Verteidigungsminister und bereitete das Zusammengehen mit der faschistischen Bewegung Codreanus vor. Nach der Besetzung Frankreichs, Rumäniens traditionellem Verbündeten, im Jahre 1940 wurde Rumäniens Situation prekär. Antonescu wurde von Prinz Michael, dem Sohn König Karls II, der Antonescu einmal hatte verhaften lassen, zum Ministerpräsidenten ernannt. Antonescu zwang den König, zugunsten des Prinzen abzudanken.

Die Grundlage von Antonescus Macht war die faschistische Bewegung der Eisernen Garde. Er sorgte für ein Bündnis zwischen Rumänien, Deutschland und Italien und sandte Loyalitätsbekundungen an Hitler und Mussolini. Als er um deutschen Schutz für die Ölfelder in Ploesti bat, stimmte Hitler gerne zu, da Deutschland fast 50.000 Tonnen Benzin pro Monat von dort erhielt. Im September 1940 unterzeichnete er den Beitrittsvertrag zu den Achsenmächten, und mit Hitlers Erlaubnis unterdrückte er 1941 die Eisernen Garden, um selber absoluter Herrscher in seinem Lande zu werden. Im Juni 1941 unterstützte er die Deutschen bei ihrer Invasion der Sowjetunion, wodurch Rumänien die Kontrolle über die 1940 von den Sowjets besetzten Gebieten in Bessarabien und der Bukowina zurückerhielt.

In seiner Allianz mit Hitler versuchte Antonescu, sein Land von „fremden Einflüssen“ zu befreien, insbesondere von der jüdischen Bevölkerung. Obwohl er selber kein extremer Antisemit war - seine Stiefmutter war eine Jüdin wie auch seine frühere Frau -, war er doch bereit, die Juden seinen politischen Zielen zu opfern. Dabei unterschied er zwischen den eigentlichen rumänischen Gebieten und denen in Bessarabien und der Bukowina. Für die letzteren ordnete er die Vernichtung der ländlichen jüdischen Bevölkerung und die Internierung der städtischen Juden in Gettos und Lagern an. In den rumänischen Kerngebieten befahl er die Konzentrierung der ländlichen jüdischen Bevölkerung in den Städten, ließ das Eigentum der Juden beschlagnahmen und erhob von den Juden hohe Abgaben und Steuern. Er selber zögerte jedoch, ihre Ermordung oder Auslieferung an die Deutschen zu befehlen. Diese Entscheidung brachte ihn in Konflikt mit seiner Zusage, die „Endlösung“ zu unterstützen. Antonescu erlaubte sogar zionistischen Organisationen, die sich für eine massenhafte Auswanderung der jüdischen Bevölkerung einsetzten, „das Land von Juden zu befreien“.

Allerdings förderte er eine gnadenlose Politik gegenüber den Juden in den besetzten Gebieten der UdSSR. Nach einem Anschlag auf das rumänische Hauptquartier in Odessa im Oktober 1941 ordnete Antonescu an, 200 Juden und Kommunisten für jeden rumänischen und deutschen Offizier, der dabei gestorben war, und 100 für jeden Getöteten niederen Ranges, umzubringen. Insgesamt wurden 25.000 Menschen massakriert. Im August 1944 als die sowjetische Armee bereits vor den Toren stand ließ König Michael Antonescu festnehmen. Er wurde in die Sowjetunion gebracht, kehrte aber nach dem Krieg nach Rumänien zurück, um dort vor Gericht gestellt zu werden, und wurde im Juni 1946 hingerichtet.

Bormann, Martin (1900 bis 1945?)

Bormann war einer der mächtigsten Männer in Nazi-Deutschland. Er war am Euthanasie- Programm beteiligt, war mitverantwortlich für eine Vielzahl antijüdischer Maßnahmen und hatte Anteil an der Verschleierung der Vernichtung der Juden in Osteuropa durch offizielle Verlautbarungen über „die Verschickung zur Arbeit im Osten“.

Bormann wurde in Halberstadt als Sohn eines früheren preußischen Regiments-Oberfeldwebels und Postbeamten geboren. Er verließ die Schule früh, diente im Ersten Weltkrieg und kämpfte in den Freikorps. 1923 war er gemeinsam mit Rudolf Hess an der politisch motivierten Ermordung eines seiner früheren Lehrer beteiligt und verbrachte ein Jahr im Gefängnis.

Er war aktives Mitglied in Röhm's Sturmabteilung (SA) und war dadurch in politische Gewaltakte verwickelt. Als die Nazis an die Macht gekommen waren, stieg er rasch in der Parteihierarchie auf. Bis zu Rudolf Hess' Flug nach Großbritannien fungierte er unter ihm als Leiter der Parteikanzlei. Im Mai 1941 wurde er selber zum Chef der Kanzlei der NSDAP berufen. Dadurch verfügte er über eine immense Macht, da er Hitlers Diensttagebuch führte, die Kontrolle über den Zugang zu Hitler erhielt und entscheiden konnte, welche Dokumente den Führer erreichten. 1944 wurde er Befehlshaber des neubegründeten „Volkssturms“.

Er war Trauzeuge bei Hitlers Eheschließung mit Eva Braun im Jahre 1945, beobachtete wie Goebbels erst seine Familie und dann sich selber umbrachte und informierte Admiral Karl Dönitz über die Entscheidung, ihn nach Hitlers Selbstmord zu dessen Nachfolger zu machen. Am Ende des Krieges verliert sich jede Spur von ihm. Man nimmt jedoch an, daß auch er in Hitlers „Führerbunker“ gestorben ist.

Bouhler, Philip (1899 bis 1945)

Bouhler wurde als Sohn eines Militärs in München geboren. Er diente vier Jahre in der Armee und wurde dabei verletzt. Da er der NSDAP bereits 1922 beigetreten war, gehörte er zu deren alter Garde“. Er war einer der Herausgeber des Völkischen Beobachters und diente der Partei als deren Geschäftsführer von 1925 bis 1934. Danach folgte er Himmler auf den Posten des Münchner Polizeipräsidenten, wurde Leiter von Hitlers Kanzlei und saß dem Zensurkomitee der NSDAP vor, die über die Zulassung und das Verbot von Büchern entschied. 1945 beging er Selbstmord.

Clauberg, Carl (1898 bis 1957)

Clauberg, der in Wuppertal geboren wurde, studierte in Kiel, Hamburg und Graz Medizin und schloß sein Studium 1925 ab. Sein beruflicher Werdegang in den Fachgebieten Geburtshilfe und Gynäkologie war sehr erfolgreich, und er publizierte eine Reihe von Büchern und Aufsätzen. Der NSDAP trat er 1933 bei. 1940 stellte er Himmler seine Ideen zur Durchführbarkeit von Massensterilisationen vor, von denen er wußte, daß sie die Naziführung interessieren würden. Himmler ließ ihn in den Konzentrationslagern Ravensbrück und Auschwitz entsprechende Versuche durchführen. Das bedeutete, daß der Gebärmutter von weiblichen Häftlingen gefährliche Substanzen injiziert wurden, um eine schnelle und effiziente Methode für die Massensterilisierung zu finden. Zwischen 1942 und 1944 führte er seine grausamen Experimente ohne Narkose durch.

Clauberg wurde festgenommen und von der Sowjetunion zu 25 Jahren Haft verurteilt, von denen er sieben Jahre absaß, bevor er im Zuge eines Gefangenenaustausches nach Deutschland zurückkehrte.

Dort wurde ein weiteres Verfahren gegen ihn vorbereitet, das durch Claubergs Tod im Jahre 1955 zu keiner Verurteilung führte.

Churchill, Winston (1874 bis 1965)

Winston Churchill wurde im Mai 1940 Premierminister Großbritanniens. Diese Position behielt er bis zum Ende des Krieges. In den späten dreißiger Jahren und zu Beginn des Krieges war er ein ausgesprochener konservativer Kritiker der Appeasement-Politik des Nachgebens gegenüber Nazi-Deutschland. Er verfügte bereits zuvor über gute Kontakte zur jüdischen Gemeinschaft und unterstützte die zionistische Bewegung, die die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina anstrebte.

Während des Krieges setzte er sich für die Bildung der Jüdischen Brigaden ein, die 1944 gegründet wurden.

Churchill war auch in persönlicher Hinsicht vom Holocaust beeindruckt. Er war sich des ungeheuren Ausmaßes der „Endlösung“ bewußt und nahm beispielsweise 1944 zu der Deportation ungarischer Juden nach Auschwitz-Birkenau Stellung: „Es gibt keinen Zweifel, daß dies vielleicht das größte und furchtbarste Verbrechen ist, das jemals in der Weltgeschichte begangen wurde“.

Seine gesamte Politik war darauf ausgerichtet, den Krieg zu gewinnen und die Deutschen zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen. Wie sehr er auch gewillt war, das Leiden der Juden zu beenden, lähmten ihn die besonderen politischen Zwänge gerade hier. Die im Sommer 1944 aufkommende Forderung, Auschwitz zu bombardieren, gehörte zu den wenigen Situationen, während derer er aktiv einbezogen wurde - Churchill unterstützte diesen Vorschlag vehement. Obwohl Churchill und sein Außenminister Anthony Eden sich in dieser Sache einig waren, wurde die Notwendigkeit des Eingreifens vom britischen Luftfahrtministerium zurückgewiesen. Die Ermordung seines Freundes Lord Moyne im November 1944 durch zionistische Extremisten, die ihn zutiefst schockierte, ließ Churchills Sympathie für die Juden für den Rest des Krieges abnehmen.

Der Druck, der auf ihm als Kriegsführer lastete, war ungeheuerlich, aber ist es ebenso richtig, daß der britische Premierminister - mit wenigen Ausnahmen - keine wirklichen eigenen Initiativen unternahm, die den Juden Europas während des Krieges hätten helfen können.

Churchill hatte durch die Informationen, die die britische Regierung von jüdischen Quellen und aus Geheimdienstkreisen erhielt, genaue Kenntnisse über den Holocaust seit Beginn des Massenmordes im Juni 1941.

Dönitz, Karl (1891 bis 1980)

Dönitz war ein ambitionierter Offizier, der in der kaiserlichen Marine von 1910 bis 1918 und in der Marine der Weimarer Republik diente. Da er mit den verschiedenen Waffengattungen der Marine, darunter auch U-Booten, vertraut war, wählte Hitler ihn 1935 aus, um eine neue U-Boot-Flotte aufzubauen. Dönitz wurde nacheinander Vizeadmiral, Admiral, Großadmiral und Kommandeur der Marine zwischen 1940 und Januar 1943. Ein Jahr später wurde ihm eine besondere Auszeichnung der NSDAP für seine Ergebenheit gegenüber den Nazis verliehen. 1942 bis 1943 gelang es Dönitz und dem ihm untergeordneten Admiral Raeder fast, die „Atlantik-Schlacht“ zu gewinnen und die Kriegserfolge der Alliierten zu schmälern.

Am Ende triumphierten die Alliierten jedoch aufgrund des Gewichts ihrer industriellen Ressourcen und ihres technologischen Vorsprungs. Nachdem Göring, der Stellvertreter des Führers, und Himmler

Hitlers Vertrauen in den letzten Tagen des Kampfes um Berlin verloren hatten, ernannte Hitler Dönitz zu seinem Nachfolger. Er hoffte, daß dieser in der Lage sei, mit den Westalliierten einen Waffenstillstand zu erzielen und sie zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Rote Armee zu bewegen. Aber die deutschen Armeen waren im Feld gänzlich besiegt und seine Regierung war tatsächlich machtlos. Seine einzige Rolle war die, den Prozeß der Kapitulation zu gestalten. Dönitz wurde am 23. Mai 1945 festgenommen. Er wurde in Nürnberg vor Gericht gestellt und zu zehn Jahren Haft wegen begangener Kriegsverbrechen und der Vorbereitung eines Angriffskrieges - unter besonderer Berücksichtigung des brutalen U-Boot-Krieges - verurteilt.

Daluege, Kurt (1897 bis 1946)

Daluege wurde in Kreuzberg (Oberschlesien) geboren. Nach seinem Militärdienst während des Ersten Weltkriegs absolvierte er ein Ingenieursstudium in Berlin und war aktives Mitglied des Rossbach-Freikorps. 1922 wurde er Mitglied der NSDAP und gründete eine SA-Einheit in Berlin und Norddeutschland. Er wechselte 1928 zur SS und wurde zum Kommandeur der SS-Gruppe Ost ernannt. Im Januar 1933 wurde er in den Reichstag gewählt und im Mai des gleichen Jahres zum Leiter der Polizeidivision des Preußischen Innenministeriums berufen, wo er dafür zuständig war, die Polizeikräfte von politischen Opponenten der Nazis zu säubern. Nach der „Nacht der langen Messer“ wurde Daluege zum Obergruppenführer der SS und zugleich zum Leiter der ORPO, der Küstenwacht, Feuerwehren usw. befördert. Er war der wichtigste Verantwortliche im polizeilichen Bereich für das Reich gleich nach Himmler.

Nach dem Attentat auf Reinhard Heydrich im Jahre 1942 wurde Daluege zum Verantwortlichen für das Protektorat des Reiches in Böhmen und Mähren ernannt. In seine Amtszeit fallen Maßnahmen gegen die tschechische Bevölkerung wie das Massaker in Lidice. Nach dem Kriege wurde er wegen dieses und anderer Verbrechen verurteilt und 1946 in der Tschechoslowakei hingerichtet.

Eichmann, Adolf (1906 bis 1962)

Eichmann wurde in Solingen im Rheinland geboren, seine Familie zog jedoch noch in seiner Kindheit nach Linz in Österreich. Er war ein Schulversager und hatte erhebliche Probleme, als junger Mann eine Anstellung zu finden. 1932 schloß er sich den österreichischen Nationalsozialisten an, zog im folgenden Jahr nach Deutschland und wurde Mitglied der SS. Ab 1934 arbeitete er unter Reinhard Heydrich im Stab des SD in Berlin, zuerst in einer für Freimaurerei, später in der für die Juden zuständigen Abteilung. 1937 begab er sich auf eine dienstliche Erkundungsreise nach Palästina. Im folgenden Jahr, mit dem Anschluß Österreichs, wechselte er nach Wien, wo er die Organisation der Zwangsemigration von Juden übernahm. Dort entwickelte er eine dreistufige Strategie im Umgang mit den Juden, die in der Folge auch andernorts angewandt wurde: Zuerst wurde den Juden ihr Eigentum genommen, dann wurden sie terrorisiert und schließlich wurden die führenden Persönlichkeiten ihrer Gemeinden dazu gezwungen, mit den Nazibehörden zu kooperieren und deren Organisationen wurden unter Kontrolle genommen. Außerdem gründete er ein Zentralbüro für jüdische Auswanderung, um den gesamten Prozeß zu vereinheitlichen und zu beschleunigen. Nach der Besetzung Böhmens und Mährens führte Eichmann diese Maßnahmen dort ein.

Im Dezember 1939 wurde er in die Abteilung der „Gestapo“ versetzt, die für die jüdische „Evakuierung“ zuständig war. Unter seiner Aufsicht wurden die Vernichtungslager eingerichtet und die Techniken des Massenmordes durch Vergasung entwickelt. Ende 1941 wurde er mit der Aufgabe betraut, die Wannsee-Konferenz vorzubereiten, die im Januar 1942 stattfand, während derer die Zuständigkeiten für die „Endlösung“ beschlossen wurden.

Als Bürokrat achtete Eichmann darauf, daß die Vernichtung der europäischen Juden reibungslos ablief. Er koordinierte die Zugfahrpläne, um die routinierte Deportation der Menschen in die Todeslager sicherzustellen. Obwohl er den Mechanismus des Holocaust organisierte, war Eichmann nur indirekt in dessen Ausführung in Ungarn verwickelt. Dort kam er kurz nach der deutschen Besetzung im März 1944 an. Er organisierte und befahl prompt die Deportation von beinahe einer halben Million Menschen. Selbst nachdem Horthy im Juli die Einstellung der Deportationen befohlen hatte, ließ er weiter Menschen in ihren Tod schicken. Schließlich - als die Front näherrückte - befahl er die Todesmärsche vom Osten in die Lager auf deutschem Territorium.

Nach dem Krieg floh Eichmann mit Hilfe des Vatikans nach Argentinien. 1960 wurde er dort von israelischen Geheimagenten entdeckt und nach Israel entführt. Sein Prozeß in Jerusalem im folgenden Jahr war ein international beachtetes Ereignis. Er wurde für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde bestätigt und im Juni 1962 vollstreckt.

Eden, Sir Anthony (1897 bis 1977)

Eden war ein britischer Staatsmann, der als Außenminister während des Zweiten Weltkriegs deutliches Desinteresse an dem Schicksal der europäischen Juden zeigte.

Der aristokratische Eden war Mitglied der Konservativen Partei und hatte bereits in den frühen dreißiger Jahren eine Reihe von Ministerposten inne, bevor er 1935 zum Außenminister ernannt wurde. Als

starker Befürworter des Völkerbundes opponierte er gegen Premierminister Chamberlains Appeasement-Politik und trat 1938 von seinem Amt zurück. Sein enger Freund Churchill ernannte ihn zum Staatsminister für die britischen Dominions und später, im Mai 1940, zum Außenminister in seinem Kriegskabinet. Obwohl er über eine starke Position verfügte, um selber Einfluß auf die Politik zu nehmen, zeigte Eden wenig Engagement für die europäischen Juden, weshalb ihn der Verdacht des Antisemitismus begleitete. Diese Haltung war im Außenministerium jener Zeit weit verbreitet.

Eden widersetzte sich jeder Maßnahme, die die Juden als besondere Opfer der Nazis kennzeichneten, da er fürchtete, daß dies den zionistischen Anspruch auf eine nationale Heimstatt in Palästina stärken könnte. Dennoch verurteilte er 1942 vor dem britischen Parlament die nationalsozialistische Verfolgung der Juden in einer offiziellen Erklärung, und 1944 pflichtete er der Forderung der Jewish Agency bei, Auschwitz zu bombardieren, ohne dem jedoch irgend eine Handlung folgen zu lassen. Nach dem Kriege setzte Eden seine politische Karriere erfolgreich fort. Von 1955 bis 1957 war er britischer Premierminister.

Eicke, Theodor (1892 bis 1943)

Eicke wurde in Elsaß-Lothringen geboren, diente während des Ersten Weltkriegs im Militär und trat in den thüringischen Polizeidienst ein. 1928 wurde er Mitglied der NSDAP und nahm bis 1930 - als er zur SS wechselte - Funktionen in Röhms SA ein. Er war der erste Kommandant des Konzentrationslagers Dachau, wo er ein brutales Regime einführte, in dem sogar SS-Wachen mit Strafen bedroht wurden, wenn sie zu „sanft“ mit Lagerhäftlingen umgingen. Seine Vorstellungen wurden an viele SS-Wachmannschaften und Kommandanten im ganzen Lagersystem weitergegeben, da viele von ihnen ihre Ausbildung unter Eicke absolvierten. 1934 übernahm er eine führende Rolle in der „Nacht der langen Messer“, während der er seinen früheren Vorgesetzten Röhm ermorden ließ. Als Belohnung dafür ernannte Himmler ihn zum Inspektor der Konzentrationslager und SS-Totenkopf-Einheiten und zum SS-Gruppenführer.

1939 wurde er zum Kommandeur der Totenkopf-Division der Waffen-SS befördert. Schließlich wurde er an die Ostfront versetzt, wo er im Februar 1943 fiel.

Frank, Hans (1900 bis 1946)

Frank wurde als Sohn eines Rechtsanwaltes in Karlsruhe geboren. Er schloß sein Jurastudium 1924 an der Universität Kiel ab. Zu dem Zeitpunkt war er bereits Mitglied der NSDAP und hatte 1923 an Hitlers Putschversuch in München teilgenommen. Er war in verschiedenen Verleumdungsverfahren Hitlers geschickter Verteidiger und erklimmte schnell die Stufenleiter der Parteihierarchie, obwohl er aufgrund Hitlers Abneigung gegenüber Anwälten nie Mitglied seines engeren Beraterkreises war.

Nach der Besetzung Polens im Jahre 1939 wurde Frank zum Generalgouverneur des Generalgouvernements ernannt. Obwohl er ein brutaler und gefühlloser Herrscher war, war Frank hin und her gerissen, einerseits ein rationales System zur Ausbeutung der ökonomischen Ressourcen Polens errichten zu sollen und andererseits seinem Herrn in Deutschland gefallen zu wollen. Seitdem sein Rivale Heinrich Himmler mit seinen Ansichten denen Hitlers näher stand als er selbst, war Frank unausweichlich abgeschrieben. 1942 verlor er seine Zuständigkeit für rassische und polizeiliche Angelegenheiten. Öffentlich kritisierte er die Nazi-Politik wofür Hitler ihn aller Parteiämter enthob und

ihm verbot, öffentliche Erklärungen abzugeben. Er ersuchte um Ablösung als Generalgouverneur, was jedoch abgelehnt wurde.

Frank wurde in Nürnberg vor Gericht gestellt, wo er sich ohne Einschränkung schuldig bekannte. Trotzdem wurde er 1946 gehängt. Seine Dienstagebücher, die über vierzig Bände umfassen, sind für Historiker eine bedeutende Quelle. Seine Haltung gegenüber dem besetzten Polen und dem Holocaust faßte er in seiner Bemerkung zusammen, man könne, wenn man eine Kuh melken wolle, sie nicht vorher schlachten.

Funk, Walther (1890 bis 1960)

Funk wurde in Ostpreußen geboren, war ausgebildeter Ökonom und von 1916 bis 1932 beim Berliner Börsenblatt. Er trat der NSDAP um 1924 bei und wurde Hitlers persönlicher Wirtschaftsberater. Funk setzte sich stark für engere Beziehungen zur Industrie ein und machte die Nazi-Führung mit herausragenden Persönlichkeiten in der Industrie und in der Geschäftswelt bekannt, wodurch die Nazis erhebliche Unterstützung für ihre Regierung erhielten. Ab 1933 war er Staatsminister für Presseangelegenheiten in Goebbels Propagandaministerium. 1937 wurde er als Nachfolger von Schacht Wirtschaftsminister und 1939 außerdem Präsident der Reichsbank. In dieser Funktion war er an der Abwicklung der Konten und Besitztümer der ermordeten deutschen Juden beteiligt. Als der Krieg seinem Ende entgegen ging, verlor er seinen Einfluß an Albert Speer. Zu seinem Bedeutungsschwund trug seine allseits bekannte Homosexualität bei. In Nürnberg wurde er als Kriegsverbrecher zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt, aus gesundheitlichen Gründen aber drei Jahre vor seinem Tod entlassen.

Frick, Wilhelm (1877 bis 1946)

Frick wurde in der Pfalz geboren, studierte an verschiedenen Universitäten und beendete sein Jurastudium als Anwalt in Heidelberg. Zehn Jahre lang arbeitete er im Münchner Polizeipräsidium. Er nahm an Hitlers Putschversuch, dem „Marsch auf die Feldherrnhalle“, im Jahre 1923 teil, wofür er zu einer fünfzehnmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Er wurde jedoch nach weniger als einem Jahr wieder auf freien Fuß gesetzt. 1924 wurde er für die NSDAP in den Reichstag gewählt und wurde der erste dieser Partei angehörende Minister in einer Landesregierung. Zur selben Zeit gehörte er zum inneren Kreis um Hitler, was ihm eine Schlüsselfunktion in Hitlers erstem Kabinett eintrug. Ab 1933 war er als Reichsminister des Inneren verantwortlich für die Unterdrückung der politischen Parteien, die Gleichschaltung des Reiches und die Durchführung der ersten Rassegesetze. Er brütete die besondere rechtliche Begründung für die Ermordung Röhm und der SA-Führung im Jahre 1934 aus. 1938 unterzeichnete er den „Anschluß“ Österreichs.

Fricks Ministerium war nominell verantwortlich für Himmlers Polizeiabteilung. Mehrfach versuchte er erfolglos, sich dem Anwachsen von Himmlers Macht entgegenzustellen, was dazu führte, daß Himmler ihn 1943 absetzte und seinen Platz einnahm. Frick erhielt zum Trost die Aufgabe des Gouverneurs von Böhmen und Mähren, wo er das Ende des Krieges erlebte. In Nürnberg stand er als einer der Hauptkriegsverbrecher vor Gericht und wurde 1946 gehängt.

de Gaulle, Charles (1890 bis 1970)

Charles de Gaulle war ein ambitionierter Offizier in der französischen Armee und in der Zwischenkriegszeit ein Anwalt eines starken französischen Heeres. Nach der militärischen Katastrophe im Mai und Juni 1940, während derer er einen der wenigen erfolgreichen französischen Gegenangriffe führte, wurde er am 6. Juni 1940 zum stellvertretenden Kriegsminister ernannt. Dennoch weigerte er sich, der französischen Kapitulation am 16. Juni 1940 zuzustimmen und floh nach Großbritannien, von wo aus er den Kampf weiterführte. In London bildete er ein Komitee zur Befreiung Frankreichs, das zu einem Bezugspunkt für den französischen Widerstand im besetzten Frankreich wurde und die antideutschen Franzosen im gesamten französischen Kolonialreich hinter sich sammelte. Nach der Landung der Alliierten in Nordafrika schien es anfangs als würde de Gaulle durch Admiral Darlan, den vordem Vichy verpflichteten Gouverneur Algeriens, ersetzt werden. Aus einer bitteren internen Auseinandersetzung ging er jedoch als unbestrittener Führer Frankreichs hervor. De Gaulle betrat Paris bald nach dessen Befreiung und wurde zum Führer Frankreichs ausgerufen. Er war Premierminister bis zum Ende des Jahres 1946 als er aus Protest gegen die Rückkehr zur Parteiendemokratie und wegen der Ablehnung seines Vorschlags für eine autoritäre Präsidialdemokratie zurücktrat. Er wurde jedoch wieder in dieses Amt berufen, da er der „starke Mann“ war, dem man zutraute, die politische Instabilität in Frankreich zu beenden und mit den gegen die französische Kolonialmacht gerichteten Aufständen in Algerien fertig zu werden. Seine Präsidentschaft währte bis 1969, und in diese Zeit fällt die Gründung der stabilen Fünften Republik und die Modernisierung der französischen Gesellschaft.

De Gaulle hatte ein positives Bild von Juden und beendete schleunigst die antijüdische Gesetzgebung, die in Algerien von den mit Vichy verbundenen Autoritäten 1940 bis 1941 eingeführt worden waren. Ebenso schnell hob er nach der Befreiung Frankreichs die dort vordem geltenden antisemitischen Gesetze und Verordnungen auf. Seine Übergangsregierung unternahm sofort alles, um die Rechte der französischen Juden und ihre Eigentumsrechte wiederherzustellen. Einige seiner engeren Berater und Anhänger waren Juden. Er betrachtete in Übereinstimmung mit der republikanischen Tradition Juden stets als französische Bürger und nie als einen „Sonderfall“. Es gibt Belege dafür, daß de Gaulle von jüdischen Partikularitätsansprüchen irritiert war. Nach dem Sechs-Tage-Krieg im Jahre 1967 erzeugte er einigen Aufruhr, indem er seine Ungeduld mit Israel zum Ausdruck brachte und die Juden eines exzessiven Stolzes und der Arroganz bezichtigte.

Globke, Hans (1898 bis 1973)

Globke wurde in Düsseldorf geboren, war nie Mitglied der NSDAP und arbeitete während der Weimarer Republik als loyaler Ministerialbeamter im Innenministerium. Während der NS-Zeit gehörte dem Regime die gleiche Loyalität. Er war an der Ausarbeitung des Ermächtigungsgesetzes beteiligt und war einer der Verfasser eines wichtigen Kommentars zu den Nürnberger Gesetzen aus dem Jahre 1935. Das Gesetz, das Juden verpflichtete, Vornamen wie Israel oder Sarah anzunehmen, war ebenfalls sein Werk. Er nahm an der Formulierung vieler antijüdischer Verordnungen teil, darunter der Ausschluß der Juden von der deutschen Staatsbürgerschaft und die Übereignung des Eigentums von Juden, die in den Konzentrationslagern ermordet wurden, an den deutschen Staat.

In der Bundesrepublik machte Globke nach dem Kriege trotz wiederholter Angriffe hinsichtlich seiner Vergangenheit insbesondere seitens der DDR Karriere. Nach seiner Pensionierung zog er in die Schweiz, wo er 1973 verstarb. Führender Nazi, Mitbegründer der „Gestapo“, Befehlshaber der

„Luftwaffe“, preußischer Ministerpräsident und von Hitler als dessen Nachfolger auserkoren. Göring war einer der Urheber der nationalsozialistischen antisemitischen Politik, indem er beispielsweise Heydrich beauftragte, eine „generelle Lösung der Jüdischen Frage“ auszuarbeiten, was als Beginn der „Endlösung“ verstanden werden kann.

Göring, Hermann (1893 bis 1945)

Göring war als Kind einer wohlhabenden Familie im bayrischen Rosenheim geboren. Im ersten Weltkrieg diente er als Pilot der Luftwaffe. Er trat 1922 der NSDAP bei und leitete die SA. Er nahm 1923 eine wichtige Rolle im Putschversuch Hitlers, dem „Marsch auf die Feldherrnhalle“, ein, floh danach nach Österreich und Schweden, wo er einige Zeit in einer psychiatrischen Anstalt verbrachte und von Morphium abhängig wurde. 1927 kehrte er nach Deutschland zurück und wurde in den Reichstag gewählt. Er übernahm die Aufgabe, Industrie und Wirtschaft an die Idee eines Nazi-Regimes heranzuführen. Dafür belohnte ihn Hitler nach der Machtübernahme mit dem Amt des preußischen Innenministers und später des preußischen Ministerpräsidenten. Er wurde weithin verdächtigt, für den Reichstagsbrand im Februar 1933 verantwortlich zu sein. Im folgenden Jahr war er an der „Nacht der langen Messer“ beteiligt, während derer Ernst Röhm ermordet und die Macht der SA gebrochen wurde. 1935 wurde er zum „Reichsmarschall“ befördert. Ab 1936 erhielt er absolute Kontrollbefugnis über die deutsche Wirtschaft, die er dazu mißbrauchte, sich selber zu bereichern.

In der Folge des Novemberpogroms des Jahres 1938 befahl Göring, daß die jüdische Bevölkerung eine kollektive Strafe in Höhe von einer Milliarde Reichsmark bezahlen mußte. Kurz danach ordnete er die Gründung eines Zentralbüros für jüdische Auswanderung an, die einem von Eichmann in Wien bereits umgesetzten Modell folgte. Im Juli 1941 wies er Heydrich an, eine allgemeine Lösung der jüdischen Frage vorzubereiten, womit der erste Schritt zur „Endlösung“ getan war. Im September 1939 wurde Göring zu Hitlers künftigen Nachfolger ernannt. Als Kommandant der Luftwaffe wurde er für das Versagen in der Schlacht um England und für die anschließende Entscheidung, zivile Ziele zu bombardieren als die Royal Airforce (RAF) bereits geschwächt war und neutralisiert hätte werden können, verantwortlich gemacht. „Seine Luftwaffe“ erlitt weitere Niederlagen an der Ostfront und war nicht einmal in der Lage, Deutschland vor feindlichen Luftangriffen zu beschützen. Diese Entwicklungen untergruben Görings Position, er verlor zusehends Hitlers Vertrauen. 1945 wurde er aller seiner Ämter enthoben, aus der Partei ausgeschlossen und inhaftiert. Als er in die Hände der Alliierten gelangt war, besserte sich infolge des Drogenentzugs sein Gesundheitszustand. Er war der eindrucksvollste der Angeklagten im Nürnberger Prozeß. Er wurde zum Tode verurteilt, beging aber wenige Stunden vor der Hinrichtung Selbstmord.

Goebbels, Joseph (1897 bis 1945)

Goebbels wurde in Rheydt am Rhein als Kind einer armen römisch-katholischen Familie geboren. Eine Polio-Erkrankung in seiner frühen Kindheit verkrüppelte ihm einen Fuß, was ihn davor verschonte, im Ersten Weltkrieg eingezogen zu werden. Statt dessen studierte er Literatur und Philosophie. Sein Studium schloß er mit der Promotion ab. Der NSDAP trat er um 1922 bei. Zuerst war er ein Verbündeter Gregor Strassers und attackierte sogar Hitler, dessen leidenschaftlicher Anhänger er dann aber bald wurde. 1926 wurde er Gauleiter Berlins. Seine Position in Berlin nutzte er, um Strassers Kontrolle über die Nazi-Presse zu untergraben, indem er seine eigene Wochenzeitung „Der Angriff“

herausgab. Es war Goebbels, der aus dem SA-Mann Horst Wessel, der während eines Straßenkampfes starb, einen Märtyrer machte.

Goebbels Berliner Erfolge beeindruckten Hitler sehr, und 1929 ernannte er ihn zum Reichspropagandaleiter der NSDAP. Als Hitler 1933 die Macht übernahm, wurde Goebbels zum Reichsminister für Öffentliche Aufklärung und Propaganda ernannt, wodurch er die Kontrolle über alle Massenmedien erhielt. Er schuf das öffentliche Image Hitlers als eines fast religiösen Retters. Im April 1933 organisierte er einen reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte, der mit einer Welle antisemitischer Gewalt einherging. Einen Monat später ließ er öffentlich Bücher in Berlin verbrennen. Er „reinigte“ das deutsche kulturelle Leben von jüdischen und politisch linken Einflüssen und wies auf die jüdischen Kapitalisten und jüdischen Bolschewisten als den vornehmlichen Feinden des deutschen Volkes. 1938 gelang es ihm, eine antijüdische Aktion mit dem Jahrestag des „Marsches auf die Feldherrenhalle“, Hitlers Putschversuch aus dem Jahre 1923, zu verbinden. Als Herschel Grynszpan einige Tage vor dem Jahrestag einen Angehörigen der deutschen Botschaft in Paris ermordete, nutzte Goebbels die Gelegenheit, den November-Pogrom anzuzetteln.

Mit dem Kriegsbeginn im Jahre 1939 übernahm er die Verantwortung für die psychologische Kriegsführung. Er setzte sich für einen politischen Abschluß des Krieges ein, und als dies keine Erfolgsaussichten hatte, für den totalen Krieg. 1944 wurde dieses Konzept zur politischen Linie, obwohl es zu diesem Zeitpunkt bereits zu spät war, die deutsche Bevölkerung dafür zu mobilisieren. Im Juli 1944 übernahm Goebbels eine wichtige Aufgabe bei der Niederschlagung des Widerstands gegen Hitler, und angesichts der Kriegsniederlage erwies er sich als Hitlers loyalster Anhänger. Er blieb mit dem Führer in dessen Bunker bis zu Hitlers Selbstmord, tötete erst seine sechs Kinder und dann seine Frau und sich selbst.

Gerstein, Kurt (1905 bis 1945)

Gerstein war Bergwerksingenieur. Er trat 1933 der NSDAP bei, aber seine Mitgliedschaft in Niemöllers Bekennender Kirche führte zu moralischen Zweifeln, die seine Verhaftung durch die „Gestapo“ und den Ausschluß aus der Partei im Jahre 1936 zur Folge hatten. Nach einer Zeit in einem Konzentrationslager begann er Medizin zu studieren. Als seine Schwester im Zuge des „Euthanasie“-Programms ermordet wurde, entschloß er sich, der Waffen-SS beizutreten, um die Wahrheit über die Tötungsaktionen herauszufinden.

1941 wurde er Mitglied des Hygiene-Instituts der SS und wurde später zum Leiter der gesundheitstechnologischen Abteilung ernannt. In dieser Funktion besuchte er Vernichtungslager wie Treblinka, Sobibor und Belzec, wodurch er Augenzeuge von Massentötungen mit Hilfe von Motoren und Zyklon B wurde. Er versuchte, das Wissen um das von ihm mit eigenen Augen Beobachtete zu verbreiten, indem er einem schwedischen Diplomaten, einem päpstlichen Nuntius und Mitgliedern des niederländischen Widerstandes darüber berichtete.

Diese Versuche fanden keine Aufmerksamkeit. Am Ende des Krieges wurde er von den Franzosen als Kriegsverbrecher festgenommen und starb in französischer Gefangenschaft - entweder, indem er Selbstmord beging, oder als Opfer eines Mordes durch andere inhaftierte SS-Männer.

Globocnik, Odilo (1904 bis 1945)

Globocnik, der als Kind einer österreichisch-kroatischen Familie in Triest geboren wurde, war von Beruf Bauunternehmer. 1931 wurde er Mitglied der österreichischen Nazis und 1934 der SS. Er wurde 1936 zum Kreisleiter und 1938 zum Wiener Gauleiter ernannt. Bestechlich wie er war, wurde er ein Jahr darauf wegen illegaler Devisenschieberereien abgesetzt. Von Himmler begnadigt, wurde er noch 1939 zum Chef der SS und Polizei in Lublin ernannt und später zum SS-Brigadeführer befördert. 1941 betraute Himmler ihn mit dem Kommando über die „Aktion Reinhard“ und beauftragte ihn mit der Vernichtung der polnischen Juden. Er gründete die Todeslager in Belzec, Majdanek, Sobibor und Treblinka, in denen allein über zwei Millionen Menschen ermordet wurden. Er war verantwortlich für den Diebstahl ihres Eigentums, wovon einiges in seinen eigenen Taschen landete. Seine Korruption trug ihm die Versetzung nach Triest ein, wo er das Kriegsende erlebte. Er starb 1945. Einigen Quellen zufolge beging er Selbstmord in britischer Gefangenschaft, während andere berichten, er sei von Juden umgebracht worden, die Rache übten.

Himmler, Heinrich (1900 bis 1945)

Himmler wurde in München als Kind römisch-katholischer Eltern geboren. Für eine Teilnahme im Ersten Weltkrieg noch zu jung, trat er während seines Landwirtschafts- und Ökonomiestudiums an der Technischen Hochschule in München rechtsextremistischen Gruppen bei. Er arbeitete als Verkäufer und in der Geflügelzucht, bevor er der NSDAP beitrug und an Hitlers Putschversuch im Jahre 1923 teilnahm.

1925 wurde er Mitglied der SS, deren Führer er vier Jahre später wurde. Mit Hitlers Machtübernahme wurde er Münchner Polizeipräsident. Im September 1933 wurde er zum Verantwortlichen für alle Einheiten der politischen Polizei im gesamten Reich mit der Ausnahme Preußens, wo er die Aufgabe im folgenden Jahr übernahm. Er war eine der Schlüsselfiguren bei der Beseitigung Ernst Röhrs im Jahre 1934, womit er einen seiner eigenen Haupttrivalen im Kampf um die Macht aus dem Wege schaffte. 1936 wurde ihm der Titel des Reichsführers SS verliehen, was ihm die Kontrolle über die gesamten Polizei- und Sicherheitskräfte einbrachte. Er begann mit dem Aufbau eines Staates im Staate, in dem er der Herrscher war. Er initiierte auch die Schaffung des Systems der Konzentrations- und Vernichtungslager, in denen politische und „rassische“ Gegner festgesetzt, gefoltert und ermordet wurden. Das erste dieser Lager war Dachau.

Himmler war von der Obsession getrieben, die absolute Überlegenheit der „arischen Herrenrasse“ durchzusetzen und die „Untermenschenrassen“ der Juden und Slawen zu vernichten. Er setzte sich für eine besondere Gesetzgebung zur Eheschließung und für den Lebensborn ein, der dazu auserkoren war, eine perfekte arische Rasse heranzuzüchten. Um die sogenannten „Untermenschen“ zu vernichten, schuf er eine Maschinerie des Massenmordes, die in der Menschheitsgeschichte einzigartig und beispiellos ist.

1939 wurde Himmler zum Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstums ernannt, wodurch er die Kontrolle über die Verwaltung in den besetzten Gebieten und die Verfügungsgewalt erhielt, ganze Bevölkerungsgruppen zu verschieben. 1943 wurde er zum Innenminister ernannt. Damit unterstanden ihm auch die Justiz und die Zivilverwaltung.

Himmler bildete vier „Einsatzgruppen“, die als mobile Tötungseinheiten in den besetzten Gebieten fungierten und Massaker veranstalteten. Zum Ende des Krieges bemühte er sich um einen

Verständigungsfrieden mit den Alliierten, was zur Entfremdung von Hitler beitrug, der ihn all seiner Ämter enthob. Nach dem Kriege versuchte Himmler zu fliehen, wurde aber von den Briten gestellt. Am 23. Mai 1945 beging er Selbstmord.

Horthy, Miklós de Nagybanya (1868 bis 1957)

Nachdem er während des Ersten Weltkriegs in der Kriegsmarine der österreichisch-ungarischen Monarchie kämpfte, führte Horthy eine Gegenrevolution gegen den Kommunisten Béla Kun an und wurde im März 1920 ungarischer Regierungschef. Einmal an der Macht, initiierte er antisemitische Maßnahmen, die er später wieder abschwächte. Die antisemitischen Gesetze des Jahres 1938 waren brutal, und Horthy ordnete später an, daß männliche Juden in „Arbeitsbataillonen“ Zwangsarbeit leisten mußten. Er kooperierte mit Hitler und befahl Einheiten der ungarischen Armee die Teilnahme am Feldzug gegen die UdSSR von 1941 bis 1942. Diese Truppen waren für zahlreiche Massaker an Juden verantwortlich, doch weigerte sich Horthy zugleich, die schärfsten Maßnahmen gegen die Juden in Ungarn selbst umzusetzen. Er lehnte es ab, daß die Juden den gelben Stern tragen mußten und widersetzte sich den Massendeportationen. Dadurch geriet er zunehmend in einen Konflikt mit Hitler. Horthy bemühte sich gegen Ende des Krieges, für Ungarn den Krieg zu beenden, was im März 1944 zur deutschen Invasion und Besetzung führte. Er verbuchte gewisse Erfolge in seinem Widerstand gegen die Aktivitäten der „Gestapo“, aber etwa 500.000 ungarische Juden wurden mit Hilfe der ungarischen Polizei und Armee deportiert. Die Mehrheit von ihnen wurde in Auschwitz- Birkenau ermordet. Im Juli 1944 ordnete er die Beendigung der Deportationen an. Das führte dazu, daß er durch Ferenc Szilasi ersetzt wurde. Horthy wurde von den Deutschen gefangengenommen, 1945 wurde er jedoch von den Amerikanern befreit. Er zog nach Portugal, wo er seine Memoiren schrieb, die nach seinem Tode veröffentlicht wurden.

Höss, Rudolf (1900 bis 1947)

Höss wurde in Baden-Baden als Sohn eines Geschäftsinhabers geboren und sollte katholischer Priester werden, trat aber nach dem Tode seines Vaters im Alter von 15 Jahren in die Armee ein. Er wurde im Ersten Weltkrieg mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und schloß sich nach dem Kriege den Freikorps an. Den Nazis trat er 1922 bei, war aber auch Mitglied anderer rechtsextremer Gruppierungen. Er wurde 1923 wegen Mordes zu zehn Jahren Haft verurteilt (sein Komplize war Martin Bormann), 1928 aber bereits begnadigt. Nachdem er sich bei den „Artamanen“, einer völkischen Gruppe, die die Besiedlung Polens durch Deutsche forderte und Himmler zu ihren Mitgliedern zählte, engagiert hatte, wurde ihm 1933 die Gründung der SS-Kavallerie übertragen. Im folgenden Jahr wechselte er in das neu gegründete Konzentrationslager Dachau, unter dessen ersten Kommandanten Theodor Eicke er dort mit seiner Ausbildung begann. Nachdem er zwei Jahre in Sachsenhausen gearbeitet hatte, wurde er im Mai 1940 nach Auschwitz geschickt, um dort das Konzentrations- und Vernichtungslager zu gründen. Vom Sommer 1941 an begann er mit der Umsetzung der „Endlösung“ als industrialisiertem Prozeß der Massenvernichtung. Seine Arbeit war derart effizient, daß er 1943 aus Auschwitz abgezogen wurde und zum stellvertretenden Generalinspekteur des Lagersystems im Hauptquartier der SS ernannt wurde.

Höss wurde 1946 gefangengenommen und den polnischen Behörden übergeben, die ihn zum Tode verurteilten und im März 1947 in Auschwitz hingerichteten. Er hat niemals eingestanden, etwas Falsches

getan zu haben; er zog sich auf die gleichsam klassische Nazi-Ausrede zurück, er habe nur seinen Befehlen gehorcht.

Heydrich, Reinhard (1904 bis 1942) Heydrich wurde als Sohn eines Musikers in Halle geboren. Er schlug eine Karriere in der Marine ein, wurde aber 1931 unehrenhaft wegen unziemlichen Verhaltens entlassen. Nachdem er durch die Vermittlung eines gemeinsamen Freundes Himmler vorgestellt worden war, trat er 1931 der NSDAP und der SS bei und wurde zum Leiter des Sicherheitsdienstes, des (SD). In dieser Funktion bediente er sich der Erpressung, Überwachung und anderer nachrichtendienstlicher Methoden. Er machte in der SS schnell Karriere und wurde bereits 1933 Ss-Brigadeführer. In der „Nacht der langen Messer“ übernahm er eine wichtige Rolle, wofür er mit weiterer Protektion belohnt wurde.

1936 wurde er zum Chef der „Gestapo“ und Kripo ernannt, behielt zugleich aber auch die Kontrolle über den SD. 1938 kam ihm eine besondere Bedeutung bei der Säuberung des militärischen Oberkommandos zu. Er verfügte über die fast unbeschränkte Macht, sogenannte Feinde des Reiches in Konzentrationslager einzuweisen. Davon machte er besonders infolge des Novemberpogroms im Jahre 1938 Gebrauch als Tausende Juden dort inhaftiert wurden. 1939 wurde Heydrich mit der Gründung des Zentralbüros für jüdische Auswanderung zum Hauptvollstrecker der nationalsozialistischen Judenpolitik.

Zu Beginn des Krieges wurde Heydrich zum Verantwortlichen für die „Einsatzgruppen“ ernannt. Er befahl, die Juden in Gettos zusammenzutreiben und „Judenräte“, zu gründen. Er war an zwei Plänen zur Massenausweisung der Juden beteiligt: am Nisko- oder Lublin-Plan zur Errichtung eines geschlossenen jüdischen Siedlungsgebietes, und am Madagaskar-Plan. Beide Vorhaben gingen über bloße Planungen nicht hinaus. 1941 bereitete er Pläne für die Ermordung der Juden und sowjetischer Funktionäre für die unmittelbare Zeit nach der deutschen Besetzung sowjetischer Gebiete vor. Im selben Jahr entwickelte er - alleine oder mit Göring - die Idee der „Endlösung der Judenfrage“. Im Januar 1942 lud er zur Wannsee-Konferenz ein, um die Zuständigkeiten unter den beteiligten staatlichen Einrichtungen zu koordinieren. 1939, nach dem deutschen Einfall in Böhmen und Mähren, wurde Heydrich zum Gouverneur des „Protektorats“ ernannt. Im Juni 1942 fiel er in Prag einem Attentat tschechischer Partisanen zum Opfer. Als Vergeltungsmaßnahme wurden das tschechische Dorf Lidice ausgelöscht und Massaker im gesamten Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten verübt. Später wurde die „Aktion Reinhard“ nach Heydrich benannt.

Hess, Rudolf (1894 bis 1987)

Hess wurde in Alexandria als Sohn eines Kaufmannes geboren. Er diente im Ersten Weltkrieg im selben Regiment wie Hitler und als Pilot. Danach kämpfte er in den Freikorps und trat 1920 der NSDAP bei. Hess beteiligte sich 1923 am Putschversuch Hitlers und wurde gemeinsam mit Hitler in Festungshaft genommen. Dieser diktierte ihm dort sein Buch „Mein Kampf“, zu dem er möglicherweise mit seiner nachdrücklichen Betonung der Frage des „Lebensraumes“ beitrug - ein Thema das ihn faszinierte. In dieser Zeit kamen sich beide sehr nahe und nach beider Entlassung wurde er Hitlers persönlicher Assistent. Im April 1933 wurde Hess zum Stellvertreter des Führers der NSDAP ernannt, und etwas später berief ihn Hitler zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Eine Zeit lang wurden alle

nationalsozialistischen Gesetzgebungsverfahren von Hess unterzeichnet. 1938 spielte er eine wichtige Rolle beim Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes.

Mit Kriegsbeginn wurde Hess' Einfluß geringer. Im Mai 1941 unternahm er eine geheime Mission nach Großbritannien. Er hoffte, zwischen Großbritannien und Deutschland zum Vermittler des Friedens zu werden. Ob er dies auf eigene Initiative unternahm, oder aber ob er Hitlers Zustimmung dazu hatte, wurde noch keineswegs hinlänglich geklärt. Er wurde gleich nach seiner Landung in Schottland festgenommen und sofort vom Naziregime verstoßen.

Hess wurde bis 1945 in Großbritannien festgehalten, dann aber in Nürnberg vor Gericht gestellt. Den Rest seines Lebens verbrachte er im Berliner Gefängnis Spandau. Die Sowjetunion widersetzte sich als eine der für die Verurteilten verantwortlichen Siegermächte seiner Freilassung, und 1987 beging er Selbstmord, nachdem er über Jahre Spandaus letzter und einziger Insasse war.

Koch, Erich (1896 bis 1986)

Koch wuchs als Kind einer Arbeiterfamilie in Elberfeld ohne höhere Bildung auf. Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete er als Angestellter der Reichsbahn und trat 1922 der NSDAP bei. 1928 wurde er zum Gauleiter Ostpreußens ernannt und 1930 in den Reichstag gewählt. Nach dem Angriff auf die UdSSR wurde er zum Reichskommissar für die Ukraine und zum Gouverneur des Bezirkes Bialystok befördert. Seine erste Amtshandlung in der Ukraine war die Schließung der Schulen, die er damit begründete, daß die Ukrainer alles, was sie wissen müßten, von ihren deutschen Herren gelehrt bekommen würden. Koch beabsichtigte die totale Unterwerfung der slawischen „Rasse“ durch die Deutschen und war für den Tod von mehreren hunderttausend Ukrainern, Polen und Juden verantwortlich. Erst 1950 wurde er von den britischen Besatzungsbehörden in Deutschland gefaßt und an die polnischen Behörden ausgeliefert. Er wurde wegen Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt und zum Tode durch Erhängen verurteilt, jedoch aus gesundheitlichen Gründen begnadigt. Er war bis 1986 in Haft.

Kaltenbrunner, Ernst (1903 bis 1946)

Kaltenbrunner wurde in Österreich, nahe dem Geburtsort Hitlers, geboren. Bereits während seiner Schulzeit war er mit Adolf Eichmann befreundet. Nach seinem Jura-Studium an der Universität Graz arbeitete er als Rechtsanwalt und trat der österreichischen nationalsozialistischen Partei im Jahre 1932 bei. 1934 und 1935 wurde er zweimal wegen Agitation gegen die dortige Regierung inhaftiert.

Kaltenbrunner arbeitete an der Vorbereitung des „Anschlusses“ und wurde zur Belohnung zum österreichischen Minister für Inneres ernannt und zum SS-Gruppenführer befördert. Er erwies sich in dieser Rolle als sehr effektiver Mitarbeiter, weshalb Himmler ihn nach dem Attentat auf Heydrich zum Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) ernannte. In dieser Funktion war er einer der führenden Protagonisten in der „Aktion Reinhard“, während derer fast zwei Millionen Juden ermordet wurden. Außerdem war er eine der wichtigsten Figuren bei der Umsetzung der „Endlösung“, obwohl genauere beweiskräftige Quellen fehlen. Kaltenbrunner hatte sich in Österreich auf nachrichtendienstliche Methoden spezialisiert und übernahm in Deutschland bald den militärischen Geheimdienst. Kurz vor Ende des Krieges versuchte er, Himmlers Rolle als Hauptunterhändler gegenüber den Alliierten zu übernehmen, worin er aber scheiterte. In Nürnberg (wo er behauptete, vom Massenmord nichts gewußt zu haben) wurde er vor Gericht gestellt und im Oktober 1946 gehängt.

Koch, Ilse (1906 bis 1967)

Ilse Koch wurde in Dresden geboren und heiratete 1937 Karl Otto Koch. Ihr Ehemann war zu diesem Zeitpunkt bereits Kommandant verschiedener Konzentrationslager gewesen und wurde 1937 in dieser Funktion nach Buchenwald versetzt. Ilse Koch erhielt dort die Aufgabe einer SS-„Aufseherin“. Bald erwarb sie sich einen besonderen Ruf wegen ihrer extremen Grausamkeit, tätowierte Gefangene zu „selektieren“, die ermordet wurden, um aus deren Haut Lampenschirme und andere Gegenstände für sie anzufertigen zu lassen. Ihr Mann sammelte Schrumpfköpfe ermordeter Häftlinge. Nach dem Kriege

erhielt Ilse Koch eine lebenslängliche Haftstrafe, die jedoch später in vier Jahre umgewandelt wurde. Ihre Freilassung führte zu erheblichen Protesten, so daß sie 1949 erneut festgenommen und zu lebenslänglich verurteilt wurde. Sie beging im Jahre 1967 im Gefängnis Selbstmord. Karl Koch war noch 1945 von der SS wegen Fälschung, Veruntreuung und Mordes hingerichtet worden.

Kramer, Josef (1906 bis 1945)

Kramer wurde in München geboren und trat 1931 der NSDAP bei. 1932 wurde er Mitglied der SS begann zwei Jahre darauf seine berufliche Karriere im Bereich der Konzentrationslager. Nachdem er zuerst als Aufseher gedient hatte, wurde er durch Protektion bald mit ranghöheren Posten in den Lagern Sachsenhausen, Mauthausen, Dachau und Natzweiler betraut. 1940 diente er einige Monate unter Höss in Auschwitz. 1942 wurde er zum Hauptsturmführer befördert. 1944 kehrte er nach Auschwitz zurück und war dort für die Gaskammern und Krematorien in Birkenau zuständig. Ab Dezember 1944 war er Kommandant des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, wo sich unter seinem Kommando die Verhältnisse drastisch verschlechterten: Tausende starben vor Hunger und an Krankheiten, obwohl es dort keine Gaskammern gab. Im Frühjahr 1945 wurde er von den britischen Befreier des Lagers festgenommen und von einem Militärgericht in Lüneburg zum Tode verurteilt und im Dezember 1945 gehängt.

Lohse, Heinrich (1896 bis 1964)

Lohse wurde in Schleswig-Holstein geboren und war im Handel tätig. Er war ein früher Anhänger der Nationalsozialisten und wurde 1925 Gauleiter seiner Heimatregion. 1932 wurde er für die NSDAP in den Reichstag gewählt. Im Jahre 1934 wurde er zum Generalleutnant der SS ernannt. Ab 1941 war er als Reichskommissar für das Baltikum und Weißrußland für die Umsetzung der „Endlösung“ verantwortlich. Er ordnete an, daß die Gettos lediglich Hungerrationen erhalten sollten, betrachtete aber die Ausbeutung der jüdischen Arbeitskraft zugunsten der Wirtschaft als Priorität. Als die Massenerschießungen im Wilnaer Getto stattfanden, bat er um eine offizielle Klärung, ob die ökonomischen Notwendigkeiten oder die Ermordung der Juden Vorrang habe. Nachdem er die Antwort erhalten hatte, daß der Vernichtung der Juden Priorität zukomme, arbeitete er willig weiter mit. Nach dem Kriege wurde er von einem britischen Gericht zu zehn Jahren Haft verurteilt, aber bereits 1951 aus gesundheitlichen Gründen freigelassen. Trotzdem lebte er noch bis 1964, erhielt jedoch aufgrund seiner antidemokratischen Aktivitäten in Schleswig-Holstein bis zu seinem Tode keine Pension.

Luther, Martin (1896 bis 1945)

Der in Berlin geborene Luther verließ die Schule in jungen Jahren, um sich im Ersten Weltkrieg als Freiwilliger zu melden. Danach gründete er ein Umzugsunternehmen und trat 1932 der NSDAP bei. Er traf in seiner Arbeit mit von Ribbentrop zusammen. Der war von ihm derart beeindruckt, daß er ihm nach seiner Ernennung zum Außenminister eine Anstellung im Außenministerium verschaffte. Ab 1940 war Luther der Verbindungsmann des Ministeriums zur SS, wo er für die neu gegründete „Abteilung Deutschland „ zuständig war. Er nahm im Januar 1942 an der Wannsee-Konferenz teil, wo die Einzelheiten der „Endlösung“ festgelegt wurden und war dafür verantwortlich, die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Außenministerium und RSHA bei deren Umsetzung sicherzustellen. 1943

versuchte er von Ribbentrop, den er als inkompetent betrachtete, zu stürzen. Die SS warnte Ribbentrop jedoch rechtzeitig, der Luther verhaften ließ. Er verbrachte den Rest des Krieges im Konzentrationslager Sachsenhausen, wo er einen Selbstmordversuch unternahm und im Mai 1945 in Folge eines Herzanfalls verstarb.

Laval, Pierre (1883 bis 1945)

Laval wurde in Chateldon in der Puy de Dome geboren und begann seine politische Laufbahn als Sozialist, wechselte aber später zur rechten Mitte. Zweimal war er französischer Ministerpräsident (1931 bis 1932, 1935 bis 1936). Nach dem deutschen Überfall auf Frankreich war er unter General Pétain stellvertretender Ministerpräsident der Vichy-Regierung. Im Dezember 1940 wurde er von Pétain aus dem Amt entlassen, kehrte aber 1942 auf Intervention Hitlers in die gleiche Funktion zurück. Er bildete ein neues Kabinett und nahm die Aufgabe des Regierungschefs bis zum Ende des Krieges wahr.

Laval sah die Zukunft Frankreichs in der engen Anbindung an das Dritte Reich und versuchte daher, mit den deutschen Behörden in allen Bereichen, in denen er die französischen Belange dadurch nicht gefährdet sah, zu kooperieren. Er setzte sich für die Koordination zwischen französischer Polizei und Verwaltung mit den Einrichtungen der deutschen Besatzungsmacht ein, um den reibungslosen Ablauf der repressiven Maßnahmen gegen politische Gegner und Juden sicherzustellen.

Trotz massiver Proteste seitens derer, die sich dessen bewußt waren, was die deportierten Juden erwartete, hielt Laval sich strikt an die Argumentation der Nazis, daß die Deportierten zum Arbeitseinsatz in den Osten geschickt würden. Erst als sich der Krieg seinem Ende näherte, unternahm Laval halbherzige Versuche, die Transporte zu verlangsamen und ganz zu beenden. Nach der Befreiung floh er nach Deutschland und später nach Spanien, wurde dort jedoch gefangengenommen und nach Frankreich zurückgeschickt, wo er vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

Ley, Robert (1890 bis 1945)

Ley, der im Rheinland geboren wurde, studierte Chemie. Am Ersten Weltkrieg nahm er als Pilot teil und wurde von den Franzosen gefangengenommen. Nach dem Krieg arbeitete er für den Industriegiganten IG Farben und trat der NSDAP um 1924 bei. Ab Juni 1925 war er Gauleiter des Rheinlands, wo er die Nazi-Zeitung „Westdeutscher Beobachter“ gründete. Diese benutzte er für Angriffe auf jüdische Unternehmer und für die Erpressung von Juden. 1930 wurde er Mitglied des Reichstages. In der NSDAP arbeitete er als Gregor Strassers Stellvertreter und nahm später dessen Stellung ein. Nach der Machtübernahme Hitlers gründete und leitete er die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die an die Stelle der verbotenen Gewerkschaften trat. Mit 25 Millionen Mitgliedern war dies möglicherweise die größte Organisation im Reich, und ihr kam im Bereich der Arbeit eine entscheidende Rolle zu. Er benutzte die eingezogenen Gelder der Gewerkschaften mit einigem unternehmerischen Verve zur Gründung der Organisation Kraft durch Freude (KDF), eine sehr erfolgreiche Organisation zur Erfassung der Arbeiter auch in ihrer Freizeit.

Mussolini, Benito (1883 bis 1945)

Mussolini wurde in Predappio (Romagna Region) als Sohn eines Hufschmieds geboren. Nach einer wenig erfolgreichen Schullaufbahn arbeitete er zwischen 1902 und 1904 in der Schweiz, kehrte dann aber für seinen Militärdienst zurück. Danach begann er zuerst in Österreich, dann in Italien eine Karriere als Zeitungsherausgeber. Ursprünglich war er Sozialist, machte aber in einer Intrige gegen den Herausgeber der sozialistischen Zeitung „Avanti“ von antisemitischer Rhetorik Gebrauch, um sich an dessen Stelle zu setzen. Diese frühe antisemitische Haltung steht anscheinend im Widerspruch mit der Tatsache, daß er durch Juden zum rechtsextremen Nationalismus gebracht wurde und daß Juden unter den Gründern der faschistischen Partei waren.

Nachdem er am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, gründete Mussolini die faschistische Zeitung „Popolo d'Italia“, deren Herausgeber er zugleich war, und bereitete die „Fascisti“ auf den Kampf gegen den Sozialismus und für den Nationalismus vor. Im Oktober 1922 marschierten die Faschisten nach Rom und Mussolini erhielt den Auftrag zur Regierungsbildung. Ab 1925 nannte er sich „Il Duce“, der Führer, und beendete die italienische Demokratie. Seine Diktatur war von Gewalt und Intoleranz bestimmt, aber seiner Politik waren einige Erfolge beschieden. Er bildete mit Deutschland die „Achse“, unterstützte die Faschisten in Spanien, besetzte 1936 Abessinien und 1939 Albanien.

Zu Beginn seiner Herrschaft war seine Haltung gegenüber den Juden beschwichtigend oder indifferent. Er versicherte gegenüber dem italienischen Hauptrabbiner, daß es in Italien keine „jüdische Frage“ gebe. Nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland entfachte er jedoch eine antisemitische Propaganda-Kampagne. Der Abessinien-Krieg verhalf dem rassistisch argumentierenden Antisemitismus zu einem Bedeutungsanstieg, und ab 1938 wurden Rassengesetze erlassen und die Juden aus dem öffentlichen Leben ausgegrenzt.

Italien beteiligte sich ab 1940 am Zweiten Weltkrieg, aber Mussolini gelang es nicht, eines seiner damit verbundenen Ziele zu erreichen. Die Zügel entglitten zunehmend seinen Händen und er wurde für seine Verbündeten zu einer Belastung. Durch die alliierte Invasion auf Sizilien wurde er 1943 zum Rücktritt gezwungen. Nachdem Hitler deutsche Fallschirmspringer mit seiner Befreiung beauftragt hatte, setzte er ihn als Führer einer Marionettenregierung in Norditalien ein. In dieser eigentlich unbedeutenden Funktion überlebte er bis April 1945, als er von Partisanen in der Nähe des Como-Sees gefangengenommen und umgebracht wurde. Sein verstümmelter Körper wurde öffentlich zur Schau gestellt - kopfüber mit den Füßen an den Dachsparren einer Tankstelle in Mailand aufgehängt.

Müller, Heinrich (1900 bis ?)

Müller wurde in München geboren und erlernte den Beruf eines Flugzeugmonteurs. Er wurde im Ersten Weltkrieg als Pilot ausgezeichnet und trat nach dem Krieg in den Dienst der bayerischen Polizei. Dort war er als Sachbearbeiter zeitweilig mit der nachrichtendienstlichen Ermittlung gegen Mitglieder der KPD beschäftigt. Außerdem setzte er sich intensiv mit den sowjetischen Polizeipraktiken auseinander. Sein dortiger Vorgesetzter war Reinhard Heydrich. Heydrich ernannte ihn zum

stellvertretenden Leiter der „Gestapo“. Nach der Ermordung Ernst Röhms im Jahre 1934 machte Müller eine kompetente Karriere in der SS, bis er es 1939 zum SS-Gruppenführer brachte, obwohl er bis dahin kein Mitglied der NSDAP geworden war. Ab 1939 war er der Chef der „Gestapo“. In seiner Position des Amtes IV (Gestapo) des RSHA war er damit beschäftigt, zahllose Juden und andere in die Todeslager zu schicken. Das Attentat auf seinen Vorgesetzten Heydrich im Jahre 1942 hatte keine Auswirkungen für ihn, und er wurde ein loyaler Gehilfe Kaltenbrunners, Heydrichs Nachfolger. Er verfügte über das Vertrauen Hitlers, Himmlers und all der alten Nazis, die seine rücksichtslose Effizienz und seine Fähigkeit, sich persönlich zurückzunehmen, sehr schätzten. Nach dem Bombenattentat auf Hitler im Juli 1944 wurde er mit den Ermittlungen betraut, in deren Verlauf er auch einige seiner eigenen Freunde festnehmen ließ. Er wurde zuletzt am 28. April 1945 in Hitlers Bunker gesehen. Es ist unbekannt, ob er dort starb, sich in die Sowjetunion oder nach Ostdeutschland absetzte oder ob er nach Lateinamerika entkommen ist.

Mengele, Josef (1911 bis 1978?)

Mengele wurde in Günzburg in Bayern geboren und erwarb an der Universität Frankfurt 1938 seinen medizinischen Doktorgrad. Bereits vorher war er wissenschaftliches Mitglied des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene geworden, wo er Zwillinge untersuchte. 1937 trat er der NSDAP bei, 1938 der SS. Im Mai 1943 wurde er zum Hauptsturmführer ernannt und nach Auschwitz entsandt. Dort war er mit der „Selektion“ der ankommenden Häftlinge betraut, während derer er entschied, wer vorerst noch leben durfte und wer unmittelbar ermordet wurde. Er ordnete die Tötung aller körperlich Behinderten an, so daß er sie im Zuge seiner Forschungen untersuchen konnte. Außerdem unternahm er Vivisektionen an Kindern, insbesondere Zwillingen, was gelegentlich die Entfernung der Geschlechtsorgane einschloß. Nur kurz vor der Befreiung von Auschwitz im Januar 1945 wurde er nach Mauthausen geschickt, wo er möglicherweise auch gefangengenommen wurde. Er floh aus einem britischen Militärgefängnis, noch bevor bekannt wurde, wer er war, und reiste über Rom (wo er aus dem Vatikan Unterstützung erhielt) mit Hilfe gefälschter Papiere nach Lateinamerika. Nach dem Kriege war er einer der meistgesuchten Kriegsverbrecher, entkam aber der Verhaftung. 1985 wurde in Brasilien ein Leichnam, von dem man annimmt, daß es seiner sei, exhumiert. Er ist vermutlich 1978 oder 1979 ertrunken. In Auschwitz nannten die Häftlinge ihn „den Engel des Todes“.

Nebe, Arthur (1894 bis 1945)

Nebe wurde in Berlin als Sohn eines Lehrers geboren und studierte Theologie und Jura. Im Ersten Weltkrieg wurde er ausgezeichnet und begann nach dem Kriege eine Karriere in der Berliner Polizei. Ab 1923 war er Chef der Kripo. 1931 trat er der NSDAP und der SS bei. 1933 wurde er Angehöriger der „Gestapo“, wo er eine steile Karriere einschlug, die ihm 1940 den Rang eines SS-Brigadeführers einbrachte. 1939 war er mit Adolf Eichmann für die Deportation der Berliner Roma und Sinti zuständig. Später gab er zu Protokoll, daß diese Menschen für medizinische Experimente und Vivisektionen mißbraucht werden sollten.

1941 meldete er sich freiwillig für die Leitung einer „Einsatzgruppe“ B und berichtete nach Berlin, daß unter seinem Kommando 46.467 Menschen „liquidiert“ worden seien. Im September 1941 untersuchte er, ob Sprengstoffe oder Giftgas eine effizientere Methode für die Massenvernichtung abgeben würden. Nach dem Attentat auf Hitler im Juli 1944 wurde Nebe zu den Ermittlungen

hinzugezogen, tauchte jedoch wegen seiner langjährigen Kontakte zu Mitgliedern des Widerstandes unter. Er täuschte seinen Selbstmord vor, wurde jedoch von einer früheren Geliebten verraten und festgenommen. Er wurde vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und im April 1945 hingerichtet. Er hinterließ ein Puzzle von Bekenntnissen.

Neurath, Konstantin Freiherr von (1873 bis 1956)

Von Neurath wurde im Februar 1873 als Sohn eines Beamten am Königlichen Gericht von Württemberg geboren. Er schlug eine diplomatische Laufbahn ein und war Botschafter in Dänemark, Italien und Großbritannien. 1932 wurde er als Außenminister in die Regierung von Franz von Papen berufen; diesen Posten hatte er auch später unter Kurt von Schleicher inne. Hitler ließ von Neurath nach seiner Machtübernahme in seinem Kabinett, bis er in der Lage war, alle Rücksichten in der Außenpolitik fallen zu lassen. Von Neurath wurde zum Reichsprotektor für Böhmen und Mähren ernannt, wo er wiederum die Aufgabe hatte, die Barbarei der Nazi-Politik zu verdecken. Unter seiner Regierung wurden die kulturelle und politische Autonomie dennoch immer brutaler unterdrückt und antisemitische Maßnahmen umgesetzt. 1941 wurde er durch Reinhard Heydrich ersetzt, als Hitler die Einführung drakonischer Maßnahmen gegen die Juden verlangte. Gegen Ende des Krieges näherte er sich dem geheimen Widerstand gegen Hitler an, beteiligte sich jedoch nicht aktiv daran. Nach dem Krieg verbrachte er acht Jahre wegen seiner Beteiligung an Kriegsverbrechen im Spandauer Gefängnis. Er starb 1956, zwei Jahre nach seiner Freilassung.

Ohlendorf, Otto (1907 bis 1951)

Ohlendorf war der Sohn eines Bauern und erwies sich als außerordentlich fähiger Akademiker. Er studierte Jura und Wirtschaftswissenschaft und war in rechtsextremen Studentenvereinigungen aktiv. Er wurde 1925 Mitglied der NSDAP und ein Jahr später der SS. Er verband seine akademische Karriere als Dozent mit der eines Parteiadministrators. Dem Sicherheitsdienst (SD) trat er 1936 bei, und 1939 wurde er Chef des Amtes III (Inland) des SD mit dem Rang eines SS-Standartenführers.

Obwohl er ein effektives geheimdienstliches Netzwerk aufbaute, genoß er nicht die Unterstützung Himmlers, der ihn von seinem Schreibtischposten zum Befehlshaber der „Einsatzgruppe“ D versetzte, die am Schwarzen Meer und in der Krim operierte. Diese Einheit allein massakrierte 90.000 Menschen, die meisten von ihnen Juden. Ohlendorf wurde dafür mit der höchsten militärischen Auszeichnung belohnt. Danach kehrte er zum SD zurück und wurde im Reichswirtschaftsministerium mit zwei wichtigen Aufgabenbereichen betraut. Zum SS-Gruppenführer ernannt, behielt er diese Posten inne, bis er nach Ende des Krieges festgenommen wurde. Er wurde in Nürnberg zum Tode verurteilt und im Juni 1951 erhängt.

Pavelic, Ante (1889 bis 1959)

Pavelic, der seiner Ausbildung nach Anwalt war, war Mitglied der antiserbischen kroatischen „Partei des Rechts“ (Stranka Prava) und wurde 1929 in das Belgrader Parlament und in den Stadtrat von Zagreb gewählt. Im selben Jahr gründete er eine terroristische Organisation, die Ustascha, um für die Trennung Kroatiens von Jugoslawien zu kämpfen. Pavelic wurde nach Italien abgeschoben, von wo aus er terroristische Angriffe auf Ziele in Kroatien unternahm. Pavelics Vorstellungen waren von den Nazis in Deutschland beeinflußt, die in ihm einen Verbündeten erkannten. Nach dem Sieg Deutschlands und

Italiens über Jugoslawien kamen Hitler und Mussolini darin überein, Pavelic zum Chef einer Marionettenregierung zu ernennen. Während seiner vierjährigen Terrorherrschaft kollaborierte Pavelic vollständig in Hinblick auf die „Endlösung“. Nach dem Kriege entkam Pavelic nach Argentinien. Er lebte dort in völliger Sicherheit und gründete sogar eine neue Ustascha-Terrorereinheit. Er starb 1959, zwei Jahre nachdem er bei einem Attentatsversuch in Madrid verletzt wurde.

Papen, Fritz von (1879 bis 1969)

Von Papen gehörte einer Adelsfamilie an und diente im Range eines Offiziers der kaiserlichen Armee in Deutschland, bevor er sich politisch engagierte. Von 1920 bis 1932 saß er für die katholische Zentrum-Partei im Reichstag. Im Juni 1932 wurde er von ultra-konservativen, monarchistischen, industriellen und wirtschaftlichen Kreisen, mit denen er sich identifizierte, zur Übernahme der Kanzlerschaft gedrängt. Als Gegner der Weimarer Republik lockerte von Papen die von seinen sozialdemokratischen Vorgängern gegenüber der NSDAP getroffenen Maßnahmen. Da von Papen zu eng und zu offensichtlich mit den Interessen der Wirtschaft verbunden war, erlangte er nur wenig Popularität in der breiten Bevölkerung. Es gelang ihm nicht, eine Mehrheit im Reichstag oder in der Gesellschaft herzustellen, um Rettungsmaßnahmen angesichts der Wirtschaftskrise auf den Weg zu bringen. Im Dezember 1932 ersetzte ihn Präsident Hindenburg durch General von Schleicher, der einen populistischen Ansatz versprach. Von Papen weigerte sich, seine Entlassung hinzunehmen, und putschte gegen von Schleicher. Er ging ein Bündnis mit Hitler ein und überzeugte Hindenburg, daß die Kombination zweier Männer aus der politischen Rechten einen Rückhalt bei den Massen für konservative Politik haben werde. Hindenburg entließ von Schleicher und ernannte Hitler zum Kanzler, von Papen wurde Vizekanzler. Hitler brachte den Konservativen, die ursprünglich eine Mehrheit der Regierungsposten innehatten, eine vernichtende Niederlage bei.

Nach achtzehn Monaten begriff von Papen seinen Fehler und warnte öffentlich vor den radikalen Elementen im Programm der Nazis. Er wurde als Hitlers Vizekanzler abgesetzt und sollte in der „Nacht der langen Messer“ am 30. Juni 1934 ermordet werden. Von Papen entkam jedoch, da sich Göring schützend vor ihn stellte. Er kehrte als deutscher Gesandter in den Dienst der Nazis zurück, erst in Wien (1934 bis 1939), später in der Türkei (1939 bis 1944). Von Papen wurde 1945 von amerikanischen Truppen festgenommen und in Nürnberg vor Gericht gestellt. Trotz seiner bedeutenden Rolle als Steigbügelhalter Hitlers und bei der Vorbereitung für den „Anschluß“ Österreichs wurde er freigesprochen. Eine deutsche Spruchkammer verurteilte ihn später zu acht Jahren Arbeitslager. Er wurde nach einem Berufungsverfahren im Januar 1949 entlassen.

Pétain, Philippe (1856 bis 1951)

Pétain wurde in Cauchy-la-Tour geboren und absolvierte eine Ausbildung an einer Militärschule und war ein durchschnittlicher Offiziersanwärter. Dennoch machte er Karriere und befehligte 1916 ein Armeekorps. Seine erfolgreiche Verteidigung Verduns trug ihm den Ruhm eines nationalen Helden und die Ernennung zum Oberbefehlshaber ein. 1934 wurde er Kriegsminister und war ein glühender Anhänger der sich später als wertlos erweisenden Maginot-Linie fester Verteidigungsstellungen gegenüber Deutschland.

Pétain unterzeichnete im Juni 1940 ein Waffenstillstandsabkommen, nachdem die französische Armee verloren hatte, in dem er der Besetzung Nordfrankreichs durch die Deutschen zustimmte. Zugleich

bildete er eine neue „unabhängige“ Regierung, deren Sitz Vichy wurde. Unter der Regierung des über Achtzigjährigen fand eine nationale Revolution statt, die Frankreich in einen autoritären Staat ähnlich der neuen Ordnung des Naziregimes verwandeln sollte.

Die Juden wurden Opfer einer systematischen Verfolgung, obwohl Pétain selber weniger antisemitisch als den Juden gegenüber indifferent war. Andere Mitglieder seiner Regierung wie Laval waren eindeutig Kollaborateure. Nach der alliierten Invasion in Nordafrika besetzten die Deutschen im November 1942 auch Vichy-Frankreich. Pétain entschied sich zum Bleiben, wodurch er sich den schlimmsten Kollaborateuren auf eine Stufe stellte. Er wurde im August 1944 von den Deutschen festgenommen und nach Deutschland gebracht. Nach dem Kriege kehrte er freiwillig nach Frankreich zurück und wurde wegen Landesverrats vor Gericht gestellt. Er wurde für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. General de Gaulle verwandelte das Urteil jedoch. Er wurde auf die Insel Yeu verbannt, wo er 1951 im Alter von 96 starb.

Pius XII (Eugenio Pacelli) (1876 bis 1958)

Eugenio Pacelli wurde in Rom geboren, studierte Philosophie und wurde 1899 ordiniert. Er trat 1901 in die Dienste des Vatikans und wurde 1917 zum päpstlichen Nuntius in Bayern berufen. Seitdem war seine diplomatische Laufbahn eng mit Deutschland verbunden und er galt als Freund Deutschlands. Im Juli 1920 wurde er Nuntius für ganz Deutschland. Im gleichen Jahr wurde er zum Außenminister des Vatikanstaates ernannt und 1929 zum Kardinal geweiht. Pacelli bereitete das Konkordat zwischen dem Dritten Reich und dem Vatikan vor, das für die Versöhnung der deutschen Katholiken mit dem Naziregime unabdingbar war. Seine positive Haltung gegenüber den Nazis und ihrer Politik gründete sich auf dem beiden gemeinsamen Haß gegen den Kommunismus.

Pacelli wurde im März 1939 als Pius XII. zum Papst gewählt. Während des Krieges war er bestrebt, die Neutralität des Vatikans zu erhalten und als möglicher Vermittler eines Friedensschlusses zur Verfügung zu stehen, indem er jede direkte Konfrontation mit den kriegführenden Mächten vermied und die Möglichkeiten der Geheimdiplomatie nutzte. Dies schloß das Schweigen angesichts der Situation der polnischen Katholiken wie der Behandlung der Juden ein. Der Vatikan protestierte, sprach sich zwar gegen die Deportation der Juden aus, beschränkte sich dabei aber im wesentlichen auf die zum Katholizismus konvertierten Juden. Obwohl er über das Ausmaß des Völkermords an den Juden gut informiert war, unternahm der Papst nur wenig zu ihren Gunsten, obwohl er von den Gesandten der Alliierten in Rom darum gebeten wurde. Es wurde keinerlei Einfluß auf die katholischen Regimes in der Slowakei und Kroatien oder auf die Vichy-Regierung genommen, als diese ihre antijüdischen Gesetze beschlossen oder Juden deportierten, wiederum mit Ausnahme des Einsatzes für die Konvertiten. Der Papst schwieg selbst während der Razzien gegen die italienischen und römischen Juden vom Oktober bis Dezember 1944. Der Vatikan unternahm nur einen direkten und effektiven Interventionsversuch zugunsten der ungarischen Juden im Juni 1944 als der Papst sich persönlich an das ungarische Staatsoberhaupt Admiral Horthy wandte.

Pohl, Oswald (1892 bis 1951)

Pohl wurde in Duisburg geboren und diente im Ersten Weltkrieg in der Marine. Um 1926 trat er der NSDAP und im Jahre 1929 der SS bei. 1934 war er bereits SS-Standartenführer. Von Himmler als fähiger Organisator erkannt, wurde er 1935 zum Leiter der Verwaltung im SS-Hauptamt, dem RSHA,

ernannt. 1939 wurde er Ministerialdirektor im Innenministerium, wo auch die Förderung der SS-Wirtschaftsbetriebe zu seinen Aufgaben zählte. 1942 wurde er Leiter des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes (WVHA). Damit erhielt er die Kontrolle über alle SS-eigenen Wirtschaftsbetriebe, die im Zusammenhang mit dem System der Konzentrationslager und der Bereitstellung von KZ-Insassen als Sklavenarbeiter für die private Industrie standen. Das SS-WVHA sammelte und verwertete außerdem die persönlichen Besitztümer der Gefangenen (einschließlich ihrer Eheringe und der Goldfüllungen ihrer Zähne), wodurch die SS über einen Wohlstand und Macht verfügte.

Der Wert des so geraubten Goldes wird allein auf zehn Millionen Dollar geschätzt. Nach dem Krieg tauchte Pohl als Landarbeiter unter, wurde jedoch 1946 ergriffen. Ende 1947 wurde er von einem amerikanischen Militärgericht zum Tode verurteilt und nach mehrmaligen Revisionsanträgen 1951 gehängt.

Rosenberg, Alfred (1893 bis 1946)

Rosenberg wurde in Estland als Sohn einer baltendeutschen Familie geboren und studierte Maschinenbau und Architektur in Moskau. Nach der Oktoberrevolution im Jahre 1917 floh er nach München. Dort bildete er ein brutales antisemitisches Weltbild aus, in das sich okkulte Ideen ebenso mengten wie nationalistische. Er trat 1919 den Nationalsozialisten bei und wurde 1923 Herausgeber der parteieigenen Zeitung „Völkischer Beobachter“. Zwischen 1919 und 1923 schrieb er drei Bücher, in denen er die Theorie entwickelte, daß die Zivilisation durch eine Verschwörung von Juden und Freimaurern, die zugleich den Ersten Weltkrieg und die Oktoberrevolution zur Folge hatte, korrumpiert sei. Diese Vorstellungen gefielen Hitler. Rosenberg verbreitete die auf einer Fälschung beruhenden „Protokolle der Weisen von Zion“. 1929 gründete er den Kampfbund für deutsche Kultur, der die sogenannte „entartete Kunst“ bekämpfte. Im folgenden Jahr publizierte er sein Buch „Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts“, das fast die gleiche Verbreitung und Zustimmung fand wie Hitlers „Mein Kampf“. Rosenberg förderte eine okkulte Begründung des nationalsozialistischen Weltbilds, indem er die Vorherrschaft des nordischen Geistes und die Notwendigkeit der „Rassenhygiene“ predigte.

1930 wurde er Mitglied des Reichstages und erhielt 1934 den Auftrag, die „geistige und weltanschauliche Schulung und Erziehung“ in der NSDAP zu überwachen. Von 1939 bis 1945 war er Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, spielte aber in der Regierung selber nie eine bedeutende Rolle. 1941 wurde er zum Minister für die besetzten Ostgebiete ernannt. Da seine Vorstellungen aber von denen Himmlers abwichen, wurden sie einfach nicht weiter berücksichtigt. Er wurde in Nürnberg 1945 vor Gericht gestellt und im Oktober 1946 gehängt.

Röhm, Ernst (1887 bis 1934)

Röhm wurde als Beamtensohn in München geboren. Im Ersten Weltkrieg war er Frontsoldat gewesen und blieb danach im Range eines Hauptmanns in der Armee, trat den „Freikorps“ bei und kämpfte 1919 gegen die sozialistische Regierung in Bayern. Er traf im selben Jahr auf Hitler, den er ermutigte, Mitglied der Deutschen Arbeiter-Partei zu werden. Röhm und Hitler arbeiteten eng miteinander zusammen, Hitler auf politischem Parkett und Röhm, indem er die SA aufbaute. Sie marschierten Seite an Seite während des Münchner „Marsches auf die Feldherrnhalle“. Nach der Niederschlagung des Putschversuches floh er nach Bolivien. Hitler bat ihn 1930 zurückzukehren, um das Kommando der SA zu übernehmen.

Er war ausgesprochen erfolgreich, und die Zahl der SA-Mitglieder stieg von 70.000 im Jahre 1930 auf 4,5 Millionen im Jahre 1934. Nachdem Hitler an die Macht gekommen war, gingen beider Interessen auseinander. Hitler wollte behutsam vorgehen und so den Schein der Legalität wahren, um sich des Rückhalts der Wirtschaft und Industrie zu versichern. Röhm hingegen wollte die offene Revolution und eine radikale antibürgerliche Politik, einen Militärstaat im Zustand der „permanenten Revolution“. Die SA war zusehends desillusioniert angesichts der mageren Erfolge, die ihnen Hitlers Machtübernahme

einbrachte. Am 30. Juni 1934 ging Hitler offen gegen Röhm vor, indem er dessen Ermordung und die von 70 weiteren führenden Nazis befahl. Dieses Geschehen ist unter dem Begriff der „Nacht der langen Messer“ bekannt geworden. Röhm war der einzige der Naziführung, der sich mit Hitler duzte. Der Führer erlaubte niemals einem anderen, ihm derart nahezu kommen.

Roosevelt, Franklin (1882 bis 1945)

Franklin Delano Roosevelt war fast während der gesamten NS-Zeit Präsident der USA. Seine Präsidentschaft ist in der Bewertung komplex und widersprüchlich.

Roosevelt war ein meisterhafter Politiker und betrachtete es als seine vorrangige Aufgabe, die amerikanische Demokratie zu einem Zeitpunkt zu verteidigen, da sie durch die Folgen der großen Depression, die immense Verarmung und gesellschaftlichen Einbrüche gefährdet erschien. Einerseits wollte er die Neueinwanderer, deren Familien Ost- und Südeuropa vor dem Ersten Weltkrieg verlassen hatten, mit einbeziehen und ansprechen, andererseits wollte er aber auch die „älteren“ Amerikaner, darunter viele Mitglieder seiner Demokratischen Partei, nicht vor den Kopf stoßen, die eine strenge Kontrolle der weiteren Einwanderung forderten.

Während der dreißiger Jahre konzentrierte sich Roosevelt auf die Innenpolitik und bemühte sich weniger um die mögliche internationale Rolle der USA. Er bekundete sein Mitgefühl für die Juden in Nazi-Deutschland und nach der „Kristallnacht“ berief er den amerikanischen Botschafter in Deutschland aus Protest zurück. Dennoch war er nicht bereit, die amerikanischen Einwanderungsquoten zu ändern. 1938, nach dem „Anschluß“, setzte sich Roosevelt für eine internationale Flüchtlingskonferenz ein, die im Juli im schweizerischen Evian stattfand. Er hatte für sein Engagement zwei bedeutende Gründe: Er war einerseits bestrebt, den Juden in Großdeutschland zu helfen, war aber andererseits überzeugt, daß die USA in dieser Angelegenheit nicht allein handeln sollten. Nach einem ähnlichen Muster verfuhr er während des gesamten Zweiten Weltkriegs, besonders während der angloamerikanischen Bermuda-Konferenz im April 1943. Roosevelt wollte nicht, daß die USA eine führende Rolle einnehmen oder irgendwelche bedeutenderen Hilfsmaßnahmen für die Juden auf eigene Faust unternehmen sollten. Nur aufgrund der Drohung des Finanzministeriums, sein Amt in Verlegenheit zu bringen, erließ er im Januar 1944 die Anordnung, das War Refugee Board einzurichten. Roosevelt, der in privaten Gesprächen mit Führern des amerikanischen Judentums sehr wohl seine Anteilnahme zum Ausdruck brachte, wollte nicht öffentlich mit eindeutigen Rettungs- und Hilfsmaßnahmen für die europäischen Juden in Verbindung gebracht werden. Seine ausgesprochen vorsichtige Haltung muß in einem Zusammenhang mit den fremdenfeindlichen und antisemitischen Tendenzen in der amerikanischen Gesellschaft und Politik jener Zeit gesehen werden. Außerdem sollte nicht vergessen werden, daß ihm auch die jüdischen Führer widersprüchliche Ratschläge gaben. Er war jedenfalls nicht bereit, seine Befugnisse als Präsident für die europäischen Juden einzusetzen und damit selbst Risiken auf sich zu nehmen: Er engagierte sich nur dann, wenn er dazu gezwungen wurde. Den Krieg gegen das Dritte Reich und Japan führte er mit Überzeugung. Gemeinsam mit der UdSSR errangen die USA 1945 den Sieg.

Ribbentrop, Joachim von (1893 bis 1946)

Ribbentrop wurde in Wesel als Sohn eines Offiziers geboren, lernte Fremdsprachen und eröffnete ein Geschäft in Kanada noch vor dem Ersten Weltkrieg. Nach seinem Militärdienst im Kriege war er im

Außenhandel aktiv und erkaufte sich das Recht, den Titel „von“ zu tragen. Er heiratete in die Familie Henckel ein, die eine Sektfabrik betrieb, was ihm Zugang zu den oberen Zehntausend verschaffte. 1932 trat er der NSDAP bei. In seinem Berliner Haus fanden 1933 die Verhandlungen statt, an deren Ende Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde. Ribbentrop diente Hitler als dessen außenpolitischer Berater und war deutscher Unterhändler des britisch-deutschen Flottenvertrags aus dem Jahre 1935, was ihm 1936 den Posten des deutschen Botschafters in London einbrachte. Er folgte 1939 von Neurath im Amt des Außenministers. In dieser Funktion unterzeichnete er den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt im August 1939, der Hitler den Weg für die Invasion in Polen ebnete. Nach dem Kriegsausbruch ging Ribbentrops Einfluß schnell zurück. Es hatte sich erwiesen, daß er sich in Großbritanniens Bereitschaft, den Krieg nicht fortzusetzen, geirrt hatte. Außerdem verabscheuten Göring, Goebbels und andere Parteiführer ihn. Goebbels sagte über ihn, er habe seinen Namen erkauft, sein Geld erheiratet und sich sein Amt auf seine Weise erschwindelt.

Ribbentrop war kein virulenter Antisemit, hoffte aber ab 1942 irrtümlich, daß sein eifriger Einsatz für die „Endlösung“ in den besetzten Gebieten zu der Wiederherstellung seiner eigenen Position und der des Außenministeriums beitragen könnte. Er wurde in Nürnberg 1946 vor Gericht gestellt und im Oktober des selben Jahres hingerichtet.

Riefenstahl, Leni (1902 bis ?)

Die in Berlin geborene Riefenstahl begann ihre Karriere als Tänzerin. 1925 produzierte sie ihren ersten Film, ein Lob der Schönheit und Werte des Lebens in den Bergen. Sie wurde die führende Exponentin ihres Genres, wodurch sie Hitlers Bewunderung für sich gewann. Daher wurde sie zur „Spitzenfilmerin“ der NSDAP ernannt, was sie dazu zwang, in der Nähe des von ihr gehaßten Goebbels zu arbeiten. Auf Hitlers Bitte hin schuf sie u.a. den Film „Triumph des Willens“ über den Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP des Jahres 1934. Dieser Film gilt als einer der bedeutendsten Propagandafilme des Jahrhunderts. Zwei Jahre später drehte sie 1936 einen Film über die olympischen Spiele in Berlin, der später den Titel „Olympia“ erhielt. Ihre Detailversessenheit, ihre außerordentliche visuelle Imagination und ihre technischen Innovationen sicherten dem Film trotz seines offensichtlichen politischen Subtextes eine überschwengliche Aufnahme. Nach dem Krieg rächte sich ihre enge Verbundenheit mit den Nazis, die - wie sie unglaublich vertrat - nicht auf politisches Bewußtsein oder Sympathien für die Anschauungen der Nazis zurückgegangen sei. Sie wechselte zur Fotografie und schuf Studien afrikanischer Stämme, deren Verherrlichung ihrer körperlichen Stärke und Schönheit an ihre Glorifizierung der Nazi-Ideen erinnerte.

Speer, Albert (1905 bis 1981)

Speer wurde 1905 in Mannheim als Sohn eines wohlhabenden Architekten geboren. Auch er studierte Architektur und war von Hitler zutiefst beeindruckt, als er ihn 1930 auf einer Massenkundgebung an der Berliner Universität erlebte. Bald trat er der NSDAP, der SA und dem Kraftfahrerkorps der SS bei. Er erhielt Bauaufträge von Parteifunktionären, die er mit Begeisterung ausführte. Speer wurde mit der Aufgabe betraut, eindrucksvolle Massenkundgebungen zu gestalten, etwa 1934 die Nürnberger „Kathedrale des Lichts“, die aus Lichtkegeln von 130 Suchscheinwerfern gebildet wurde. Speer traf Hitler als er einen Bauauftrag in Berlin ausführte und stieß so zu dem engeren Kreis um Hitler. 1937 ernannte Hitler ihn zum Generalbauinspekteur für die Neugestaltung

Berlins. Ab 1938 erhielt er auch politische Kompetenzen. Speers Aufgabengebiet beinhaltete bald auch militärische Aufgaben und Bauvorhaben. Im Februar 1942 berief Hitler ihn zum Reichsminister für Bewaffnung und ein Jahr später für Bewaffnung und Kriegsrüstung. Dies war eine Stellung von enormer Bedeutung. Die deutsche Armee blieb vor den Toren Moskaus stehen, während die Schwächen der deutschen Kriegswirtschaft immer deutlicher wurden.

Speer bemühte sich eifrig, die deutsche Waffenproduktion neu zu organisieren. Die auf Konsumgüter orientierte Produktion wurde zunehmend in die besetzten Gebiete im Westen verlagert, während die deutsche Industrie allein den kriegsbedingten Erfordernissen dienen sollte. Da Hitler die Mobilisierung deutscher Frauen verboten hatte, nutzte er die Zwangs- und Fremdarbeiter, die von Fritz Sauckel rücksichtslos bereitgestellt wurden, in vollem Umfang. 1944 beschäftigte Speers Ministerium 28 Millionen Arbeiter, von denen sechs Millionen Zwangsarbeiter und 60.000 Konzentrationslager-Insassen waren. Speer gehörte damit unvermeidlich zum inneren Führungszirkel der Nazis. Eine Zeit lang bildete er eine Allianz mit Goebbels, der auf ihn als Hitlers Nachfolger setzte. Diese riskante Strategie ging jedoch nicht auf. Im Januar 1944 erkrankte Speer schwer. Während er sich im Krankenhaus aufhielt, versuchten Anhänger Himmlers, sein Ministerium zu übernehmen, und Speer fürchtete, daß SS-Ärzte ihn ermorden würden. Die Attentäter des 20. Juli 1944 sahen in ihm ein mögliches Mitglied für die von ihnen geplante neue Regierung. Aber obwohl bei ihm eine gewisse Ernüchterung über Hitler eingesetzt hatte, wollte Speer keine aktive Rolle im Widerstand gegen den Führer spielen, dem er sich noch immer persönlich tief verbunden fühlte. Dennoch widersetzte er sich Hitlers unversöhnlicher Politik der „verbrannten Erde“, als die Alliierten in das Reich eindrangten.

Speer wurde im Nürnberger Prozeß, wo er als einziger der gefangenen führenden Nazis die Verantwortung für die Verbrechen des Regimes auf sich nahm, vor Gericht gestellt. Er bestritt jedoch, von der Planung und der Durchführung des Massenmordes an den Juden gewußt zu haben. Speer wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt, während gegen Fritz Sauckel ein Todesurteil gefällt wurde. Im Gefängnis verfaßte Speer seine selbstkritischen „Erinnerungen“ aus dem „Innenleben des Dritten Reiches“, die 1969 veröffentlicht wurden, drei Jahre nach seiner Freilassung. Historiker haben jedoch später nachweisen können, daß Speer im Oktober 1943 bei einer zentralen Ansprache Himmlers über die „Endlösung“ in Posen zugegen war. Selbst wenn er diese Rede persönlich nicht gehört hätte, fällt es schwer, ihm zu glauben, daß er nicht an jenem Tage oder durch die vielfältigen Aktivitäten seines Ministeriums davon erfahren hätte. Er aber diente Hitler loyal weiter. Seine enorme Energie und sein Organisationstalent halfen, den Kriegsverlauf zu verzögern und den Niedergang des Reiches um mindestens ein Jahr herauszuzögern, währenddessen täglich Tausende weitere Juden und andere unschuldige Menschen ermordet wurden, worüber Speer nicht ganz unwissend gewesen sein kann.

Seyss-Inquart, Arthur (1892 bis 1946)

Seyss-Inquart wurde in Mähren geboren, diente im Ersten Weltkrieg in der österreichischen Armee und studierte danach Jura in Wien. 1931 trat er heimlich der NSDAP bei, bekannte sich aber erst seit 1936 zu ihnen als er auf Druck Hitlers zum Mitglied des Staatsrates und später zum Innenminister ernannt wurde. Als der österreichische Kanzler Schuschnigg im März 1938 zurücktreten mußte, übernahm Seyss-Inquart dessen Machtbefugnisse und vollzog die offizielle deutsche Annexion Österreichs, den „Anschluß“ 1939 wurde er zum stellvertretenden Generalgouverneur im besetzten Polen ernannt. Ab 1940 war er Reichskommissar für die besetzten Niederlande. Anfangs versuchte er, die niederländische

Bevölkerung für die deutsche Politik zu gewinnen, setzte jedoch später zunehmend auf brutale Gewalt, um gegen zivilen Ungehorsam und Unruhen vorzugehen. Er übernahm die führende Rolle in der Verfolgung der niederländischen Juden, wobei er bemüht war, die Rolle der SS Himmlers gegenüber der eigenen zurückzudrängen. Unter seinem Regime wurden fünf Millionen Niederländer zur Zwangsarbeit in Deutschland deportiert, und die niederländischen Juden wurden fast alle ermordet. In den letzten Monaten des Krieges versuchte er sich in Verhandlungen mit den Alliierten, wurde jedoch festgenommen, in Nürnberg vor Gericht gestellt und im Oktober 1946 gehängt.

Schirach, Baldur von (1907 bis 1974)

Schirach entstammte väterlicherseits einer Berliner Adelsfamilie, seine Mutter war Amerikanerin. Er trat 1922 der NSDAP bei und bewies sein besonderes Talent in der Arbeit mit Jugendlichen und als Organisator. Ab 1929 stand er dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund und seit Mai 1933 der Hitler-Jugend vor. In den folgenden Jahren widmete er sich dem Aufbau der Hitler-Jugend, die um 1936 über sechs Millionen Mitglieder zählte. Er verfaßte eine Reihe von Büchern, in denen Hitler und die Nazi-Bewegung idealisiert wurden. Mit Kriegsbeginn nahm sein Einfluß ab, da Feinde wie Martin Bormann gegen ihn intrigierten. 1940 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger und wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Im August 1940 wurde er als „Reichsjugendführer“ der Hitler-Jugend abgelöst und zum Gauleiter Wiens ernannt. 1943 suchte er Hitler auf und setzte sich für eine moderatere Behandlung der Juden und der osteuropäischen Völker ein, womit die Entfremdung zum Führer ihren Höhepunkt erreichte. Zur selben Zeit wurden fast 200.000 Juden aus Wien deportiert. Nach dem Kriege wurde er gefangengenommen und in Nürnberg zu 20 Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Freilassung im Jahre 1966 schrieb er in seinen Erinnerungen, daß er bedauere, dazu beigetragen zu haben, eine Generation von Deutschen zu vergiften und für den Holocaust mitverantwortlich zu sein.

Stangl, Franz (1908 bis 1971)

Stangl wurde in Österreich geboren. Nach einer Ausbildung zum Webmeister trat er 1931 in den Polizeidienst. 1940 wurde er zum polizeilichen Aufsichtsbeamten der berüchtigten „Euthanasie“-Anstalt Schloß Hartheim ernannt. Von März 1942 an war er Kommandant des Vernichtungslagers Sobibor. In dieser Funktion war er für die Ermordung von 100.000 Menschen verantwortlich. Im August 1942 wechselte er nach Treblinka, wo etwa 900.000 Menschen ermordet wurden. Das Lager wurde nach einer Häftlingsrevolte geschlossen. Daraufhin wurde er nach dem italienischen Triest geschickt, wo er an der Bekämpfung jugoslawischer Partisanen beteiligt war. Nach dem Krieg kehrte er nach Österreich zurück, wo er zwar von den Amerikanern aufgegriffen wurde, die jedoch nicht begriffen, wer er war. Als die österreichischen Behörden entdeckten, daß er in Hartheim gewesen war, wurde er von ihnen festgenommen. Er entkam und gelangte über Rom mit Hilfe aus dem Vatikan nach Syrien. Später ging er nach Brasilien, wo er bis zu seiner Festnahme im Jahre 1967 lebte. Damals wurde er nach Deutschland ausgeliefert, wo er 1970 zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt wurde. Er starb im folgenden Jahr.

Sauckel, Fritz (1894 bis 1946)

Sauckel wurde als Sohn eines Postbeamten in Haßfurt geboren und war vor dem Ersten Weltkrieg Seemann in der norwegischen und schwedischen Handelsmarine. Im Krieg geriet er in französische

Gefangenschaft. Nach dem Krieg war er Fabrikarbeiter. 1921 trat er der NSDAP bei, wurde 1925 zum Gauleiter Thüringens ernannt und war von 1927 bis 1933 Mitglied des dortigen Landtags, wurde 1932 thüringischer Innenminister und Ministerpräsident, später Reichsstatthalter. Von 1942 an war er als „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“ im Reich zuständig für die Rekrutierung der Arbeiter für Albert Speers Rüstungs- und Munitionsbetriebe. Auf seinen Befehl wurden etwa fünf Millionen Menschen aus den besetzten Ländern als Zwangsarbeiter nach Deutschland geholt. Dabei folgte man der Maxime, dieses Heer von Sklaven „so weit wie möglich und zu den geringstmöglichen Kosten“ auszubeuten. Außerdem war er für den Tod einiger tausend jüdischer Zwangsarbeiter in Polen verantwortlich. Sauckel wurde in Nürnberg 1945 vor Gericht gestellt und dort im Oktober 1946 gehängt.

Schacht, Hjalmar (1877 bis 1970)

Schacht wurde als Sohn deutsch-dänischer Eltern geboren und wuchs in den USA auf. Zum Studium, das er mit einem Doktorat der Wirtschaftswissenschaften abschloß, kehrte er nach Deutschland zurück. 1923 wurde er zum Reichswährungskommissar ernannt. In dieser Funktion trug er zur Eindämmung der Inflation bei. Von 1924 bis 1930 war er Reichsbankpräsident, trat dann aber aus Protest gegen den Young-Plan zurück, in dem an den im Versailler Friedensvertrag festgeschriebenen Kriegsschulden Deutschlands weiter festgehalten wurde. Er trug dazu bei, Hitler an die Macht zu bringen, indem er Großindustrielle und Bankiers davon überzeugte, daß eine Naziregierung ihren Interessen nicht im Wege stehen würde. Als Wirtschaftsminister verfolgte er in den Jahren 1934 bis 1937 eine Politik der Reduktion der Arbeitslosigkeit und der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft.

1935 wurde er zum Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft ernannt und trug erheblich zur Wiederbewaffnung bei. Er trat 1937 nach Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis zwischen der Wiederbewaffnung und der wirtschaftlichen Stabilität zurück. Ein Jahr später wurde er seiner Funktion als Reichsbankpräsident enthoben, blieb jedoch Minister ohne Geschäftsbereich. Nach dem Attentatsversuch auf Hitler im Juli 1944 wurde Schacht festgenommen und in ein Konzentrationslager eingewiesen. Er wurde von den Alliierten befreit, in Nürnberg vor Gericht gestellt und freigesprochen. Nach dem Kriege begann er eine zweite internationale Karriere als Finanzberater. Sein Verhältnis zu den Juden war widersprüchlich. Einerseits war er kein Gegner ihrer wirtschaftlichen Ausbeutung und Vertreibung, widersetzte sich andererseits jedoch öffentlich den gewaltsamen Maßnahmen der Nazis gegen sie. Im November 1938 nannte er den Pogrom „ein Verbrechen“, das „jeden anständigen Deutschen mit Scham erfüllen sollte“. Diese Haltung entsprach vermutlich eher seinen Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen für den Außenhandel und der Unverletzlichkeit des Eigentums als humanitären Erwägungen.

Stalin, Joseph (1879 bis 1953)

Stalin wurde als Dschugaschwili in der Kaukasus-Region Georgiens geboren. Er entstammte einer armen Familie und besuchte ein Priesterseminar. Er nahm jedoch an revolutionären Tätigkeiten teil und wurde zweimal nach Sibirien verbannt. Um 1917 war er einer der Führer der Bolschewiki und diente Lenins Regierung als Kommissar für Nationalitätenfragen. Zugleich verteidigte er im russischen Bürgerkrieg Petrograd und Zarizyn an der Wolga (dem späteren Stalingrad, heute Wolgograd). 1922 wurde er Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen (bolschewistischen) Partei. Die mit diesem Amt verbundene Machtfülle benutzte er im Kampf gegen seine Rivalen für die Nachfolge

Lenins, der 1924 starb. Ende 1928 erschien Stalin als der mächtige Führer der UdSSR und beseitigte zur Festigung seiner Macht alle früheren und potentiellen Rivalen in einer Reihe blutiger „Säuberungen“ zwischen 1934 und 1939. Ebenfalls 1928 setzte Stalin ein ungeheures Programm zur Industrialisierung der UdSSR in Bewegung, das auf der erzwungenen Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion und einem System der Zwangsarbeit beruhte. Millionen unschuldiger Menschen starben in diesem Prozeß, insbesondere in der Ukraine, wo eine absichtlich erzeugte Hungersnot die Züge eines Genozids trug. Stalin gelang es, östlich des Urals und damit außerhalb der Reichweite der Deutschen nach ihrem Angriff auf die UdSSR im Jahre 1941 größere Industriegebiete zu errichten. 1939 hatte Stalin einen Nichtangriffspakt mit Hitler geschlossen, der die Aufteilung Polens vorsah und der Roten Armee 1940 die nötige Freiheit für den Angriff auf Finnland und für die Besetzung der baltischen Staaten verschaffte. Er glaubte den Hinweisen seines eigenen Geheimdienstes bezüglich eines größeren deutschen Angriffs im Jahre 1941 nicht. Anders als Hitler gestattete Stalin seinen Generälen klugerweise eine größere operative Selbständigkeit. Sein persönlicher Führungsstil trug insbesondere in den schwierigen Monaten von Oktober bis Dezember 1941 als er in Moskau blieb, während die restliche Regierung bereits evakuiert war, zum Sieg der UdSSR bei. Der Krieg wurde tatsächlich an der Ostfront gewonnen, wo die Rote Armee die meisten deutschen Truppeneinheiten band und aufrieb.

Stalins Haltung gegenüber den Juden war überaus komplex. Er entstammte einer russisch-orthodoxen Familie, lehnte Religion jedoch gänzlich ab. 1917 verfaßte er ein Buch über die Nationalitätenfrage in Rußland, in dem er zum Ausdruck brachte, daß er die Juden nicht als nationale Minderheit betrachtete und daß dem Marxismus zufolge das Judentum als Religion verschwinden würde. Als Kommissar für Nationalitätenfragen begünstigte er jedoch eine gewisse kulturelle Autonomie der Juden, vorausgesetzt, daß sie in Übereinstimmung mit den sozialistischen Inhalten war. Er unterstützte die Ansiedlung von Juden auf der Krim und die Gründung autonomer Gemeinschaften. Zur selben Zeit benutzte er eine subtile Form des Antisemitismus in seiner Auseinandersetzung mit Trotzki, der jüdischer Herkunft war, um die Nachfolge Lenins. Immer wieder bemühte er den Vorwurf des „Kosmopolitismus“ in seinen Kampagnen gegen andere Bolschewisten jüdischer Herkunft wie Sinowjew. In den dreißiger Jahren ging Stalin dazu über, die meisten jüdischen Einrichtungen zu unterdrücken, während er zugleich die Gründung der „Autonomen jüdischen Region Birobidschan“ initiierte. Einfache Juden genossen während der Modernisierungsphase der Jahre 1929 bis 1939 bessere Aufstiegs-, Bildungs- und Karrierechancen.

Während der Hitler-Stalin-Pakt noch hielt, unterdrückte Stalin die Meldungen über die nationalsozialistischen Verbrechen in Polen. Ab Juni 1941 erlaubte er die Gründung eines jüdischen Antifaschistischen Komitees, das den Naziterror offenlegte. Als die sowjetische Armee in ihrer Organisation fortgeschritten war, wurden Juden routinemäßig aus von deutscher Besetzung bedrohten Gebieten evakuiert. Aber Stalin ordnete zugleich die Ermordung von Henryk Erlich und Victor Adler an, die als Führer des polnischen Bundes in Moskau Zuflucht gefunden hatten. Stalin zwang die Westalliierten ultimativ zur Durchführung von Kriegsverbrecherprozessen und war teilweise für den Nürnberger Prozeß verantwortlich. Von 1947 bis 1948 unterstützte die sowjetische Diplomatie auf sein Geheiß die Gründung des Staates Israel in der Annahme, daß er pro-sowjetisch sein würde. Nachdem er seinen Irrtum einsah, ordnete er eine „antizionistische Säuberung“ im gesamten Ostblock an. Zwischen 1949 und 1952 wurden Schauprozesse gegen Juden in der Tschechoslowakei und in Ungarn

abgehalten. Die meisten Führer der Antifaschistischen Komitees wurden erschossen, darunter Shlomo Mikhoels, Peretz Markish und Itzik Feffer. Die UdSSR stand kurz bevor Stalin starb vor einer massiven antijüdischen „Säuberung“. Obwohl seine Motive und Methoden sich von denen Hitlers erheblich unterschieden, erscheint Stalin neben Hitler als einer der größten Verbrecher dieses Jahrhunderts, der für menschliches Elend und Massenmord von unsagbarem Ausmaß verantwortlich ist.

Stroop, Jürgen (1895 bis 1951)

Stroop wurde als Sohn eines Polizisten geboren und änderte seinen Vornamen 1941 von Josef in Jürgen, da es sich deutscher anhört. Im Ersten Weltkrieg wurde er dreimal verwundet und erreichte den Rang eines Hauptmanns. Er trat 1932 der NSDAP und der SS bei und absolvierte eine steile Karriere. 1939 war er bereits SS-Oberführer und Oberst der Polizei. Mit Kriegsbeginn bat er um Versetzung an die Front und wurde für die „Befriedung“ der Zivilbevölkerung in der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, Polen und Griechenland eingesetzt. Im April 1943 erhielt er den Oberbefehl über die „Liquidierung“ des Warschauer Gettos. Das Vorgehen plante er wie einen militärischen Feldzug, und dennoch brauchten seine aus 2.000 Männern bestehenden schwerbewaffneten Truppen einen ganzen Monat, um das Getto zu räumen. Etwa 14.000 jüdische Widerstandskämpfer wurden getötet oder nach Treblinka deportiert, und weitere 42.000 wurden in die Lubliner Arbeitslager geschickt. Stroop blieb in der Region um Warschau als SS- und Polizeiführer, bis er zum SS-Gruppenführer befördert und nach Griechenland versetzt wurde. Nach dem Kriege wurde Stroop von einem amerikanischen Militärgericht in Dachau zum Tode verurteilt. Anschließend wurde er nach Polen ausgeliefert, wo er erneut vor Gericht gestellt und im September 1951 in Warschau gehängt wurde. Stroop hatte einen Bericht mit den Tagesmeldungen von der Räumung des Warschauer Gettos verfaßt, der mit Fotografien illustriert war, die bis heute als wichtige historische Quelle über die Ereignisse im Getto dienen. Stroop war der Sohn eines bayrischen Volksschullehrers und ergriff den selben Beruf wie sein Vater. Im Ersten Weltkrieg ausgezeichnet, gründete er nach dem Kriege eine eigene Partei. 1921 trat er geschlossen mit den Mitgliedern dieser „Deutsch-Sozialen Partei“ der NSDAP bei. Er wurde zu einem engen Vertrauten Hitlers. 1923 gründete er den „Stürmer“, dessen Herausgeber er bis 1945 war. Von seiner Entlassung als Lehrer im Jahre 1928 war er bis 1940 Gauleiter Frankens, zu dem Nürnberg gehörte. Er war als einer der korruptesten, sadistischsten und brutalsten Naziführer bekannt. Sein Antisemitismus besaß psychotische Ausmaße. Er benutzte den „Stürmer“ für seine erbarmungslosen, rohen und obszönen Kampagnen gegen die Juden, die immer deutlich werden ließen, daß es ihm um die physische Vernichtung der Juden ging. Er war die antreibende Kraft in der Kampagne, die zu den Nürnberger Rassegesetzen führte. Als Eigentümer seines Blattes, das 1937 über eine Auflage von einer halben Million verfügte, die Übernahme von Konkurrenzblättern und die Enteignung jüdischen Eigentums wurde er reich. 1940 wurde er wegen Korruption aus seinem Amt als Gauleiter entlassen und seiner Partei- und Regierungsämter enthoben. Er blieb jedoch einflußreicher Herausgeber des „Stürmer“. Am Ende des Krieges wurde er festgenommen, in Nürnberg vor Gericht gestellt und im Oktober 1946 gehängt.

Schindler, Oskar (1908 bis 1974)

Oskar Schindler wurde erst Jahre nach seinem Tod durch den Bestseller „Schindlers Liste“ von Thomas Keneally und den gleichnamigen Film, der mit mehreren Oscars ausgezeichnet wurde, bekannt. Für die 1.200 Juden, die er persönlich zwischen 1942 und 1945 vor der „Endlösung“ gerettet

hatte, war er immer fast ein Heiliger. Schindler wurde bereits lange zuvor als einer der „Gerechten der Völker“ in Israel geehrt. Er wurde im Sudetenland geboren, das seit 1918 zur Tschechoslowakei gehörte. In der Zwischenkriegszeit war er ein relativ erfolgloser Geschäftsmann. Während seiner Reisen durch Zentraleuropa arbeitete er informell für die „Abwehr“. 1939 erkannte er sofort die besondere Gelegenheit, die sich ihm als gewitztem Geschäftsmann im besetzten Polen bieten würde und zog nach Krakau. Dort erwarb er eine heruntergekommene Emaillefabrik außerhalb der Stadt und setzte jüdische Arbeiter aus dem Krakauer Getto ein, deren Arbeitskraft er zu einem unbedeutenden Preis nutzte. Er erwies sich dabei durchaus als ein humaner Arbeitgeber, und als im Frühjahr 1942 die Deportationen in „den Osten“ begannen, ging er sehr viel weiter, als seine Arbeiter nur gut zu behandeln. Schindler ahnte, was die Deportationen bedeuteten und überzeugte die Militärverwaltung, daß die Arbeiter für die deutsche Kriegsproduktion unersetzlich wären. Immer mehr Juden kamen in seinen Dienst als deutlich wurde, daß er ihnen einen Zufluchtsort angesichts der Razzien bot. Mit der „Liquidierung“ des Krakauer Gettos wurden seine Arbeiter nach dem Lager Plaszow verlegt. Schindler gelang es, den dortigen überaus brutalen Lagerkommandanten Amon Goeth davon zu überzeugen, die Arbeiter seiner Fabrik zu schonen. Als Goeth Ende 1944 den Befehl erhielt, das Lager aufzulösen, überredete Schindler ihn, einen Transport mit den gesamten jüdischen Arbeitskräften in seine Heimatstadt Brunnlitz zu schicken, wo sie weiter in der kriegsnotwendigen Produktion eingesetzt werden würden. Goeth stimmte zu und Schindler organisierte die Evakuierung seiner Angestellten. Er beschützte sie weiter bis zum Herannahen der Roten Armee. Mit der Hilfe seiner Arbeiter, die nun zu seinen Beschützern wurden, gelang ihm die Flucht. Von jüdischer Seite unterstützt, gelangte er nach Lateinamerika und versuchte dort erneut wirtschaftlich Fuß zu fassen. Sein wirtschaftlicher Scharfsinn war jedoch bedeutend geringer als seine humanitären Impulse. Wiederholt halfen Schindler die dankbaren Überlebenden. Jedes Jahr wurde er von jenen, die sich in Israel niedergelassen hatten, nach Tel Aviv eingeladen, wo sie ihm ihre Aufwartung machten. Schließlich trug ihm seine Rolle als einer der Retter von Juden auch eine Anerkennung des israelischen Staates ein. Schindler ist eine faszinierende Persönlichkeit: Vor dem Kriege war er ein Playboy und Lebemann ohne besonderes moralisches Engagement. In Polen zeigte er sich zuerst als Opportunist, der seine NSDAP-Mitgliedschaft und seine Beziehungen zu führenden Nazis zugunsten des eigenen Profits einsetzte. Aber durch das, was er während der deutschen Besatzung Polens beobachtete, veränderte er sich und wurde zum aktiven Retter. Seine Findigkeit und sein Mut schufen eine einzigartige Zuflucht für Juden in dem von den Nazis besetzten Europa.

Sugihara, Sempo (1900 bis 1986)

Sugihara war japanischer Generalkonsul in Kovno und erwartete im Sommer 1940 infolge der sowjetischen Annexion des Baltikums seine Ablösung. Während er das Konsulat schon räumte, bat ihn Vertreter der Jewish Agency, jüdischen Flüchtlingen die Flucht über die UdSSR und Japan zu ermöglichen. Seine Vorgesetzten stimmten diesem Plan nicht zu, aber er stellte auf eigene Initiative die notwendigen Papiere für 3.500 Juden aus, die es ihnen ermöglichten, über die UdSSR in den Fernen Osten zu gelangen. Durch sein Engagement überlebten zahlreiche Studenten und Rabbiner einiger berühmter Jeschiwot (jüdische Schulen für talmudische und rabbinische Studien) und viele einfache Juden den Krieg. Sugihara arbeitete weiterhin in verschiedenen Funktionen im diplomatischen Dienst Japans in Europa, wurde aber nach seiner Rückkehr wegen seines eigenmächtigen Handelns bestraft.

1987 wurde er in Israel als „Gerechter der Völker“ anerkannt - vier Jahrzehnte, nachdem er aus dem japanischen diplomatischen Korps entlassen worden war.

Tiso, Jozef (1887 bis 1947)

Tiso promovierte 1910 in Theologie und engagierte sich früh politisch. Nach der Gründung der Tschechoslowakei im Jahre 1918 nahm er eine slowakisch-nationalistische Haltung ein. Dennoch diente er der tschechoslowakischen Regierung zwischen 1925 und 1929, bis sein Extremismus ihm schließlich eine Verhaftung eintrug und ihn den religiösen Titel des Monsignore kostete. Er war Mitglied der Slowakischen Volkspartei, und nach dem Tode ihres Gründers, Andrej Hlinka, wurde er nach einem erbitterten Machtkampf dessen Nachfolger. 1938 wurde er Ministerpräsident der Slowakei und erklärte im März 1939 auf Weisung Hitlers die volle Unabhängigkeit der Slowakei. Dadurch wurde die Slowakei faktisch zum Protektorat Deutschlands.

Trotz andauernder Proteste seitens des Vatikans opferte Tiso die jüdische Bevölkerung der Slowakei seinem Bestreben, die slowakische Unabhängigkeit zu erhalten und Hitler zu besänftigen. Etwa 1.100 wohlhabenden und getauften Juden ließ er Zertifikate ausstellen, die sie vor der Deportation bewahrten, und 1943 ließ er die Deportationen sogar ganz aussetzen, erhob jedoch in den folgenden Jahren keinen Einspruch gegen ihre Wiederaufnahme. Apologeten haben ihn als jemanden charakterisiert, der versucht habe, die verbliebenen Juden zu retten, er sei aber zur Aufgabe gezwungen worden. Nach dem Kriege floh er nach Österreich, wurde jedoch an die Tschechoslowakei ausgeliefert, dort vor Gericht gestellt und hingerichtet.

Veesenmayer, Edmund (1904 bis ?)

Veesenmayer wurde im November 1904 in Bad Kissingen geboren. Nach einem Studium der Wirtschaftswissenschaften war er als Dozent der Technischen Hochschule München und später Berliner Wirtschaftshochschule verbunden. Außerdem gehörte er den Vorständen mehrerer größerer Firmen an. 1925 trat er der NSDAP bei und machte in der SS schnell Karriere. Dort brachte er es bis 1944 zum SS-Brigadeführer.

Seit 1932 arbeitete er unter Wilhelm Keppler im diplomatischen Dienst. Sein Aufgabengebiet war der Balkan, und 1941 wurde er der deutschen Legation in Zagreb zugeteilt. Dort arbeitete er unermüdlich an der Deportation der serbischen Juden und beschwerte sich oft über die mangelnde Kooperation anderer Regierungen. Im März 1944 wurde er als Generalbevollmächtigter des Reiches nach Ungarn entsandt. Dort lieferte er Adolf Eichmann die diplomatische Deckung und organisierte mit ihm gemeinsam die Deportation der ungarischen Juden. 1949 wurde er zu 20 Jahren Gefängnis wegen Kriegsverbrechen verurteilt. Bereits 1951 wurde er infolge seiner Gnadengesuche durch den US-Hochkommissar für Deutschland entlassen.

Wirth, Christian (1885 bis 1944)

Wirth wurde in Württemberg geboren und war von Beruf Maurer. Im Ersten Weltkrieg erhielt er eine Tapferkeitsmedaille. Danach trat er der Polizei bei und war für seine gewaltsamen und unorthodoxen Befragungsmethoden berüchtigt. Seit 1931 gehörte er der NSDAP an. 1939 arbeitete er für die „Gestapo“.

Seit Ende 1939 war er am „Euthanasieprogramm“, und an den ersten Versuchen in der psychiatrischen „Klinik“ Grafeneck beteiligt, unheilbar Erkrankte mit Giftgas zu ermorden. 1940 wurde er zum Inspekteur der „Euthanasie“-Einrichtungen ernannt. 1941 wurde auf sein Geheiß die erste dieser Anstalten außerhalb des Reiches gegründet. Er war an der Einrichtung der Todeslager Belzec, Chelmno, Sobibor und Treblinka beteiligt und arbeitete mit Odilo Globocnik zusammen. In diesen Lagern wurden etwa 1,5 Millionen Menschen ermordet, zumeist Juden. Er trug zu der Einführung neuer Vergasungstechniken bei und war einer der Ideengeber für die Einrichtung von als Duschen getarnten Gaskammern. 1943 wurde er zum Polizeimajor ernannt und nach Jugoslawien geschickt, wo er 1944 vermutlich von Partisanen erschossen wurde.

Wisliceny, Dieter (1911 bis 1948)

Wisliceny war der Sohn eines Gutbesitzers und scheiterte in seinem Theologiestudium. 1931 trat er als Arbeitsloser der NSDAP bei. 1934 wurde er Mitglied der SS und wurde schnell zu Eichmanns „Judenexperten“. Ab 1940 war er in Bratislava, Slowakei, stationiert und beriet dort die slowakische Regierung in „jüdischen Angelegenheiten“. Er galt als bestechlich und half für Geld, Deportationen zu verzögern. Von 1943 bis 1944 war er in Saloniki, Griechenland, für die Deportation der griechischen Juden zuständig. Im März 1944 kam er nach Budapest, Ungarn, um die dortigen Deportationen zu

organisieren. Er beteiligte sich an Verhandlungen über die Rettung der ungarischen Juden, aber an ihn gezahlte Gelder hielten die Transporte nach Auschwitz nicht auf. Nach dem Krieg trat er in Nürnberg als Zeuge der Anklage auf. Später wurde er an die Tschechoslowakei ausgeliefert, wo er wichtige Aussagen über Eichmanns Rolle bei der Durchführung des Holocaust verfaßte (die später im Eichmann-Prozeß benutzt wurden), bevor er zum Tode verurteilt und im Februar 1948 gehängt wurde.

Wagner, Gustav (1911 bis ?)

Wagner wurde in Wien geboren und trat 1931 der NSDAP bei. Er floh vor der österreichischen Polizei nach Deutschland, wo er ab 1940 als Mitglied der SS in der „Euthanasie“-Einrichtung Schloß Hartheim eingesetzt wurde. Von dort wurde er nach Sobibor entsandt, um ein Todeslager einzurichten. Er war von März 1942 bis Oktober 1943 als stellvertretender Kommandant in Sobibor. In dieser Zeit wurden dort etwa 250.000 Menschen ermordet. Von Überlebenden wird er als ein ungehemmter Sadist beschrieben, dem es Vergnügen bereitete, Lagerinsassen mit seinen eigenen Händen zu foltern und zu ermorden. Das Lager wurde nach einer Häftlingsrevolte 1943 geschlossen und Wagner wurde nach Italien geschickt, wo er das Kriegsende als Kriegsgefangener erlebte. Mit Hilfe gefälschter Papiere gelang ihm gemeinsam mit Franz Stangl die Flucht nach Syrien und schließlich nach Brasilien. Er lebte dort in aller Öffentlichkeit, bis er 1978 verhaftet wurde. Entgegen allem internationalen Druck wurde er nicht ausgeliefert. 1980 beging er Selbstmord.

Wallenberg, Raoul (1912 bis 1947)

Raoul Wallenberg entstammte einer schwedischen Adels- und Bankiersfamilie. Vor dem Kriege trat er ins Geschäftsleben ein, war aber eher als Lebemann bekannt. Aufgrund seiner regen Reisetätigkeit in Deutschland in den späten dreißiger und vierziger Jahren knüpfte Wallenberg bald enge Beziehungen zum schwedischen diplomatischen Korps. Nachdem Präsident Roosevelt die Gründung des War Refugee Board angeordnet hatte, wurde Wallenberg im Januar 1944 mit der Aufgabe betraut, sich in der schwedischen Botschaft in Budapest für die Sicherheit von Juden schwedischer Nationalität oder mit anderweitigen Beziehungen zu Schweden einzusetzen. Als Wallenberg dort im Juli 1944 eintraf, waren die Deportationen in Budapest auf internationalen Druck zeitweilig gestoppt worden. Er ging weit über seine eigentlichen Befugnisse hinaus, indem er einigen tausend von dem Abtransport bedrohten Budapester Juden schwedische Papiere verschaffte. Wallenberg tat sich mit Schweizer und spanischen Diplomaten zusammen und richtete in der Stadt eine Reihe von „Schutzhäusern“ ein, in denen Juden unter der Flagge neutraler Staaten Schutz fanden. Diese Strategie schützte etwa 33.000 Juden auch vor den marodierenden Anhängern der faschistischen Pfeilkreuzler-Partei. Wallenberg organisierte die Lebensmittelversorgung für die „Schutzhäuser“ und versuchte, den Juden auch dann noch zu helfen als sie im November 1944 auf einen Todesmarsch geschickt wurden. In Erwartung der Roten Armee nahm Wallenberg Kontakt zu russischen Offizieren auf, verschwand aber im Verlauf seiner Verhandlungen um den Fortbestand der Sicherheit für die „Schutzhäuser“. Sowjetische Einheiten befreiten die Stadt im Januar 1945 und fanden über 100.000 jüdische Überlebende vor, aber Wallenberg war und blieb verschwunden. Es gab einige Gerüchte, wonach er als vermeintlicher amerikanischer Spion in einem sibirischen Arbeitslager gefangengehalten würde oder nach Moskau verschleppt worden sei. Schließlich bestätigten die russischen Behörden 1993, daß er vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet worden und in sowjetischer Gefangenschaft um 1947 verstorben sei. Wallenberg

wurde von Yad VaShem als „Gerechter der Völker“ geehrt. Sein Andenken wird von vielen Überlebenden und von vielen Juden überhaupt als eines der allzu seltenen Beispiele für Humanität und Mut im Angesicht der Brutalität der Nazis gepflegt.